ZWEITER BAND.

1868—1873.

DREISSIG JAHRE

AUS DEM

LEBEN EINES JOURNALISTEN.

ERINNERUNGEN UND AUFZEICHNUNGEN

VON

* * *

II. BAND.

1868—1873.

WIEN 1895.
ALFRED HÖLDER
K. UND K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER
I. ROTHENTHURMSTRASSE 15.

DRUCK VON FRIEDRICH JASPER IN WIEN.

INHALT.

Culturkampf.

Am 25. Mai 1868 erhielten die interconfessionellen Gesetze die kaiserliche Sanction. Der Culturkampf hatte zu einem — bescheidenen — Sieg des Staates geführt; der Kampf war aber nicht zu Ende. Seine Geschichte soll noch unbefangen dargestellt werden: hier mögen einige persönliche Erinnerungen als kleine Beiträge zu einer solchen Darstellung dienen.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Mai, unmittelbar vor der Sanctionirung der Gesetze, war Dr. von Mühlfeld gestorben.

Er war einer der ersten und einer der entschiedensten Kämpfer für die Beseitigung des Concordats gewesen. »Der Mauerbrecher des Concordats« wurde er genannt, weil er zu einer Zeit den Antrag auf Auflösung des zwischen dem Staate und der Kirche abgeschlossenen »unheilvollen« Vertrages gestellt hatte, als man in gewissen Kreisen förmlich in eine gereizte Stimmung gerieth, wenn Jemand es wagte. kirchliche Fragen oder solche, welche den heiligen Vater unangenehm berühren könnten, zu erörtern oder gar einer öffentlichen Discussion zu unterziehen. Dr. von Mühlfeld that dies nun früher als ein Anderer. Er begründete damals seinen Antrag auf Beseitigung des Concordats mit dem Hinweise darauf, dass dieser Vertrag der römischen Hierarchie Rechte einräume, welche »dem Gemeinwesen, dem Staate, der Schule, der Gemeinde und den Geistern, den bürgerlichen Verhältnissen, Allem und Jedem Fesseln anlegen, die jede freiere Entwicklung unmöglich machen«.

Und dieser »Feind der Kirche« starb am nämlichen Tage, an welchem das Amtsblatt die vollzogene Sanction der confessionellen Gesetze verlautbarte!

War das nicht ein Fingerzeig Gottes?! Die Clericalen bezeichneten es als einen solchen. Sie bezeichneten das so plötzliche Ableben Mühlfeld's als ein »Strafgericht des Himmels«, als ein »Werk der göttlichen Vorsehung«, als einen »Mahnruf zur Einkehr und Rückkehr für alle Jene, die mithalfen bei der Zerstörung des Baues, der durch das Concordat für Kirche und Staat geschaffen worden«.

Monate vorher, noch bevor die confessionellen Gesetze in Gesetzeskraft erwachsen waren, gab sich unter den Clericalen eine heftige Bewegung gegen dieselben kund. Schon im Februar sah sich der Minister Dr. Giskra veranlasst, in einer Zuschrift an die Statthalter von Oberösterreich und Steiermark besonders auf jene Bewegung aufmerksam zu machen und die Landeschefs anzuweisen, gegen alle Jene, welche eine über das Gesetz hinausgehende Agitation zu dem Ende entfalten, um die Bevölkerung gegen die beiden Vertretungskörper zu stimmen und aufzuhetzen, mit der grössten Strenge vorzugehen. Thatsächlich wurden auch viele Geistliche vor Gericht citirt und verurtheilt.

Das behinderte freilich den Bischof Rudigier von Linz nicht im Geringsten, in einem Hirtenbrief den Clerus aufzufordern, mit allen Mitteln dagegen anzukämpfen, dass die in Aussicht stehende Sanction der die katholische Kirche arg verletzenden Gesetze zu Stande komme, die katholische Bevölkerung über diese Gesetze »aufzuklären« und sie zum kräftigen Widerstande anzueifern. Was noch in diesem Hirtenbrief über das Gefährliche dieser Gesetze ausgesprochen worden, war fast ein Staatsverbrechen. Dieser fanatische Oberhirt der katholischen Kirche lehnte sich nämlich sogar gegen die Staatsgrundgesetze auf, wie gegen jene Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften, die den Kaiser Franz Josef nunmehr auch »bestimmen« wollten, einen »offenen Vertragsbruch« zu begehen.

Als die Sanction der interconfessionellen Gesetze nun dennoch erfolgt war, erhob sich der Gesammtclerus dagegen wie ein Mann.

Von der Kanzel herab wurde in fast allen Kirchen der Monarchie gegen die neuen Gesetze und die Gesetzgeber gepredigt, der Name des eben dahingeschiedenen Dr. von Mühlfeld beschimpft, und die clericale Presse ging in ihrem fanatischen Eifer sogar so weit,

das Privatleben des Verstorbenen in die Oeffentlichkeit zu zerren, des Langen und Breiten die früheren Familienverhältnisse Mühlfeld's zu schildern und zu zeigen, was für ein »schändlicher« Mensch dieser »Gotteslästerer« gewesen. Die Staatsmänner wieder wurden als Verbrecher hingestellt, gleichfalls als Männer ohne Religion und Glauben; sie wurden rundweg beschuldigt, einen bösen, schädlichen und schändlichen Einfluss auf die Person des gütigen Monarchen ausgeübt und ihn zu irreligiösen Handlungen verleitet zu haben.

Wer unbefangenen Sinnes die Gesetze liest, wird diese den Zeitgenossen wohl erinnerliche Aufregung der Clericalen kaum begreifen. Die Bewegung unter der katholischen Geistlichkeit war aber nachgerade eine so mächtige geworden, dass sich endlich die Regierung ernstlich genöthigt sah, mit der Frage sich zu beschäftigen, welche Mittel dieser gefahrdrohenden Situation gegenüber anzuwenden seien. Die Frage wäre unter gewöhnlichen Umständen leicht zu beantworten gewesen. Die Dinge lagen aber hier nicht so wie in anderen Culturstaaten, wo rücksichtslos mit aller Strenge darauf gesehen wird, dass die bestehenden Gesetze allgemein befolgt werden. Hier waren doch verschiedene Umstände und Verhältnisse zu berücksichtigen, die es der Regierung vorerst — vielleicht mit Recht — räthlich erscheinen liessen, die Sache »reiflich zu erwägen«, ehe man das geschehen lasse, was eigentlich als selbstverständlich gelten sollte: sofort energisch gegen die Clericalen einzuschreiten.

Wozu man sich einige Monate vorher einzelnen Geistlichen gegenüber ohne Bedenken entschlossen hatte, das erschien jetzt, wo die Bewegung einen allgemeinen Charakter angenommen hatte, und von dem gesammten Episkopat der österreichischen Hälfte der Monarchie ausging, doch als äusserst bedenklich. Zumal da mittlerweile sich auch der Papst an die Spitze der Bewegung gestellt und in einer Allocution sich nicht nur gegen die neuen Gesetze, sondern sogar auch gegen die Staatsgrundgesetze mit aller Entschiedenheit gewendet, sie als »wahrhaft abscheuliche« und »unselige« bezeichnet hatte.

Dr. Giskra wäre zwar nach wie vor geneigt gewesen, die Gerichte ihres Amtes walten zu lassen. »Wer sich gegen das Gesetz

vergehe, habe seiner Meinung nach auch die Verantwortung dafür zu tragen; und wenn man noch so grosse Strafhäuser bauen müsse, um für die Zahl der Verbrecher entsprechenden Raum zu schaffen, so dürfe man selbst vor einer solchen Auslage auch nicht zurückschrecken.« »Die Gesetze seien die Grundpfeiler des Staates, sie zu achten und zu befolgen die Pflicht aller Staatsbürger, ohne Unterschied des Standes und des Berufes.« Das war seine Ansicht und diese vertrat er auch mit aller Energie im Ministerium.

Die Majorität seiner weniger temperamentvollen ministeriellen Collegen war jedoch anderer Ansicht; ihr Urtheil bildete sich nach genauer Kenntniss der eigenthümlichen Verhältnisse der österreichischen Monarchie und nach den ihnen wohlbekannten Anschauungen, oder sagen wir Stimmungen der massgebendsten Persönlichkeiten, denen Rechnung zu tragen ihnen als ein Gebot der Vorsicht und der schuldigen Rücksicht erschien.

So entschloss man sich endlich »nach reiflicher Erwägung« zu einem — Federnkampf. Von den einzelnen Ministerhôtels ergingen Instructionen, Informationen, Erläuterungen und Beleuchtungen der neuen Gesetze, deren Spitze sich zuvörderst gegen die Hirtenbriefe und Allocutionen der kirchlichen Oberhäupter richtete.

Dr. Giskra richtete einen Erlass an die Statthalter, der Unterrichtsminister Dr. v. Hasner an die Schulbehörden, der Justizminister gab eine geheime Instruction für die Staatsanwaltschaften, und endlich sah sich auch Herr von Beust durch die Kundgebung des Papstes veranlasst, ein besonderes Antwortschreiben an den heiligen Vater zu richten. Dieses Antwortschreiben des Herrn von Beust auf die heftigen Angriffe des heiligen Vaters fand freilich bei keiner Partei die gehoffte Zustimmung. In dem betreffenden, sehr ausführlichen Schriftstücke, welches, nebenbei erwähnt, in jeder Zeile die Feder Beust's erkennen lässt, heisst es unter Anderem:

»Die Curie hätte eigentlich allen Grund, mit dem, was der Kirche in Oesterreich trotz der interconfessionellen Gesetze noch geblieben, zufrieden zu sein. Durch jene Gesetze seien die Gebiete der Kirche unangetastet geblieben, und man könne kühn behaupten,

dass es in ganz Europa kein Land gebe, wo die katholische Kirche eine so privilegirte Stellung behaupte, wie in Oesterreich. Dieser Umstand hätte doch verdient, dass man ihm Rechnung trage, und dass man nicht die kaiserliche Regierung mit derselben Verwerfung belege, womit man andere Regierungen belegt habe, die ganz anders zu der Kirche und der katholischen Religion in Opposition gestanden.«

Etwas entschiedener lauten andere Stellen des bezüglichen Antwortschreibens. »Man hätte es ganz begreiflich gefunden«, heisst es darin, »wenn der heilige Vater gegen die neuen (interconfessionellen) Gesetze protestirt hätte, welche die durch das Concordat vom Jahre 1855 geschaffene Lage »modificiren«; ja man sei auf einen solchen Vorgang eigentlich gefasst gewesen. Was aber nicht ohne Einsprache bleiben könne, das sei die in der Allocution ausgesprochene Verdammung der Staatsgrundgesetze. Diese Gesetze ständen ja gar nicht in Frage; sie in dieser Weise angreifend, verletze der heilige Stuhl aufs Tiefste die Gefühle der Nation und gebe der gegenwärtigen Streitigkeit eine selbst in seinem Interesse sehr bedauerliche Tragweite. Der heilige Stuhl dehne damit seine Vorstellungen über Gegenstände aus, welche man in keiner Weise als seiner Autorität unterworfen betrachten könne . . . . . . Der heilige Stuhl erschwere endlich die versöhnliche Haltung der kaiserlichen Regierung, indem er gleichzeitig die Gesetze verdamme, welche das Princip der Freiheit der Kirche enthalten, und ihr somit einen Ersatz gewähren für die Privilegien, die sie etwa durch die interconfessionellen Gesetze verliere. Es sei auch nicht überflüssig, zu bemerken, dass diese Gesetze ausdrücklich der Kirche das Eigenthum der Güter, welche sie in Oesterreich besitzt, garantiren. Diese Bestimmung beweise eben, dass die fraglichen Gesetze keinen der Kirche feindlichen Charakter tragen, weil sie dieselbe in den Rechten aufrecht halte, deren sie in so vielen anderen Länder beraubt worden sei.«

Dieses Schriftstück, welches in seinen wohlbedachten Redewendungen mitunter auch scharf sarkastische Bemerkungen enthielt, hatte durchaus nicht den Beifall des vertrautesten Beamten des Herrn von Beust, seines Adlatus Herrn von Hofmann. So rundweg abfällig, so rückhaltslos hat sich Letzterer nie gegen eine von seinen Vorgesetzten aus-

gegangene Handlung ausgesprochen, wie es aus dem gedachten Anlasse der Fall war. Ich kann hierüber aus eigener Wahrnehmung berichten.

An einem Sonntag Vormittags war's. Herr von Hofmann stand eben im Begriffe, sich zur Messe in die Hauskapelle zu verfügen. Zu dieser Zeit empfing er gewöhnlich nicht, um sich bei dem Kirchengang nicht zu verspäten. Ausnahmsweise liess er mich aber doch vor. Ohne erst anzuhören, was mich zu ihm führte, eröffnete er sofort das Gespräch mit Hinweis auf das auf seinem Schreibpult liegende Schriftstück: die Antwort des Herrn von Beust an den heiligen Vater.

Ich erinnere mich fast genau der Worte, die er damals unter sichtlicher Aufregung sprach.

Er sei heute zu nichts fähig, sagte er beiläufig, sein Gemüth sei zu erschüttert; er habe da das Antwortschreiben des Reichskanzlers vor sich liegen auf die jüngst erschienene Allocution des Papstes. Er habe es schon wiederholt und wiederholt gelesen, und immer mit steigender Gemüthserschütterung; eine solche Sprache finde er »unerhört« und »unverantwortlich«. So könne wirklich nur ein Protestant an den heiligen Vater schreiben; ihn beängstigen die Folgen, welche dieser Act nach sich ziehen werde. Sie beängstigen ihn im Interesse des Staates wie der Kirche und im Interesse seines Chefs; er befürchte, dass sich dieser damit den Nagel zu seinem eigenen Sarge geschmiedet. Unter einen solchen Act hätte kein römisch-katholischer Staatsmann seinen Namen gesetzt.

Hofmann schloss daran die Bitte, ich möchte überall und bei jedem Anlass, der sich mir darbiete, ausdrücklich betonen, dass er nicht den geringsten Antheil an dem Concepte trage, dass er hiebei nicht mit ins Vertrauen gezogen worden, und dass der Act ohne seine Kenntniss abgegangen sei.

Ich hatte, freilich von anderer Seite, Gelegenheit gehabt, ein anderes Urtheil zu hören. Dr. Giskra hatte tagsvorher davon gesprochen, und er, der stets bereits war, seinem Freunde und Collegen Beust als getreuer Freund zur Seite zu stehen, war diesmal mit dem Reichskanzler nicht zufrieden, d. h. mit der Antwort an den Papst nicht einverstanden. Er fand sie im Gegensatze zu Hofmann zu »diplomatisch gewunden«, nicht entschieden genug. Auf Angriffe, wie sie der Papst

in seiner Allocution gegen die Staatsgrundgesetze im Allgemeine-gerichtet, müsse man vom staatlichen Standpunkte aus ganz anders antworten; eine viel energischere Zurückweisung wäre am Platze gewesen. Auch fand Giskra die Stylisirung nicht glücklich, ein Einwand, der Herrn von Beust am empfindlichsten traf, da er sich auf seine Feder immer am meisten einbildete und in diesem Falle der Meinung war, dass ihm das heikliche Concept ganz besonders gelungen sei.

So hörte ich innerhalb 24 Stunden zwei verschiedene, ganz entgegengesetzte Urtheile von zwei Personen, die Herrn von Beust am nächsten standen. Ich sprach auch mit Herrn von Hofmann über diese Divergenz und erwähnte, dass Giskra über das fragliche Schriftstück ganz anderer Meinung sei; ich bemerkte hiebei unter Beobachtung der nöthigen Discretion, dass der Minister des Innern hauptsächlich die ungenügende Betonung der staatlichen Autorität tadelnd hervorgehoben habe.

Auch das wollte Herr von Hofmann nicht gelten lassen. Es könne ja Niemanden überraschen, wenn der heilige Vater liberale Ideen bekämpfe, wenn er sich gegen verfassungsmässige Zustände im Allgemeinen ausspreche; über Liberalismus und Conservativismus könne Jeder seine eigene Meinung haben, und diese zu äussern sei Jedermann berechtigt. Wolle man etwa diese Berechtigung gerade dem heiligen Vater absprechen? Er, Hofmann, begreife es also auch gar nicht, weshalb Herr von Beust sich so heftig gegen den Passus in der päpstlichen Allocution wende, der ein abfälliges Urtheil über die Staatsgrundgesetze enthalte. Wie der Papst über die Staatsgrundgesetze denke, sei überhaupt stets bekannt gewesen, und gerade Herr von Beust hätte sich in dieser Richtung eine gewisse Reserve auferlegen sollen, da ja auch er zu einer Zeit über constitutionelle Grundsätze und Theorien fast ebenso wie der heilige Vater gedacht und sogar — wie bekannt — darnach gehandelt habe.

Aus jenem kurzen, aber interessanten Gespräch mit Herrn von Hofmann ist mir noch eine anscheinend ganz nebenbei hingeworfene Bemerkung in Erinnerung, die darauf schliessen liess, dass sich Hof-

mann gekränkt fühlte, dass man sich nicht seiner Person als »Vermittler« beim Papst bedient habe.

Ich darf wohl als bekannt voraussetzen, dass mit einer solchen speciellen Mission der als clerical bekannte Freiherr von Meysenbug zu einer Zeit betraut worden war, als über die interconfessionellen Gesetze noch in den beiden Häusern debattirt wurde, aber kaum ein Zweifel über deren Annahme bestehen konnte. Gedachter Herr von Meysenbug hatte den Auftrag, den heiligen Vater auf das Zustandekommen jener Gesetze vorzubereiten auf die Verhältnisse hinzuweisen, die derart seien, dass der Kaiser jenen Gesetzen die Sanction nicht verweigern könne, und zu betonen, welchen hohen Werth sein apostolischer Monarch darauf lege, die guten Beziehungen zum heiligen Vater ungetrübt zu erhalten. Von dieser Mission des Herrn von Meysenbug erwartete man nun zwar nicht, dass Alles erreicht werde, was man in der Hofburg ernstlich wünschte. Aber man hoffte, dass sie calmirend auf die Stimmung im Vatican wirken werde, die ja, wie man wusste, eine sehr gereizte war, und man versprach sich zumal von der Intervention dieses Vermittlers deshalb mehr als von einem Andern, weil Herr von Meysenbug, als streng clerical bekannt, beim heiligen Vater persona grata war.

Nun blieb aber der Erfolg weit hinter den Erwartungen zurück. Die Allocution gab den deutlichsten Beleg für die nachhaltig gereizte Stimmung des Papstes, und man glaubte im Reichskanzleramte unwiderlegliche Beweise dafür erhalten zu haben, dass Herr von Meysenbug in einer seiner Mission ganz entgegengesetzten Weise in Rom thätig gewesen sei. Darauf bezog sich wohl jene Aeusserung des Herrn von Hofmann, dass man gut daran gethan hätte, ihn nach Rom zu entsenden; er hätte jedenfalls, wie er meinte, mehr beim heiligen Vater erwirken können.

Vielleicht geht man bei Erwägung des Charakters dieser Persönlichkeit nicht irre, wenn man annimmt, dass die Opposition Hofmann's gegen den Inhalt des Antwortschreibens seines Chefs im Amte ein wenig auf Rechnung seiner verletzten Eitelkeit zu setzen war.

Wie übrigens Herr von Hofmann als genauer Kenner der Verhältnisse nur einen Augenblick daran denken konnte, in einer so

wichtigen Sache als ausserordentlicher Botschafter nach Rom entsendet zu werden, erscheint wohl für Jeden unfassbar, der da weiss, welche diplomatische Rücksichten bei der Wahl der Persönlichkeit zu beobachten waren, der man eine so delicate Angelegenheit anvertraute, wie jene, die Herrn von Meysenbug zufiel. Ganz abgesehen von der in mehrfacher Beziehung mangelhaften persönlichen Eignung hiezu, befand sich Herr von Hofmann auch nicht in der amtlichen Stellung, um eine so wichtige Mission erhalten zu können. Man hatte auch thatsächlich keinen Augenblick daran gedacht.

Indess, wer immer nach Rom entsendet worden wäre, — der Erfolg der Mission wäre wohl immer der nämliche gewesen. Rom war nicht zu versöhnen! Deshalb war auch Giskra mit seinem Urtheile im Recht. Es war ein Fehler des Herrn von Beust, dass er nicht mit mehr Entschiedenheit und grösserer Energie die Angriffe des Papstes auf die neuen Gesetze, zumal auf die Staatsgrundgesetze, zurückgewiesen hat. Das Diplomatisirende in dem fraglichen Schriftstücke, worauf Beust grossen Werth legte, wie aus späteren Aeusserungen, die ich aus seinem Munde vernommen, hervorging, hatte lange nicht die erwünschte Wirkung. Im Gegentheil, es befriedigte, wie erwähnt, keine Partei, nicht die Liberalen, nicht die Clericalen. Den Einen wurde zu wenig, den Anderen zu viel gesagt, die Einen tadelten die zu weit gehende Rücksicht, die Anderen den angeblich schroffen, rücksichtslosen, die Würde des heiligen Vaters verletzenden Ton. Beust musste es erleben, dass er von allen Seiten angegriffen wurde, von seinen Freunden ebenso sehr wie von seinen Gegnern. Dieser Misserfolg war vielleicht einer der kränkendsten, die er im Laufe seiner Amtswirksamkeit in Oesterreich erlebte, und er war es zumeist deshalb, weil er sich einen grossen Erfolg versprochen hatte, das complete Gegentheil jedoch eingetreten war.

Empfindlich gegen jeden, auch den leisesten Tadel, ertrug Beust es hauptsächlich schwer, von den Zeitungen »verrissen« zu werden. Eine tadelnde Kritik in einem der Blätter traf ihn immer auf's Empfindlichste. Es konnte sich da um was immer handeln, um eine hochwichtige diplomatische Action oder um eine Wendung in einer Note, die er concipirt hatte. Man kann sich nun leicht eine Vor-

stellung davon machen, wie Herrn von Beust zu Muthe war, wenn er eine Zeitlang kein Journal zur Hand nehmen konnte, in welchem er sich nicht, in Folge seiner Antwort auf die päpstliche Allocution, mehr oder minder getadelt sah. Am liebsten hätte er selbst zur Feder gegriffen und gegen seine Feinde polemisirt. So oft er dies nun auch in früherer Zeit bei vielen Gelegenheiten gethan, die Sache, um welche es sich diesmal handelte, war denn doch zu delicater Natur. Wäre es bekannt geworden, dass er unter die Zeitungsschreiber gegangen sei, es wäre ihm dies in den verschiedenen Kreisen sehr übel genommen worden; er hielt es daher für gerathener, die Angriffe über sich ergehen zu lassen, ohne darauf etwas öffentlich zu erwidern oder mit geschlossenem Visir zu kämpfen.

Indess gesprächsweise liess er sich gehen, zumal Vertretern der Presse gegenüber, von denen er voraussetzte, dass sie für seine Andeutungen das richtige Verständniss haben und den gewünschten Gebrauch davon machen würden. So klagte er über die »beschränkten Menschen«, die keine Ahnung von den schwierigen Verhältnissen hätten, unter welchen ein Staatsmann arbeite, wenn es sich um kirchliche, d. h. um katholisch-kirchliche Sachen handle; wie schwer es in einem solchen Falle sei, Allen gerecht zu werden, zumal den Intentionen hoher Persönlichkeiten Rechnung zu tragen, auf die im Staate die allererste Rücksicht genommen werden müsse, und deren Anschauungen den Wünschen der öffentlichen Meinung thunlichst anzupassen. Beust beklagte es bei solchen Gesprächen tief, dass man die »Schwierigkeit seiner Situation« fast so gut wie gar nicht in Erwägung gezogen; bei einem Bischen mehr Wohlwollen hätte die Aufnahme seines Antwortschreibens an den Papst eine ganz andere, wohl weit günstigere sein müssen. Die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten zu bilden, wäre ihm freilich ein Leichtes, wenn er sich des Näheren darüber aussprechen wollte, welche Verdienste er sich um das Zustandekommen der interconfessionellen Gesetze erworben habe. Und Herr von Beust liess hiebei durchschimmern, dass ohne seine Mithilfe, ohne sein energisches Eingreifen die Sanction der Gesetze noch im letzten Augenblicke fraglich geworden wäre.

Die wahren Verhältnisse, die wirklichen Thatsachen entsprachen freilich diesen »Andeutungen« nicht, wie ich dies schon an anderer Stelle bemerkte. Beust hatte wohl selbstverständlich in seiner Art mitgewirkt; das Hauptverdienst gebührte jedoch gewiss dem liberalen Gesammtministerium, entscheidend war die Einhelligkeit, die in seinem Vortrage an den Kaiser über die nothwendige Regelung der Verhältnisse zwischen dem Staate und der Kirche zum Ausdruck kam. Kaiser Franz Josef fühlte sich zu sehr als constitutioneller Monarch, als dass er angesichts solch' eines einhelligen Beschlusses seiner Regierung die Einwilligung zur Einbringung einer so wichtigen Vorlage hätte versagen können, und war einmal die Zustimmung des Monarchen dazu erwirkt, dann stand wohl auch die Sanctionirung der Gesetze ausser allem Zweifel.

Herr von Beust hat damals seine offenbare Absicht, dass das, was er Journalisten gesagt, gedruckt werde, nicht erreicht. Der Versuch, die Presse zu beeinflussen, sie seinem Zwecke dienstbar zu machen, die Thatsachen zu entstellen und sie in seinem Sinne zu »beleuchten«, gelang ihm nicht, nicht auf directem, nicht auf indirectem Wege. Er sah sich diesmal von Allen verlassen. Von seinen Collegen in der Regierung, von seinen eigenen Beamten, von dem ihm sonst befreundeten Theil der Presse und von der gesammten öffentlichen Meinung. Alles stand ihm gegenüber. Da ergriff er nun ein Mittel, welches manchmal von reclamesüchtigen Künstlern angewendet wird, wenn sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken wollten, die sie durch ihre künstlerischen Leistungen zu erregen ausser Stande sind.

Eines Tages — es war dies selbstverständlich kurz nach der Verlautbarung des allseitig so abfällig aufgenommenen, oft erwähnten Antwortschreibens, der Tag jedoch ist mir nicht mehr so genau erinnerlich — eines Tages also liess mich Herr von Hofmann zu sich bitten. Bei meinem Erscheinen in seinem Bureau theilte er mir sofort mit, dass nicht er, sondern Herr von Beust mich zu sprechen wünsche, und er werde nachfragen lassen, ob mich der Minister sogleich empfangen könne. Der Diener kam mit einer bejahenden Antwort zurück.

Herr von Beust begrüsste mich mit ernster Miene. Sein Gesicht zeigte nicht die gewohnte Freundlichkeit, ein düsterer Zug lag auf demselben, und auch der Ton seiner Stimme liess deutlich erkennen, dass diesen höchsten Beamten des Staates etwas schwer bedrücke. Er leitete das Gespräch mit der Erklärung ein, dass er mir eine Nachricht mittheilen wolle, die gewiss Sensation machen werde; gegen die Veröffentlichung habe er nichts einzuwenden, im Gegentheil, damit diese veranlasst werde, habe er mich zu sich bitten lassen; doch wünsche er, dass die Nachricht zuvörderst von auswärtigen Journalen gebracht werde und von »draussen hereinkomme«. Er werde sich deshalb auch mit anderen Vertretern auswärtiger Blätter ins Einvernehmen setzen, und insoferne ich zu solchen Herren Beziehungen hätte, möge ich ihm seine Aufgabe erleichtern und die mir mitgetheilte Nachricht zu dem gleichen Zwecke, wie sie mir gegeben wurde, weiter verbreiten, doch nicht ohne mich vorher zu vergewissern, dass die Mittheilung für die Wiener Journale vorläufig nicht zugänglich gemacht werde.

Ich war natürlich nach dieser Einleitung um so gespannter auf die »sensationelle Neuigkeit«. Sie war auch in der That eine solche.

Herr von Beust theilte mir mit, dass am Nachmittag des verflossenen Tages ein Attentat auf sein Leben versucht worden sei. Man habe ihn offenbar zu vergiften gesucht. Unter den unverkennbaren Symptomen einer Vergiftung sei er plötzlich erkrankt, und er schilderte des Näheren die Krankheitserscheinungen. Auf meine Fragen, ob er gegen Jemanden einen Verdacht hätte, weshalb er glaube, dass man ihm ans Leben gehen wollte und ob er bereits die polizeiliche Anzeige erstattet hätte, antwortete er beiläufig Folgendes:

Es stehe ausser allem Zweifel, dass irgend ein »fanatischer Katholik« wegen seiner (Beust's) Haltung in den confessionellen Fragen es sich zur Aufgabe gemacht habe, ihn aus dem Leben zu schaffen, um so ein frommes Werk zu thun, vielleicht in der Voraussetzung, dadurch als Heiliger in den Himmel zu kommen. Die clericale Partei mache er dafür nicht verantwortlich, mit solch'

»drastischen Mitteln« kämpfe sie nicht, dessen sei er gewiss; doch habe diese durch die Hetze, die von ihr gegen ihn eingeleitet worden, den Fanatismus der Menge in der Weise aufgereizt, dass es gar nicht zu verwundern sei, wenn eben ein Fanatiker auf den Gedanken komme, der Kirche einen grossen Dienst zu erweisen, wenn er sie von einem so gefährlichen Feind, wie dieser Beust einer sei, ein für allemal befreie. Verdächtigen könne er — wie der Minister unter gesteigerter Aufregung hinzufügte — Niemanden; auch eine polizeiliche Anzeige habe er nicht erstattet und dies deshalb nicht, weil er jedes Aufsehen vermeiden wolle. Die Veröffentlichung aber wünsche er, damit man aus der Thatsache entnehme, dass sein Auftreten in den confessionellen Fragen doch nicht ein so sehr wankendes und »unentschiedenes« gewesen, wie dies allenthalben angenommen worden sei, und dass ein minder vorsichtiges Verhalten in dieser äusserst delicaten Sache gewiss noch ganz andere schwere Folgen gehabt hätte.

Die Absicht, in welcher die Thatsache veröffentlicht werden sollte, war damit wohl deutlich genug gekennzeichnet. Was darüber Herr von Beust sagte, sollte, auch das war mir sofort klar, als Begründung für das beabsichtigte »Attentat« ebenfalls gemeldet werden, ja es war dies der Hauptzweck der Mittheilung. War aber die Nachricht als solche auch wahr, konnte sie als feststehende Thatsache gemeldet werden? Ich habe aus begreiflichen Gründen Anstand genommen, mich bei dieser Unterredung des Näheren darüber zu äussern; im Gegentheil, ich sprach über den »schrecklichen Vorfall« mein Bedauern aus und erklärte mich bei der bestehenden Zwangslage bereit, über das »Attentat« zu berichten.

Nachdem ich Beust verlassen, sprach ich wieder bei Hofmann vor. Ich theilte ihm mit, was sein Chef mit mir gesprochen, und welches Ersuchen er an mich gestellt hatte. Hofmann lachte. »Nun ja,« erwiederte er beiläufig, »Sie können ja in dem vom Minister gewünschten Sinne vorgehen, Sie können ihm auch dankbar sein, dass er Ihnen eine sensationelle Nachricht hat zukommen lassen; für die Wahrheit und Richtigkeit derselben haben Sie nicht einzustehen, die volle Verantwortung dafür trifft Ihren Gewährsmann,

auf den Sie sich ja berufen können für den Fall, als Jemand daran zweifelt und Sie von irgend einer Seite dementirt werden sollten.«

Ich hatte Hofmann ganz wohl verstanden. Er bezweifelte die Richtigkeit der Thatsache wie ich selbst. Ich telegraphirte aber doch darüber genau nach Wunsch des Reichskanzlers — es blieb ja kaum etwas anderes übrig —, nur schien mir die Vorsicht dringend geboten, dem telegraphischen Berichte hinzuzufügen, dass die Mittheilung aus »bester Quelle« komme, es der Redaction überlassend, diese »beste Quelle« zu errathen, was in dem vorliegenden Falle wohl nicht allzuschwer war.

Indess die Wirkung, die sich Herr von Beust von der sensationellen Nachricht erwartet hatte, blieb gänzlich aus, im Gegentheil, die Mittheilung war für den Betheiligten sehr fatal. Man nahm die ganze Sache nicht ernst, bezweifelte die Richtigkeit, und in einigen Journalen — die Nachricht wurde eben von verschiedenen Correspondenten auswärtiger Blätter gemeldet, die aus der gleichen Quelle geschöpft hatten — wurde das betreffende Telegramm mit allerlei Randglossen versehen. Ein Berliner Blatt, welches dem Herrn von Beust ohnehin nicht gut gesinnt war, hatte sogar die Bemerkung dazu gemacht, dass es sich hier offenbar um eines der bekannten diplomatischen Kunststückchen des Herrn von Beust handle, der sich das Attentatsmärchen »aus Gott weiss welchem Grunde erfunden habe«.

In Oesterreich erkannte man diesen Grund bald. Nicht nur die clericalen Journale, auch die liberalen Blätter sprachen sich darüber deutlich genug aus.

Was sich wohl Herr von Beust über die Wirkung dieses »Attentatsmärchens« später gedacht haben mag?

Der Kaiser in Prag.

Das Bürgerministerium konnte nach seiner ersten sechsmonatlichen Geschäftsperiode schon auf ein schönes Stück Arbeit zurückblicken. Es hat innerhalb dieser kurzen Frist wahrlich schon mehr geleistet als so manche Regierung während ihrer ganzen Staatswirksamkeit. Es hat — abgesehen von einer ganzen Reihe für die innere Entwicklung der Monarchie nothwendig gewordenen Massnahmen auf administrativem Wege — den Ausgleich mit Ungarn, wenn auch nicht angebahnt, so doch durchgeführt. Es hat die ersteren Schritte gethan zur Regelung der Schulverhältnisse, die Geschwornengerichte in Presssachen ins Leben gerufen, die Advocatur freigegeben, sich mit den Finanzen des Staates in eingehendster Weise beschäftigt, und nebst noch verschiedenen anderen Gesetzen, welche im ersten halben Jahre der Regierungsperiode des liberalen Ministeriums der kaiserlichen Sanction unterbreitet werden konnten, hat es auch noch den schweren Kampf mit der mächtigen clericalen Partei siegreich zu Ende geführt und in den wichtigsten Dingen die Verhältnisse der Kirche zum Staate geregelt: die interconfessionellen Gesetze geschaffen. Das Wichtigste jedoch musste erst in Angriff genommen werden. Im Programme der Regierung stand auch der Ausgleich mit Böhmen. Die Hoffnungen auf das Gelingen desselben waren freilich bei den meisten Mitgliedern des Cabinets nur sehr gering. Seltsamer Weise befand sich Giskra unter den Optimisten, unter Jenen im Cabinete, welche die Ansicht vertraten, die Czechen würden unter den gegebenen Verhältnissen ausgleichsfreundlich gestimmt sein, wenn man ihnen nur entgegenkomme. Dieses Entgegenkommen sollte das

Bürgerministerium den Czechen gegenüber durch eine Thatsache beweisen. Es bestimmte den Kaiser nach Prag zu gehen. Die friedlichen Elemente in Böhmen sollten durch den Besuch des Monarchen die Ueberzeugung gewinnen, dass die liberale Regierung die Aussöhnung wünsche, zur Förderung derselben das Möglichste thun wolle. Von der Anwesenheit des Kaisers in Prag versprach sich zumal Giskra einen grossen Erfolg; sie werde, so meinte er, eine günstigere Stimmung, wenn auch nicht sofort bei den Führern, so doch bei der böhmischen Bevölkerung hervorrufen, und diese werden die Führer beeinflussen. Herbst sah klarer und urtheilte nüchterner. Er kannte besser die Verhältnisse in Böhmen, er versprach sich blutwenig von diesem Kaiserbesuch; die folgenden Thatsachen haben ihm Recht gegeben. — — —

Der Besuch des Kaisers in Prag fand Ende Juni (1868) statt.

In Begleitung des Monarchen befand sich der Ministerpräsident Fürst Carlos Auersperg, der meistgehasste Cavalier bei dem böhmischen Feudaladel. Das förderte den Ausgleich gewiss nicht. Wer aber hätte an seiner Statt den Kaiser auf dieser Reise begleiten können? Der Fürst war nun einmal Ministerpräsident, der Besuch des Kaisers in Prag hatte, wie bemerkt, ausschliesslich einen politischen Charakter, es lag ihm ein bestimmter politischer Zweck zu Grunde; naturgemäss konnte also auch kein Anderer zur Begleitung des Kaisers in Aussicht genommen werden, als Auersperg, der übrigens factisch mit der ernsten Absicht nach Prag ging, den Czechen möglichst entgegenzukommen und den Weg für den Ausgleich mit ihnen zu ebnen.

Diese Absicht ging auch aus einer Aeusserung Giskra's kurz vor dem Antritt der Reise des Kaisers nach Prag hervor: Die Aussöhnung mit den Czechen müsse jetzt erfolgen; der Dualismus habe dem Staate eine andere Gestaltung gegeben; der jenseitigen Reichshälfte gegenüber müsse sich die diesseitige consolidiren. Das Bestreben der Ungarn werde jetzt naturgemäss darauf gerichtet sein, die zur ungarischen Krone gehörigen Länder unter einen Hut zu bringen, und das Gleiche müsse auch bezüglich der Länder diesseits der Leitha geschehen; da der Gedanke, den

Einheitsstaat zu erhalten, wie er den Centralisten vorgeschwebt als Naturnothwendigkeit für die Machtstellung der Monarchie, durch den Ausgleich mit Ungarn und mit der Anerkennung dieses Ausgleiches durch die gesetzgebenden Factoren aufgegeben worden sei, so müsse man nun trachten, und zwar müsse dies gerade die Hauptaufgabe der Centralisten sein, »zu retten, was noch zu retten sei«; der Ausgleich mit den Czechen müsse nun, wie er sich wohl kurzweg äusserte, »um jeden Preis« gemacht werden.

»Um jeden Preis.« Das war nun freilich nicht buchstäblich zu nehmen. Der Preis, den die Czechen noch verlangten, das wusste man, der konnte nicht bezahlt werden. Das hätte nicht nur ein Nachgeben in Allem und Jedem, was dem centralistischen Gedanken zu Grunde lag, bedeutet; es wäre vielmehr gleichbedeutend gewesen mit dem vollständigen Aufgeben der centralistischen Principien, — daran hat das Bürgerministerium selbstverständlich nie gedacht. Man hoffte aber, dass doch eine Art Verständigung werde zu erzielen sein, dass ein erträglicher Ausgleich werde zu Stande kommen können. Und die Anwesenheit des Kaisers in Prag sollte eine günstige Stimmung für denselben erzeugen. Fürst Auersperg wollte Alles thun, um nicht durch seine Persönlichkeit zu schaden; er wollte im Gegentheil die Angelegenheit möglichst fördern.

Diese gute Absicht wurde durch Herrn von Beust vereitelt. Ich war damals in Prag und habe die Dinge sich gestalten gesehen, die später sich so folgenschwer für das Bürgerministerium entwickelten.

Aus persönlicher Wahrnehmung erzähle ich, was in den wenigen Tagen der Anwesenheit des Kaisers in Prag geschehen ist. Ich hatte damals wieder Gelegenheit, meine Informationen aus »bester« Quelle zu schöpfen, ich erhielt sie sowohl von Herrn von Beust' als auch vom Fürsten Carlos Auersperg, wobei ich sofort erwähne, dass die Mittheilungen des Letzteren, die sich im Widerspruche befanden mit jenen des Reichskanzlers, den Eindruck der vollen Glaubwürdigkeit machten, während die Informationen des Herrn von Beust vor Allem den Charakter der Entschuldigung an sich trugen, und in der ganzen Art, wie sie vorgebracht wurden, geeignet waren, allerlei Bedenken zu erregen, zumal, wenn man die That-

sache selbst, um welche es sich hier handelte, auf sich wirken liess und sie einer objectiven Beurtheilung unterzog. Da stand es für jeden denkenden Menschen ausser allem Zweifel, dass die Auffassung des Fürsten über dieselbe die allein richtige war.

Am 22. Juni kam der Kaiser nach Prag. Nach vierundzwanzig Stunden war es daselbst bekannt, dass auch der Reichskanzler Herr von Beust Prag besuchen werde. Seine Ankunft wurde dem officiösen »Prager Abendblatt« mit dem Beifügen bekannt gegeben, dass Beust komme, um über wichtige Angelegenheiten seines Ressorts dem Kaiser zu berichten.

Gegen Mittag, als ich eben im Begriffe war, ein Telegramm aufzugeben, traf ich zufällig vor dem Hôtel »zum blauen Stern« mit dem Ministerpräsidenten Fürsten Carlos Auersperg zusammen. Ich grüsste und wollte vorübergehen, der Fürst aber hielt mich an.

In hörbar erregtem Tone richtete er die Frage an mich, ob ich wisse, dass Beust angekommen sei. Ich konnte die Frage mit Hinweis auf die Meldung der Prager Journale bejahen. Die weitere Frage ging dahin, ob ich auch über den Zweck der Anwesenheit Beust's unterrichtet sei; ohne meine Antwort abzuwarten, fügte in gesteigerter Aufregung der Fürst sofort hinzu, und zwar so laut, dass es Vorübergehende auch hätten hören können: »Er hat den Ausgleich in der Tasche«. Sagt's und — entfernt sich.

Das ganze Gespräch nahm wenige Secunden in Anspruch. Es war interessant und wichtig genug, um auf Grund dessen weitere Informationen einzuholen. Ich eilte vorerst nach Hause. Da im Hôtel kein Zimmer zu bekommen gewesen war, hatte ein College in Prag die Freundlichkeit, mir sein Redactionsbureau als Schlaf- und Arbeitszimmer einzuräumen. Ich theilte ihm nun meine Begegnung mit dem Ministerpräsidenten mit. Er war gar nicht so erstaunt, als ich vorausgesetzt hatte; er wusste mir vielmehr sogar noch Näheres mitzutheilen.

Beust sei thatsächlich nach Prag gekommen, um den Ausgleich mit den Czechen »in Fluss« zu bringen. Die Herren Rieger und Palacky hätten bereits, wie er aus sicherer Quelle zu melden

wisse, tagsvorher Einladungen zu einer Unterredung mit Herrn von Beust erhalten. Dieselbe werde auch im Laufe des Tages im Statthaltereigebäude stattfinden. Mein College meinte, es geschehe dies gewiss im Einverständniss mit dem Ministerpräsidenten, der in der czechischen Frage persönlich zu sehr engagirt sei, um einen Frieden anbahnen zu können, und der es wohl selbst gewünscht haben möge, dass eine minder »befangene« Persönlichkeit in dieser wichtigen Sache eingreife und die Vorbesprechungen führe.

Diese etwas naive Auffassung konnte ich nach der Begegnung mit dem Fürsten und nach dem, was er und wie er es mir gesagt, selbstverständlich nicht theilen. Im Gegentheil. Ein Zweifel darüber, dass Beust's Erscheinen in Prag den Ministerpräsidenten verstimmt haben müsse, konnte für mich nach den Aeusserungen desselben nicht mehr bestehen. Ich musste also trachten, der Sache auf den Grund zu kommen.

Das war keineswegs so schwierig, als ich mir dies vorgestellt hatte. Ganz Prag war voll davon, dass Beust gekommen sei, um den Ausgleich »zu machen«. Oeffentlich, in Gast- und Kaffeehäusern, wurde davon gesprochen, dass Beust auf Veranlassung des Monarchen erschienen sei. In den Redactionsbureaux, die ich zur Information aufsuchte, fand ich eine verschiedene Stimmung vor.

In den Organen der Deutschen herrschte Missmuth darüber, dass sich der Minister des Aeussern in die inneren Angelegenheiten des Landes menge; daselbst wusste man bereits, dass diese Einmengung ohne Wissen des Ministerpräsidenten erfolgt war, und es bestand nur ein Zweifel darüber, ob Beust eigenmächtig vorgegangen, das heisst nach Prag gekommen sei, ohne vom Kaiser berufen worden zu sein, oder ob dessen Berufung zum Zwecke der Anbahnung des Ausgleiches erfolgt sei.

In den czechischen Journalen herrschte selbstverständlich eine freudige Stimmung, und hier stellte man es als ganz bestimmt hin, dass der Reichskanzler die specielle Weisung erhalten hätte, über den Kopf des Ministerpräsidenten hinweg mit den czechischen Führern in Unterhandlung zu treten, was freilich, wie es sich gar bald herausstellte, eine ganz unrichtige Voraussetzung war, und

auch von allen Jenen sofort bestritten wurde, welche die constitutionelle Gesinnung des Monarchen, seine Pflichttreue kannten und insbesondere aus Erfahrung wussten, dass der Kaiser stets mit aller Strenge darüber wache, dass die Competenzen seiner Räthe nicht beeinträchtigt würden, und dass er also schwerlich, und noch dazu in einer so wichtigen Frage, die zur Lösung derselben berufenen Factoren übergangen haben werde.

So nüchtern dachten freilich nur die Unbefangenen, die Leidenschaftslosen. Nicht Fürst Auersperg. Von Misstrauen gegen Beust erfüllt, verfiel er sofort in gereizte Stimmung und — handelte auch danach, ohne sich vorerst die Ueberzeugung verschafft zu haben, ob Beust in »höherem Auftrag« oder aus eigenem Antrieb in Prag erschienen sei.

Doch bevor ich darüber des Näheren berichte, muss ich noch zweier Unterredungen gedenken, die ich im Laufe eines Nachmittags (ich weiss nicht mehr bestimmt, war es am 23. oder 24. Juni) mit dem Fürsten Carlos Auersperg und bald darauf mit Herrn von Beust hatte. Anknüpfend an das kurze Gespräch mit Ersterem, erbat ich mir in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten eine kurze Audienz. Es dauerte nicht lange, da kam der Bote mit der mündlichen Mittheilung zurück, dass, wenn ich gleich komme, der Fürst mich empfangen würde.

Schon die ersten Worte des Ministerpräsidenten machten auf mich den Eindruck, dass ich ihm sehr erwünscht komme. Der Fürst redete mich in beiläufig folgender Weise an: er begreife es wohl, dass ich das Bestreben habe, aus bester Quelle zu schöpfen; wenn ich aber der Meinung wäre, er sei gut informirt, so befände ich mich in einem Irrthum. Er wisse nur das Eine, dass er das Vertrauen des Kaisers verloren habe; vielleicht theile das gleiche Schicksal mit ihm das Gesammtministerium. Das könne er nicht wissen, aber allem Anscheine nach sei dies anzunehmen. Was nun die übrigen Mitglieder des Cabinets zu thun gedenken, das wisse er nicht; sein fester Entschluss sei es, abzureisen, aber nicht nach Wien zurückzukehren. Vorher werde er dem Kaiser sein Demissionsgesuch überreichen lassen.

Die Worte: »überreichen lassen« sind mir noch lebhaft im Gedächtniss, und zwar zuvörderst deshalb, weil sie der Fürst wiederholt mit besonderer Betonung sprach, und überdies noch hinzufügte, dass er den Kaiser nicht mehr sehen werde.

Ich habe im Laufe der Jahre so manche interessante und wichtige politische Information erhalten; doch was ich da in dürren Worten aus dem Munde des Ministerpräsidenten vernahm, der ohne alle Einschränkung so rundheraus von dieser Demission sprach, überraschte mich derart, dass ich in Verlegenheit gerieth, was ich darauf erwidern solle.

Als einen glücklichen Zufall muss ich es preisen, dass ich dem Fürsten damals, kurz vor seiner Abreise von Prag, in den Wurf kam. Fürst Auersperg hatte offenbar den Drang, seinem Herzen Luft zu machen, seiner gereizten Stimmung unverhohlenen Ausdruck zu geben, und zwar in solcher Weise, dass es öffentlich bekannt werde, was er zu thun entschlossen, und durch welche Vorgänge ein solcher ernster Entschluss gereift sei, und da kam ich ihm gerade gelegen. So erkläre ich mir die offene Sprache des Fürsten, seine rückhaltslosen Mittheilungen. Ja, nicht damit allein begnügte sich derselbe damals, mir zu sagen und die Erlaubniss zu ertheilen, »jeden mir beliebigen Gebrauch« davon zu machen, dass er aus dem Ministerium zu scheiden die Absicht habe, und dass er sein Demissionsgesuch nicht persönlich dem Kaiser überreichen, sondern durch eine Mittelsperson werde überreichen lassen; er äusserte sich auch über das Motiv seines Ausscheidens aus dem Cabinete in gleich unverhüllter Weise.

Beust der »Ausgleichsmeier« — so bezeichnete Auersperg den Reichskanzler mit nicht zu verkennender Bitterkeit und Gereiztheit — sei nach Prag gekommen, um mit den Czechen zu unterhandeln. Die cisleithanische Regierung habe keinerlei Kenntniss von dieser Mission erhalten. Von Beust könne »man« sich offenbar, wie der Fürst ironisch hinzufügte, günstigere Resultate als vom Cabinet erhoffen. Der Kaiser habe zu diesem Manne mehr Vertrauen, als zu den übrigen Räthen seiner Krone, und diese müssen aus einem solchen Falle ihre Consequenzen ziehen, — so wie er für seine

Person dies thun werde, und zwar, wie er in gesteigerter Aufregung hinzufügte: »Noch heute!«

Nur schwer lässt sich die Aufregung wiedergeben, welche sich des Fürsten ob der unbefugten Einmengung Beust's in die inneren Angelegenheiten des Reiches bemächtigt hatte. Je mehr er darüber sprach, in eine desto gereiztere Stimmung verfiel er, und sie richtete sich nicht blos gegen den Herrn von Beust; Fürst Auersperg übertrug sie auch auf andere Factoren, die an dem Vorgehen des Reichskanzlers gewiss nur einen ganz geringen Antheil genommen hatten. Mit dieser Entschuldigung soll nun freilich der Statthalter von Böhmen, Herr von Kellersperg, nicht gemeint sein. Die Initiative zu einer Zusammenkunft zwischen dem Minister des Aeussern und den beiden oben genannten Führern der czechischen Partei hat wohl Beust ergriffen; das steht fest, obschon er sich in seinen Memoiren gegen diese Annahme sträubt, ohne dabei sich auf einen anderen Gewährsmann berufen zu können, als auf seine Person. Indess ist es ebenso durch eine ganze Reihe bekannt gewordener Thatsachen ausser Zweifel gestellt, dass Herr von Kellersperg, der ja aus seiner Gegnerschaft gegen einzelne Mitglieder des liberalen Cabinets niemals ein Hehl gemacht und das geheime Einverständniss mit Herrn von Beust zugestanden hat, hinter dem Rücken der Minister, deren Vollzugsorgan er hätte sein sollen, eigene Politik machte, respective die Bemühungen anderer, dazu minder berufener Staatsmänner unterstützte und zu fördern suchte. Er hatte Kenntniss davon, dass Beust nach Prag kommen werde, er hatte von den Absichten Beust's Kenntniss, von ihm gingen die Einladungen an Rieger und Palacky aus, er hat im Einverständniss mit Herrn von Beust durch eine telegraphisch geführte Geheimcorrespondenz Zeit und Ort der Zusammenkunft der Parteien vereinbart, kurz Alles zur Vorbereitung dessen gethan, was dem Unternehmen Beust's förderlich sein konnte.

Mit Recht kehrte sich also auch die Spitze der Angriffe Auersperg's gegen diesen »pflichtvergessenen Beamten, mit dem Giskra fertig werden möge«, und wieder erklärte er mit aller Bestimmtheit unter ausdrücklichem Hinweis darauf, dass er diese seine Mittheilung durchaus nicht als eine discrete behandelt wissen wolle, dass er

unter solchen Verhältnissen ferner nicht mitthun und deshalb seine Demission geben wolle.

Plötzlich wurde die Unterredung unterbrochen. Herr von Beust wurde angemeldet. Der Moment war der denkbar ungünstigste für ihn. Ich entfernte mich, doch fest entschlossen, noch an demselben Tage Herrn von Beust aufzusuchen, um, wenn ich empfangen würde, Einiges über das gewiss interessante Zwiegespräch zu erfahren.

Wer da als Dritter hätte dabei sein können! Ein interessantes und reichhaltiges Materiale für den Historiker hätte er da gewiss sammeln können zur Aufklärung der eigenthümlichen Situation, in welche das Bürgerministerium durch die unberufene Einmengung Beust's in die inneren Angelegenheiten der Monarchie gerathen war. Es wäre dies im vorliegenden Falle um so interessanter gewesen, als hier zwei Persönlichkeiten einander gegenüber standen, die in ihren Charakteranlagen förmlich als Gegensätze gelten konnten. Dazu kam noch ein Hauptmoment: die eigenartige Auffassung, welche beide von ihrer Stellung hatten. Beust betrachtete sich als den ersten Beamten des Staates, Auersperg als den ersten, vornehmsten und ältesten Cavalier des Reiches, Beust als den geschickten Diplomaten, der im gegebenen Augenblicke durch keine andere Persönlichkeit ersetzt werden könnte, Auersperg als den einflussreichsten Führer des böhmischen Hochadels, dem dieser in Allem und Jedem Heerfolge leiste, weshalb er sich auch als den für die innere Politik allein massgebenden und unentbehrlichen Staatsmann betrachtete.

Und diese beiden Persönlichkeiten standen nun einander als Gegner gegenüber; wobei noch zu bemerken wäre, dass Beust wirklich im Unrecht war, dass er in der That seine Competenz überschritten hatte, andererseits aber wieder seinen Rücken durch den mächtigsten Factor im Staate, durch den Kaiser, gedeckt glaubte.

Einen, den thatsächlichen Verhältnissen wohl entsprechenden Eindruck von dem Verlauf und dem Resultate jener stattgehabten interessanten Unterredung gewann ich aus den Informationen des Herrn von Beust, von dem ich noch am selben Tage empfangen wurde, und der — das ging deutlich aus seinen Mittheilungen hervor — das sichtbare Bestreben hatte, von seinem Thun eine Darstellung zu

geben, die ihn vollständig rechtfertigen sollte; der aber andererseits auch wieder offenbar den Zweck verfolgte, den beleidigten Staatsmann, Cavalier und ministeriellen Collegen Auersperg möglichst zu beschwichtigen. Die Presse sollte ihm da wieder zu Hilfe kommen! Das hatte er hauptsächlich im Auge, als er mir auf mein schriftliches Ersuchen um eine Unterredung die sofortige Antwort zukommen liess: »Se. Excellenz der Reichskanzler Herr von Beust ist gerne geneigt, Sie gegen 4 Uhr Nachmittags zu empfangen.«

Herr von Beust eröffnete sofort das Gespräch mit dem Hinweis auf die »ganz unbegreiflich gereizte Stimmung, die« — wie er gleichzeitig hinzufügte — »wohl auch Ihnen aufgefallen sein wird«. Damit wollte er sich nur vergewissern, ob der Fürst auch mir gegenüber seiner »unbegreiflich gereizten Stimmung« Ausdruck gegeben; Herr von Beust mag erwartet haben, dass ich mich darüber äussern und ihm vielleicht auch bekannt geben werde, ob ich bereits und in welcher Weise ich darüber berichtet habe. Ich reagirte auf die Aeusserung des Herrn von Beust nur insoferne, dass ich erklärte, über die Unterredung mit dem Fürsten noch gar nichts mitgetheilt zu haben. Das mag ihm sehr angenehm gewesen sein, denn er erwiderte darauf: »Audiatur et altera pars«, — in so wichtigen Angelegenheiten sei es immer gut, vorerst beide Parteien zu hören, zumal wenn es sich um eine Darstellung handle, die bestimmt sei, der öffentlichen Meinung Gelegenheit zu geben, sich ein richtiges Urtheil zu bilden.

Herr von Beust versicherte mir, dass er vollständig objectiv berichten wolle. Er sei, so begann er beiläufig seine Darstellung, höchst unangenehm berührt davon, dass man ihm eine Competenzüberschreitung zum Vorwurfe mache. Es wäre ihm gar nicht in den Sinn gekommen, sich in die inneren Angelegenheiten zu mengen. Er sei in Prag im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers erschienen, um über wichtige Angelegenheiten seines Ressorts Bericht zu erstatten und Informationen entgegenzunehmen. Der Statthalter, der das wusste, habe »gesprächsweise« den Führern der czechischen Partei davon Mittheilung gemacht, und diese hatten »begreiflicherweise« das Bestreben, seine Vermittlung anzurufen. Es sei vollständig unrichtig, dass er die Initiative zu einer solchen Besprechung ergriffen, oder

dass er die czechischen Führer zu einer Unterredung eingeladen hätte. Das sei ihm ganz ferne gelegen, denn das wäre in der That ein Eingriff in die Competenz des Ministerpräsidenten gewesen, ja, wie Herr von Beust noch ganz besonders betonte, nicht nur ein Eingriff, sondern ein — »Uebergriff«; einen solchen taktischen Fehler ihm zuzumuthen, sei für ihn sogar »kränkend«. Richtig sei, dass die Herren Palacky und Rieger sich beim Statthalter zu einer Audienz gemeldet und bei ihm »vorgesprochen« hätten. Richtig sei, dass er ihre Wünsche und Beschwerden »entgegengenommen«, dass er sie ruhig angehört und ihnen auch die Zusage gemacht habe, falls die Ausgleichsfrage »in Fluss« kommen sollte, seinen Einfluss zu Gunsten derselben einzusetzen. Mehr sei nicht geschehen, mehr sei von ihm nicht verlangt worden, auf etwas »Weiteres« habe er sich nicht eingelassen. Die Unterredung sei eine ganz confidentionelle gewesen, habe keinen officiellen Charakter gehabt, und was sonst vorausgesetzt werde, gehöre in den Bereich der Vermuthung oder — wie Herr von Beust noch hinzufügte — in jenen der »Verdächtigung«, ausgehend von seinen Gegnern, denen er vielleicht im Wege stehe, und die die Absicht haben mögen, ihn Sr. Majestät dem Kaiser gegenüber in eine schiefe Position zu bringen.

Diese Darstellung stand nun in vollem Widerspruch zu den thatsächlichen Verhältnissen. Unrichtig war es, wie Beust behauptete, er sei ausschliesslich nur deshalb nach Prag gekommen, um über Angelegenheiten seines Ressorts dem Kaiser zu berichten, und dass die Initiative zu einer Unterredung mit den Führern der böhmischen Partei der Statthalter ergriffen hatte. Angenommen aber, es wäre dem so gewesen, hätte nicht Herr von Beust, ehe er die Herren Palacky und Rieger empfangen, sich bei seinem Amtscollegen, dem Ministerpräsidenten Fürsten Carlos Auersperg die Gewissheit verschaffen müssen, ob eine solche Zusammenkunft der Regierung auch erwünscht sei, ob sie nicht vielleicht im Gegentheil viel dagegen einzuwenden hätte? Und dann: angenommen, der Statthalter hätte aus eigener Machtvollkommenheit, aus eigener Initiative die beiden Führer Palacky und Rieger zu einer Unterredung mit dem Herrn von Beust eingeladen, wäre es dann nicht Sache des Letzteren gewesen, den Genannten

die Mittheilung zukommen zu lassen, dass sie vorerst beim Ministerpräsidenten vorsprechen müssten, ehe er sie empfangen könne, und wäre es nicht weiters Pflicht des Herrn von Beust gewesen, dem Fürsten anzuzeigen, dass der Statthalter »auf eigene Faust« Politik zu machen sich anmasse, statt eine solche — ich will einen gelinden Ausdruck gebrauchen — Unzukömmlichkeit zu unterstützen?

Indess, alle diese Argumentationen sind überflüssig, da es seither als eine über allen Zweifel erhabene, feststehende Thatsache angenommen werden kann, dass Herr von Beust nach Prag kam, um dort dieselbe Rolle zu spielen, die er seinerzeit — wie zugestanden werden muss — mit vielem Glück in Pest gespielt, dass er hier wie dort den »Ausgleich machen wollte«, und zwar über die Köpfe der Cabinetsmitglieder hinweg. Der schlaue Diplomat hatte aber dabei ganz übersehen, dass die Dinge in Prag doch anders lagen, als er sie seinerzeit in Pest vorgefunden; und ein Hauptfehler in seiner Combination lag darin, dass er nicht den Unterschied in den Persönlichkeiten mit in Betracht zog, dass er die Autorität und den Einfluss des Fürsten Auersperg unterschätzte, und der Meinung zu sein schien, dass dieser Cavalier ebenso, wie seinerzeit der Graf Belcredi, »leicht zu behandeln«, das heisst, einfach bei Seite zu schieben sei.

Und auch darin hatte sich der sonst so gewandte Beust getäuscht, dass er vermeinte, der Fürst werde vielleicht »im ersten Augenblick« wohl sehr zornig und gereizt sein, schliesslich aber doch mit den von ihm geschaffenen Verhältnissen rechnen und rechnen müssen, und dann eine »gute Miene zum bösen Spiel« machen. Beust mochte dabei vorausgesetzt haben, dass seine Bestrebungen einerseits vom Monarchen werden gebilligt werden, der ja begreiflicher Weise einen Ausgleich mit den nichtdeutschen Elementen sehnlichst anstrebte, dass er andererseits von den Führern der czechischen Partei unterstützt werden würde, und dass diesen beiden mächtigen Factoren gegenüber schliesslich das Cabinet der diesseitigen Reichshälfte werde klein beigeben müssen.

Fürst Auersperg war aber kein Belcredi. Dieser fühlte sich blos als Beamter, Jener dagegen als Cavalier, der nur im Interesse des Staates Beamter geworden, in dem aber das Cavalierbewusstsein

stets viel stärker, als das bureaukratische Wesen ausgeprägt war. Beust täuschte sich ebenso bezüglich der Unterstützung der allerhöchsten Person im Staate, des Kaisers; er täuschte sich endlich betreffs des Entgegenkommens der czechischen Führer, die übrigens ja auch nicht in dem Maasse für die böhmische Nation einzutreten vermochten, wie dies in Ungarn thatsächlich der Fall war, wo ein Deak mit den Ausgleichsverhandlungen betraut erschien, der in Folge seiner hohen staatsmännischen Begabung das vollste Vertrauen der Nation genoss und thatsächlich als Bevollmächtigter derselben gelten konnte.

Beust sah übrigens gar bald seine Fehler ein und schien zu bedauern, was er gethan. Es ging das nicht blos daraus hervor, dass er das sichtbare Bestreben hatte, die Fehler dadurch gut zu machen, dass er sich persönlich beim Fürsten zu entschuldigen versuchte, dass er die Presse — wie das immer seine Art war — zu beeinflussen trachtete, die ihn ebenfalls entschuldigen sollte; er erwartete auch von seinem Freunde, vom Minister des Innern, Dr. Giskra, dass dieser ihn mit dem Fürsten versöhnen werde. Doch auch darin täuschte er sich.

Fürst Auersperg zeigte sich unversöhnlich. Das bewies sein ganzes Vorgehen. Noch am Tage, an welchem Beust bei ihm vorgesprochen, um ihm »beruhigende Aufklärungen« zu geben, kehrte der Fürst Prag den Rücken und unterliess es sogar, in der üblichen förmlichen Weise sein Nichterscheinen beim Hofbanket zu entschuldigen, was freilich hohen Ortes eben so sehr verstimmte, wie es andererseits das ganze cisleithanische Cabinet in eine höchst peinliche Situation versetzte, ja die Stellung desselben von diesem Tage an tief erschütterte.

Ich konnte mich hievon schon in den nächsten Tagen am allerbesten überzeugen, als ich, wieder nach Wien zurückgekehrt, im politischen Salon der Frau Adele den Minister Giskra sprach. Da ich in der Lage war, dem Minister über den Inhalt meiner Unterredung mit dem Fürsten Auersperg Mittheilung zu machen, war der Anlass gegeben, dass sich auch Giskra über die Tage in

Prag und über die Anschauungen des Cabinets äusserte, und er that dies, wie dies seine Art war, wenn er in Leidenschaft gerieth, in ganz unverhohlener und rücksichtsloser Weise. Sein heissblütiges Temperament löste ihm immer die Zunge. So erfuhr ich denn, dass der Fürst wirklich seine Demission gegeben habe, dass das Demissionsgesuch jedoch keine Erledigung gefunden, sondern vorläufig ad acta gelegt worden sei, dass sämmtliche Cabinetsmitglieder sich im vollsten Gegensatz zu Beust befänden, und dass die unüberlegte und unberufene Einmengung desselben in die inneren Angelegenheiten eine gefahrvolle Krisis heraufbeschworen habe.

Diese Krisis wurde von Tag zu Tag acuter. Sie hemmte die Geschäftsführung, und sie lähmte auch die Thätigkeit des Parlaments. Die politische Atmosphäre wurde immer schwüler und drückender. Fürst Carlos hatte sich schmollend auf sein Schloss Albrechtsberg zurückgezogen und war nicht zu bewegen, sein Demissionsgesuch zurückzunehmen oder sich auch nur bis zur Erledigung desselben an den Geschäften des Ministeriums zu betheiligen. Hofmann, der im Auftrage Beust's als Vermittler nach Albrechtsberg ging und den Fürsten wieder versöhnen sollte, wurde von diesem sehr ungnädig empfangen und kehrte unverrichteter Sache wieder nach Wien zurück.

Es war für den Fürsten auch schwer — er mag dies wohl selbst am besten gefühlt haben —, nach dem, was in Prag vorgefallen, nach der Art, wie er mit vollständiger Ausserachtlassung althergebrachter Formen diese Stadt verlassen, wieder die ministeriellen Geschäfte zu übernehmen und zumal als »Ministerpräsident« fortzuamtiren, der wiederholt in die Lage kommt, mit dem Kaiser persönlich verkehren zu müssen. Freilich hätte er aus dem Umstande, dass der Monarch das ihm überreichte Demissionsgesuch unbeantwortet liess, entnehmen können, dass in diesem, wie schon in früheren anderen zahlreichen Fällen, der Kaiser seine persönlichen Angelegenheiten hinter jene des Staates zu stellen bereit sei; dass ihn der Monarch die thatsächlich bestehende Missstimmung wegen seines Benehmens in Prag nicht werde fühlen lassen, darüber konnte ihn auch Herr von Hofmann vollkommen beruhigen.

Der Fürst hielt sich aber, wie erwähnt, vollkommen von den Geschäften ferne und benahm sich so, als wenn sein Demissionsgesuch bereits die von ihm gewünschte Erledigung gefunden hätte. Dadurch gerieth nun das Cabinet in ein peinliches Dilemma. Es hatte keinen Ministerpräsidenten und es konnte doch nicht daran gehen, dem Kaiser eine geeignete Persönlichkeit für diesen Posten vorzuschlagen, insolange nicht das Demissionsgesuch des Fürsten Auersperg die ordentliche Erledigung gefunden hatte. Es konnte das Cabinet auch nicht wichtige Angelegenheiten in Berathung ziehen, weil selbst Graf Taaffe, trotzdem er ja der designirte Stellvertreter des Ministerpräsidenten war, sich doch geweigert hatte, die Agenden desselben zu übernehmen, um wieder seinerseits den Fürsten nicht zu verletzen, und es konnte unter sothanen Umständen auch dem Parlamente keine wichtige Vorlage zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung vorgelegt werden, — kurz, es war nicht nur die Prager Action misslungen; die ganze Staatsmaschine gerieth ins Stocken. Und das hatte Herr von Beust durch seine unberufene Einmengung in die inneren Angelegenheiten der Monarchie verschuldet.

Herr von Beust sucht in seinen Memoiren seine Handlungsweise in Prag zu rechtfertigen. Er schreibt diesbezüglich:

»Zwischen dem Kaiser und mir war mehrmals davon die Rede gewesen, wie wünschenswerth es sei, die Elemente, die an der Vertretung im Reichsrathe zu betheiligen sich sträuben, dafür zu gewinnen, und der Kaiser geruhte zu äussern, dass ich vielleicht in dieser Richtung nützen könnte. Auf dieses Thema einzugehen stand freilich dem Reichskanzler nicht zu, aber die Herren, welche hier die Competenzlinie so streng zu ziehen beliebten, bedachten nicht, dass der Mann, dem der Kaiser damals sein volles Vertrauen schenkte, oder welcher doch der eigentliche Schöpfer der neuen Ordnung der Dinge war, sich in seinen Gesprächen mit dem Monarchen nicht für eine gewisse Kategorie von Fragen ein Schloss vor den Mund legen konnte, und dass die unbeschränkte intime Unterhaltung allein ihm das Mittel bot, zu ihren Gunsten zuweilen ein gutes Wort einzulegen — was nicht überflüssig war.«

Weshalb ich diesen Passus aus den Memoiren Beust's hier citire, der dem Anscheine nach mit den Erinnerungen aus meinem Leben nichts zu thun hat? Die Aufklärung sei sofort gegeben.

Unter den Persönlichkeiten, die bald nach dem Erscheinen des ersten Bandes meiner »Erinnerungen« mich mit freundlichen Zuschriften beehrten oder mich behufs persönlicher Besprechung zu sich luden, befand sich auch ein damals noch im Amte, und zwar in leitender Stellung befindlicher, seither in den Ruhestand getretener hoher Staatswürdenträger, der mich zu dem Behufe empfing, um mir einige Beiträge für meine Arbeit zu geben, die, wenn sie auch nicht durchaus als Selbsterlebtes gelten könnten, doch schon deshalb eine gelegentliche Besprechung finden sollten, weil sie für den späteren Geschichtsforscher zur Feststellung der historischen Wahrheit von Werth und Bedeutung seien. Bei diesem Anlasse verwies mich mein Gewährsmann auf die Memoiren Beust's, die viele Unrichtigkeiten enthielten und manche Vorgänge in einer Weise schildern, die eine falsche Beurtheilung finden müssten. Zumal sei dies auch der Fall dort, wo Herr von Beust über sein Auftreten in Prag zur Zeit des Bürgerministeriums berichte; da bemühe er sich, von dem Drange geleitet, seine damalige unberufene Einmengung in die inneren Angelegenheiten zu rechtfertigen, respective zu beschönigen, die Sache so harmlos als möglich darzustellen und durch falsche Angaben und mitunter gewagte Combinationen den unbefangenen, mit den wahren Verhältnissen unvertrauten Leser irre zu führen. Hiebei wurde ich nun ausdrücklich ersucht, jene angegebene Stelle aus den Memoiren Beust's wörtlich wiederzugeben und zur »Richtigstellung« Folgendes als mir »von autoritativer Seite« zugekommen, mitzutheilen:

Es möge ganz richtig sein, dass Herr von Beust wiederholt Anlass genommen hat, die Aufmerksamkeit Sr. Majestät des Kaisers auf die Vorgänge in Böhmen zu lenken. Wenn Se. Majestät diesbezüglich Herrn von Beust angehört habe, so könne dies nur dann geschehen sein, wenn diese innere Angelegenheit der Monarchie in Verbindung gebracht wurde mit der äusseren Politik; denn es sei allgemein bekannt, dass Se. Majestät zu jeder Zeit mit aller Strenge und Rigorosität darüber wache, dass Niemand die Grenzen seiner Competenz überschreite. Das gehe so weit, dass selbst die Familienmitglieder des kaiserlichen Hauses, die Erzherzoge, die einflussreichsten Persönlichkeiten, welche sonst das unbedingte Vertrauen des Monar-

chen geniessen, es nie wagen dürfen, Verhältnisse zu berühren, die ausserhalb ihrer Competenz liegen. Geschehe dies einmal doch, dann sei es schon wiederholt vorgekommen, dass Se. Majestät durch ein energisches Wort dem Sprecher deutlich zu verstehen gegeben, dass er sich jeder weiteren Meinungsäusserung zu enthalten habe; ja es habe sich sogar schon ereignet, dass Se. Majestät einem unberufenen Rathgeber sogleich den Rücken zukehrte. Es sei demnach vollständig ausgeschlossen, dass Se. Majestät in solchen Gesprächen den Reichskanzler etwa ermuntert habe, sich in die inneren Angelegenheiten der Monarchie einzumengen.

Als gänzlich unwahr müsse es deshalb bezeichnet werden, dass Se. Majestät der Kaiser Herrn von Beust gesagt habe, er sei vielleicht der richtige Mann, »in dieser Richtung«, d. h. in der Frage des böhmischen Ausgleiches, etwas zu thun, respective »Nützliches leisten zu können«. Das Gegentheil sei eher wahr. Es könne auch als ganz bestimmt angenommen werden, dass der Reichskanzler nicht im Auftrage des Kaisers nach Prag gekommen sei, um dort über den Kopf des Ministerpräsidenten, des Fürsten Carlos Auersperg, hinweg mit den czechischen Führern zu unterhandeln. Se. Majestät habe auch thatsächlich erst von der Unterredung Beust's mit Palacky und Rieger Kenntniss genommen, als sie bereits stattgefunden hatte, und als Beust darüber berichtete. Man könne als ganz bestimmt annehmen, dass Se. Majestät diesen Vorgang nicht gebilligt habe. Dafür spreche ja auch schon der Umstand, dass Beust noch an demselben Tage den Fürsten aufgesucht habe, um sich zu entschuldigen und die Sache so harmlos als möglich darzustellen.

Es sei auch ferner unrichtig, dass der Statthalter v. Kellersperg die Initiative zu der angegebenen Unterredung ergriffen hätte. Bei allem Drange dieses Staatsmannes zu einem möglichst selbstständigen Vorgehen hätte er es in Kenntniss der Verhältnisse doch nicht gewagt, in einer so wichtigen Angelegenheit eine Action einzuleiten, wenn er sich nicht vorher der kräftigen Unterstützung eines einflussreichen Mannes vergewissert hätte. Im Gegentheile, es sei als ganz bestimmt anzunehmen, dass Herr von Kellersperg nur auf Wunsch des Reichskanzlers so gehandelt habe, und man gehe gewiss nicht irre, wenn

man annehme, dass Beust's Uebergriff von Sr. Majestät dem Kaiser gerügt wurde; ja der Vorgang hätte gewiss noch ernstere Consequenzen nach sich gezogen, wenn nicht das eigenthümliche, ja geradezu unverantwortliche Benehmen Sr. Durchlaucht des Fürsten Auersperg begreiflicher Weise an massgebender Stelle sehr verstimmt hätte.

So weit mein Gewährsmann!

Ich habe nur noch zur Ergänzung des in seinen Consequenzen für die liberale Regierung so verhängnissvoll gewordenen peinlichen Zwischenfalles ein Wort Giskra's hinzuzufügen, der, als der Versuch gemacht wurde, Beust's Benehmen zu entschuldigen, in seiner temperamentvollen Weise die ganz richtige Bemerkung machte: »Der gute Beust verrechnete sich auch schon darin, dass er glaubte, mit Rieger und Palacky den Ausgleich machen zu können; weder der Eine noch der Andere ist ein — Deak.«

* * *

Schuld und Nichtschuld der Persönlichkeiten an dem Ausgange des Streites zwischen Beust und Auersperg genau abzuwägen ist schwer. Mengte sich Beust unberufen ein, so verletzte Auersperg die Formen. Zusammen brachten sie dem Bürgerministerium eine unheilbare Wunde bei.

Der Process Chorinsky.

Zwei Ereignisse sensationellster und zugleich verschiedenster Art beschäftigten im Monat Juni 1868 die ruhigen Bewohner Münchens in lebhaftester Weise, Ereignisse, welche weit über die Grenzen Bayerns grosses Interesse zu erregen geeignet waren.

In dem angegebenen Monat fand nämlich die Erstaufführung von Richard Wagner's »Meistersinger« und die Schlussverhandlung gegen den Grafen Chorinsky statt, der der Mitschuld an dem Morde seiner Frau, der Gräfin Chorinsky-Ledske, die in München zurückgezogen gelebt hatte, angeklagt war. Viele Fremde eilten nach München. Bayerns Hauptstadt beherbergte damals viele Journalisten, Schriftsteller, Zeichner, Musiker und Künstler. Es war ein reges Leben in den Gassen, Hôtels und zumal in den verschiedenen Bierstuben, an welchen diese Stadt bekanntermassen so reich ist. Die bevorstehenden Tagesereignisse bildeten den ausschliesslichen Gesprächsstoff.

Auch ich befand mich damals in München. Mir lag die Besorgung der Berichterstattung über den gedachten Process ob, der für Wien ein ganz besonderes Interesse hatte, da der Angeschuldigte ein Wiener, ein österreichischer Officier, Sohn eines hohen Staatswürdenträgers war, und die Hauptbeschuldigte, die Stiftsdame Julie von Ebergenyi, sich vor den österreichischen Gerichten zu verantworten hatte, das Interesse also zwischen Wien und München getheilt war.

Obschon ich in dem ersten Bande dieses sensationellen Processes bereits Erwähnung gethan, muss ich doch hier wieder darauf zurückkommen, weil ich hier über Thatsachen zu berichten habe, die bis jetzt noch unbekannt geblieben sind. Vor Allem aber möge hier

eine kurze Darstellung des Thatbestandes, der dem Processe gegen Julie Ebergenyi und dem Grafen Gustav Chorinsky zu Grunde lag, gegeben werden.

Graf Gustav Chorinsky, Sohn einer altadeligen Familie, war mit einer Baronin Ledske vermählt. Die Ehe, ursprünglich aus Liebe geschlossen, war keine glückliche. Schon wenige Jahre nach der Eheschliessung gab es viel Zank und Streit im Hause des jungen Ehepaares; mit der Zeit entfremdeten sich die Herzen ganz und gar, und nachdem alle Vermittlungsversuche zur Herstellung des häuslichen Friedens sich als gänzlich erfolglos erwiesen hatten, gab es für beide Theile keinen anderen Ausweg, als die Trennung. Sie fand im gegenseitigen Einvernehmen statt, auf Grund beiderseitiger Erklärung, dass eine unüberwindliche Abneigung ein ferneres Zusammenleben unmöglich mache. Frau Ledske zog sich, nachdem sie an verschiedenen anderen Orten Aufenthalt genommen, nach München zurück, führte dort ein bescheidenes Leben in vollster Einsamkeit. Graf Chorinsky verblieb in Wien und lebte hier flott und vergnügt, wie vor seiner Verheiratung. Um diese Zeit lernte er die Stiftsdame Julie Ebergenyi kennen, zu welcher er eine grosse Neigung fasste, und die auch ihm wieder mit aller Liebe zugethan schien. Das Verhältniss Beider zu einander wurde mit jedem Tage intimer und vertrauter. Graf Gustav Chorinsky war kaum mehr anderswo zu treffen, als in der Wohnung seiner Geliebten. Er verbrachte dort den grössten Theil der Tageszeit und Beide lebten miteinander wie Mann und Frau.

Der Stiftsdame Julie Ebergenyi genügte jedoch bald all das nicht. Sie wollte den Namen ihres Geliebten tragen, seine ihm rechtmässig angetraute Frau werden. Das ging nun nicht, so lange die geschiedene Frau Ledske noch lebte. Die Ehe des Grafen Chorinsky mit der Genannten war, als katholische geschlossen, unlösbar für alle Zeiten; das Eingehen einer neuen Ehe war also nicht möglich. So reifte denn schliesslich der Gedanke, das Hinderniss gewaltsam zu beseitigen — die Gräfin Chorinsky-Ledske zu ermorden. In welchem Kopfe dieser teuflische Gedanke zuerst entsprungen war, ist nie festgestellt worden.

Der Plan wurde ausgeführt.

Eines Tages verbreitete sich in München die Nachricht, dass eine Frau v. Ledske, die in Folge der Zurückgezogenheit, in welcher sie gelebt hatte, wenig bekannt war, todt in ihrem Schlafzimmer aufgefunden worden sei. Die eingeleiteten polizeilichen Erhebungen führten bald auf die Spur der Thäterschaft. Es wurde durch Zeugenaussagen gleich bei der Aufnahme des Thatbestandes erwiesen, dass die letzte Person, mit welcher die Ermordete verkehrt hatte, eine junge Dame aus Wien gewesen sei, die sich Baronin Vay nannte, und im Hôtel zu den »vier Jahreszeiten« abgestiegen war. Als sich der Polizeibeamte dahin begab, um die Genannte zu verhören, war sie bereits wieder von München abgereist und nach Wien zurückgekehrt. Sofort wurde die Wiener Polizei telegraphisch von dem ganzen Vorfall in Kenntniss gesetzt und ersucht, die angebliche Baronin Vay auszuforschen und polizeilich zu vernehmen. Das geschah denn auch. Die Ausforschung machte keinerlei Schwierigkeiten. Die Genannte war polizeilich gemeldet. Als die polizeiliche Commission (am Abend des 26. November 1867) in ihrer Wohnung erschien, traf sie die junge Dame, in einem eleganten weissen Schlafrock, eine Cigarette rauchend, in scheinbar ganz unbefangenem Zustande an. Nachdem ihr jedoch der Polizeicommissär Breitenfeld eröffnet hatte, dass er den Auftrag habe, sie zu verhaften, wurde sie sichtlich befangen und bestürzt, sie rang förmlich nach Fassung und rief in höchst aufgeregtem Zustande aus: »Mich wollen Sie verhaften? Ja weshalb denn? Ich bin ja unschuldig, ich habe nichts gethan, kein Verbrechen begangen!« Dabei zitterte sie am ganzen Körper. Ihr Benehmen machte sie verdächtig.

Ihre Schuld stand auch bereits nach dem ersten Verhör ausser allem Zweifel.

Ich habe bereits im ersten Bande meiner Memoiren dieses Verhörs Erwähnung gethan. Dagegen erübrigt es mir noch, ergänzend hinzuzufügen, wieso es kam, dass ihr Mitschuldiger, den sie eben durch Widersprüche in ihren Aussagen wider Willen arg beschuldigt hatte, in München verhaftet werden konnte.

Darüber gibt nun ein Actenstück ausführliche Aufklärung, welches von keinem Geringern herrührt, als von dem damaligen Polizei-

director in München, Herrn von Burchtorff. Das Actenstück ist in Form eines Berichtes abgefasst, den der Genannte an die Strafbehörde in München erstattete. Es wird darin eine Unterredung mitgetheilt, die der Polizeidirector mit dem Vater des der Mitschuld am Meuchelmorde verdächtigten Grafen Gustav in seinem Bureau hatte. Der Bericht, im bekannten Polizeistyl abgefasst, geht von der, ich will gleich hinzufügen, falschen Voraussetzung aus, dass der Statthalter von Niederösterreich, in voller Kenntniss des wahren Sachverhaltes, in Kenntniss davon, dass sein Sohn wirklich beschuldigt sei, nach München gekommen wäre, um durch die Autorität seiner hohen amtlichen Stellung den Polizeidirector von München zum Missbrauch der Amtsgewalt, nämlich dazu zu verleiten, von einer Verhaftung seines Sohnes abzusehen.

Dieses wichtige Actenstück kam in der öffentlichen Schlussverhandlung nicht zur Verlesung. Aus staatlichen Rücksichten wurde wohl davon Umgang genommen. Mir wurde es jedoch ermöglicht, eine Abschrift davon zu nehmen. Heute, wo der wahre Sachverhalt vollkommen aufgeklärt ist, kann ohne Schädigung des ehrenvollen, makellosen Charakters des Vaters des verurtheilten Grafen Gustav, von diesem nur mehr historischen Actenstück Gebrauch gemacht werden; ja es erscheint sogar diese Veröffentlichung direct als im Interesse des Verstorbenen gelegen, da durch die Darlegung der Verhältnisse, wie sie sich abgespielt hatten, auch nicht einmal der kleinste Flecken auf dem reinen Charakter des unglücklichen Vaters haften bleibt.

Der interessante Bericht lautet nach wortgetreuer Abschrift wie folgt:

Carl von Burchtorff's, Polizeidirector in München, Bericht über die Unterredung mit dem Grafen Chorinsky sen.

»Als ich am 23. v. M., Abends zwischen 9 und 10 Uhr von dem Jour habenden Beamten die Nachricht von der Auffindung der Leiche der Gräfin Chorinsky-Ledske erhalten und die bei derselben vorgefundenen Papiere, insbesondere eine letztwillige Verfügung vom Jahre 1864, durchgesehen hatte, in-

welcher von dem Grafen Gustav Chorinsky — ihrem Manne — die Rede ist, der sie ungerecht verstossen habe, fasste ich sogleich die Meinung, dass, wenn überhaupt ein Verbrechen vorliegen würde, dasselbe vielleicht von dem Manne der Ermordeten ausgegangen sein könnte. Ich habe deshalb, nachdem die entsprechenden polizeilichen Massnahmen wegen Sicherung des Thatbestandes getroffen waren, an die k. k. Polizeidirection Wien das Telegramm abgesendet.

In diesem Telegramme habe ich um Verständigung der Verwandten von diesem Falle gebeten und neben dem Manne der Verstorbenen absichtlich ihre Schwägerin Auersperg genannt, um die Betreffenden vollständig sicher zu machen. Am Montag den 25. November erschien in Folge des Telegrammes Graf Chorinsky sen. Morgens 8 Uhr auf meinem Bureau, stellte sich mir als k. k. Statthalter von Niederösterreich mit dem Bemerken vor, dass er mit seinem Sohne Gustav Chorinsky, k. k. Oberlieutenant, hieher gekommen sei, und mich um die näheren Umstände des Ablebens seiner Schwiegertochter bitten müsse. Es war mir sogleich sehr auffallend, dass der junge Graf, obgleich bei den Ereignissen am nächsten betheiligt, nicht bei mir erschien, und auf meine Frage, wo er sich aufhalte, erhielt ich vom Grafen Chorinsky die Antwort, dass er in dem Gasthofe »zum bayerischen Hof« zurückgeblieben sei, weil er zu aufgeregt und erschöpft sei.

Ich theilte dann dem Grafen Chorinsky sen. mit, dass die Ursache des Todes seiner Schwiegertochter nicht festgestellt und nur wahrscheinlich sei, dass sie Gift bekommen haben müsse.

Darauf fragte Chorinsky, ohne dass ich den wahrscheinlichen Giftstoff bezeichnet habe: »Doch nicht etwa Cyankali?«

Die Aeusserung ist vielleicht durch den Umstand zu erklären, dass dieser Giftstoff ein specifisches Wiener Präparat ist, mir war es jedoch sehr auffallend. Im Verlaufe des weiteren Gespräches fragte ich ihn auch, ob er oder sein Sohn nicht die Leiche der Unglücklichen sehen oder von ihrer letzten Wohnung Einsicht nehmen, sowie dem Leichenbegängnisse beiwohnen wollten?

Alles dies wurde an diesem Vormittage entschieden abgelehnt, so dass ich mir den eigentlichen Grund ihrer Reise nach München nicht erklären konnte.

Sie wollten damals nach Angabe des Grafen Chorinsky sen. noch am nämlichen (Tage) Abende nach Wien zurückkehren.

Bei einem längeren Gespräche mit dem Grafen Chorinsky sen. theilte er mir seine Familienverhältnisse mit, namentlich auch den Lebenslauf seines ältesten Sohnes Gustav Chorinsky, dass derselbe seit ungefähr drei Jahren von seiner Frau freiwillig getrennt sei, und zwar in Folge heftiger Auftritte in seinem eigenen Hause; dass er (Chorinsky sen.) bei dem Wiedereintritte seines Sohnes in die österreichische Armee die Heiratscaution, 12.000 fl. ö. W., gestellt habe und seit der Trennung seiner Schwiegertochter die Zinsen hieraus mit

monatlich 50 fl. derselben an ihren jeweiligen Aufenthaltsort unter der Adresse »Madame de Ledske« mit Angabe der Wohnung versendet habe.

Auf meine weitere Frage, ob sein Sohn nicht irgend welche Verbindung mit einer Dame in Wien habe, antwortete er mit aller Bestimmtheit, »es sei ihm davon nichts bekannt und er glaube es auch nicht, weil sein Sohn ein ganz eingezogenes und sparsames Leben führe, so dass er mit ihm jetzt in allen Beziehungen zufrieden sei«.

Graf Chorinsky sen. sagte mir damals nicht, dass er, ehe er zu mir kam, bereits auf der österreichischen Gesandtschaft gewesen sei und von dem Legationsrathe Zwerzina umständliche Aufschlüsse über die in der Stadt cursirenden Gerüchte über die Ermordung der Gräfin Chorinsky und die muthmasslichen Motive hiezu erhalten habe. Er theilte mir dies erst kurz vor seiner Abreise am Mittwoch Abends mit und suchte damit den Umstand zu rechtfertigen, dass er seinen Sohn nicht mit zu mir gebracht habe.

Ich führte den Grafen dann zum Herrn Untersuchungsrichter und hatte vor, den jungen Grafen in seinem Gasthause aufzusuchen. Durch ein dringendes Geschäft hievon abgehalten, blieb ich auf meinem Bureau bis ungefähr 12 Uhr, wo Graf Chorinsky sen. wieder erschien. Ich erklärte ihm hierauf, nunmehr seinen Besuch erwidern zu wollen und mich mit ihm in seinen Gasthof zu verfügen, wobei ich die Absicht hatte, den jungen Grafen zu sehen und kennen zu lernen, weil ich ihn wahrscheinlich ausserdem nicht zu Gesicht bekommen hätte.

Es schien dies dem Grafen Chorinsky nicht sehr angenehm zu sein, gleichwohl ging ich mit ihm durch das Fingergässchen auf den Promenadeplatz, und es fiel mir auf, dass Graf Chorinsky nicht unmittelbar in den Gasthof hineingehen wollte, sondern mich auf dem Platze selbst, angeblich um die dortigen Monumente zu sehen, herumführte, obgleich er diese Monumente keines Blickes würdigte. Als er gegenüber der Einfahrt zum Gasthofe gelangte, gingen wir direct auf dieselbe zu, und ich war überrascht, in dieser Einfahrt, und zwar ziemlich im Schatten verborgen, einen Mann zu sehen, welchen mir der alte Graf als seinen Sohn vorstellte. Er schien mir sehr bestürzt, als er hörte, dass ich der Polizeidirector sei und ihn besuchen wolle, und wir verfügten uns zusammen auf das rückwärts über zwei Stiegen gelegene Zimmer, welches die Grafen inne hatten.

Hier fragte ich den jungen Grafen, ob er die Leiche seiner Frau und ihre letzte Wohnung nicht sehen, ob er dem Begräbnisse nicht beiwohnen wolle. Er lehnte dies bestimmt ab, unter dem Vorgeben, dass er von seiner Frau schon seit Jahren nichts mehr habe wissen wollen, und dass er theils von der schrecklichen Nachricht, theils von der Reise zu sehr erschöpft und überdies nur in Reisekleidern sei, welche er bei seiner schnellen Reise von Wien habe entlehnen müssen.

Mir machte dieser Mann, anscheinend 35 bis 36 Jahre alt, nach seiner äusseren Erscheinung, sowie nach seinem scheuen und zurückhaltenden Benehmen den subjectiven Eindruck, dass an seiner Schuld nicht gezweifelt werden könne.

Er hatte Beinkleider und einen Rock an, die offenbar nicht für ihn gemacht waren, und schien meinen Blicken möglichst auszuweichen.

Da Graf Chorinsky sen. an diesem Vormittage noch den österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff sprechen wollte, so erbot ich mich, ihn sammt seinem Sohn in das Gesandtschaftslocale zu führen, und wir gingen zusammen, ich in der Mitte, vom »Bayerischen Hof« in die Ludwigsstrasse.

Auf diesem Wege blieb der junge Graf mehrmals zurück, schaute sich scheu und verlegen um, und erkundigte sich angelegentlich nach der Aufgabe der Gensdarmen.

An dem Gesandtschaftshôtel angekommen, glaubte ich nichts Anderes, als dass die beiden Grafen in dasselbe eintreten würden; allein der junge Graf blieb zurück, angeblich, weil er nicht entsprechend angezogen sei. Ich ging sodann mit ihm die Ludwigsstrasse entlang, und hier theilte er mir mit, dass er keine Civilkleidung besitze, dass er die Kleider, die er anhabe, behufs seiner Reise nach München habe entlehnen müssen, dass er, da die Zinsen aus dem Heiratscautionscapitale von seiner Frau bezogen wurden, lediglich auf seine Gage angewiesen sei, und dass ich mir wohl deshalb denken könnte, wie schlecht seine pecuniären Verhältnisse stünden.

Ungefähr um 1½ Uhr verliess ich ihn, nachdem ich zuvor schon seine genaueste Ueberwachung angeordnet hatte.

Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr war ich wieder in der Ludwigsstrasse, wo ich beide Grafen, welche inzwischen in ihrem Hôtel Mittag gemacht hatten, wieder traf und sie einlud, bis 6 Uhr Abends zu mir auf das Bureau zu kommen.

Da ich inzwischen zu dem Minister des Innern gerufen worden war, kam ich erst um 6½ Uhr auf mein Bureau, wo Graf Chorinsky sen. auf mich wartete, während der junge Graf die ganze Zeit vor dem Polizeigebäude auf und ab ging. Erst auf meine dringende Aufforderung, doch zu mir heraufzukommen, trat er bei mir ein, und nun erfuhr ich, dass die Beiden ihren Entschluss geändert hatten, dass sie nicht mehr an diesem Abend abreisen, sondern dem Leichenbegängnisse gleichwohl beiwohnen wollten.

Nachmittags 3 Uhr hatte ich einen Besuch von dem österreichischen Legationsrathe Zwirzina empfangen und von demselben erfahren, dass der österreichische Officier, welcher sich vor mehreren Wochen an ihn um Recherchen über den Aufenthalt der Dame de Ledske gewendet hatte, der österreichische Oberlieutenant Graf Chorinsky gewesen sei, dass er Letzteren damals nicht gekannt, aber nun aus Anlass dieses fraglichen Ereignisses von dem österrei-

chischen Grafen Trauttmansdorff gehört habe, dass der Statthalter Chorinsky ein Ehrenmann sei, dieser sein Sohn aber nichts tauge und ihm schon viel Verdruss und Kummer gemacht habe; es sei diese Auesserung umso bezeichnender, als Graf Trauttmansdorff ein Mann von ungemein mildem und nachsichtigem Urtheil sei.

Alle diese Wahrnehmungen und Mittheilungen liess ich durch meinen Commissär Bauer in das Untersuchungsgericht gelangen und hielt, in Erwartung des Verhaftungsbefehles, die beiden Grafen auf meinem Bureau zurück.

Als der Haftbefehl ungefähr um 8 Uhr bei mir eintraf, eröffnete ich denselben sofort den beiden Grafen, worüber der jüngere in die grösste Bestürzung gerieth und die Zulässigkeit seiner Verhaftung deshalb bestritt, weil er österreichischer Unterthan und überdies Officier, deshalb der Militärgerichtsbarkeit allein untergeordnet sei.

Alle Belehrungen unter Hinweis auf unsere strafgesetzlichen Bestimmungen brachten ihm keine andere Ueberzeugung bei, was insoferne von Bedeutung sein mag, als es die Unvorsichtigkeit seiner Reise von Wien nach München erklären kann.

Graf Chorinsky entfernte sich von mir, um einerseits die Rücknahme des Haftbefehles und andererseits die diplomatische Intervention zu erwirken, und blieb anderthalb Stunden aus, während welcher Zeit ich mit dem Grafen allein war.

Während dieser langen Zeit zeigte sich der Graf im höchsten Grade exaltirt, verpfändete hundertmal sein Ehrenwort, dass er unschuldig sei, und äusserte unter Anderem auf meine Frage, dass seine Frau eine heftige, leidenschaftliche Person gewesen sei, dass er sie hasse, dass sie sein ganzes Lebensglück zerstört habe u. dgl.

Als nach der erfolgten Rückkunft des Grafen Chorinsky die Abführung des Sohnes in die Frohnfeste ins Werk gesetzt wurde, fiel der Sohn wiederholt dem Vater um den Hals, und ich beobachtete, dass er ihm etwas ins Ohr flüsterte, was ich, da es überdies, wie es schien, in czechischer Sprache war, nicht vernehmen konnte.

Der Graf Chorinsky sen. besuchte mich am Dienstag und Mittwoch fast zu jeder Zeit und auf viele Stunden und liess mich bei seinem Abschiedsbesuche einen Brief lesen, welchen sein Sohn aus dem Gefängnisse an ihn geschrieben hatte.

In diesem Brief ist unter vielen Unschuldsbetheuerungen der Auftrag enthalten:

»Sage meiner Julie, dass ich unschuldig bin.«

Auf meine Frage, wer denn diese Julie sei, mit welcher sein Sohn in intimem Verhältnisse stehe, antwortete der Vater: »Es sei eine entfernte Verwandte, heisse Ebergenyi und er habe von diesem Verhältnisse erst in den

letzten Tagen Kenntniss erhalten.« Letztere Angabe machte er, nachdem ich ihn auf den Widerspruch, welchen er mir Montag gelegentlich einer Auesserung machte, aufmerksam gemacht hatte. Schliesslich bemerkte ich, dass Graf Chorinsky sen. gleich beim ersten Male, als er bei mir war, und dann später wiederholt sagte, sein Sohn habe gleich bei der Nachricht von dem Tode seiner Frau den Entschluss gefasst, sogleich nach München zu reisen, und er, der Vater, habe ihn nur nicht allein reisen lassen wollen.

Burchtorff.

Geiger. Müller.

Wieso es mir gelungen war, eine Abschrift von dem so geheim gehaltenen Actenstück machen zu können, will ich hier erzählen. Zu diesem Behufe muss ich nothwendiger Weise in der Zeit ein wenig zurückgreifen und über Einzelnheiten berichten, die sich vor der Schlussverhandlung in München abspielten. Ich hoffe, dass die folgenden Mittheilungen an und für sich Interesse erwecken werden. Doch nicht dieser Details allein wegen hätte ich die chronologische Reihenfolge der politischen Ereignisse, über welche hauptsächlich zu berichten ich mir zur Aufgabe gestellt habe, unterbrochen. Ich entschloss mich hiezu, weil die zu besprechenden Persönlichkeiten, denen von den Münchener Richtern in dem gedachten Process die Hauptrolle zugewiesen worden, dem Vertheidiger des Grafen Gustav, Herrn Dr. Schauss, sowie dessen Kläger, dem öffentlichen Procurator Dr. Wülfert, in der Folge auch dem politischen Getriebe nicht ferne geblieben sind; der Eine, Dr. Schauss nämlich, trat freiwillig in die politische Arena ein, der Andere, Dr. Wülfert, wurde ahnungslos zum Mittelpunkte einer politischen Discussion; und da ich mit beiden Herren auch fortan in regerem Verkehr geblieben, bin ich vielleicht in der Lage, über einige noch nicht aufgeklärte Vorkommnisse, die eine Zeit lang die Spalten der Zeitungen füllten und allgemeinen Gesprächsstoff bildeten, einige Aufschlüsse zu geben.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Mit einer Karte des Wiener Advocaten Dr. Neuda stellte sich mir eines Tages (Anfangs Juni 1868) Dr. Schauss, »Rechtsanwalt aus München«, vor. Der Name war mir bereits bekannt. Die Münchener Zeitungen hatten wiederholt Gelegenheit genommen, Dr. Schauss als den Vertheidiger des Grafen Chorinsky zu nennen und ihn unter

den Anwälten der Stadt als denjenigen zu bezeichnen, der nicht nur der am meisten Beschäftigte sei, sondern auch den Ruf eines ausgezeichneten Juristen und vortrefflichen Sprechers durch seine vielfachen Erfolge im Gerichtssaal zu begründen gewusst hatte. Nach Wien war Dr. Schauss gekommen, um hier die Acten der gegen die Hauptbeschuldigte Julie von Ebergenyi geführten Untersuchung zu studiren und um sich auch sonst noch Materiale für seine Vertheidigung zu sammeln.

Seine Ueberzeugung in dieser Strafsache stand damals bereits fest. Er hielt den Grafen Chorinsky für unzurechnungsfähig und er soll es, seiner Ansicht nach, schon zur Zeit der That gewesen sein. Er hatte, wie er mir gleich bei der ersten Unterredung in lebhafter Weise auseinandersetzte, diese Ueberzeugung aus dem Verkehr mit dem Beschuldigten gewonnen, aus dessen Benehmen in der Zelle während der Untersuchungshaft, aus seinem ganzen Gehaben, aus der eigenthümlichen Auffassung, die er über seine »sociale Stellung« hatte und aus sonst noch verschiedenen äusseren Umständen, die deutlich erkennen liessen, dass es in dem Kopfe des Grafen nicht ganz richtig sei. Zur weiteren Bekräftigung seiner eigenen Ueberzeugung, und um dieser solche Thatsachen zu Grunde legen zu können, die auch den Richtern die gleiche Ueberzeugung beizubringen geeignet seien, kam er eben nach Wien, um selbstständige Erhebungen zu pflegen, Personen aufzusuchen, die mit dem Grafen Chorinsky verkehrten, dessen Verhältniss zur Ebergenyi eingehendst zu studiren, und über dessen Vorleben sich genau zu unterrichten.

Von der Voraussetzung ausgehend, dass ich ihn in diesem Vorhaben unterstützen könnte, suchte er mich auf, da ihm durch den obgenannten Vertheidiger bekannt geworden war, dass ich es gewesen, der alle im »Neuen Wiener Tagblatt« enthaltenen Mittheilungen über den Mord der Gräfin Chorinsky-Ledske gesammelt und veröffentlicht hatte.

Dr. Schauss war von untersetzter Statur. Seine Erscheinung hatte deshalb nichts Imponirendes, wohl aber etwas Einnehmendes, Sympathisches. Er war trotz seiner Jugend von hochgradiger Nervosität; allein selbst diese vermochte den guten Eindruck,

den Schauss allenthalben und auf Jeden machen musste, nicht im geringsten zu beeinträchtigen. Im Gegentheil. Man könnte fast sagen, dass die Art der Nervosität, wie sie dem Münchner Anwalt zu eigen war, ihn nur noch interessanter erscheinen liess. Sie machte vor Allem nicht den Eindruck des Krankhaften, vielmehr stellte sie sich als der Ausfluss eines temperamentvollen Wesens dar. Man glaubte vor sich den Corpsburschen zu sehen, den flotten Studenten, der den ernstesten Sachen eine heitere Seite abzugewinnen, fröhlich darüber hinaus zu gleiten weiss und nur unruhig wird, wenn er länger dabei verweilen muss. Man würde ihn aber gewiss ganz unrichtig beurtheilt haben, wenn man ihn nach der Art seines Benehmens als einen Mann angesehen hätte, der nicht ernst sein konnte. Er war es sogar in hohem Grade, nur wollte er sich nicht so geben; er that sich offenbar Zwang an, heiter zu erscheinen. Wenn er sprach, zumal wenn er eine Sache eindringlich behandelte, konnte er sehr leidenschaftlich, mitunter, wenn er auf Widerspruch stiess, sogar heftig werden. Er hatte das Wort in seiner Macht und den gewöhnlichsten Dingen konnte er durch eine gewandte Darstellung Interesse verleihen. Hatte er sich einmal einen Gegenstand zurecht gelegt, dann war es freilich schwer, ihm eine andere Meinung darüber beizubringen. Hievon konnte ich mich am besten überzeugen, als ich mit ihm über den Process Chorinsky sprach. Er liess keinen Einwand gegen seine Ansicht gelten, dass der Genannte ein »completer Narr«, und zwar im Sinne des Gesetzes vollkommen unzurechnungsfähig sei. Alles, was ihm über das Benehmen Chorinsky's von mir mitgetheilt wurde, wusste er gleich als erneuerten Beweis für die Richtigkeit seiner Annahme zu deuten, wenn es auch nichts Verfängliches an sich hatte, im Gegentheil so beschaffen schien, dass daran gar nichts zu klügeln und zu deuteln war.

Nach der ersten Begegnung — sie fand in der Redactionsstube statt und nahm eine längere Zeit in Anspruch — war ich bereits über den Haupttheil seiner Vertheidigungsrede so unterrichtet, als hätte er sie schon im Gerichtssaal gehalten und mir nur im Auszuge mitgetheilt. Ja, das war keine gewöhnliche Mittheilung, das war eben

ein Plaidoyer, und stellenweise hatte ihn sein Temperament so hingerissen, dass er vom Fauteuil aufsprang und im lebhaftesten Geberdenspiel seine Rede fortsetzte. Ich hätte ihn noch länger anhören können, so pikant, so reizvoll wusste er zu sprechen.

Wir hatten uns für den folgenden Tag ein Rendezvous gegeben, um gemeinschaftlich dem Präsidenten des Landesgerichtes und dem Staatsanwalte einen Besuch zu machen. Bei dem Ersteren wollte Dr. Schauss die Erlaubniss erwirken, die Hauptbeschuldigte Julie Ebergenyi sprechen zu dürfen; auch glaubte er, dass man ihm die Einsicht in die Acten der gegen diese bereits weit vorgeschrittenen Untersuchung gestatten werde. Unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen wurde ihm allerdings beides verweigert. Theilweise hatten aber doch die Unterredungen mit dem Untersuchungsrichter und dem Staatsanwalt einigermassen Erfolg; insoferne nämlich als Dr. Schauss aus den Mittheilungen beider bezeichneten behördlichen Functionäre wieder reichliches Materiale für seine Anschauung über den Geisteszustand seines Clienten erhielt, oder, richtiger gesagt, als sich Dr. Schauss das gewonnene Materiale für seine Zwecke zurecht legen konnte.

Am selben Tage besuchte ich mit meinem Gast die Baronin H., bei welcher, wie ich das schon in dem ersten Bande meines Buches erzählt habe, die »Stiftsdame« gewohnt hatte, und wo auch ihre Haftnahme erfolgt war. Die alte erblindete Frau war nicht sehr erbaut von unserem Besuch. Die fatale Angelegenheit hatte sie schon, wie sie sehr aufgeregt versicherte, »zehn Jahre ihres Lebens gekostet«. Sie sei, wie sie im nervösen Tone hinzufügte, seit der Verhaftung ihres adeligen Zimmerfräuleins keine Stunde des Tages mehr sicher. Sie habe fortwährend »Laufereien«. Anfänglich musste sie polizeilichen Vorladungen Folge leisten, nun habe sie noch immer vor dem Untersuchungsrichter am Landesgerichte »allerlei Verhöre« zu bestehen; sie wisse aber gar nichts. Bei ihr habe sich die »Comtess« sehr brav aufgeführt, sie könne ihr gar nichts Schlimmes nachsagen, »denn dass ihr ein Officier den Hof gemacht«, sei doch nichts Schlimmes und auch nichts Auffälliges. Jedermann hätte sich in die jugendlich schöne Dame verlieben müssen, die immer voll Liebreiz

gewesen und, wie sie fast begeistert im wienerischen Tone hinzufügte, »fesch wie keine Zweite«. Sie habe Alles an sich gehabt, was einen Mann fesseln konnte, ein schönes, liebliches Gesicht, helle feurige Augen; wenn sie sprach, so klang dies wie Musik. Auch Clavierspielen habe sie vortrefflich gekonnt, was »ihrem« Grafen ganz besonders gefallen zu haben schien, da er sich oft Stundenlang die feschesten Walzer vorspielen liess. Sie habe es deshalb auch ganz begreiflich gefunden, dass der Graf den grössten Theil des Tages und oft bis in die späte Nacht hinein bei seiner Liebsten zugebracht habe; der Herr Graf sei ein Officier, der nicht viel zu thun hatte, sie hätte es ihm deswegen sogar zum Lob nachgerechnet, dass er nicht wie andere seinesgleichen im Stall oder im Club die Zeit mit »Hazardspiel vergeude«. Die Frau, die »nichts zu sagen wusste«, erzählte plötzlich mehr, als man von ihr zu hören hoffte; sie war überaus mittheilsam, redete sich immer mehr in einen Eifer hinein, was meinem Begleiter selbstverständlich sehr erwünscht kam, da er aus dem Munde dieser redseligen Dame Vieles hörte, was seinen Zwecken sehr zu statten kam. Dr. Schauss verliess deshalb auch die Frau Baronin sehr befriedigt, machte ihr auch zum Abschied viele Complimente, für welche sie sich sehr empfänglich zeigte; denn noch zwischen Thür und Angel lispelte sie mir zu: »Ist das ein freundlicher, liebenswürdiger Herr — ich danke Ihnen für den Besuch«!

Am nächstfolgenden Tag war mir die Gelegenheit geboten, Herrn Dr. Schauss dem Minister Dr. Giskra vorstellen zu können, der sich mit dem Münchner »Collegen« — er sprach ihn immer in selbstgefälliger Bescheidenheit so an — fast eine Stunde unterhielt, und der mir später dafür dankte, dass ich ihm die Bekanntschaft mit einem Manne vermittelt habe, der alles Zeug in sich habe, um einmal eine grosse Rolle zu spielen, wenn er sich — wie er hinzufügte — der politischen Carrière zuwenden würde, wozu ihm jeder Freund rathen sollte.

Als Dr. Schauss nach einigen Tagen Wien verliess, gab er mir beim Abschied das Versprechen, dass er sich mir in München für all die Dienste, die ich ihm geleistet, dankbar zeigen und mir

in Allem und Jedem, was zur Förderung in der Ausübung meines Berufes dienlich sein sollte, behilflich sein werde.

Er hielt auch Wort.

Wenige Tage vor dem Beginn der Hauptverhandlung gegen Gustav Chorinsky war ich in München eingetroffen. Mein erster Besuch galt dem Vertheidiger Dr. Schauss. Ich fand in der That bei ihm die freundlichste Aufnahme, und seinem Entgegenkommen verdanke ich Vieles, das mir die Ausübung meines Berufes erleichterte. Sofort stellte er mir alle seine Abschriften aus dem Untersuchungs-Acte zur Verfügung, mit dem Bedeuten, dass er seine Schreiber beauftragen werde, mir von Allem, was ich für meine Zwecke benöthige, Copien anzufertigen. Unter den mir zur Einsicht vorgelegten Actenstücken befand sich nun auch jenes interessante Protokoll des Polizeidirectors von München.

Dem freundlichen Entgegenkommen des Dr. Schauss verdanke ich auch die Bekanntschaft mit dem öffentlichen Procurator in dem gedachten Process, mit Herrn Wülfert. Es war das eine der interessantesten Persönlichkeiten unter Jenen, denen im Process Chorinsky eine grosse Rolle zugewiesen war. Dr. Wülfert war das vollendetste Gegenstück von Dr. Schauss. Ein Maler hätte kaum zwei Persönlichkeiten ausfinden können, die sich von einander so wesentlich unterschieden. Wülfert überragte seinen Gegner im Processe um gut zwei Köpfe. Jener war hell blond, dieser dunkel schwarz. Schauss hatte sein dichtes Haar kurz geschoren und sorgfältig gescheitelt, Wülfert hingen die Haare weit über den Nacken herab in einer Ueppigkeit, um welche ihn selbst manche Dame hätte beneiden können. Der Gesichtsausdruck des Vertheidigers war voll Lebhaftigkeit, jener des Staatsanwaltes dagegen voll Ernst und Würde, wie sonst nur ein Christuskopf dargestellt zu werden pflegt. Auch in dem ganzen Gehaben beider spiegelten sich die Gegensätze wieder, sie kamen während der Schlussverhandlung zum sichtbarsten Ausdruck. Schauss konnte keinen Augenblick ruhig an seinem Tische sitzen, so oft Etwas gesagt wurde, war es eine Bemerkung des Anklägers oder eine Aeusserung eines Zeugen, die dem kleinen Anwalt nicht passte, so sprang er von seinem Sitze auf, verliess seinen Tisch, drang bis

in die Mitte des Saales vor und in vollster nervöser Erregung brachte er die ihm zweckmässig erscheinenden Einwürfe vor. Wülfert dagegen liess sich niemals aus seiner Ruhe stören, sass vor seinen Acten, ohne sich weiter um das zu kümmern, was der Vertheidiger eben vorgebracht, und überliess es stets dem Verhandlungsrichter, diesen, sobald er sich von seinem Eifer über das gesetzliche Mass hinaus hatte hinreissen lassen, zurückzuweisen, was selbstverständlich stets mit vollster Würde geschah, doch nur für den Augenblick seinen Zweck erreichte, da schon im nächsten Augenblicke das Schauspiel sich wiederholte.

Nicht minder wie Dr. Schauss zeigte sich Herr Wülfert mir gegenüber sehr gefällig; ich war auch ihm zu vielem Danke verpflichtet. Bereitwilligst stellte auch er mir Alles zur Verfügung, was ich benöthigte. Und, was unter den gegebenen Umständen nicht genug anzuerkennen war, er hatte ausser den Amtsstunden immer Zeit für mich, er empfing mich in seiner Wohnung, unterstützte mich mit Rath und That. Ihm respective seiner Vermittlung, verdankte ich es, dass mir die Kerkermauern erschlossen wurden, dass ich Einlass bekam in die Zellen der Untersuchungsgefangenen, und dass ich hiebei den Grafen Chorinsky sehen konnte. Ich fand ihn schreibend an einem Tisch. Bei unserem Eintritt in die Zelle — ich war vom Kerkermeister begleitet — erhob er sich ganz gravitätisch, begrüsste uns vornehm wie ein Cavalier, der Gäste empfängt, — es hat nicht viel gefehlt, so hätte er uns einen Platz an seiner Seite angewiesen. Der Besuch dauerte nur einige Minuten, doch lange genug, um darüber einen Bericht zu concipiren, der, im »Neuen Wiener Tagblatt« abgedruckt, wie ich wohl sagen darf, Interesse erregt hat. Ich bekam später auch das Schriftstück zu Gesicht, mit dem sich der Gefangene bei unserem Eintritt beschäftigt hatte. Es war ein Brief, gerichtet an den Vater Chorinsky. Er enthielt Unschuldsbetheuerungen und zum Schluss die Bitte, dass man seiner geliebten »Engelsjulczie« Grüsse bestelle.

Ueber das Benehmen des Beschuldigten in seiner Zelle erhielt ich interessante Aufschlüsse, theils von dem Kerkermeister, theils vom Dr. Schauss. So erzählte mir letzterer eines Tages, gelegentlich eines Soupers, zu welchem die Einladung von Frau Dr. Schauss

ausgegangen war, der Inhaftirte sei ganz aufgeregt, ja untröstlich, dass er keinen schwarzen Frack besitze, die bestellten Lackschuhe nicht erhalten habe, und dass er also nicht »standesgemäss«, wie es sich doch gehöre, vor seinen Richtern erscheinen könne.

Das war freilich — um ein landläufiges Sprichwort zu gebrauchen — »Wasser auf die Mühle des Vertheidigers«. Die liebenswürdige kleine Frau des Dr. Schauss, die mein College Schlesinger, welcher mit zu den Gästen gehörte, in einem Feuilleton als »eine Duodezausgabe der deutschen Hausfrau« bezeichnete, stimmte selbstverständlich ihrem Gatten vollständig bei, als dieser noch einige andere merkwürdige Details von seinem Clienten erzählte, und dabei wieder mit allem Eifer für die Unzurechnungsfähigkeit desselben eintrat und hinzufügte, dass er es geradezu für einen Justizmord halte, den Chorinsky wie einen Verbrecher zu behandeln, der doch nur ein »ausgesprochener Narr« sei, und nicht in den Gerichtssaal sondern ins Irrenhaus gehöre, was übrigens durch die Sachverständigen, die zur Schlussverhandlung eingeladen sind, »überzeugend für Alle«, festgestellt werden würde.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Die Physiognomie des Verhandlungssaales gab Zeugniss von dem hohen Interesse, das man dem Process entgegenbrachte. In der ersten Reihe des für die Zuhörer bestimmten Raumes sassen Mitglieder des königlichen Hofes, jugendliche Prinzen der bayerischen Königsfamilie, mit hohen Repräsentanten aus dem Militär- und Civilbeamtenstande. In den anderen Reihen Professoren, Advocaten und andere Honoratioren der Stadt. Auch viele Künstler hatten sich eingefunden, die wohl nur zur Zeit in München weilten, um dem grossen Ereignisse auf musikalisch-künstlerischem Gebiete, nämlich der Erstaufführung der »Meistersinger« Wagner's beizuwohnen, die jedoch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wollten, um auch von dem sensationellen Processe etwas zu profitiren. Für die Zeitungs-Berichterstatter, die aus aller Herren Länder hieher kamen, war ein besonderer Raum reservirt, von wo aus sie den ganzen Saal übersehen und alle Vorgänge in demselben genau beobachten konnten. Man hatte hiebei auch die Vorsicht gebraucht, sie derart zu postiren,

dass sie ihren Platz verlassen und wieder dahin zurückkehren konnten, ohne eine Störung zu verursachen, wodurch es ihnen möglich war, ihr Manuscript partienweise entweder zur Post oder ins Telegraphenamt zu befördern. Seitens der Direction dieses Amtes waren alle Anstalten getroffen, um die Beförderung der Telegramme zu beschleunigen. Diese gingen allen anderen — mit Ausnahme der Staatstelegramme — voran, und überdies war die Zahl der Apparate wie der Beamten vermehrt. Jeder der auswärtigen Correspondenten hatte ein besonderes »Conto« im Telegraphenamte zur Eintragung der Wörterzahl behufs Erleichterung in der Verrechnung. Man hatte, kurz gesagt, auf Alles Bedacht genommen, was nur irgendwie zur Erleichterung der schwierigen Arbeit der Correspondenten dienen konnte.

Rechts vom Gerichtshof sass der öffentliche Procurator, der Staatsanwalt Dr. Wülfert, zur linken Seite der Vertheidiger Dr. Schauss mit dem der Mitschuld am Morde angeklagten Grafen Gustav Chorinsky, dem es »leider« nicht gegönnt war in jener Toilette zu erscheinen, die er mit Rücksicht auf die anwesenden »hohen Herrschaften« so gerne angelegt hätte, um »standesgemäss« auftreten zu können. Was ihm durch die Kleidung nicht möglich war, suchte er durch eine »vornehme Haltung« zu ersetzen. Er stand da, militärisch stramm (er war ja Oberlieutenant in der österreichischen Armee), den Rock sorgfältig zugeknöpft, und sein ruhiges, durchaus unbefangenes Wesen liess in ihm keineswegs den Mann erkennen, der mit einer so schweren Anklage belastet war.

Zeugen waren zwei Sachverständige, die anerkanntesten Professoren der Münchner Universität, wie auswärtige Autoritäten auf dem Gebiete der Psychiatrie. Handelte es sich doch zuvörderst darum, durch diese festzustellen, ob der Beschuldigte zur Zeit der That zurechnungsfähig war, ob er mit klarem Bewusstsein bei der Ausübung des Meuchelmordes mitgethan, — denn die Frage ob und wie weit er von alldem Kenntniss gehabt, sowie über das Wesen seiner Betheiligung an der Verübung des Mordes schien selbst seinem Vertheidiger nicht von der Art, dass in dieser Richtung Wesentliches zu Gunsten des Beschuldigten vorzubringen wäre, da in dieser Be-

ziehung die mit vieler Umsicht geführte Untersuchung Thatsachen und Beweisstücke zu Tage gefördert, welche die Betheiligung Chorinsky's an dem Giftmorde ausser allen Zweifel gestellt hatten.

Unter den auf Antrag des Vertheidigers Dr. Schauss als Zeugen vorgeladenen Sachverständigen erregte ein Gelehrter, der Director der Irrenanstalt zu Rouen, Dr. Morel, das grösste Interesse. Ihm wendete sich vor allen Anderen die allgemeine Aufmerksamkeit zu. Zunächst weil er in der ganzen wissenschaftlichen Welt als Psychiater eine anerkannte Autorität ersten Ranges, dann aber, weil es bereits vor dem Beginne der Schlussverhandlung bekannt geworden war, dass er sich im Gegensatze zu den anderen Sachverständigen auf die Seite des Vertheidigers gestellt habe, und mit aller Entschiedenheit die Ansicht vertrat, dass der Angeschuldigte unzurechnungsfähig sei und es auch schon zur Zeit der That gewesen sein müsse.

Zu dieser seiner Ueberzeugung kam der Gelehrte, nachdem er den Beschuldigten mehrmals gesprochen und ihn auch sonst noch, ungesehen von diesem, beobachtet hatte. Eine volle Woche vor der Verhandlung war ihm hiezu die Gelegenheit geboten. Morel konnte während dieser Zeit den Angeklagten so oft er nur wollte sprechen, und auch alle von diesem herrührenden Schriftstücke, Briefe und Aufzeichnungen lagen dem Sachverständigen vor, als Behelfe für seine Studien. Das Ergebniss derselben war, dass sich Dr. Morel zu der bereits mitgetheilten Ansicht bekannte, gegen welche fast alle übrigen Sachverständigen, Gerichtsärzte und Zeugen entschieden Stellung nahmen. Man war also gespannt darauf zu hören, wie Dr. Morel seine Ansicht begründen werde.

Mir war bereits vor der Verhandlung die Gelegenheit geboten, die Bekanntschaft des Dr. Morel zu machen. Dr. Schauss vermittelte sie mir. Mit jener Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit, die wir so oft den Franzosen nachzurühmen Gelegenheit haben, empfing mich Dr. Morel. Gleich beim Beginne der in ihrem Verlaufe so interessanten Unterredung stellte er die »Bitte«, seine Aeusserungen über den Angeklagten insolange »discret« zu behandeln, bis er vor Gericht seine Aussage deponirt haben werde. Eine

vorzeitige Veröffentlichung könnte sehr leicht missdeutet werden, und im Interesse der Wichtigkeit des Gegenstandes sei jede Vorsicht dringend geboten, zumal da er bereits wisse, dass er von seinen Collegen vielfach angefeindet werde und man ihn in einer Weise zu verdächtigen suche, die er gar nicht näher bezeichnen wolle. Dann ging er auf die Sache selbst ein und sprach sich ausführlich über den Angeklagten, wie er ihn gefunden, und über dessen Geisteszustand des Näheren aus. Es sei ja bekannt, bemerkte er, dass er den Grafen für vollkommen unzurechnungsfähig halte, und seine auf Grund genauer Beobachtung festgestellte Ueberzeugung sei eine derartige, dass er seinen grossen wissenschaftlichen Ruf dafür verpfänden könne und werde. Er gab sodann zur Begründung seiner Ansicht eine Schilderung von dem Angeklagten, von dessen Vorleben und seinem ganzen psychischen Zustand.

»Die Krankheit, an welcher Chorinsky leidet,« sagte unter anderem Director Morel, »ist eine nervöse, die sowohl in England als auch in Deutschland und Frankreich allgemein bekannt ist. Man heisst sie »moralischen Wahn« oder auch »Handlungen-Verrücktheit«. Solche Menschen glauben nie, dass sie krank seien. Man heisst diese Krankheit auch »Raisonnirkrankheit«, in Frankreich auch den »heiteren Wahnsinn«. Director Morel beleuchtete hierauf das Wesen dieser Krankheit und er sprach darüber in so eindringlicher und bestimmter Weise, als stünde er bereits vor dem Gerichtshof.

Obschon er die Frage vom rein wissenschaftlichen Standpunkte aus behandelte, war seine Darstellung doch eine populäre, eine solche, die jedem Laien einleuchten musste. Es hörte sich da Alles wie eine »Causerie« an, und sie interessirte nicht blos wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes, sondern auch wegen der Fülle der geistreichen Aperçus. Je länger Director Morel über den Gegenstand sprach, desto lebhafter wurde er. Diese Lebhaftigkeit kam im Tone wie in der Geberde zum Ausdruck. Seine Stimme erscholl immer kräftiger, seine Worte flossen immer rascher, seine Augen leuchteten heller, und er agirte mit den Händen, um gleichsam dadurch dem Vorgebrachten noch mehr Nachdruck zu geben.

Die Unterredung dauerte mehr als eine Stunde. Dr. Morel verabschiedete sich von mir mit den Worten: »Auf Wiedersehen im Tempel der Gerechtigkeit!«

Die Angaben dieses Sachverständigen vor Gericht stimmten auch im Wesentlichen mit denen überein, die er mir gegenüber gemacht hatte . . . . .

Es war schwer für die Mitglieder des Gerichtshofes, sich eine Meinung zu bilden, nach all' dem, was sie an dem Tage vernommen, als die Sachverständigen zu Worte kamen. Eine Meinung stand der anderen schroff entgegen. Die heimischen Professoren, auch anerkannte Autoritäten auf dem Gebiete der Psychiatrie, blieben bei ihrer Anschauung und motivirten sie auch mit Zugrundelegung wissenschaftlicher Theorien, dass der Angeklagte wohl »geistesschwach«, aber durchaus kein Irrsinniger sei, nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes und gewiss nicht im Sinne des Gesetzes, d. h. sie stellten in Abrede, dass er zur Zeit der That vollständig unfähig gewesen wäre, diese zu beurtheilen, ihre Tragweite zu ermessen; im Gegentheil, sie behaupteten ohne Rückhalt, dass er sich aller seiner Handlungen vollkommen bewusst gewesen sein müsse. Was ihnen auch von der Vertheidigung als gegen diese Anschauung sprechend vorgehalten wurde, wussten sie vollständig zu entkräften, und sie bestritten entschieden, dass all' die für den zerrütteten Geisteszustand des Beschuldigten vorgebrachten Beweisstücke vom wissenschaftlichen Standpunkte aus als solche angesehen werden könnten, die seine Zurechnungsfähigkeit ausschliessen würden.

Dr. Morel sprach seine diesen Angaben ganz diametral entgegengesetzte Ansicht aus. Er beharrte energisch darauf, mit dem Angeklagten hätten sich nicht Richter, sondern Irrenärzte zu befassen, er gehöre nicht vor Gericht, er müsse unter ärztliche Aufsicht gestellt werden. Und auch er brachte für seine Ansicht wissenschaftliche Argumente vor, und zwar in so überzeugungsvoller Weise, ganz und gar uneingeschränkt, dass es für den Laien fast unmöglich schien, sich in diesem Wirrsal der Widersprüche der Sachverständigen ein richtiges Urtheil zu bilden.

Der öffentliche Procurator ging diesem Sachverständigen hart zu Leibe. Er hielt ihm nicht nur Alles das vor, was seine Collegen, die ja auch er als ausgezeichnete Männer der Wissenschaft anerkannte, vorgebracht hatten; er las dem französischen Gelehrten auch Briefe des Angeschuldigten vor, die dieser kurz vor der That an seine Geliebte geschrieben, und die von jedem Unbefangenen als Beweisstücke angesehen werden mussten, dass der Schreiber — vielleicht excentrisch — aber sonst ganz normal veranlagt gewesen sei.

Nichts jedoch beirrte diesen Sachverständigen in seiner Anschauung; Alles was dagegen sprach, wusste er wieder zu entkräften, und als er seinen Collegen gegenübergestellt wurde und aus dem Munde des Vertreters des Staates hörte, dass man sich schliesslich doch für die Anschauungen der Majorität der Sachverständigen werde entscheiden müssen, da that Dr. Morel einen Ausspruch, der allgemein Sensation erregte und einen mächtigen Eindruck auf Alle ausübte.

»Ich setze meinen ganzen wissenschaftlichen Ruf dafür ein,« rief er schon in etwas gereizterem aber auch feierlichem Tone, »dass ich Recht habe. Ich gebe meinen Collegen, die sich heute im Widerspruche mit mir befinden und so fest bei ihrer Ansicht beharren, ein Rendez-vous. Wir wollen uns nach Jahren hier wieder treffen. Ich bin überzeugt, dass Sie dann bekennen werden und angesichts der mittlerweile vollzogenen Thatsachen werden bekennen müssen: »Ja, wir haben uns geirrt!« Denn nach dieser Zeit wird die geistige Umnachtung des Grafen Gustav Chorinsky solche Fortschritte gemacht haben, dass er nicht mehr im Gefangenhause, sondern im Irrenhause den Rest seiner Tage wird verleben müssen. Darauf mein Wort! Nochmals! Meinen ganzen wissenschaftlichen Ruf setze ich dafür ein!!«

Den Eindruck, den diese mit lauter Stimme und mit einem vielleicht nicht unbeabsichtigten dramatischen Effect vorgebrachten Worte machten, war ein mächtiger; alle Zuhörer waren davon tief ergriffen, selbst auch die Sachverständigen. Sie sahen sich fast erschrocken gegenseitig an. Keiner von ihnen hatte ein Wort der Erwiderung. Es entstand eine Pause von einigen Minuten, die nur

durch den Zwischenruf des Vertheidigers Dr. Schauss unterbrochen wurde:

»Nun, was sagen die Herren (Sachverständigen) jetzt?«

Statt ihrer antwortete mit eisiger Ruhe der öffentliche Ankläger: »Die Herren bleiben wohl bei ihrer Ansicht und ich begreife es.«

Daraufhin entspann sich eine sehr lebhafte Discussion zwischen dem Vertheidiger und dem Staatsanwalte. Ersterer wurde hiebei immer heftiger, Letzterer verlor aber nicht einen Augenblick seine Ruhe; jeden kräftigen Einwurf erwiderte er kalten Blutes.

Mit allgemeiner Spannung sah man den Schlussanträgen des Anklägers entgegen. Reiches Materiale zur Begründung der Anklage stand ihm ja zu Gebote. Das Einverständniss des Beschuldigten mit seiner Geliebten Julie Ebergenyi, die den Mord verübt hatte, konnte kaum weggeleugnet werden. Dafür sprachen zahlreiche Schriftstücke, die während des Beweisverfahrens zur Verlesung gekommen waren. Aber andererseits schien die Frage der Zurechnungsfähigkeit des Grafen Gustav Chorinsky ja doch nicht vollständig gelöst. Eine Behauptung stand der anderen, eine Autorität der anderen gegenüber. Wo lag das Richtige, wo die Wahrheit? Wie wird sich da der Ankläger zurecht finden? Wie diese Unzahl von Widersprüchen und Gegensätzen entwirren? Diese Fragen schwebten auf Aller Lippen.

Als sich der Staatsanwalt zur Stellung der Schlussanträge erhob, herrschte im Saale eine feierliche Stille. Dr. Wülfert sprach sehr ruhig, voll Ernst und Würde, sachlich aber doch schwungvoll, ohne alle Phrase. Er schilderte vor Allem das Vorleben des Angeklagten, um daraus den Nachweis zu liefern, dass er stets Herr seiner Handlungen gewesen, sich stets wohl bewusst war, was er gethan und unternommen habe, und dass man daher nicht sagen könne, dass er gerade zu der Zeit, als die Ermordung seiner Frau verabredet wurde, unzurechnungsfähig gewesen sein soll. Er berief sich zur Bekräftigung seiner Behauptung auf die Conduiteliste, die über den Angeklagten als Officier die beste Aufklärung gebe. Diese Conduiteliste, unterzeichnet von dem Herrn Generalmajor Erzherzog Heinrich, schildere den Herrn Oberlieutenant Grafen Chorinsky als

sehr leichtsinnig, lügenhaft, als einen »unausgebildeten Charakter«, als einen Menschen ohne Ausdauer, von ganz gewöhnlicher geistiger Begabung, als einen grossen Schwätzer, als einen Mann von wenig Ehrgefühl und ohne besondere militärische Kenntnisse; als Einen, der offen gegen seine Vorgesetzten und wegen seines Leichtsinns im Regimente nie beliebt gewesen«. Dr. Wülfert folgerte aus dieser Charakterschilderung, dass das, was Director Morel als »moralischen Wahn« oder »Handlungsverrücktheit« bezeichnete, sich auf ganz natürliche Weise erklären lasse. Es liege all' das Bedenkliche, das Graf Chorinsky in seinem Leben gethan, nur in seinem Charakter und in seinem Wesen, nicht in einer Schwäche des Geistes in solchem Umfange, dass daraus gefolgert werden könne, er sei ganz unzurechnungsfähig und er könne für seine Handlungen deshalb auch nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Was der Staatsanwalt Wülfert noch weiters zur Begründung seiner Anklage vorbrachte, gehört nicht hieher. Wohl aber darf nicht unerwähnt bleiben, dass er im Laufe seiner Anklagebegründung auch gegen den österreichischen Officiersstand eine Aeusserung vorbrachte, die, vielfach missverstanden, zu ernsten Recriminationen Anlass gab und ihm auch in einer späteren Zeit nachgetragen wurde.

Eine grosse Beredsamkeit legte Dr. v. Schauss an den Tag. So wie er in seinem Wesen ganz anders geartet war als sein Gegner, der öffentliche Procurator, so trat der Gegensatz auch in der Rede deutlich hervor. Schauss sprach temperamentvoll, mit aller Leidenschaft, und so oft er etwas zu sagen hatte, worauf er einen besonderen Werth legte und wofür er auch die Aufmerksamkeit der Geschwornen erwecken wollte, mit erhobener Stimme und aussergewöhnlicher Betonung. Sein Plaidoyer, das mehrere Stunden in Anspruch nahm, war reich an interessanten Wendungen, es erschöpfte Alles, was zu Gunsten des Angeschuldigten vorgebracht werden konnte, der — was so nebenbei bemerkt sein soll — vielleicht der Einzige im Schwurgerichtssaale war, dem die Rede missfiel, weil er durchaus nicht als »Narr« gelten wollte, als welchen ihn sein Vertheidiger stets bezeichnete. Schauss versucht es, zum Herzen und zum Gemüthe der Richter, zumal der Geschwornen zu sprechen

und sie dadurch zu einer milderen Auffassung zu gewinnen. Vergeblich!

Nach einer längeren Berathung verkündigten die Geschwornen das »Schuldig« und bald darauf wurde auch von dem Präsidenten das Urtheil verkündigt, welches auf eine zwanzigjährige schwere Kerkerstrafe lautete ...

Fast genau drei Monate vorher, am 25. Juli, war vom Wiener Landesgerichte die gleiche Strafe über Julie v. Ebergenyi verhängt worden.

Am Tage nach Beendigung der Schlussverhandlung gegen Graf Chorinsky erhielt ich vom Director Morel folgendes Autogramm:

Munich, le 26 Juin 1868.

Souvenir de l'interessante session des assises de Munich dans l'affaire Chorinski.

Si l'accusé n'a pas été complètement absous la faute n'en est pas à son défenseur le docteur Schauss. Je puis attester que Lachaud et J. Favre en France ne m'ont jamais fait plus grand plaisir.

Dr. Morel
médecin et chef de l'asile des aliénés à Rouen
(Seine inférieure) ancienne Normandie.

Ich sah und sprach den grossen Psychiater noch einmal vor seiner Abreise. Ich fand ihn in höchst gedrückter Stimmung. Das Schicksal des Angeklagten, die Niederlage des Vertheidigers und die Kränkung, die er erfahren, ging ihm sehr zu Herzen. Und noch im letzten Moment, als er mir zum Abschied die Hand drückte, sagte er mit vibrirender Stimme: »Vergessen Sie nicht, was ich deponirt habe. Auch die Anderen werden sich noch des Directors Morel erinnern und ihm im Stillen Abbitte leisten müssen. Sie werden sehen, dieser Graf Chorinsky stirbt nicht in der Strafanstalt, er endet im Irrenhause.«

Director Morel hat Recht behalten. Graf Chorinsky endete im Irrenhause!

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Das Schützenfest in Wien.

Der politische Ausschluss Oesterreichs aus Deutschland hatte nicht wohl Kraft ausüben können. Beschlüsse grosser, auf nationaler Basis ruhender Corporationen, welche vor dem Jahre 1866 gefasst worden waren und mit Oesterreichs Zugehörigkeit gerechnet hatten, waren aufrecht geblieben trotz 1866. Das nationale Gefühl der deutschen Oesterreicher sowohl wie der Deutschen »im Reiche« bäumte sich gegen die Sonderung auf und es wurde als hochwillkommene Gelegenheit zur Bekundung ihrer Gefühle empfunden, dass Wien als Vorort des deutschen Schützenbundes bestellt war, und dass die erste Festlichkeit nach dem Bruderkriege, welcher Vertreter aus allen deutschen Gauen vereinigte, gerade in Wien stattfinden sollte.

An Versuchen, den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, hat es damals nicht gefehlt; doch war Bismarck viel zu klug, um einer übermächtigen Volksbewegung, wie sie in der Bekundung einer idealen Zusammengehörigkeit aller Deutschen sich äusserte, ernstlich Widerstand entgegensetzen zu wollen. Er liess vielmehr den Dingen ihren Lauf, und die Folge hat ja gelehrt, dass er seiner Politik keinen besseren Dienst leisten konnte.

Auch in Oesterreich fühlte man, dass es unklug wäre, der Sache Hemmnisse bereiten zu wollen, — im gewissen Sinne war diese Demonstration sogar in leitenden Kreisen als glanzvoller Sympathiebeweis Altdeutschlands willkommen.

Die Frage, wie sich Süddeutschland zum Norddeutschen Bund verhalten, ob nämlich ein »Südbund« gebildet werden solle, wie

dieser nach Beendigung des Feldzuges in Aussicht gestellt worden, war noch ungelöst. Alle Welt wusste, dass gelegentlich des Schützenfestes diese gerade für Oesterreich bedeutsame Frage den Gegenstand öffentlicher Erörterung bilden werde. Das Schützenfest 1868 war also diesmal vorwiegend ein politisches Fest.

Von der Erwägung geleitet, dass diesmal Wien eine ernste, grosse Mission zu erfüllen habe, entwickelte das Centralcomité der Wiener Schützen einen aussergewöhnlichen Eifer, und mit aller Emsigkeit wurden die Vorbereitungen zum würdigen Empfang der Gäste getroffen — den Fremden sollte Wien in seiner schönsten Gewandung gezeigt werden, sie sollten sich hier heimisch fühlen und die Ueberzeugung gewinnen, dass in dieser Stadt deutsche Bürger wohnen, die auch fernerhin, trotz des unglücklichen Feldzuges, sich noch als Stammesbrüder fühlen.

Eine der schwierigsten Aufgaben fiel da dem sogenannten Wohnungscomité zu. Wie die Tausende Fremden, deren Erscheinen angesagt war, unterbringen? Die Hôtels waren damals unzureichend, ihre Einrichtungen mangelhaft. Sie vermochten nur bescheidenen Ansprüchen zu genügen. Darin stand in der That Wien selbst kleineren Städten nach. Auf einen aussergewöhnlich starken Fremdenzufluss war man zu jener Zeit eben nicht vorbereitet. Das Comité sah sich demnach in die Nothwendigkeit versetzt, sich in einem besonderen Aufruf an die Wiener Bürger zu wenden, an ihre Gastfreundschaft, an ihr Entgegenkommen zu appelliren. Wer eine Wohnung oder auch nur ein Zimmer frei hatte, der sollte sich melden, mit der Angabe, ob er es unentgeltlich überlassen oder um welchen Betrag er es zur Verfügung stellen wolle. Die Zeit war eine günstige. Das Schützenfest fand im Hochsommer statt. Viele Wohnungen standen leer, da die Miether bereits ihren Landaufenthalt genommen hatten. Der Aufruf hatte vollen Erfolg. Ich für meinen Theil hatte meine Wohnung dem Münchner Staatsanwalt Herrn Wülfert schon einige Wochen vorher eingeräumt, nachdem mir dieser gelegentlich meiner Anwesenheit in Bayerns Hauptstadt mitgetheilt hatte, dass er als Schütze Wien zu besuchen gedenke; er kam mit seiner Gattin.

Die politischen Gemüther befanden sich vor und während des Schützenfestes in ungeheuerer Aufregung. Die Chauvinisten sahen frohen Herzens und freudiger Hoffnung der Abhaltung des Schützenfestes entgegen. Es kam ihnen erwünscht, als der beste Anlass zu politischen Demonstrationen im Sinne ihrer Ueberzeugung, dass Oesterreich, trotz der Kriegsereignisse und der dadurch geschaffenen Lage, seine deutsche Mission nicht aufgeben dürfe und sich deshalb mit den Südstaaten zu einer gemeinsamen Action verbinden müsse. Die nüchtern denkenden Politiker dagegen, mit den geschaffenen Thatsachen rechnend, blickten mit ernster Besorgniss in die Zukunft und hätten es am liebsten gesehen, wenn vom Schützenfeste, da dessen Abhaltung nun einmal nicht zu verhindern war, so wenig Aufhebens als möglich gemacht würde, wenn man die Politik ganz aus dem Spiele liesse.

Die politisch geschulten und gereiften Ungarn, die immer genau wissen, was sie zu wollen und anzustreben haben, nahmen offen und rückhaltslos Stellung gegen das Schützenfest, weil sie, wenn auch keine Besorgniss, dass man ihrer noch jungen Verfassung ans Leben rücken könnte — dem gegenüber kräftigen Widerstand zu leisten fühlten sie sich wohl stark genug —, so doch Abneigung gegen Conflicte empfanden, durch die ihre innere Entwicklung gehemmt werden könnte, und dies umsomehr, als sie zur Regierung der anderen Reichshälfte kein rechtes Vertrauen hatten, die, trotz der verfassungsmässig festgestellten Zweitheilung des Staates, doch noch immer ihren centralistischen Standpunkt nicht aufgegeben hatte und, wie sie behaupteten, jeden Anlass gerne benützen würde, um eine geänderte politische Situation herbeizuführen. Selbst zu Herrn v. Beust, der den Ausgleich »gemacht«, hatten die Ungarn noch nicht festes Vertrauen genug, um mit Gewissheit voraussetzen zu können, dass dieser einem allfälligen Sturm gegen ihre Verfassung kräftig genug entgegentreten würde.

Sie hatten Recht — ihre Besorgniss war in der That keine unbegründete. Sie erschien schon gerechtfertigt durch die zweideutige Haltung des Schöpfers des Dualismus. Gerade der Umstand, dass Herr v. Beust Wien vor dem Schützenfeste verliess und sich »aus

Gesundheitsrücksichten« nach Gastein begab, erregte Verdacht, und zwar nicht nur bei den Ungarn allein, vielmehr bei allen politischen Parteien. Dieses Misstrauen wurde noch bestärkt durch die zweideutige Haltung der Behörden, die bei den Vorbereitungen zur Abhaltung des Schützenfestes ein gewichtiges Wort mit dareinzureden hatten.

Die lebhafte Bewegung spiegelte sich in der Presse wieder. Hier wurden Stimmen für und dagegen laut, nicht so sehr für und gegen die Abhaltung des Festes — dagegen liess sich ja nichts Entscheidendes mehr thun — wohl aber bezüglich der Bedeutung und Ausdehnung, die man dem Feste geben solle.

Dass die Haltung des Herrn v. Beust in der That eine zweideutige gewesen, ging nicht blos daraus hervor, dass er, wie erwähnt, entschlossen war, vor dem Beginne der Festtage Wien den Rücken zu kehren, das ergab sich auch aus den Informationen, die man am Ballplatze den Vertretern der Presse zu geben für gut befunden hat, aus denen man nicht klug werden konnte; zumal vermochte man sich keine Klarheit darüber zu verschaffen, wie sich eigentlich Herr v. Beust als Minister des Aeussern verhalte, ob zustimmend oder ablehnend, ob er eine Förderung des Schützenfestes wünsche oder ob er es von seinem Standpunkte aus am liebsten gesehen hätte, wenn ein anderer Ort als Wien zur Abhaltung des Festes ausersehen worden wäre. Die Vertreter der Presse, die sich ihre Informationen »amtlicherseits« holten, ohne deshalb zu jenen zu gehören, die nur blindlings gehorchen und das niederschreiben und verlautbaren wollen, was ihnen in die Feder dictirt wird, waren mitunter sogar in ein peinliches Dilemma versetzt, da ihnen von den beiden Pressbureaux, von jenem, das auf dem Ballplatz seinen Sitz hatte, und von dem Informationsbureau der cisleithanischen Regierung, oft ganz widersprechende Angaben gemacht wurden. Das Eine nur schien nach den Informationen, die vom Ballplatze ausgingen, klar, dass man dort nicht klar sein wollte. Beust diplomatisirte da wieder einmal in seiner gewohnten Weise. Doch schien so viel wie gewiss: was er sagte, das wollte er nicht, und was er wollte, das sagte er nicht. Dabei dachte der schlaue Diplomat, dass etwas Bestimmtes zu

sagen und eine entschiedene Haltung einzunehmen wohl dann noch Zeit sein werde, wenn sich die Situation mehr geklärt haben werde.

Im politischen Salon der Frau Adele, dessen ich im ersten Bande Erwähnung gethan, war ich kurz vor der Eröffnung des Schützenfestes Zeuge eines Gespräches zwischen dem Minister Dr. Giskra und Herrn v. Beust. Dieser sprach von seinem Urlaub und von der Absicht, nach Gastein zu gehen. Giskra war dagegen. Mit Eifer setzte er sich dafür ein, dass sein College Wien nicht verlasse. Gerade deshalb, weil man allgemein befürchte, das Schützenfest könne vorwiegend einen politischen Charakter annehmen, müsse der Minister für äussere Angelegenheiten auf seinem Platze sein, um im gegebenen Augenblicke entscheidend und entschieden einschreiten zu können. Ein Verlassen seines Postens in einer so wichtigen Zeit hiesse sich feige einer Verantwortung entziehen. Die cisleithanische Regierung müsse einen ganz besonderen Werth darauf legen, dass alle Räthe der Krone beisammen und auf ihren Plätzen seien, da wichtige Entscheidungen nöthig werden könnten, bei welchen vielleicht gerade der Minister des Aeussern am allerersten gehört werden müsste. Giskra rieth eindringlichst, den Plan, nach Gastein zu gehen, aufzugeben. Beust war aber nicht davon abzubringen. Er begebe sich ja nicht in einen entfernten, verborgenen Winkel der Erde, er bleibe »im Lande«. Wenn seine Anwesenheit sich in Wien als nothwendig erweisen sollte, werde er gewiss erscheinen. Er müsse aber fort, erstens seiner angegriffenen Gesundheit wegen, hauptsächlich aber, um allen »Verdächtigungen« zu entgehen. Seinen »guten Freunden in Berlin« solle kein Anlass gegeben werden, aus den Ereignissen, die sich auf dem Schützenplatze ergeben können, Capital zu seinen Ungunsten zu schlagen. Er wolle durch die Abreise beweisen, dass er sich ganz passiv verhalte. Bleibe er in Wien, so müsse er bei dem Feste erscheinen, könne er den Einladungen zu den Festbanketten nicht entgehen, müsse sich daselbst zeigen und öffentlich sprechen. Was immer er da sagen werde und könne, werde einer abfälligen Kritik unterzogen werden; dieser wolle und müsse er ausweichen, seine Stellung als Minister des Aeussern sei im gegebenen Momente eine etwas delicatere als die seiner anderen

Collegen, das müsse doch allgemein zugegeben werden; und deshalb glaube er auch — wie er lächelnd hinzufügte — »dass man ihm den Urlaub auch nicht verweigern werde«.

Die vorgebrachten Gründe bekehrten aber Giskra nicht, im Gegentheil, sie bestärkten ihn in seiner Ansicht. Gerade weil Verdächtigungen zu befürchten ständen, müsse man Alles thun, um diesen von vorneherein zu begegnen. Mit der Flucht aus Wien seien diese nicht aus dem Wege geräumt, wohl aber können sie entkräftet, ja von vorneherein durch ein offenes, freies Wort unmöglich gemacht werden. Die kaiserliche Regierung müsste seiner Ansicht nach mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, ihre Stellung nach Aussen hin zu klären, sie hätte eine »gebundene Marschroute«, und sie vor aller Welt klarzulegen sei ihre Pflicht. Es werden sich Chauvinisten — so beiläufig argumentirte Giskra weiter — genug finden, welche auftreten und uns Oesterreichern zurufen werden, wir hätten in Deutschland noch immer eine Mission zu erfüllen; denen müsse man sofort mit aller Entschiedenheit entgegentreten, denen müsse man erwidern, dass wir nur e i n e Mission hätten, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und Zeit und alle Mühe daran zu wenden, unsere inneren Angelegenheiten zu ordnen, unser eigenes Haus zu bestellen. Giskra rückte sodann mit der Frage seinem Collegen an dem Leib: ob er vielleicht »im Geheimen« etwas Anderes plane?

Da kam es denn nun zu einer herben Auseinandersetzung. Beust erwiderte gereizt, er mache keine »geheime Politik«, und was die süddeutsche Frage anbelangt, die wahrscheinlich auf dem Schützenfeste aufgeworfen werden könnte, ja voraussichtlich zur Sprache kommen wird, so werde man erst sehen, »wie der Hase läuft«, was Giskra zu dem Einwurfe veranlasste, dass demnach ein geheimer Plan doch bestehen müsse. Beust erwiderte lächelnd: wenn er bestünde, so könne sein College unbesorgt sein, ein zweites Königgrätz sei deshalb nicht zu befürchten.

Aus der weiteren Discussion — in deren Verlauf Giskra immer heftiger wurde, während Beust den leichten, scherzhaften Ton beibehielt — ergab sich mit noch mehr Klarheit, dass sich letzterer der Bildung eines deutschen Südbundes gegenüber nicht so ablehnend

verhielt wie Giskra, denn er gestand weiters ganz offen zu, dass er wohl in der delicaten Stellung, in der gerade er sich Deutschland gegenüber befinde, keine Initiative in dieser Frage ergreifen werde, dass er aber gar nichts dagegen hätte, wenn er »von draussen« gedrängt würde, in der Frage des Süddeutschen Bundes Stellung zu nehmen.

Giskra gerieth darob förmlich ausser Fassung, und sehr gelegen schien ihm der Besuch des Barons Edelsheim zu kommen, der eben eintrat. Er apostrophirte ihn auch sofort. Indem er ihn in Kürze über die Streitfrage unterrichtete, forderte Giskra den General auf, sich zu äussern, wie er darüber denke, dass Beust noch vor Abhaltung des Schützenfestes Wien verlassen wolle. Edelsheim hielt dies auch für einen groben Fehler, motivirte aber seine Ansicht zur nicht geringen Ueberraschung Giskra's ganz unerwarteter Weise dadurch, dass er noch entschiedener, als dies durch Beust geschehen, darauf hinwies, dass man eine so gute Gelegenheit, wieder, wenigstens in einem Theile Deutschlands festen Fuss zu fassen, nicht vorübergehen lassen dürfe. Edelsheim sprach, als er hörte, dass Giskra eine ganz andere Ansicht vertrete, seine Verwunderung darüber aus, dass dieser als liberaler Vertreter der Deutschen in Oesterreich nicht genau so denke. Schon die ablehnende Haltung der Ungarn gegen das Schützenfest sollte die Deutschen in Oesterreich veranlassen, mit aller Entschiedenheit für die Bildung eines Süddeutschen Bundes einzutreten; die Ungarn wüssten ganz gut, weshalb sie dagegen seien; zu den politischen Motiven in dieser Frage geselle sich auch noch ein ganz anderer wichtiger Grund: im Interesse der Machtstellung Oesterreichs sei es gelegen, einen engen Bund mit den Stammesbrüdern zu schliessen, und der Staatsmann, der die günstige Gelegenheit hiezu nicht ausnütze, die Hände ruhig in den Schoss lege, würde seine Aufgabe nicht richtig erfassen. Edelsheim schloss seine Bemerkungen damit, dass er an Stelle Beust's entschieden auftreten und ganz entschieden für die Bildung eines Süddeutschen Bundes unter Führung Oesterreichs eintreten würde, zumal dies geschehen kann, ohne in Berlin zu reizen, nachdem diese Frage bei dem Friedensschlusse offen ge-

lassen, und zwar, wie er meine, absichtlich und nach reiflicher politischer Erwägung offen gelassen worden sei, weil gerade in der Bildung eines Süddeutschen Bundes eine Gewähr für die Erhaltung des Friedens durch die Versöhnung der süddeutschen Staaten gelegen sei.

Giskra war starr. Beust lächelte zustimmend und fügte nur, um sein Fernbleiben vom Feste zu entschuldigen, noch hinzu, dass er es für geboten erachte, vorerst eine zuwartende Stellung einzunehmen, keinen übereilten Schritt zu thun, den Dingen ihren Lauf zu lassen und nicht zu drängen, sich lieber drängen zu lassen. Sein Entschluss stand fest. Er lautete, wie erwähnt: abreisen, und wurde auch in der That ausgeführt. Ungefähr eine Woche vor Beginn des Festes ging Beust nach Gastein.

Unbestimmt, unklar, wie erwähnt, lauteten die Informationen für die Presse. Nachdem ich über die Anschauungen Beust's unterrichtet war, interessirte es mich sehr zu hören, wie sein Adlatus, Herr v. Hofmann, über die Sache denke. Er befand sich diesmal in voller Uebereinstimmung mit seinem Chef, nur mit dem Unterschiede, dass, während Beust stets eine vorsichtige Zurückhaltung zu beobachten für gut befunden, Hofmann sich offen und rückhaltslos im gleichen Sinne wie Herr v. Edelsheim aussprach, und es als eine patriotische Pflicht eines jeden guten Oesterreichers erklärte, das Fest kräftig zu unterstützen, ja er bezeichnete es sogar als eine Hauptaufgabe der patriotischen Presse, im Sinne der Bildung eines Süddeutschen Bundes zu wirken, schon der Ungarn wegen, damit diese, wie er sich wörtlich ausdrückte, »uns nicht ganz über den Kopf wachsen«. Aus seinen weiteren Informationen ging deutlich hervor, dass sich sein Groll gegen Preussen nicht abgekühlt, das ihm in Schleswig-Holstein, wie bekannt, so arg mitgespielt, ihn so in die Enge getrieben hatte, dass er auf flüchtigen Sohlen bei Nacht und Nebel sich förmlich mit gebundener Marschroute nach Wien begeben musste .... In der Bildung eines Süddeutschen Bundes erblickte Hofmann die einzige Sicherung des Friedens und eine Gewähr gegen die innere Zerspaltung und Zerklüftung Oesterreichs, dessen Machtstellung schon durch den Dualismus äusserst gefährdet worden sei.

Seltsam! Hofmann, der als hervorragender Beamter im Ministerium des Aeussern, insoweit dies in seiner Machtsphäre lag, bei der Zweitheilung des Reiches mitgewirkt, entpuppte sich hier förmlich als starrer Centralist, plaidirte nun mit Eifer für die Bildung eines süddeutschen Bundes zum Schutze gegen die föderalistischen Anstürme, während Giskra, der allezeit getreue Anhänger der Verfassungspartei, derjenige, der, so lange es an der Zeit war, mit aller ihm zu Gebote stehenden Macht der Rede gegen den Dualismus angekämpft, nunmehr einer der Wenigen unter seinen Parteigenossen war, der den Standpunkt vertrat, Oesterreich müsse, mit den geschaffenen Verhältnissen rechnend, sich im Innern consolidiren, auf dem Wege dieser inneren Entwicklung fortarbeiten, müsse Alles vermeiden, was diese hemmen könnte, und dürfe also vorläufig keine grosse Politik machen!

In diesem Sinne sprach er auch im Schützensaal. Giskra toastirte auf »die Zukunft des auf den Bahnen des Fortschritts sich verjüngenden Oesterreich«.

Als ich noch an demselben Tage — spät am Abend war es — Gelegenheit hatte, ihn zu dem grossen Erfolge seines Toastes zu beglückwünschen, sprach er die Erwartung aus, dass die Presse anerkennen werde, dass er sich genau in den Grenzen gehalten habe, die ihm als Minister des Innern vorgezeichnet seien, und er fügte noch hinzu, er lege deshalb auf Hervorhebung dieser Thatsache einen besonderen Werth, weil ihm vielseitig nahe gelegt worden sei, den Gästen aus Süddeutschland, wie man sagt, »ein wenig um den Bart zu gehen«; er habe sich aber, eingedenk seiner Stellung und, wie er glaube, im wohlverstandenen Interesse der Monarchie, hierzu nicht verleiten lassen. Ich konnte ihm bereits die Versicherung geben, dass der Leiter des »Neuen Wiener Tagblatt« in diesem Sinne die Rede auch besprochen habe.

Mit einer gewissen Vorsicht sprach auch der Abgeordnete Kuranda. Mit grossem Interesse hörte ihm Alles zu. Der Name Kuranda war bereits weit über Oesterreichs Grenzpfähle hinaus bekannt. War er es doch, der bei jedem passenden Anlass stets die äussere Politik zum Gegenstande seiner Besprechung machte. Und

ganz besonders war den Politikern die Haltung in Erinnerung, die er im österreichischen Parlamente dem Grafen Rechberg gegenüber gelegentlich der schleswig-holsteinischen Frage vor dem Beginne der Feindseligkeiten eingenommen, wo er in fast prophetischer Weise die Dinge, wie sie sich später entwickelt haben, vorausgesagt hatte. Von dem, um mit Beust zu reden, »kleinen Mann mit dem grossen Kopfe«, der, nebenbei erwähnt, einen Theil seiner Popularität auch den Witzblättern verdankte, deren Caricaturenzeichner sich mit ihm unter allen Abgeordneten am meisten beschäftigten, erwartete man allgemein, dass er die Gelegenheit zu einer politischen Excursion benützen, sich darüber äussern werde, wie er sich in Zukunft die Stellung Oesterreichs zum Norddeutschen Bunde denke. Aber auch dieser Abgeordnete ging mit richtigem Takte der Frage vorsichtig aus dem Wege, wenn er auch an die deutschen Stammesbrüder die Aufforderung richtete, sie mögen eingedenk sein, »dass in Oesterreich Deutsche wohnen, die mehr denn je der Unterstützung der Deutschen bedürfen, und auf diese ihre ganzen Hoffnungen setzen«; — weiter ging auch dieser Redner nicht, die Bildung eines süddeutschen Bundes erwähnte er mit keinem Worte. Eine gleich vorsichtige Zurückhaltung beobachteten fast alle Sprecher aus Oesterreich, die sowohl an dem ersten Festtage wie später zu Worte kamen. Es verliefen demgemäss dieselben ganz ruhig. Von den einheimischen Festtheilnehmern hatte Keiner die Harmonie durch einen Misston gestört. Die Toaste der fremden Gäste waren mitunter minder vorsichtig gehalten, aber sie waren durchaus nicht darnach angethan, irgendwie ernstlich zu verstimmen.

Wie, mochte man aber fragen, hätten sich die Dinge gestaltet, wenn Beust seinen »Urlaub« nicht angetreten, in Wien geblieben wäre? Hätte da seine Anwesenheit, die Anwesenheit des Ministers des Aeussern, nicht provocirend gewirkt? Hätte man sie nicht benützt, ihn zu apostrophiren, ihn herauszufordern, Farbe zu bekennen und sich darüber zu äussern, wie er sich zu der Frage, die eigentlich doch auf allen Lippen schwebte, zur Frage der Bildung eines süddeutschen Bundes unter Führung Oesterreichs verhalte? Und war es somit von ihm nicht diplomatisch klug, dieser »Gefahr« durch

Fernbleiben von dem Feste auszuweichen? Gewiss! Diese Fragen hätten zu Gunsten Beust's beantwortet werden müssen, wenn — wenn er nicht plötzlich seinen Plan wider Erwarten und ohne dass Jemand vorher eine Ahnung davon gehabt, geändert hätte, und eines Tages, kurz vor Beendigung der Festlichkeiten, wieder nach Wien zurückgekehrt, auf dem Festplatze erschienen wäre und nicht hier die Gelegenheit ergriffen hätte, um daselbst eine Rede zu halten, die ihrem wesentlichen Inhalte nach ganz andere Anschauungen zum Ausdrucke brachte, als jene waren, die Beust, wie wir gehört, kurz vor seiner Abreise nach Gastein seinem ministeriellen Collegen Dr. Giskra gegenüber entwickelt hatte. Beust sagte unter Anderm wörtlich:

»Schlagworte und Programme, so sehr sie den Richtungen des öffentlichen Geistes entsprechen mögen, sie können allein zur Förderung des Gemeinwohls nicht helfen, und selten frommen sie einer Verständigung über das gemeinsame Beste. Gerechtes und billiges Denken, entschlossenes und ehrliches Handeln, das ist es, was die Parteien versöhnt. . . . Oesterreichs Politik drängt sich heute nicht mehr in die Angelegenheiten Deutschlands. . . .«

Was ihn zu diesen Aeusserungen veranlasste? Die Informationen lauteten: es sei ihm vielfach nahegelegt worden, seine passive Haltung, die sehr übel gedeutet wurde, aufzugeben und sofort nach Wien zu kommen, um — »abzuwiegeln«. Nun gab es aber nicht viel »abzuwiegeln«! Er erschien vielmehr, seinem ausgesprochenen Vorsatze getreu, nachdem er sich überzeugt hatte, wie — der Hase läuft, und wie er sich nach dem Verlauf, den die Festlichkeiten genommen, zu benehmen habe; noch klarer ausgedrückt, um die von ihm nicht erwartete Situation in einem für ihn günstigen Sinne auszunützen.

Beust erschien sozusagen incognito auf dem Festplatze. Er vermied es, anfänglich sich unter die Festgäste zu begeben, hörte vielmehr von der Galerie aus die unten gehaltenen Reden an. Er war erschienen, als eben ein Schützenbruder aus München, der Staatsanwalt Dr. Wülfert, im Namen seiner Landsleute toastirte. Die Rede, kurz und sachlich, den Standpunkt Vieler aus Bayern kennzeichnend, wurde allseitig mit vielem Beifall aufgenommen. Sie war eine Antwort auf die Rede eines Württemberger Schützen, der die Noth-

wendigkeit der Bildung eines parlamentarisch-militärischen südostdeutschen Bundes betonte. Wülfert sprach dagegen. Die politischen Verhältnisse seien noch nicht geklärt; man müsse erst abwarten, wie sie sich, zumal im Norden Deutschlands, entwickeln würden, man müsse nach den bewegten Ereignissen erst wieder Ruhe gewinnen; jeder voreilige Schritt könne grosse Gefahren im Gefolge haben, gerade im Interesse Oesterreichs sei es gelegen, eine möglichst vorsichtige Haltung einzunehmen, und dergleichen Gründe mehr.

Beust, dessen unerwartetes Erscheinen viel Aufsehen machte und allgemein überraschte, und der auch, als man seine Anwesenheit bemerkt hatte, von Vielen freundlichst begrüsst wurde, war ein sehr aufmerksamer Zuhörer. Ich hatte ihn, an der Seite des Redners sitzend, genau beobachtet und konnte bemerken, dass er diesem, nachdem er seinen Toast beendet hatte, zustimmend applaudirte. Nur wenige Secunden hierauf erschien Beust im Parterre unter den Festgästen, die ihm warme Ovationen bereiteten. Er schritt direct auf Wülfert zu und drückte ihm die Hand. Nachdem er ihn nun persönlich zu der »staatsmännischen Rede«, wie auch zu seinem erfolgreichen Wirken als Staatsanwalt beglückwünscht hatte, erkundigte sich Beust, ob er ein Verwandter jenes Wülfert sei, der als Student das bekannte Rencontre mit der Tänzerin Lola Montez gehabt.*)

---

*) Das Rencontre, auf das Beust da anspielte, hat seinerzeit viel von sich reden gemacht. Es ist bekannt, dass die Tänzerin Lola Montez, die ein sehr abenteuerliches Leben geführt, sich der besonderen Gunst des Königs Ludwig I. zu erfreuen hatte. Ihr Benehmen in München, ihr emancipirtes und übermüthiges Wesen reizte die Bevölkerung und rief viel Aergerniss hervor. Ihr Einfluss auf den König war ein so mächtiger, dass dieser sogar sein Ministerium entliess, als es sich weigerte, die Zustimmung zur Nobilitirung dieser Abenteuerin zu geben, die später durch das neugebildete Ministerium doch erfolgte. Lola wurde immer übermüthiger, ihr Einfluss auf den König, den sie auch in politischen Dingen geltend zu machen wusste, immer mächtiger, und in dem Masse steigerte sich auch die gereizte Stimmung der Bevölkerung von München gegen sie. Als sie in ihrem Uebermuth einmal vor der Universität im Reitkleide erschien, den Hofraum betrat, hier mit einem Studenten durch ihr provocirendes Benehmen in Conflict gerieth und die Reitpeitsche gegen ihn schwang, stürzte ein Student auf sie zu, entriss ihr die Reitpeitsche und forderte sie hierauf unter allgemeiner Zustimmung der Commilitonen

Wülfert präsentirte sich als jener Heisssporn von anno dazumal und fügte noch lächelnd hinzu, dass er seither wohl etwas ruhiger geworden.

Nach einigen nebensächlichen Aeusserungen verabschiedete sich Beust, indem er Wülfert zum Schlusse einlud, ihn vor der Abreise von Wien zu besuchen.

Wülfert hatte in der That einige Tage hierauf eine Unterredung mit Herrn v. Beust, die nahezu eine volle Stunde währte. Ausführliches darüber wollte mir Wülfert nicht berichten. Auf mein directes Befragen erwiderte er ausweichend und bemerkte blos, dass ihm Beust eine »versteckte Rüge« wegen jenes beim Schützenfest gehaltenen Toastes ertheilt hätte, indem er ihm unter Anderem sagte, er sei wohl mit dem Inhalte der Rede ganz einverstanden gewesen, doch habe er allen Grund, anzunehmen, dass in den politischen Kreisen Bayerns eine ganz andere Anschauung herrsche; bestimmt könne er sagen, dass Männer, die berufen sind, Politik zu machen, die Bildung eines süddeutschen Bundes unter Führung Oesterreichs sehr gerne sehen würden, und deshalb werde auch der, wenn auch

---

in sehr energischer Weise auf, die Universität zu verlassen. Dieser Kühne, der sich solches gegen die Allmächtige unterfangen, war der Studiosus Wülfert. Lola musste, gedrängt von der Studentenschaft, die Universität verlassen. Als Strafe für dieses »ungebührliche und verwegene Benehmen und als Warnung, dass sich solches nimmer wiederhole«, wurde die Schliessung der Universität angeordnet. Die Bevölkerung nahm jedoch gegen diese Massregelung derart entschieden Stellung, dass die Sperreverhängung wieder aufgehoben werden musste, und dieser Vorfall zog endlich die Ausweisung der allgemein verhassten Abenteurerin nach sich. Dem Studenten Wülfert, dessen entschlossenes Wesen die Bevölkerung Münchens von der gefährlichen Courtisane befreite, wurden selbstverständlich allerlei Ovationen bereitet — er war lange Zeit der Held des Tages. Gerüchtweise verlautete damals, er habe der Lola mit ihrer Peitsche einige Hiebe versetzt, und das Gerücht wurde später allgemein geglaubt. Wie mir Wülfert unter Ehrenwort versicherte, habe er blos die Peitsche drohend erhoben, doch keinen Schlag damit gethan.

Wer Wülfert in späteren Jahren gesehen, zumal als er bereits in Amt und Würde war, hätte in ihm wohl kaum mehr jenen leicht gereizten Studenten vom Jahre 1848 erkannt. Die Jahre hatten sein Blut abgekühlt, sein ganzes Wesen war ein anderes geworden. Durch keinen Vorgang konnte er mehr aus seiner stoischen Ruhe und Fassung gebracht werden.

mit gerechtem Beifall aufgenommene Toast in massgebenden Kreisen Bayerns sehr verstimmend wirken. Wülfert soll, seiner Mittheilung nach, hierauf erwidert haben, dass er ja kein Politiker von Beruf sei, sich deshalb auch gesträubt hätte, das Wort zu ergreifen, und nur gesprochen habe, weil er von seinen Landsleuten hierzu gedrängt worden sei; er habe auch nur die Anschauungen dieser zum Ausdrucke gebracht, die freilich mit den seinen durchaus übereinstimmen. . . .

Spricht diese hingeworfene Aeusserung Beust's nicht wieder deutlich genug, dass er es gerne gesehen hätte, wenn die Demonstrationen zu Gunsten der Bildung eines süddeutschen Bundes unter Führung Oesterreichs während des Schützenfestes entschiedener und nachhaltiger zum Ausdrucke gebracht worden wären? Verräth sie nicht seine geheimsten Gedanken, wie er sie Giskra gegenüber entwickelt hatte? Und wie verhält sich diese Aeusserung zu den oben citirten Worten aus seiner Rede während des Schützenbankettes? . . .

Die Beust näher kannten, werden in den Widersprüchen, die aus diesen Mittheilungen sich ergeben, kaum etwas Auffälliges finden.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Beust'sche Umtriebe. — Böhmische Krisen.

Hoffnungen und Befürchtungen hatten sich an die Abhaltung des Schützenfestes in Wien geknüpft, — die Hoffnungen der Einen sind nicht in Erfüllung gegangen, die Befürchtungen der Anderen haben sich als grundlos erwiesen. Am unzufriedensten mit der politischen Situation war Beust. Der Anlass, seinem Collegen in der Wilhelmsstrasse in Berlin vielleicht manche bittere Stunde zu bereiten, wäre doch ein so schöner gewesen, wenn nicht die politische Vernunft über den Chauvinismus den Sieg davongetragen hätte. Hätte sich Beust nur auf die »vox populi« der Majorität der Bundesschützen berufen können, dass nämlich ein mächtiger Drang unter den süddeutschen Staaten bestehe, sich zu einem engen Bund aneinanderzuschliessen, und dadurch ein Gegengewicht gegen den norddeutschen Bund zu bilden, wäre in dieser Richtung mehr geschehen als thatsächlich geschehen ist, mehr und energischer gesprochen worden als dies wirklich der Fall war, für eine im Wege verschiedener Agitations-Mittelchen herzustellende breitere Basis und für eine auf dem Boden derselben zu entfaltende Action hätte Beust schon weiter Sorge getragen. Seinen Missmuth darüber, dass der Verlauf der Dinge ein anderer war als er gehofft, suchte er durch die — Presse zum Ausdruck zu bringen, selbstverständlich durch die ihm zu Gebote stehende officiöse Presse, jene nämlich, deren Hauptquartier auf dem Ballplatz war, wobei wieder, wie schon oft, der Welt das eigenthümliche Schauspiel geboten wurde, dass die Officiösen untereinander in einen fast komischen Widerstreit geriethen, indem Jene, die ihre Informationen aus der Vorrathskammer des Herrn von Beust holten,

gerade das Gegentheil von dem zu verlautbaren hatten, was die Officiösen der cisleithanischen Regierung als die »Anschauungen der Regierungskreise über den friedlichen Verlauf des Schützenfestes« zu vertreten hatten!

Da es fast unmöglich schien, sich auf Thatsachen zu berufen und durch Fälschung derselben die öffentliche Meinung irre zu führen, versuchte es Beust, durch andere Mittel Stimmung zu Gunsten seiner Actionsneigung zu machen. Was die Majorität der Vertreter aus Süddeutschland während der Schützenfeierlichkeiten nicht ausgesprochen, sei es auch nur in taktvoller Zurückhaltung nicht ausgesprochen, das versuchte er als die Neigung und den Willen der Staaten, respective ihrer berufenen Leiter hinzustellen, in der Erwartung, es werde sich daraus ein Federkampf entspinnen, und es werde dies eine Bewegung zu Gunsten Oesterreichs, das heisst zu Gunsten dessen, was Beust's Herzensneigung war, entfesseln. Kurz gesagt, er versuchte zu provociren, zu reizen, den Löwen in Berlin aus seiner Reserve hervorzulocken, in der Hoffnung, im Kampf mit ihm durch mächtige Unterstützung das zu erreichen, was er durch das Schützenfest nicht vermocht hatte. Dabei ging er sogar so weit, seine ministeriellen Collegen der diesseitigen Reichshälfte mit in den Kampf hineinzuziehen, obschon er ihre Anschauungen aus Mittheilungen Giskra's genau genug kannte und wusste, dass sie im diametralen Gegensatz zu den seinigen standen. In einer ganzen Serie von Zeitungsartikeln, die in verschiedenen ausländischen Journalen erschienen, sehen wir plötzlich den Gedanken ausgesprochen: »dass man trotz Bismarck und der National-Liberalen Oesterreich denn doch ‚Fühlung' mit den süddeutschen Staaten behalten müsse«; es wurde gesagt, dass das regenerirte Oesterreich unter Führung von erprobt freisinnigen parlamentarischen Ministern ruhig den Tag abwarten könne, an welchem man es rufen werde, eine Gleichberechtigung mit Preussen herzustellen, und an welchem Süddeutschland mit voller Zustimmung seiner Fürsten und Völker Oesterreich im Wesentlichen die Prärogative übertragen werde, welche Preussen in der nördlichen Hälfte des deutschen Gesammtvaterlandes übe.

Diese directe Berufung auf die cisleithanischen Minister rief, was ja begreiflich ist, eine arge Verstimmung unter diesen hervor. Sie fand in verschiedenen Zeitungsartikeln, deren Ursprung unverkennbar auf die Pressleitung der cisleithanischen Regierung zurückführte, vollen Ausdruck, und man erlebte da eben das seltsame Schauspiel, das sich während der Regierungsperiode des Herrn von Beust so oft schon wiederholt hatte, dass die Officiösen vom Ballplatz durch Jene, die ihre Informationen von gleichberechtigten Factoren erhielten, vollständig desavouirt wurden! Indess, diese Dementis hätte sich Beust schon ruhig gefallen lassen, eine Polemik hervorzurufen lag ja gewiss sogar in seiner Absicht, da sie ihm zu weiteren »Erwägungen« den gewünschten Anlass gab; es blieb jedoch nicht bei dem Federkampf. Die Missstimmung der Mitglieder der cisleithanischen Regierung gegen Beust und seine Versuche, eine äussere Verwicklung zu schaffen, fand einen viel entschiedeneren Ausdruck, auf welchen Beust offenbar nicht gefasst war, und der ihm eine ganz unangenehme Ueberraschung bereitet haben mag. Sie wurde ihm durch eine Bemerkung seines besten Freundes, des Dr. Giskra, bereitet, eine Bemerkung, über deren Charakter und Bedeutung er keinen Augenblick im Zweifel sein konnte. Sie lautete dahin, »dass, wenn die geheimen Agitationen gegen Preussen, die zu einer gefahrvollen Verwicklung führen können, nicht aufhören, ein Theil der Regierung sich veranlasst sehen würde, seine Entlassung zu nehmen«. Beust sah sich dadurch plötzlich in die Enge getrieben. Die Schmeichelei, dass »erprobte, liberale, parlamentarische Männer die Staatsgeschäfte in Oesterreich besorgen, Oesterreich regeneriren und auf liberalen, verfassungsmässigen Grundlagen aufbauen, weshalb sie wohl den Anspruch erheben können, dass ihnen die deutschen Bruderstämme ihre Sympathien entgegenbringen«, verfing nicht. Seitens jener Männer musste er im Gegentheil alle Vorwürfe wegen seines bedenklichen Verhaltens über sich ergehen lassen. Die ungarische Regierung und die unabhängige Presse in Pest begegneten ihm schon längst mit allem Misstrauen und überdies spitzten sich die Verhältnisse im Innern des Reiches in bedrohlicher und zu ernsten Erwägungen Anlass gebender Weise derart

zu, dass Beust sich schliesslich genöthigt sah, mehr dem Drange der Verhältnisse als dem eigenen Triebe folgend, zum Rückzuge blasen zu lassen, wobei ihm der Vorwurf nicht erspart blieb, dass »sein Glücksstern bereits zu erblassen scheine, dass seine unglückliche Hand Alles zu verderben drohe«; es geschah dies unter Hinweis auf die Prager Verhältnisse, auf die dort durch seine unberufene Einmengung geschaffene Situation, für die er in erster Linie verantwortlich gemacht wurde.

In Prag war thatsächlich die nationale Opposition gegen die Verfassung und gegen das liberale Ministerium eine so hochgradige geworden, dass an eine Versöhnung und einen Ausgleich mit den Czechen nicht mehr zu denken war, dass im Gegentheil die Regierung zu ernsten Entschlüssen sich gedrängt sah.

Am 22. August fand die Eröffnung des böhmischen Landtages statt. Die Czechen glänzten durch ihre Abwesenheit. Durch drei ihrer Gesinnungsgenossen legten sie in die Hand des Landmarschalls eine »Declaration« nieder, ein umfangreiches Actenstück, in welchem sie in zehn Punkten ihre »Wünsche« und ihre Verwahrung gegen die Hauptbestimmungen der Verfassung darlegten. Die czechischen Abgeordneten, die zugleich Beamte waren, legten, um nicht mit ihrer Amtspflicht in Conflict zu kommen, ihre Mandate nieder. Rieger und Andere meldeten ihren Austritt aus dem Landesausschusse an. Sie inaugurirten die Aera des passiven Widerstandes. Die Aufforderung des Oberstlandmarschalls an die Unterzeichner der Declaration zum Erscheinen unter Androhung des Mandatsverlustes blieb ohne Erfolg. Die Agitation in der Bevölkerung, genährt durch die heftigsten Ausfälle der nationalen Presse gegen die Regierung, war eine solche geworden, dass zu Vorsichtsmassregeln geschritten werden musste. An einem und demselben Tage wurden alle czechischen Journale confiscirt, und der Stadtrath von Prag war mit der Auflösung bedroht worden, wenn er — wie dies geplant war — durch eine Enunciation seine Zustimmung zur Declaration zu geben beschliessen sollte. Als dies bekannt geworden, wuchs die Aufregung im nationalen Theil der Bevölkerung noch mehr an, und der Widerstand wurde ein um so kräftigerer, als er auch durch den Statthalter Freiherrn von Kellersperg

ganz offen unterstützt wurde, der seine persönliche Gegnerschaft gegen den Justizminister Dr. Herbst sogar in einer (absichtlich nicht geheim gehaltenen) Beschwerdeschrift an die Regierung zum Ausdruck brachte.

Dass es so weit kommen konnte, dass ein hoher Functionär der Regierung es wagen konnte, den vorgesetzten Minister anzuklagen und Genugthuung zu verlangen, weil dieser im Prager Landtag nach seiner Ueberzeugung, unbekümmert um den Statthalter, der anderer Ansicht war, gestimmt hatte, war wohl nur Schuld der Regierung selbst, die einen Beamten auf seinem Posten beliess, von dem es ihr doch hinlänglich bekannt war, dass er einer der grössten Gegner des liberalen Ministeriums überhaupt, wie insbesonders ein persönlicher Gegner des Justizministers Herbst war. In der Schwäche der Regierung lag die Stärke der Opposition, nicht blos in Prag, auch in den anderen Ländern, die eine Sonderstellung anstrebten. Was später geschehen musste, wozu sich in der Folge die Regierung gedrängt sah, das hätte gleich bei der Uebernahme der Geschäfte geschehen sollen: das liberale Ministerium hätte sofort mit energischer Hand die Zügel der Regierung ergreifen, hätte jene Landeschefs, von denen es notorisch war, dass sie den nationalen Bestrebungen nicht ferne stehen, sie im Gegentheil im Geheimen unterstützen, ohne Rücksicht beseitigen und die wichtigen Verwaltungsstellen durch verlässliche Persönlichkeiten ersetzen müssen, durch Männer aus dem eigenen politischen Lager; es hätte dies, zum Mindesten für die erste Zeit seiner Regierungsperiode, seine Position gekräftigt. Manches wäre vielleicht doch verhütet worden, Manches hätte sich anders gestaltet; jedenfalls wären der Regierung viele Widerwärtigkeiten, die ihr nun durch die widerstrebenden Elemente, durch die eigenen Organe bereitet wurden, erspart geblieben. Die liberale Regierung glaubte jedoch alten Beamten gegenüber gewisse Rücksichten üben zu sollen, und diese Rücksichtnahme aus rein persönlichen Gründen wurde als Schwäche gedeutet — was sie ja auch in der That war — und gegen die Regierung ausgenützt, die sich schliesslich dann doch zu energischen Schritten gedrängt sah.

Die in Aussicht gestellte Reise der beiden Majestäten nach Galizien, zu welcher bereits alle Vorbereitungen getroffen worden waren, musste in Folge des oppositionellen Verhaltens des galizischen Landtages unterbleiben, Graf Goluchowski von seinem Posten als Statthalter von Galizien entlassen werden (28. September 1868). In Folge der Unruhen in Prag, die einen bedrohlichen Charakter annahmen, musste über Böhmen (7. October) der Ausnahmszustand verhängt werden. Das gleiche Schicksal wie den Grafen Goluchowski traf auch (10. October) den Statthalter von Böhmen, Freiherrn von Kellersperg, der durch den Landescommandirenden in Prag, FML. Baron Koller, ersetzt wurde.

Die Civilverwaltung lag nun in der Hand eines Generals.

Der Kaiser selbst war es, der in einer Ministerrathssitzung den Baron Koller als die geeignetste Persönlichkeit für diesen Posten in Vorschlag brachte, mit dem ausdrücklichen Beifügen, dass dieser energische General, dessen verfassungstreue Gesinnung ausser allem Zweifel stehe und der auch sein persönliches Vertrauen geniesse, die Ruhe und Ordnung in Prag herzustellen wissen werde.

Giskra rieth mir, nach Prag zu gehen. Man müsse die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen lernen, meinte er,' um die Ueberzeugung zu gewinnen, dass die Regierung den Ausnahmszustand decretiren musste. Gelegentlich dieser Unterredung mit Giskra, die im Salon der Frau Adele stattfand, gelangte ich auch zur Kenntniss einiger interessanter Details über Vorgänge, die sich hinter den politischen Coulissen gelegentlich der Verhandlungen abspielten, die mit dem Fürsten Carlos Auersperg wegen seines Verbleibens in der Regierung, respective wegen Zurückziehung seines Demissionsgesuches gepflogen worden waren. Die ersten Zuschriften seiner ministeriellen Collegen in dieser Angelegenheit blieben unbeantwortet. Die persönliche Intervention des Herrn von Hofmann hatte, wie schon erwähnt, keinen Erfolg. Schliesslich intervenirte auch Herr von Beust, wahrscheinlich im Auftrage des Kaisers, da es nicht gut anzunehmen ist, dass dieser Minister, der doch der eigentliche Schuldtragende an dem peinlichen Zwischenfall war und den Entschluss Auersperg's, aus

dem Ministerium auszuscheiden, hervorgerufen hatte, aus eigener Initiative sich abermals und in einer so wichtigen Angelegenheit an den von ihm beleidigten Fürsten gewendet haben sollte. Alle Versuche scheiterten an dem festen Willen Auersperg's. Nur zu einem Vermittlungs-Vorschlag liess er sich herbei. Wenn schon die Regierung — so soll er sich nach den Mittheilungen Beust's geäussert haben — à tout prix einen Auersperg an der Spitze haben müsse, so möge man seinen Bruder, den Fürsten Adolf nehmen.

Thatsächlich hätten, wie mir mitgetheilt wurde, Unterhandlungen mit dem Fürsten Adolf stattgefunden, der jedoch an die Uebernahme des Ministerpräsidenten-Postens Bedingungen geknüpft haben soll, die nicht zu erfüllen waren. Eine dieser Bedingungen war das Ausscheiden zweier Minister aus dem Cabinete, deren einer Dr. Herbst war. Als nun die Frage vor den Ministerrath kam, der unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden, sei, wie Giskra weiters mittheilte, die Entrüstung eine allgemeine gewesen, und als man die Ueberzeugung gewonnen, dass auch der Monarch wenig Geneigtheit zeigte, auf die Bedingung des Fürsten Adolf einzugehen, habe Dr. Berger den Antrag gestellt, die Angelegenheit gänzlich fallen zu lassen; eine Besetzung des Ministerpräsidenten-Postens sei insolange nicht nöthig, als Graf Taaffe als Stellvertreter die Geschäfte weiter fortführe, dem alle Collegen uneingeschränktes Vertrauen entgegenbringen. Der Kaiser habe nun sofort in gleichem Sinne entschieden.

* * *

Mit einem Einführungsschreiben Giskra's an den Landescommandirenden von Böhmen, den nunmehrigen Nachfolger Kellerspergs, Freiherrn von Koller, ging ich nach Prag. Mein erster Besuch galt dem bekannten Führer der Deutschen in Böhmen, dem mir stets freundschaftlich gesinnten Dr. Schmeykal.

Die Bekanntschaft mit Dr. Schmeykal verdanke ich der gütigen Vermittlung des Herrn Gröbe aus Prag, des stillen Geschäftstheilnehmers des grössten Eisenbauunternehmers Böhmens, des Herrn Ritter von Lanna. Mit Herrn Gröbe war ich seit vielen Jahren

befreundet. Er war mit einer der getreuesten Stammgäste an dem sogenannten »Lammtisch« (im Hôtel Lamm), an welchem sich jahraus. jahrein allabendlich nach den Theatervorstellungen eine zahlreiche Gesellschaft von Künstlern, Schriftstellern, Journalisten und Banquiers einfand. Man lauschte da gerne auf die Berichte Gröbe's, der über die socialen, künstlerischen und politischen Verhältnisse Prags oft viel Interessantes zu erzählen wusste, und es auch verstand, seine Berichte durch pikante Details zu würzen. Gröbe war ein Mann von imposanter Gestalt. Der mächtige Kopf mit dem hellen Blick und dem von einem langen Bart umrahmten Gesichte gab ihm ein energisches Aussehen. Wenn er von den politischen Verhältnissen Prags sprach, wurde er immer sehr leidenschaftlich, denn er war, obschon ein Sachse von Geburt, doch im Laufe der Jahre ein patriotischer Oesterreicher geworden. Diesem, seinem zweiten Vaterlande, verdankte er eben Alles: Reichthum, Stellung und Einfluss, insbesondere war letzterer gross. Als Vertreter der ersten und reichsten Firma Prags genoss er das Vertrauen nicht nur seiner engeren Geschäftsgenossen, seine Intelligenz verschaffte ihm auch Freunde unter der gesammten Kaufmannschaft Prags, insoweit natürlich als deren Mitglieder zur deutschen liberalen Partei zählten. Gröbe war förmlich überhäuft mit Ehrenstellen; er begnügte sich jedoch nicht damit, diese einfach als den Ausdruck des Vertrauens seiner Mitbürger ruhig anzunehmen, er war auch stets bestrebt, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Die deutsche Partei in Böhmen hatte eine mächtige Stütze an ihm, daher auch sein intimes Verhältniss zu dem Führer der Deutschen in Böhmen, zu dem einflussreichen Advocaten Dr. Schmeykal.

Meinem ausgesprochenen Wunsche, Dr. Schmeykal persönlich kennen zu lernen, kam er bereitwilligst nach. Als ich einmal in Prag war, gab er, wie es in dem an mich gerichteten Einladungsschreiben scherzhaft hiess, »zu Ehren seines Geburtstages«, ein Diner bei Petzold. Nur wenige seiner Freunde waren anwesend, darunter auch Dr. Schmeykal. Nach einigen Minuten schon war die Unterhaltung im vollsten Gange. Dr. Schmeykal benahm sich mir gegenüber bereits so, als wenn wir alte Bekannte wären. Das war

eben seine Art; durch sein liebenswürdiges Benehmen zog er Alle an sich, selbst seine politischen Gegner, bei denen er bis an sein Lebensende in vollster Achtung stand. Von grenzenloser Bescheidenheit, verstand er es immer einen freundlichen, liebenswürdigen, herzlichen Ton anzuschlagen, so dass man sich in seiner Nähe stets wohl fühlte und ganz darauf vergessen konnte, dass man sich einem Manne gegenüber befand, der damals schon zu den einflussreichsten und auch bedeutendsten Politikern Böhmens gehörte.

Dr. Schmeykal war in Allem und Jedem das markanteste Gegenstück zu seinem Freunde Gröbe: weich und mild im Ton, ruhig und leidenschaftslos im Vortrag, niemals aggressiv, vielmehr stets nachsichtig in seinem Urtheil, auch wenn es sich um seine politischen Gegner handelte. Seinem äusseren Erscheinen nach war er keine so imposante Gestalt wie Gröbe, aber doch imponirend durch seinen geistvollen Blick und durch seinen männlich kräftigen Gesichtsausdruck. Er hatte bekanntermassen einen ausgezeichneten Ruf als Debatter; so gewandt und fliessend, so schön in der Form seine Reden waren, es kamen dieselben Vorzüge auch in der gewöhnlichen Conversation zum Vorschein.

Das im Verlauf sich immer amüsanter gestaltende Diner dauerte fast drei Stunden. Nach demselben nahm mir Schmeykal das Wort ab, ihn immer aufzusuchen, so oft ich nach Prag komme, wogegen er mir das Versprechen gab, das Gleiche zu thun, so oft er nach Wien kommen werde. Wir haben fast bis in die letzte Zeit hinein beide Wort gehalten; freilich wurde das freundschaftliche Verhältniss ein noch intimeres durch ein geschäftliches Zusammenwirken, — wir befanden uns Beide mehr als ein Jahrzehnt in derselben Eisenbahnverwaltung. Dr. Schmeykal war der Präsident derselben, und als solcher war er mir auch ein liebenswürdiger College, der mich bei jedem Anlasse durch seine Freundschaft auszuzeichnen bemüht war.

Als ich damals gegen Ende October nach Prag kam, fand ich Dr. Schmeykal über die Ereignisse in Prag sehr verstimmt. Seiner Meinung nach hätten es die czechischen Führer darauf angelegt gehabt, die liberale Regierung zu ernsten Massnahmen zu zwingen. Das liberale

Regime sollte dadurch compromittirt werden. Die Nothwendigkeit der Inaugurirung des Ausnahmszustandes sah auch Dr. Schmeykal ein. Die Verhältnisse in Prag seien bereits unleidlich geworden, die Aufregung unter der aufgereizten czechischen Bevölkerung habe schon einen bedrohlichen Charakter angenommen, Unruhen seien zu befürchten gewesen, die Regierung habe, da nun die Dinge einmal so weit gediehen waren, nichts Anderes thun können, als die Leitung der Geschäfte in Böhmen in eine energische Hand zu legen. Bedauerlich aber sei es jedenfalls, dass die Regierung schon nach einigen Monaten ihrer Amtswirksamkeit zu Ausnahmsbestimmungen greifen musste, die vielleicht nicht nothwendig gewesen wären, wenn nicht arge Fehler gemacht worden wären; für diese machte Schmeykal nicht die berufenen Männer im Schosse der Regierung, sondern die unberufene Einmengung Beust's in erster Linie verantwortlich. Das Verhalten des Fürsten Carlos Auersperg habe ihn aufs Peinlichste berührt. In der Sache selbst konnte zwar auch Schmeykal dem Fürsten nicht Unrecht geben. Keine Regierung könne sich das ruhig gefallen lassen, was Beust in seiner Actionssucht gethan habe; indess ein energisches Veto und eine Vorstellung beim Kaiser, der ja bekanntermassen streng constitutionell gesinnt sei, hätten wohl genügt, um Beust den Standpunkt klar zu machen und die Regierung vor weiteren Eingriffen dieses Mannes zu schützen. Durch das Verhalten des Fürsten Auersperg sei leider eine unklare Situation geschaffen worden und sei ein Ring aus der eisernen Kette gerissen, der schwer durch einen gleichwerthigen zu ersetzen sein werde. Der Fürst habe den grössten Einfluss auf den deutsch-böhmischen Adel, der den bürgerlichen Elementen in der Regierung kaum die Heeresfolge leisten werde, wie dies während des Verbleibens Auersperg's im Amte der Fall war. Dies habe auch die Opposition richtig erfasst und daraus ihre Consequenzen gezogen. Das Benehmen Kellersperg's tadelte der sonst in seinen Aeusserungen sehr vorsichtige und in seinem Urtheile stets eher zur Milde als zur Strenge geneigte Politiker in entschiedenster Weise. Seiner Ansicht nach, wenigstens betonte er dies damals mir gegenüber, sei Kellersperg als kein entschiedener Gegner der Verfassung zu betrachten, wohl aber sei er ein Gegner einiger Mitglieder des Cabinets, in

ausgesprochendster Weise ein persönlicher Gegner Herbst's, den er geradezu hasste, ohne dass man eigentlich wisse weshalb. Den Ausspruch: »Unter einem Ministerium, in welchem ein Herbst sitze, könne ein Kellersperg nicht dienen«, habe dieser nicht, wie er behauptet, nur in privaten Kreisen gethan, er habe ihn vielmehr in einer Form gebraucht, die den Ernst und den damit beabsichtigten Zweck ausser allen Zweifel stellte. Sobald die Regierung zur Kenntniss dessen gekommen, hätte sie sofort die Consequenzen daraus ziehen müssen. Auf meine Frage, wie sich wohl nach seiner Ansicht die Zukunft in Böhmen gestalten werde, erwiderte Schmeykal, dass sehr viel von dem Verhalten des neuen Leiters der Statthalterei abhänge, dem eine ebenso schwierige als verantwortungsvolle Aufgabe zugewiesen sei. Als ich ihm sagte, dass ich mit einem Empfehlungsschreiben Giskra's an Herrn von Koller versehen sei, gab mir Schmeykal den Rath, erst schriftlich um eine Audienz anzusuchen. »Sie ersparen sich dadurch,« fügte er hinzu, »das lange Warten und Sie werden dann sehen, was er Ihnen antworten wird.«

Vom Statthalter gab mir Schmeykal folgende Charakteristik: Baron Koller habe zweierlei für sich: er geniesse bekanntermassen das uneingeschränkte Vertrauen des Kaisers und er sei streng verfassungstreu. Die Mission, die er übernommen, werde er mit soldatischer Gewissenhaftigkeit zu erfüllen bemüht sein. Als Soldat an Disciplin gewohnt, sehe er seine Aufgabe als einen Befehl des obersten Kriegsherrn an, und darnach werde er handeln. Dieser Umstand, sowie sein energisches Wesen bürge dafür, dass er Ausschreitungen nicht dulden, und dass er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen dieselben anzukämpfen wissen werde. Sein Rechtlichkeitssinn lasse hoffen, dass er in der Durchführung seiner Mission das gesetzliche Mass nicht überschreiten und keine Gelegenheit zu berechtigten Recriminationen geben werde. Natürlich hänge da sehr viel vom richtigen Takt ab, und komme auch viel darauf an, wie weit unter dem neuen Regime die aufrührerischen Elemente sich vorwagen würden.

Während des Gespräches tönte von der Strasse herauf Musik. Eine Truppe Soldaten zog vor dem Hause vorbei mit klingendem

Spiel. Ich hätte das weiter nicht beachtet, wenn nicht Dr. Schmeykal scherzend bemerkt hätte: »Nicht wahr, ein lustiger Ausnahmszustand?« Ich verstand nicht recht, was damit gemeint war. Schmeykal bemerkte aufklärend weiter: »Der Commandant von Böhmen kommt dem Statthalter von Böhmen zu Hilfe (Freiherr v. Koller war bekanntlich beides zugleich). Er beabsichtigt wahrscheinlich, indem er in kurzen Intervallen Militär durch die Strassen ziehen lässt, die Prager Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass die Stadt mit Truppen reichlich besetzt ist, die nöthigenfalls zur Herstellung der Ruhe und Ordnung herangezogen werden könnten.« Diese militärischen Aufzüge hatten, nach der Ansicht des Dr. Schmeykal, keinen anderen Zweck, als Jenen, welche die Lust zu Aufständen in sich verspürten, wie es in der bekannten Operette heisst, zuzurufen: »Habt Acht, es kommt das Militär und stellet die Sicherheit her.« Anders könne man die in der jüngsten Zeit täglich sich wiederholenden Aufzüge sich gar nicht erklären. Die Soldaten sehen nämlich stets ganz propre aus, woraus zu schliessen ist, dass sie nicht vom Exercierplatz kommen, und die Wacheablösungen fänden doch nur einmal des Tages um die Mittagsstunde statt. Dr. Schmeykal fügte noch bei: »Vielleicht erhalten Sie beim Commandirenden darüber die nöthigen Aufschlüsse, wenn es Sie interessiren sollte, etwas Näheres zu erfahren.«

Noch an demselben Tage hatte ich die Ehre, vom FML. Koller empfangen zu werden, da mein Ersuchen um eine Audienz unter Hinweis auf mein Empfehlungsschreiben sofort bewilligt wurde.

Der Empfang fand im Gebäude der Statthalterei statt.

Freiherr von Koller hatte ein imponirendes Aeussere. Seine grosse, imposante Gestalt wurde durch eine stramme militärische Haltung noch gehoben. Sein Blick war ernst, würdevoll, hatte aber doch nichts Einschüchterndes. Meinen Empfehlungsbrief las er mit sichtbarer Aufmerksamkeit. Als er ihn mir abgenommen, lud er mich sofort ein, auf dem Sopha Platz zu nehmen. Er selbst blieb stehen, und als ich mich, nachdem er den Brief gelesen, erheben wollte, liess er das nicht zu und bemerkte freundlich, dass es seiner Gesundheit nicht zuträglich sei, viel zu sitzen. Behaglich war die

Situation gerade nicht, vor einem Manne zu sitzen, zu dem ich selbst stehend noch emporblicken musste. Er leitete die Unterredung damit ein, dass er die Hoffnung und den Wunsch hege, ich möchte über Prag und über die Zustände daselbst so wenig als möglich berichten. Der Standpunkt der Behörde sei, wie er bemerkte, ein ganz anderer, als der der Herren Journalisten. Diese seien glücklich, wenn sie viel sehen und über Vieles schreiben können, die Behörde dagegen könne nur wünschen, dass Alles ruhig verlaufe und nichts besonders Neues und Interessantes sich ereigne; wenn die Zeitungen viel zu schreiben haben, hätten die Behörden gewöhnlich viel zu thun, und daran sei immer etwas Missliches. Er sei übrigens auch noch zu jung im Amte, um mir etwas besonders Interessantes für mein Journal geben zu können; er müsse sich selbst erst die Dinge ansehen und ruhig zuwarten, wie sich die Verhältnisse gestalten werden. Nur würde er wünschen, dass die Bevölkerung von Prag ihm mit dem gleichen Vertrauen entgegenkomme, wie er ihr, und dass er blos als Civilbeamter, nicht aber auch gleichzeitig als Commandirender eine Thätigkeit zu entfalten haben werde. An Warnungen lasse er es nicht fehlen. Vor wenigen Stunden erst habe er eine sehr ernste Unterredung mit einem der am meisten genannten Führer der Czechen (wie ich später erfuhr mit Rieger) gehabt, der bei ihm anfragte, ob ein Gesuch wegen Abhaltung eines Meetings auf dem »weissen Berge« trotz des Ausnahmszustandes Aussicht auf Erfolg hätte; er hätte ohneweiters seine Zustimmung dazu gegeben, wenn ihm jener Führer die verlangten Garantien geben und die Verantwortung für etwaige Ausschreitungen übernehmen könne. Dies sei jedoch mit dem Bedeuten zurückgewiesen worden, dass man für einige Hundert Menschen die Verantwortung nicht gut übernehmen könne. »Was würde man von einem Obersten halten,« bemerkte hiebei der Statthalter, »der sich auf seine Mannschaft nicht verlassen könnte. Der Führer muss Herr über seine Leute sein, und leisten die ihm nicht unbedingt Folge, so ist er eben kein Führer.« Herr von Koller sprach sein Bedauern darüber aus, dass die Unterredung mit jenem Führer von den czechischen Journalen todtgeschwiegen worden sei. Discretion sei seinerseits nicht verlangt

worden, und wäre über Alles, was gesprochen wurde, wahrheitsgetreu berichtet worden, so hätte die czechische Bevölkerung daraus die Ueberzeugung gewinnen können, dass er in gegebenen Fällen, wenn ihm dies nur irgendwie möglich gemacht werde, gerne bereit sei, sein Entgegenkommen zu zeigen; in der nicht stattgehabten Verlautbarung der Unterredung sah der Statthalter eine Tendenz, die er sehr beklagte.

Die Offenheit, mit der Herr von Koller all dies aussprach, überraschte mich umsomehr, als ich in Wien ganz besonders darauf aufmerksam gemacht worden war, dass ich den Statthalter sehr »zugeknöpft« finden werde, und dass ich mir bewusst sein müsse, mit einem Soldaten zu sprechen, der überhaupt als ein sehr vorsichtiger Mann bekannt sei und im Gespräche mit einem Journalisten gewiss noch zurückhaltender als sonst sein werde. Er war es nicht einmal in Bezug auf die Massregeln, die er zu treffen entschlossen war für den Fall, als sein »Entgegenkommen« den gewünschten Erfolg nicht haben sollte. »Zwingt man mich, energisch aufzutreten,« sagte er unter Anderm mit aller Offenheit, »so wird man sich gar bald überzeugen, dass ich mit mir nicht spielen lasse. Ich bin als Soldat gewohnt, meinem kaiserlichen Herrn zu gehorchen; mit dem allerhöchsten Vertrauen Sr. Majestät des Kaisers ausgezeichnet, werde ich dieses mich in hohem Masse ehrende Vertrauen auch voll und ganz zu rechtfertigen wissen, und ich werde einer kaiserlichen Regierung in vollem Bewusstsein der Pflicht, die ich zu erfüllen, und der Verantwortung, die ich übernommen habe, zu dienen wissen, ganz unerschrocken wie ein Soldat, der vor seinem Feinde steht.«

Diese letzten Worte wurden mit einer besonders scharfen Betonung gesprochen, die mir umsomehr auffallen musste, als alles das mir vorher vom Statthalter Gesagte den Eindruck einer ganz ruhigen, leidenschaftslosen und sachlichen Auseinandersetzung machte. Freiherr von Koller sprach sonst sehr leise, langsam und wenn auch, wie erwähnt, mit seltener Offenheit, doch bedächtig und dies nur, wie es schien, aus dem Grunde, weil er nicht immer der Herr des Ausdruckes war, weil ihm zuweilen das richtige Wort fehlte und

weil er als Soldat wohl selten in die Lage gekommen sein mochte, in doch so wichtigen und ernsten Angelegenheiten sich einem Journalisten gegenüber zu äussern.

Beim Abschied sagte mir noch Herr von Koller, er hoffe, wenn ich in einigen Monaten wieder nach Prag kommen sollte, seine Mission erfüllt zu haben, und dass ich dann in den Räumen der Statthalterei einen verlässlichen Vertreter des liberalen Ministeriums aus dem Civilstande vorfinden werde, der im Sinne desselben ohne grössere Schwierigkeiten seine Amtspflicht werde ausüben können.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Noch am selben Tage erfreute mich Dr. Schmeykal durch seinen Gegenbesuch. Er erkundigte sich sofort über den Eindruck, den ich aus der Unterredung mit dem Statthalter von der Sachlage gewonnen habe. Ich sprach vor Allem mein Erstaunen darüber aus, dass ich in Wien über die Persönlichkeit des Herrn v. Koller schlecht unterrichtet worden sei. Dr. Giskra habe, als er mir das Einführungsschreiben überreichte, es für nöthig gefunden, mich ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, dass Herr von Koller »ein sehr zugeknöpfter und kurz angebundener Herr« sei, dass er mich wohl freundlich empfangen, aber sich kaum sehr entgegenkommend zeigen werde, was mir nicht auffällig erscheinen dürfe, da Herr v. Koller als Soldat sich immer mehr Beschränkung auferlege als ein Beamter aus dem Civilstande. Auch sei sein Ton etwas barsch, soldatisch streng. Nun hätte ich in Allem und Jedem mich gerade vom Gegentheil überzeugt. Der Statthalter habe sich mit nicht genug anzuerkennendem Freimuth über alle Verhältnisse ausgesprochen, habe keinerlei Zurückhaltung beobachtet, habe sich im Gegentheil sehr mittheilsam gezeigt und nur die Uniform allein habe ihn als den Soldaten gekennzeichnet; sein ganzes Wesen, die Art, wie er sich gegeben, sei eher ermuthigend als zur Einschüchterung geeignet gewesen, kaum dass ein lauter Ton über seine Lippen kam; nur als er davon sprach, dass er, von der Opposition gereizt, auch seinen Mann zu stellen wissen werde, sei er etwas lebhafter geworden. Und ich fügte dieser meiner Schilderung noch bei, dass Dr. Giskra wohl kaum von einem persönlichen Umgang her den Statthalter kennen

gelernt haben mochte, sonst hätte er mir nicht vor der Persönlichkeit desselben »einen solchen Schrecken« einflössen können.

Dr. Schmeykal bemerkte hierauf leichthin: die nationale Opposition kenne doch ihren Mann und wisse ganz gut, was sie von ihm zu erwarten habe, das beweise ihr Verhalten zur Genüge. Als ich ihm die Abschiedsworte des Herrn v. Koller wiederholte, der die Hoffnung auf eine baldige Aenderung der Verhältnisse in Böhmen und zumal in Prag ausgesprochen, entgegnete Dr. Schmeykal: »Nun, daran werden Sie doch den Soldaten erkannt haben; mit Bajonnetten kann man wohl die äussere Ruhe herstellen, doch leider nicht einen wilden Fanatismus bezähmen!«

Einen wilden Fanatismus! Ich erinnere mich dieser Worte, als wenn sie heute gesprochen worden wären. Als ich sie wenige Tage darauf in dem gesprochenen Zusammenhange dem Minister des Innern gegenüber wiederholte, bemerkte dieser: »Vorläufig handelt es sich um die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung und dafür ist General Koller der richtige Mann. Den ‚wilden Fanatismus zu bezähmen‘ — das wird meine Aufgabe sein!«

Die Wiedereröffnung des Reichsrathes.

Zwei wichtige Vorlagen hatte die Regierung in dem für October einberufenen Reichsrath einzubringen. Sie musste vor Allem im Sinne der Staatsgrundgesetze dem Reichsrath die Gründe darlegen, welche sie zur Verhängung von Ausnahmsverfügungen in Prag genöthigt hatten, und die Zustimmung des Vertretungskörpers zu dieser Massregel einholen. Dies war die eine Vorlage. Die zweite, noch viel wichtigere und bedeutsamere betraf die Erhöhung des Kriegsstandes der österreichischen Armee auf 800.000 Mann und die Bestimmung, dass dieser Stand sofort für die nächsten zehn Jahre votirt werde.

Von dem Schicksal beider Vorlagen hing der Bestand des Ministeriums ab, das sich dafür solidarisch erklärt hatte. Die Regierung war sich voll bewusst, dass sie in dem Falle, als die Zustimmung des Reichsrathes zu den Massnahmen in Prag nicht gegeben werden sollte, ebensogut demissioniren müsste, wie es für sie ganz ausser Zweifel stand, dass mit der Verwerfung der zweiten Vorlage ihre Amtswirksamkeit beendet sei. Die Regierung hatte, mit einem Worte, ihre Feuerprobe zu bestehen.

Was nun die ersterwähnte Vorlage betraf, so kannte die Regierung ihre Gegner, vermochte von vorneherein die Stärke derselben zu bemessen, konnte mit ihrer Zahl als einem bekannten Factor rechnen. Sie war sich voll bewusst, dass sie Seitens der nationalen Opposition die heftigsten Angriffe zu erwarten habe; sie konnte aber trotzdem ganz beruhigt der Abstimmung entgegensehen, die, nach einer einfachen Berechnung, nur zu ihren Gunsten ausfallen konnte.

Das Schicksal dieser Vorlage machte ihr keine Sorge. Ganz anders lagen die Verhältnisse bezüglich der zweiten Vorlage. Da war die Regierung ihrer Sache schon weniger gewiss. Denn, ganz abgesehen von der factiösen Opposition, stand zu befürchten, dass diese noch durch andere Fractionen bedeutend verstärkt werden konnte, deren Mitglieder, wenn auch von ganz anderen Motiven geleitet, die Zustimmung zu der so bedeutenden Erhöhung des Militärstandes versagen und die Vorlage so zum Falle bringen konnten. Die Situation der Regierung war somit eine keineswegs beneidenswerthe. Wieder einmal stand sie vor der Frage des Seins oder Nichtseins — zum zweiten Male während ihrer kurzen Amtsperiode. Das erstemal war es Herr von Beust, der sein eigenstes Werk zu zerstören drohte und das Bürgerministerium bald zum Falle gebracht hätte, nun war es die Kriegsverwaltung, welche das junge Cabinet in eine peinliche Zwangslage versetzte. Eine Zwangslage war es, denn nicht alle Mitglieder der Regierung — wenn sie sich auch nachher, wie erwähnt, solidarisch erklärt hatten — waren von vorneherein für die Einbringung der Militärvorlage.

Einer der entschiedensten Gegner derselben, der sich lang sträubte, dem Kriegsminister Kuhn in seinen Forderungen nachzugeben, war Dr. Herbst. Die Protokolle des Ministerrathes verzeichnen wohl seine Einwendungen. Ich habe allen Grund dies als sicher annehmen zu können. In einer Unterredung, die ich mit ihm in seiner Privatwohnung kurz vor der Eröffnung der Reichsrathssession hatte, und bei welcher unter Anderem auch über die Militärvorlage — deren Einbringung schon vorher gemeldet worden war — gesprochen wurde, erörterte Dr. Herbst die Zwangslage, in der er sich befunden. Hätte er seine Zustimmung zur Vorlage *nicht* gegeben, so wäre ihm nichts Anderes übrig geblieben, als aus dem Ministerium auszuscheiden. Seinem Beispiele wären dann auch andere Minister gefolgt, die Existenz der Gesammtregierung wäre dadurch gefährdet gewesen und ihn allein hätte man für die Situation verantwortlich gemacht. Der Effect aber wäre für die Vorlage der gleiche gewesen, denn jede nachfolgende Regierung hätte dieselbe in ihr Programm aufnehmen und für

die Annahme derselben alle Mittel aufwenden müssen. Die Kriegsverwaltung hätte sich mit aller Energie dafür eingesetzt, der Kaiser sei entschieden dafür gewesen, ebenso die Majorität des Cabinets — unter solchen Umständen, bemerkte Herbst, habe er, um einen Conflict zu vermeiden, der eine gefahrvolle Krisis heraufbeschworen hätte, nachgegeben und sich seinen Collegen angeschlossen. Herbst erwähnte dann weiters, dass er in dem gleichen Sinne eben an seinen Freund, an Dr. Schmeykal, schreibe, damit dieser über die Situation unterrichtet sei und eventuell Aufklärungen geben könne. Thatsächlich lag ein noch nicht beendeter Brief an Schmeykal auf seinem Schreibpulte.

Ich fand damals Herbst in auffällig gedrückter Stimmung. War es das Schicksal dieser Vorlage, oder waren es noch andere Umstände und Verhältnisse, die ihn bedrückten, — kurz er sprach spontan und ganz unumwunden sein Bedauern aus. dass er sich habe bestimmen lassen, ins Cabinet einzutreten, dem er nichts nütze, andererseits vielleicht sogar Verlegenheiten bereite. . . .

Auch Giskra hatte zur Zeit bereits viel von seiner frohen und zuversichtlichen Stimmung eingebüsst. Auch ihm schien so Manches gegen den Strich zu gehen. Er sprach sich zwar nicht näher darüber aus, allein sein ganzes Gehaben liess eine gewisse Unzufriedenheit erkennen.

Die Vorlage, betreffend die Zustimmung des Parlaments zu den Prager Massnahmen, fand die erhoffte Annahme. Die nationale Opposition war, wie man allgemein voraussah, rücksichtslos in ihren Angriffen gegen die Regierung. Die Gründe jedoch, die diese dem Hause zur Rechtfertigung ihres Vorganges vorlegte, wurden von der Majorität als stichhältig anerkannt, und es wurde nur allgemein der Wunsch ausgesprochen. dass das Cabinet den geschaffenen Ausnahmszustand wieder beseitige, sobald es dem Statthalter gelungen sein werde, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Weit stürmischer jedoch gestaltete sich die Debatte über die zweite Vorlage. Die Gegner waren sogar zahlreicher noch, als die Regierung befürchtet hatte. Sie sassen nicht blos auf der Rechten des Hauses. Die Opposition wurde auch kräftig verstärkt durch Männer, die bis dahin die Regierung unterstützt hatten, und deren

Unterstützung sie auch diesmal gewiss zu sein glaubte. Die Situation war aufs Aeusserste gespannt. Eine schwüle Atmosphäre, wie sie einem heftigen Gewitter vorausgeht, lagerte über dem Hause während des ganzen Verlaufes der von Vertretern fast aller Parteien mit aller Leidenschaft geführten Debatte.

Selbst der Bericht der Majorität des Heeresausschusses — der übrigens die Annahme der Regierungsvorlage empfahl — enthielt einige Stellen, welche deutlich erkennen liessen, dass der Ausschuss nur unter einem gewissen Zwange seine Zustimmung zu der Regierungsvorlage gegeben hatte.

Es hiess darin unter Anderem:

»Es hat sich der Ausschuss in seiner Gesammtheit für das von der Regierung gewählte gemischte System, welches in seinen volkswirthschaftlichen Wirkungen dem Milizsystem am nächsten steht, erklärt, von der Ueberzeugung ausgehend, d a s s d i e g e g e n w ä r t i g e A n s p a n n u n g d e r W e h r k r ä f t e n i c h t v o n l a n g e r D a u e r s e i n k ö n n e, sondern entweder in einer auf friedlichem Wege erzielten allgemeinen Entwaffnung oder i n n i c h t s e h r f e r n e r Z e i t durch einen heftigen Krieg und die dann eintretende allgemeine Erschöpfung ihre Lösung finden müsse, weil kein Staat den gegenwärtig bewaffneten Frieden für lange Dauer zu ertragen in der Lage ist, ohne volkswirthschaftlich dem gänzlichen Ruin zu verfallen. . . . .«

Weitere Stellen lauten:

»Der Ausschuss ist in seiner Gesammtheit von der Ueberzeugung durchdrungen, dass Oesterreichs Fortbestand nur dadurch gesichert erscheint, wenn es seine bisherige Stellung und seinen bisherigen Einfluss im europäischen Concerte behauptet. . . . .«

Die grösste Schwierigkeit zur Erhaltung Oesterreichs in seiner historischen Machtstellung liegt aber in seinen misslichen finanziellen Verhältnissen; denn während man in Bezug auf andere Staaten erst zu sagen berechtigt ist: »Sie gehen in Folge der übermässigen Anspannung ihrer Wehrkräfte der finanziellen Erschöpfung e n t g e g e n«, befindet sich Oesterreich bereits der Erschöpfung nahe. . . . . Oesterreich steht also heute vor dem schwierigen Problem, seine Wehrkraft bedeutend steigern, seine Finanzkraft dagegen durch die grösste Sparsamkeit schonen zu müssen. . . .«

Alle diese Bedenken hatte auch Herbst im Ministerrathe gelegentlich der Berathungen über die Heeresvorlage ausgesprochen. Die Kriegsverwaltung antwortete darauf nur mit der Argumentation,

dass Oesterreich gegenüber den anderen bewaffneten Staaten nicht zurückstehen könne, dass es sich nun einmal in dieser Zwangslage befinde, und dass die Erhaltung des Friedens die Verstärkung der Armee bedinge. Wieder wurde das si vis pacem para bellum citirt.

Um die Wirkung der stürmischen Angriffe abzuwehren, traten während der Debatte im Abgeordnetenhause alle Minister in den Kampf ein. Dr. Berger sagte unter Anderem:

»Die grösste Rache, die wir, wenn wir Rachegedanken hegten, einem gewissen Staate gegenüber üben könnten, wäre die Aufrichtung eines freien, reichen und geistig gehobenen Oesterreichs. . . .«

Die augenblickliche politische Lage zeichnete er in folgender Weise:

»Im Augenblick strebt Frankreich über den Rhein, Preussen über den Main, Russland über den Pruth hinüber; dass Italien ein Stück Trentino möchte und selbst Rumänien einen ihm gerade bequem liegenden Theil von Oesterreich, steht ausser allem Zweifel. . . . Mit der Annahme des Wehrgesetzes werden wir manifestiren, dass das schon als Theilungsobject betrachtete Oesterreich leben will und leben kann. . . .«

Graf Taaffe stellte Namens der Regierung die Cabinetsfrage.

Giskra, innerlich erregt, gab der Zuversicht Ausdruck, dass die Differenzen, welche in der vorliegenden Frage »Männer von denselben politischen Grundsätzen getrennt«, keine nachhaltige und nachwirkende Verstimmung zur Folge haben, sondern dass die Freunde, welche »diesmal andere Wege gehen zu müssen geglaubt«, mit der offenen Aeusserung zurückkehren würden: die Männer der Regierung mögen im Einzelnen sich geirrt haben, aber sie seien doch die Alten geblieben, und sie verdienen es nicht, als vertrauensunwürdig bezeichnet zu werden.

Schliesslich trat auch noch Beust als Abgeordneter für die Vorlage ein, indem er von den Zuständen der europäischen Staaten ein düsteres Bild entwarf.

Kurz vor der Abstimmung sprach ich noch Giskra im Buffet des Abgeordnetenhauses. Er war sichtlich erschöpft und angegriffen.

»Wenn uns diesmal die Partei im Stiche lässt,« sagte er mit vibrirender Stimme, »dann haben wir für Jahre hinaus unsere Position

verloren. Die Herren drinnen ahnen nicht die Gefahr und wissen nicht, was auf dem Spiele steht.«

Dr. Berger war zuversichtlicher. Er sagte zu einem Collegen mit der ihm eigenen ironischen Betonung: »Die Regierung habe im Interesse des Staates, die Abgeordneten für ihre Wähler gesprochen; nun sie ihr Gewissen beruhigt, werden sie dem Kaiser geben, was des Kaisers ist.« . . . .

Die Abstimmung über diese Vorlage fand am 13. November 1868 statt. Sie wurde mit 118 gegen blos 29 Stimmen angenommen. Viele stimmten weniger aus innerer Ueberzeugung als in Würdigung der Situation für die Regierung. Sie thaten das Gleiche als Deputirte, was Herbst als Minister gethan, — sie opferten ihre Ueberzeugung, indem sie der Zwangslage folgten.

Als bald darauf auch das Herrenhaus die Vorlage votirte und dem Hause der Gemeinen beistimmte, wurde Beust in Anerkennung seiner Verdienste in den erblichen Grafenstand erhoben. — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Hier mag ein von befreundeter Seite mir zur Verfügung gestellter Brief eines Cabinets-Mitgliedes, an eine in diesen Blättern oft erwähnte Persönlichkeit gerichtet, mitgetheilt werden, der die Stimmung am deutlichsten wiedergibt, in welcher sich wohl nicht der Schreiber allein, sondern auch noch andere seiner Collegen im Ministerium in Folge des neuen Wehrgesetzes befunden haben. Erräth man den Schreiber, so wird man auch leicht die Persönlichkeit herausfinden, an welche der Brief gerichtet ist. Die Namen zu nennen, wurde mir nicht gestattet.

Der interessante Brief lautet, nach Hinweglassung einzelner Stellen, die persönliche Verhältnisse berühren, wie folgt:

. . . . Die Regierung hat gesiegt. Indem ich dies niederschreibe, blutet mir das Herz! Wie wird das arme Volk die Lasten ertragen können, die man ihm aufbürdet?! Wenn ein Familienvater, trotzdem er passiv ist, sich nicht einschränkt, ja noch mehr ausgibt, als er vor der Bilanzirung ausgegeben hat, so ist sein Leichtsinn straffällig. Die Regierung kennt die passive Stellung des Staates, und trotzdem eine so ungeheure Inanspruchnahme des Staatssäckels! Der arme Brestl ist ganz ausser sich. Er seufzt fortwährend und nach dem Siege der Regierung habe ich Thränen in seinen Augen gesehen — weiss

Gott, es waren keine Freudenthränen! Dabei kann ich ein Gefühl nicht unterdrücken, eine bange Ahnung nicht bemeistern. Mir schwebt immer vor, dass man das liberale Regime momentan ausnützen und ihre Vertreter nur insolange an der Arbeit belassen wolle, bis gewisse Acte vollzogen sein werden, die nur unter ihrer Mitwirkung Gesetzeskraft erlangen können, und dass man sie dann wie ausgepresste Citronen bei Seite schaffen wird. Ich erinnere mich da, was mir einmal gelegentlich der Abstimmung über die interconfessionellen Gesetze Se. Eminenz der Fürst-Erzbischof . . . . . im Palais des Herrenhauses zugeflüstert; es waren wenige, aber inhaltsschwere und sehr bedeutsame Worte: »Nur Geduld,« sagte er, »es kommt bald wieder unsere Zeit.« Ich fürchte, dass diese Zeit schon sehr nahe gerückt ist! . . . . . .

Nach einigen Bemerkungen über seine ministeriellen Collegen fährt der Schreiber fort:

». . . Der gute Beust scheint eine Doppelrolle zu spielen. Aber auch ein gefährliches Spiel. Das Misstrauen gegen ihn nimmt von Tag zu Tag zu. Seitdem er sich in Prag so schändlich benommen (es fällt mir im Augenblick kein anderer Ausdruck ein), den Fürsten (Auersperg) persönlich verletzt, gekränkt und in den Schmollwinkel gedrängt hat, habe auch ich alle Vorwürfe über mich ergehen lassen, wenn ich ihn zu vertheidigen suche. Ich fürchte, dass meine Collegen Recht behalten. . . . . .«

Der Schreiber berührt sodann einzelne Vorfälle im Ministerrathe, klagt in drastischen Ausdrücken über das Benehmen eines Collegen und schliesst seinen Brief mit folgenden Worten:

». . . . Der Einzige, dessen ganze Haltung nicht zu dem geringsten Bedenken Anlass gibt, ist noch der Kaiser. . . . Er zeichnet mich bei jeder Gelegenheit aus. Das Allerhöchste Wohlwollen ermuntert mich, auszuharren. Seine constitutionelle Gesinnung ist über allen Zweifel erhaben und Sein hochherziges Wesen muss uns Allen ein Sporn sein, auszuharren und weiter zu kämpfen für die liberalen Ideen, die zu verwirklichen wir übernommen haben. . . . . .«

Das erste Jahr in der Regierungsperiode des Bürgerministeriums neigte sich dem Ende zu, ein Jahr emsiger Arbeit, reich an Erfolgen aber auch reich an Bitternissen aller Art. Durch den Austritt des Fürsten Carlos Auersperg entstand eine gefahrvolle Lücke. Dieser »erste Cavalier des Reiches« verlieh durch seinen Namen, seine Stellung unter dem deutsch gesinnten böhmischen Hochadel und durch seinen mächtigen Einfluss dem Bürgerministerium eine allgemein anerkannte

und gewürdigte Stärkung — sein Ausscheiden wurde schwer empfunden. Im Schosse des Cabinets bildeten sich Gegensätze heraus, theils aus principiellen Ursachen, theils lagen ihnen persönliche Motive zu Grunde. Der clericale Apparat arbeitete seit der Sanctionirung der interconfessionellen Gesetze mit verstärktem Hochdruck. Die nationale Opposition war nicht nur nicht zur Ruhe zu bringen, sie trat in vielen Ländern noch energischer in den Kampf gegen das liberale centralistische Regime. Schwere Zeiten hat das Bürgerministerium durchzumachen gehabt — noch schwerere standen ihm bevor.

Die Delegationen.

Ehe ich den Abschnitt über das Jahr 1868 schliesse, möchte ich noch Einiges über die ersten Delegationen mittheilen.

Im Frühjahr des erwähnten Jahres fand die erste, im Spätherbst desselben die zweite Delegationssession statt. Wien erhielt den Vorrang. In den Ausführungs-Bestimmungen zum Ausgleich war dies bereits so festgestellt worden. Die erste Zusammentretung hatte in Wien, die zweite in Pest zu erfolgen.

Die Wahlen für die reichsräthlichen Delegationen gingen nicht ganz glatt. Ernste und heitere Scenen spielten sich hinter den Coulissen ab. Ein grosser Theil der Volksvertreter aus der Reihe der Verfassungspartei, die man mit Mandaten betrauen wollte, verhielt sich ablehnend. Unberufene und solche, an die man gar nicht gedacht hatte, candidirten förmlich für die Delegationen, bestürmten ihre Collegen, ihnen ihre Stimmen zu geben. Die Ersteren waren zumeist solche, welche auch nach dem geschehenen und sanctionirten Ausgleich im Dualismus ein Unglück für Oesterreich, eine Erschütterung der Machtstellung des Staates nach Aussen erblickten, sowie auch eine Gefährdung der inneren Interessen. Sie hatten nur aus höheren Rücksichten dem Ausgleich zugestimmt, gegen ihre bessere Ueberzeugung: mehr zu thun fühlten sie sich nicht berufen, umsoweniger, als sie ganz sicher waren, dass die Institution der Delegationen sich gar bald überlebt haben werde, — eine Anschauung, die, nebstbei erwähnt, auch viele ungarische Deputirte theilten, die ebenfalls nicht mit vollem Herzen dem Ausgleich zugestimmt hatten. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, wollten sie sich nun in Allem und Jedem, was

mit dem Ausgleich in Verbindung stand und zur weiteren Entwicklung desselben gehörte, ganz passiv verhalten. Die Thatsache war geschaffen, daran konnten sie nichts ändern, die Sorge für die Entwicklung des »missrathenen Kindes« sollten Andere übernehmen. Mit diesen Argumentationen lehnten sie eine Wahl für die Delegation ab. Am entschiedensten ablehnend verhielt sich — übrigens nicht blos bei der ersten Wahl, auch in der Folge — der Abgeordnete Skene.

Für Einige lag auch noch ein anderer Grund vor, nicht nach Pest zu gehen, es war das ihr öffentliches Verhalten gelegentlich der Berathung über den Ausgleich. In der Hitze des Gefechtes liess sich Mancher gehen und so manche Ausfälle gegen die Ungarn waren von der magyarischen Presse wörtlich registrirt und in einer Weise glossirt worden, die es einigen unter den starren Centralisten räthlich erscheinen liessen — wenigstens in den ersten Jahren — von Pest fern zu bleiben.

Die Verfassungspartei sah sich nun plötzlich in eine peinliche Situation versetzt. Diejenigen, die sie entsenden wollte, wollten nicht gehen, und die wieder, die eine Wahl anzunehmen sich bereit erklärten, schienen minder berufen. Die Verlegenheit war eine umso grössere, als es sich bei der Wahl wirklich um eine Auswahl handelte. Im Interesse des Ansehens des österreichischen Parlamentes hielt man es nämlich für angezeigt und musste man auch einen besonderen Werth darauf legen, dass nur solche Männer nach Pest entsendet werden, die sich als Parlamentarier bereits bewährt hatten. Gerade Einige von diesen waren es jedoch. die eine Wahl entschieden ablehnten. Schliesslich kam aber denn doch, wie bei ähnlichen Anlässen immer, ein Compromiss zu Stande. Im letzten Augenblicke drohte freilich auch dieser wieder zu scheitern, da einzelne jüngere Abgeordnete, die vorher ihre Wahl mit Eifer zu erwirken gesucht, plötzlich erklärten, dass sie ausser Stande wären, nach Pest zu gehen. In den Couloirs raunte man sich als Grund für diese unerwartete Sinnesänderung zu: »Cherchez la femme« — scherzhaft wurde es gemeint, ein Stück Wahrheit lag aber darin, und so hatte die Wahl für die Delegation in Pest auch ihre heitere Seite.

Die reichsräthliche Delegation fand übrigens in der Hauptstadt der jenseitigen Reichshälfte eine ganz besonders gastliche Aufnahme.

Was die Bewirthung von Fremden anbelangt, darauf haben sich die Ungarn von jeher gut verstanden. Bei dem, was den Wiener Delegirten gezeigt und geboten wurde, mag freilich auch ein Bischen Chauvinismus mitgespielt haben. Die Ungarn mögen wohl dabei auch die Absicht gehabt haben, ihren Verbündeten aus Oesterreich zu zeigen, dass Budapest das Zeug für eine Grossstadt in sich trage. In den Mussestunden, wenn die ernste Arbeit des Tages gethan war, wurde seitens der ungarischen Delegirten Alles aufgeboten, um den Gästen aus Wien den Aufenthalt in Pest so angenehm als möglich zu gestalten. Das Nationaltheater brachte auf Weisung der Minister ungarische nationale Opern, Volksstücke, Dramen und Tragödien aus der ungarischen Geschichte zur Darstellung. Besondere Führer wurden gewählt, um den Wienern die Kunstschätze Pests zu zeigen. Mittelst separater Dampfboote wurden Ausflüge auf der Donau gemacht. Für guten Imbiss war gesorgt, Zigeunerbanden spielten die lustigsten ungarischen Weisen, auch Volkslieder wurden gesungen, sobald der Champagner — nebstbei erwähnt, nicht ungarischer, sondern echter, mit französischer Original-Marke — die Stimmung dazu genügend angeregt hatte. Auf der Margarethen-Insel fand zu Ehren der Gäste ein Diner statt mit bengalischer Beleuchtung des herrlichen Parkes.

Eine kleine Gruppe vergnügte sich da beim Tanze, zu welchem selbstverständlich wieder eine Zigeunerbande aufspielte, und die Magyarinnen bewährten hier ihren Ruf als würdige Repräsentantinnen Terpsichorens. Beim Gläschen Somlauer und feurigen Tokayer wurden manche Freundschaften geschlossen, und dass es auch an warmen Begrüssungs-Toasten nicht fehlte, braucht wohl nicht erst ausdrücklich erwähnt zu werden. Hatte man so den Gästen die schönsten Seiten Pests vorgeführt, so wollte man nun die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ihnen auch dessen Schattenseiten zu zeigen, wieder vielleicht mit der geheimen Absicht, um darzuthun, dass Pest auch in dieser Richtung schon viel Grossstädtisches an sich habe und, insbesonders

was das »Nachtleben« anbelangt, der Kaiserstadt »über« sei. Man führte deshalb die Fremden in eine der verrufensten Localitäten, wo die Ausgelassenheit ihre zügellosesten Orgien feierte. Da spielte sich nun so manche heitere Scene ab.

Man denke sich einen grossen hellbeleuchteten Tanzsaal, gefüllt mit Tänzern und Tänzerinnen aus den niedrigsten Ständen, letztere jedoch geputzt wie zu einem Eliteballe, ungarische Tänze, Kör und Czardas, mit temperamentvollster Leidenschaft executirend, die Tänzerpaare unermüdlich mit den Füssen stampfend, in die Hände klatschend, ein wildes und wüstes Durcheinander, und dazu ungarische Volkslieder singend, einen tosenden Lärm, dass man sein eigenes Wort nicht zu verstehen vermag, und man hat dann annähernd eine Vorstellung von dem, was da die Wiener zu sehen und zu hören bekamen. Doch plötzlich wird es stille im Saale. Die Zigeunermusik verstummt, die Spieler richten ihre Augen auf eine Seite hin, die Tänzerpaare zügeln ihre Leidenschaft und bilden wie auf ein verabredetes Zeichen eine Gasse, auch sie blicken auf die gleiche Seite hin, wohin die Augen der Musikanten gerichtet waren: auf die Eingangsthür zum Tanzsaal. Dort erscheint ein Herr mit einer Dame am Arm, der Herr wie die Dame wohlbeleibt. Beide schreiten stolz durch den Saal, begrüsst mit einem furchtbaren Gejohle von den Tänzern und mit einem Tusch der Zigeuner. Die Fremden sehen sich verwundert und fragend an. Da erhalten sie den Bescheid: der Herr ist der Stadthauptmann (gleichbedeutend mit dem Polizeipräsidenten) von Pest, die Dame, man nennt sie beim Namen, und Alle wissen nun wer s i e ist. Von den Tänzerinnen wird sie einfach »Madame« genannt, und als einer der Gäste neugierig nach ihrem wirklichen Namen fragt, erhält er von einem ungarischen, als Humoristen bekannten Journalisten die kurze Antwort: »Ihr Name ist — Luft.«

Nachdem das Honoratiorenpaar den Saal durchschritten, beginnt der Tanz von Neuem, von Neuem der Lärm und das Gejohle der Menge, und Jene, die gerade am Tanz nicht theilnehmen, umringen den Tisch, an welchem der Stadthauptmann mit »Madame« Platz genommen. Der Champagner fliesst hier in Strömen.

Man kann sich kaum eine Vorstellung von dem Eindruck machen, den diese Nachtscene auf die Wiener Gäste hervorrief. Mir wird insbesondere das Gesicht eines Ministers, der zum Vortrage wichtiger Amtsgeschäfte an das Hoflager nach Pest berufen worden war, unvergesslich bleiben, der wie starr dastand und keinen Laut hervorzubringen vermochte. Im Laufe des Abends, oder vielmehr der Nacht, — die Gäste, gefesselt von dem so eigengearteten Schauspiel, hielten sich lange im Saale auf — hatte man sich mit demselben Minister einen schlechten Spass gemacht, indem man einige der ausgelassensten Dämchen auf ihn hetzte, die in ihrer gewandten Sirenenmanier ihm stark zusetzten und ihn so, wie man sich leicht denken kann, in eine peinliche Situation brachten. Der Spass wurde viel belacht — es war aber ein ebenso schlechter Spass, wie der Abend als solcher im Grossen und Ganzen ein heiterer war und seiner Originalität wegen zu den amusantesten zählte, die ich und mit mir wohl noch viele der Wiener damals in Pest verlebt haben.

Einen starken Misston in das einträchtige Zusammenleben und Zusammenwirken der beiderseitigen Delegirten brachte nur ein Theil — freilich nur ein geringer Theil — der humoristischen Presse in Pest. Was die Zeichnungen dieser Blätter an Schamlosigkeit, Kränkendem und Verletzendem in der Darstellung einiger Wiener Deputirten leisteten, davon kann man sich keinen Begriff machen. Die Freiheit der Presse wurde da arg missbraucht; das, was diese Schandblätter ihren Lesern geboten, fand übrigens bei dem anständigen Theil der Bevölkerung nicht nur keinen Anklang, es wurde allgemein darüber mit lauter Entrüstung gesprochen und bedauert, dass es solchen Ausartungen gegenüber kein Mittel gebe, um die Urheber gebührend zu züchtigen. . . . . .

Der geschäftliche Theil der Verhandlungen der beiderseitigen Delegationen verlief sehr ruhig und ohne alle Störung. Allgemein gab sich das Bestreben kund, über die Schwierigkeiten der Neuerung so gut wie nur möglich hinwegzukommen. Differenzen, die sich hie und da ergaben, wurden leicht beseitigt; im Stillen bekehrten sich schon Einige, die vorher die Institution der Delegationen als etwas Vorübergehendes, als

etwas, was sich bald überlebt haben werde, betrachtet hatten, zu der Anschauung, dass der Vater des Ausgleiches, Franz Deák, doch Recht behalten, und dass dieses Zwischenparlament sich denn doch mit der Zeit als dauernde Institution bewähren werde. . . . . .

Der ruhige Verlauf der Delegationen hätte zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft, und das gute Einvernehmen der Deputirten der beiderseitigen Reichshälften hätte zu dem Schlusse berechtigt, dass der parlamentarische Apparat hüben wie drüben ungestört und fördernd für die liberalen Ideen weiter fortfunctioniren werde, wenn nicht mittlerweile andere Umstände eingetreten wären, die den Ausblick in die Zukunft trübten. Zwar waren es vorläufig nur noch kleine Wölkchen, die sich am politischen Horizont bildeten; feinfühlige Politiker erkannten in denselben jedoch schon die Vorläufer grosser Gewitterstürme. Zwischen Beust und Andrássy war das Verhältniss ein getrübtes worden. Der alte Graf und der junge Graf misstrauten einander. Gegen letzteren wurde — wie man weiss — nicht mit Unrecht der Vorwurf erhoben, dass seine Actionslust störend wirke bei der Entwicklung der inneren Verhältnisse der Monarchie. Hatte nun sein Verhalten in Prag die cisleithanische Regierung misstrauisch gemacht, so betrachtete das ungarische Ministerium sein Benehmen gelegentlich des allgemeinen deutschen Schützenfestes als gegen Ungarn gerichtet.

Zu diesen sachlichen Motiven, welche die Politiker der jenseitigen Reichshälfte bestimmten, dem Reichskanzler gegenüber eine vorsichtige Haltung einzunehmen, und das Vertrauen in ihn bedeutend abschwächten, trat noch ein persönliches Moment hinzu, das stärker als alle sachlichen Gründe sogar die Position Beust's zu gefährden drohte. Der Ehrgeiz des Grafen Andrássy war mit der Stellung des ungarischen Ministerpräsidenten nicht befriedigt. Andrássy schielte nach dem Ballplatz hinüber, dort wollte er seinen Einzug halten, dort im Interesse der Gesammtmonarchie seine Wirksamkeit entfalten. Noch war diese Absicht nicht klar ausgesprochen, noch war äusserlich nichts geschehen, was sie verrathen hätte. Allein im Geheimen wurde die Vorbereitung zur Erlangung dieses Zieles schon eingeleitet. Das war deutlich aus den

officiösen Dementis zu entnehmen. Diese meldeten übereinstimmend, dass an den Gerüchten über das Vorhandensein von Differenzen zwischen dem ungarischen Premier und dem Reichskanzler »kein wahres Wort sei«. Zugestanden wurde aber dagegen, dass Graf Beust in der letzten Zeit Manches gethan, was die Ungarn zu verstimmen geeignet gewesen wäre; doch hätten sich die beiden Räthe der Krone gegenseitig ausgesprochen und ihr Verhältniss zu einander wieder vollständig geklärt. Gleichzeitig wurde in ungarischen Blättern, von denen es bekannt war, dass sie ihre Informationen und Instructionen aus den Ministerhotels erhielten, darauf hingewiesen, dass der Einfluss Ungarns bezüglich der äusseren Politik ein ganz ungenügender sei, und dass in dieser Richtung noch Manches nachgeholt werden müsste. Die vielfachen Dementis besagten nun für Jene, die zu lesen verstanden, deutlich genug, um was es sich handle. Graf Andrássy wollte durch sie das Odium, als wenn er aus persönlichen Motiven den Reichskanzler verdrängen wollte, abwälzen; dagegen wurde zugestanden, dass Mittel und Wege geschaffen werden müssten, um Ungarns Einfluss auf den Gang der äusseren Verhältnisse ausgedehnter zu gestalten.

Schon damals stand Hofmann, den das Gefühl der Dankbarkeit für den Reichskanzler, der ihn rasch emporgebracht, hätte bestimmen müssen, in unverbrüchlicher Treue zu Beust zu halten, auf der Seite des ungarischen Premiers. Hofmann hatte eben eine feine Nase. Er sah den Stern seines Chefs im Verbleichen, so kehrte er denn sein Gesicht rechtzeitig dem neu erscheinenden Stern am politischen Horizont zu; er wollte nicht der Mantel sein, der mit dem Herzog fällt. Graf Andrássy beobachtete in der ersten Zeit dem wetterwendischen Sectionschef gegenüber eine diplomatisch vorsichtige Haltung, eine Passivität, die diesen beunruhigte, in eine nervöse Erregung versetzte. Er wusste nicht recht, woran er war. Hatte der ungarische Premier überhaupt kein Vertrauen zu ihm und verhielt er sich deshalb gegen alle Annäherungsversuche ablehnend, oder war Graf Andrássy nur deshalb so zugeknöpft, um sich nicht zu verrathen, somit blos aus Vorsicht, um sich sein Spiel nicht selbst zu verderben? Hofmann hätte begreiflicherweise gerne Gewissheit darüber erlangt. Aber wie

sie erreichen? Allzuweit durfte ja auch er sich nicht vorwagen. Wenn Beust wider Erwarten doch bliebe, Graf Andrassy sein Ziel doch nicht erreichte, dann konnte er leicht zwischen zwei Stühlen auf dem Boden sitzen. Dass ihn dieses Los nicht treffe, darauf musste er ja auch Bedacht nehmen. Seine Situation war darum diesmal fast die peinlichste unter allen, die ihm das Schicksal bis dahin bereitet hatte, sie war eine um so peinlichere, als Graf Beust zu seinem Adlatus nicht mehr das Vertrauen zu haben schien, wie dies vorher der Fall gewesen. Verschiedene Anzeichen sprachen dafür, dass ihn sein Chef vernachlässige; in den wichtigsten Dingen ging dieser selbstständig vor, allein, ohne den Rath seines ersten Sectionschefs einzuholen. Wie nun aus diesem Dilemma herauskommen? Hofmann suchte vor Allem in der Presse Allianzen, ihm befreundete Blätter sollten ihm da zu Hilfe kommen. Er informirte sie also dahin, dass Differenzen zwischen Beust und Andrássy thatsächlich bestanden hätten, durch einen persönlichen Gedankenaustausch beider Staatsmänner sei jedoch der Friede wieder gänzlich hergestellt worden; Beust habe sich entgegenkommend gezeigt, und Andrássy, über alle Missverständnisse aufgeklärt, habe, wie es von einem so vornehmen Cavalier nicht anders zu erwarten war, seinerseits wieder Alles gethan, um jedes Misstrauen seines Collegen vollständig zu beseitigen; zwischen Beiden sei nun das alte Freundschaftsbündniss wieder aufgerichtet.

Die Absicht war klar — es sollten beide Staatsmänner gelobt werden.

Aber auch der Chauvinismus der ungarischen Nation sollte befriedigt werden. Die Informationen lauteten in dieser Beziehung dahin: falls einmal Graf Beust regierungsmüde werden, oder durch andere Umstände ein Wechsel in der Leitung der äusseren Angelegenheiten sich als nothwendig herausstellen sollte, dann gäbe es wohl keine geeignetere Persönlichkeit, durch welche Graf Beust ersetzt werden könnte, als der ungarische Premier Graf Andrássy. Bis dahin werde man sich aber am Ballplatz vor Augen halten, dass der Wunsch der ungarischen Nation auf eine stärkere Einflussnahme auf die äussere Politik ihr erfüllt werden müsse.

In diesem Sinne lauteten auch die mir gewordenen Informationen Hofmann's. Da sie der momentanen Situation wirklich entsprachen, konnte davon ihrem ganzen Umfange nach ohne Bedenken Gebrauch gemacht werden. Der Effect, den Hofmann erzielen wollte, wurde erreicht. Hofmann hatte durch die Informationen, zu deren Urheberschaft er sich selbstverständlich bekannt hatte, wie ich mich gar bald überzeugen konnte, in den Augen seines Chefs sehr gewonnen, der persönliche Ehrgeiz des Grafen Andrássy war damit geschmeichelt, und indem auch dem Wunsche der ungarischen Patrioten Ausdruck gegeben worden, konnten sich auch diese vorläufig beruhigen.

Dass Graf Beust durch die Information seines Sectionschefs befriedigt war, vernahm ich aus seinem eigenen Munde. Er sprach sich damals über die »einzig richtige Darstellung«, die Hofmann von der Sachlage gegeben habe, in anerkennendster Weise aus. Er fügte noch hinzu: er wisse nicht, weshalb Hofmann so viele Gegner habe, die unaufhörlich bemüht seien, gegen ihn zu hetzen; er selbst sei auch schon durch das fortgesetzte Bohren wankend geworden, sein Vertrauen zu Hofmann wäre bald erschüttert worden. Es mag ja sein, fügte Beust hinzu, dass Hofmann hie und da die ihm zugewiesenen Grenzen der Competenz überschreite; dann geschehe dies aber, wie er glaube, nicht in böser Absicht; vielmehr läge der Grund in dem freilich etwas allzu stark ausgeprägten Ehrgeiz seines Sectionschefs, der gern viel von sich reden mache. Jeder Mensch habe seine Fehler, mit denen man rechnen müsse. Er (Beust) sei der Ansicht, dass ein besserer Pressleiter, ein geschickterer Beamter für diesen Posten kaum zu finden wäre, und er glaube auch, dass die Herren Journalisten mit ihm zufrieden sein könnten, da er, so viel er sich überzeugt habe, es wie selten Einer verstehe, die Situation richtig zu erfassen und klar in der Darstellung zu sein, worauf es bei Informationen doch hauptsächlich ankomme. Kurz, Beust war plötzlich wieder einmal des Lobes voll für seinen Sectionschef, und als ich über diese Unterredung mit Beust Hofmann berichtete, strahlte sein Gesicht förmlich vor Freude.

»Ich weiss es,« bemerkte er unter Anderem, »dass mir Beust gut gesinnt ist, er hat mir erst vor einigen Tagen den deutlichsten

Beweis dafür geliefert, als sich ein Botschafter über mich beklagte und erklärte, dass er mich nie mehr aufsuchen wolle. Beust erwiderte darauf kurz: »Das kann ich nicht ändern, aber die Versicherung kann ich Ihnen geben, dass Hofmann einer der pflichtgetreuesten Beamten ist, und dass ich in ihn das unbedingte Vertrauen setze.«

War dieses Vertrauen gerechtfertigt? Die folgenden Ereignisse werden darauf bestimmte Antwort geben.

Frictionen.

Mit einer Zähigkeit, die so ganz und gar gegen seine Natur war, hielt Freiherr von Beust an der Idee der Bildung eines Süddeutschen Bundes unter Führung Oesterreichs fest. Nicht die ablehnende Haltung seiner ministeriellen Collegen diesseits und insbesondere jener der anderen Reichshälfte gegenüber dieser Frage, nicht die Warnungsrufe der Presse aus fast allen Lagern, nicht der Eindruck der Volksstimme, die bei jedem nur denkbaren Anlass den Wunsch nach Erhaltung des Friedens zum entschiedensten Ausdruck brachte, nicht die Enttäuschung, die das Schützenfest brachte, auf welches — wie ich das in früheren Abschnitten dieses Buches in ausführlicher Weise dargethan habe — Beust viele Hoffnungen gesetzt hatte, nichts konnte den Reichskanzler bestimmen, seine Idee aufzugeben, dass in Deutschland ein Dualismus geschaffen werden müsse, dass Oesterreich unter den süddeutschen Staaten dieselbe Rolle zugewiesen werden müsse, wie sie sich Preussen im Norden Deutschlands zugetheilt habe. So oft ich die Ehre hatte, von Herrn v. Beust empfangen zu werden — mag der Anlass hiezu von welcher Art immer gewesen sein — stets kam er auf diesen Gegenstand zu sprechen, wiederholt beklagte er sich über die Haltung der österreichischen Presse, die er geradezu als unpatriotische bezeichnete, da er, — wie er sich einmal wörtlich äusserte, — von den in vielfacher Beziehung so gewandten Wiener Publicisten doch nicht annehmen könne, dass sie für den Werth und für die Bedeutung dieser Frage nicht das richtige Verständniss haben sollten.

Am unzufriedensten mit der Haltung der Presse zeigte sich Herr v. Beust, als er wegen einer an die Vertreter Oesterreichs an den Höfen

Süddeutschlands gerichteten Depesche über das Verhältniss Oesterreichs zu den süddeutschen Staaten, seitens der Presse heftig angegriffen wurde. Die Depesche besagte zwar nicht viel Neues. Die österreichische Regierung, hiess es darin, habe gegen die Bildung eines Süddeutschen Bundes »nichts einzuwenden«, es läge sogar ein solcher in ihrem Wunsche; doch wolle die kaiserliche Regierung keinen Schritt thun, der ihr den Vorwurf eintragen könnte, dass sie in dieser Frage eine Initiative ergriffen oder gar etwa Pressionsmittel angewendet hätte. Commentare zu dieser Depesche lieferte die officiöse Presse des Ministeriums des Aeussern, die darauf hinwies, dass in dem Prager Frieden ausdrücklich die Bildung eines Südbundes in Aussicht genommen worden sei, dass es also nirgends »verletzen« könnte, wenn die österreichische Regierung die Sache in die Hand nehmen, sich offen an die Spitze der süddeutschen Staaten stellen und diese zu einem Bunde vereinigen würde.

Wie ein Mann erhob sich die gesammte unabhängige Presse beider Reichshälften, nicht gegen die Auffassung der Officiösen, — diese entsprach wohl dem Geiste des Artikel 4 des Prager Friedens — wohl aber gegen die Anschauung derselben, welche als die der »leitenden Kreise« angesehen werden musste. Beust war, wie erwähnt, ausser sich, als er diese Haltung der Presse gewahr wurde, die zur Beleuchtung seiner Anschauungen auch auf frühere officiöse Stimmen hinwies, als es sich um den beabsichtigten Eintritt eines süddeutschen Staates in den Nordbund handelte, bei welchem Anlasse Beust aus seiner vorsichtigen Reserve herausgetreten war und in einer Depesche an den österreichischen Vertreter bei jenem Staate diesen angewiesen hatte, mit Rücksicht auf die erwähnte Bestimmung des Prager Friedens gegen den Eintritt förmlich Einsprache zu erheben.

Die nationale Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund wurde nämlich nach Artikel 4 des Prager Friedens von einer vorhergehenden Vereinigung derselben abhängig gemacht.

Beust sagte mir damals, und zwar in etwas empfindlich gereiztem Ton: »Wenn mein Collega in Berlin eine gleich unpatrio-

tische Presse gegen sich gehabt hätte, so wäre ihm Manches nicht gelungen, was gegen den Volkswillen unternommen worden ist. Die Aufgabe der Presse ist es meines Erachtens nach nicht, der Ausdruck der öffentlichen Meinung zu sein; sie soll vielmehr die öffentliche Meinung läutern und klären und, wo diese Meinung eine gänzlich falsche ist, darauf besonders aufmerksam machen. Sie muss an Stelle der irrigen Meinung die richtige zu verbreiten suchen. Die Presse ist geschmeichelt, fuhr er fort, wenn man sie eine Grossmacht nennt; sie ist es nicht, wenigstens in Oesterreich nicht, obwohl sie es sein könnte, so gut wie in England oder Frankreich. Sie besässe schon die Macht, Grosses zu leisten, sie schwächt aber ihre Macht, indem sie sich zur Sclavin der öffentlichen Meinung herabwürdigt.«

Ich liess das nicht gelten, bemerkte dagegen, dass die Presse gerade in der letzten Zeit sich vielfach von der öffentlichen Meinung befreit und in Gegensatz zu derselben gestellt hätte, und ich konnte mich da nicht blos auf die Erfahrungen, die doch Se. Excellenz selbst während seiner kurzen Amtsperiode in Oesterreich gemacht haben musste, sondern auch auf seine eigenen Worte berufen, die ich noch gut in Erinnerung hatte; ich konnte darauf hinweisen, dass bei einer der ersten Audienzen, die mir Se. Excellenz zu gewähren die Güte gehabt, die Presse in Oesterreich gerade durch seinen Mund eine ganz andere, geradezu anerkennungsvolle Beurtheilung gefunden hatte. Beust erwiderte:

»Der Vorwurf, dass ich die Bedeutung der Presse geringschätze, dass ich sie nicht achte und beachte, kann mich wahrlich nicht treffen; ich glaube auf keinen Widerspruch zu stossen, wenn ich behaupte, dass kein Minister in diesem Staate jemals auf die Meinung der Presse so viel Werth gelegt hat als ich; ich habe Ihnen das wohl oft genug durch Thatsachen bewiesen, allein gerade deshalb, weil ich ihren Werth und ihre Bedeutung kenne und anerkenne, bin ich vielleicht auch einigermassen berechtigt, auf ihre Schwächen und Fehler aufmerksam zu machen. Die Publicisten in Oesterreich thun es den Candidaten gleich, die, vor ihren Wählern stehend, nicht ihrer eigenen Ueberzeugung Ausdruck geben, sondern,

um diesen zu schmeicheln, nur ihnen zu Gefallen sprechen, selbst dann, wenn ihre eigene Ueberzeugung eine ganz andere ist. Bei Candidaten ist dies noch zu entschuldigen, sie streben das Ziel an, gewählt zu werden, auf eine andere Weise können sie es oft kaum erreichen. Die Presse aber soll unabhängig sein und sich unabhängig von ihren Wahlmännern, das sind ihre Leser, zu machen wissen.« Dass gerade Beust mir das so rundweg ins Gesicht zu sagen wagte, war doch ein starkes Stück!

»Bleiben wir bei dem allgemeinen Gleichniss, Excellenz,« wandte ich ein, ‚dass die Presse eine Grossmacht ist‘. Nun, gibt es eine Grossmacht, die für die Dauer gegenüber der Stimme der öffentlichen Meinung taub sein kann? Keine Grossmacht kann das, sie mag noch so gross und noch so mächtig sein.«

»Gewiss nicht,« fiel der Reichskanzler ein, »wenn die öffentliche Meinung durch die Presse unterstützt wird. Wenn sie ihr in einer gerechten Sache ihre Unterstützung gewährt, wenn beispielsweise das Selbstheil davon abhängt, dann erfüllt sie eben ihre Aufgabe; dort jedoch, wo die öffentliche Meinung eine gegen die Interessen des Staates gerichtete ist, ist es Aufgabe der Presse, aufklärend und belehrend zu wirken. Wir stehen nun vor einem solchen Falle. Die Machtstellung Oesterreichs halte ich durch die Erweiterung des Nordbundes gefährdet. Wir müssen mit den Thatsachen rechnen, die der unglückliche Krieg geschaffen hat; allein die Niederlage unserer Waffen bedingt doch nicht, dass wir in unseren Zugeständnissen noch weiter gehen müssen, als wir sie gezwungener Weise bei Abschluss des Friedens gemacht haben. Damals hat man es uns freigestellt, einen Südbund zu gründen, und nun sollten wir selbst Bedenken tragen, diese freie Bahn zu betreten? Wahrlich, ich würde mich des Vertrauens unseres geliebten Monarchen unwürdig zeigen, wenn ich eine andere Politik als jene befolgte, die uns selbst von unseren Gegnern als erlaubte bezeichnet wurde; wenn ich trotz des Wegweisers, der mir die richtige Bahn bezeichnet, einen Seitenweg einschlüge; ich wiederhole, ich wäre des Vertrauens meines gütigen Kaisers unwürdig und ich würde mich auch vor meinen Collegen schämen.«

»Gestatten mir nur Eure Excellenz die Frage, weshalb dann — wenn die politische Richtung, die Euer Excellenz einzuschlagen für nothwendig, dem Staate nützlich und für seine Machtstellung förderlich erklären — einige ihrer ministeriellen Collegen, deren patriotische Gesinnung doch über alle Zweifel erhaben ist, gerade in der Frage der dualistischen Gestaltung Deutschlands so ganz entgegengesetzter Ansicht sind und eine von Oesterreich ausgehende Action so entschieden perhorresciren, ja darin sogar eine Gefährdung der österreichischen Verhältnisse erblicken?«

»Weil sie keine äussere Politik zu machen haben«, warf Graf Beust rasch ein, »womit ich diesen beileibe nicht die Fähigkeit absprechen will, sie machen zu können, wenn sie dazu berufen würden; allein gewiss ist, dass je nach deren Standpunkt auch der Gesichtskreis ein anderer ist! Ich bin nun einmal berufen, die Verhältnisse der Monarchie nach Aussen hin zu gestalten, wie ich dies für ihre Interessen am geeignetsten halte, und ich handle nach meiner Ueberzeugung, nach meinem besten Wissen und Gewissen!«

Die interessante Unterredung wurde durch den Eintritt des Baron Hofmann unterbrochen, der den Minister offenbar eine wichtige Mittheilung zu machen hatte, da mich Beust entschuldigend mit den scherzhaften Worten verabschiedete: »Nun habe ich, der Nichtjournalist, dem Journalisten ein Privatissimum über die Aufgabe und den Beruf der Presse gegeben, hoffentlich werden Sie mir nicht dafür eine ‚Lection‘ ertheilen.«

Das Wesentlichste aus dieser Unterredung wurde von mir seinerzeit in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« veröffentlicht. Vorher noch hatte ich eine Karte von Hofmann erhalten, der mich im Auftrage Sr. Excellenz ersuchte, für den Fall, als ich Etwas aus der Audienz mitzutheilen die Absicht hätte, dies mit der nöthigen Reserve zu thun. Er für seine Person fügte noch bei, dass es sich empfehlen würde, ihm die Correspondenz vor Absendung vorzulegen. Ich that dies nicht. Für eine solche Censur fand ich keinerlei Veranlassung. Die »nöthige Reserve« habe ich beobachtet, indem ich all das, was Beust von der Presse und über die Presse im Allgemeinen sowie über die österreichische Presse insbesondere mir gesagt

hatte, unerwähnt liess und nur über den Kern der eigentlichen politischen Frage, also nur darüber berichtete, was Beust mir über sein Verhalten zur Gestaltung Deutschlands mit Beziehung auf die Bildung des Süddeutschen Bundes mitzutheilen für gut befunden hat.

Indess, trotz aller Reserve, die ich auch in dieser Beziehung beobachtet, rief doch meine Correspondenz einen Sturm von Angriffen gegen Beust hervor. Die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« druckte fast wörtlich den »Wiener Brief« ab und versah ihn mit für Beust wenig schmeichelhaften Glossen; er wurde darin als ein »politischer Abenteurer« bezeichnet, der ein gefährliches Spiel treibe, den österreichischen Staat in eine gefahrvolle Bahn lenke, und zwar nicht in irriger Auffassung der staatlichen Interessen, vielmehr aus rein persönlichen Motiven, und zwar aus blossem Hass gegen die leitenden Persönlichkeiten der preussischen Monarchie.

Selbstverständlich blieben diese Angriffe nicht unerwidert. Der ganze Heerban der Officiösen wurde aufgeboten, um diese »ungerechtfertigten Beschuldigungen« und »masslosen Verdächtigungen« zurückzuweisen. Ganz eigenthümlich muthete es mich hiebei an, als ich in zahlreichen officiösen Correspondenzen zu lesen bekam, dass die Mittheilungen in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« blos »Hirngespinste« seien, Erfindungen eines Correspondenten, der offenbar seine politischen Nachrichten nur »von der Strasse holt, wo ähnliche Abfälle vielfach zerstreut herumliegen und nicht einmal von den heisshungrigsten Leuten aufgelesen werden«.

Es war hier schwer, darauf etwas zu erwidern. Die Wahrheit zu sagen, lag nicht im Interesse, auch hatte ich das Versprechen gegeben, keineswegs die Quelle zu verrathen, aus der ich geschöpft. Andererseits fühlte ich doch die Nothwendigkeit, schon im Interesse der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« gegen die Angriffe etwas zu sagen, sie nicht ganz unerwidert zu lassen. Ich verfügte mich also ins Ministerium, sprach dort bei Herrn Baron Hofmann vor und verlangte von ihm in nachdrücklichster Weise, dass er etwas in der Sache thue, indem ich erklärte, dass ich mir, wenn ich nicht vom Pressbureau aus Genugthuung erhalten würde, diese mir selbst verschaffen müsste und meine Quelle sodann ohne Weiteres nennen

würde. Hofmann legte jedoch der Sache geringen Werth bei. Er begreife gar nicht, gab er mir zur Antwort, dass mich solche Angriffe erregen können, nachdem ich doch wisse, woher sie kämen; und als ich auf die »Deutsche Allgemeine Zeitung« verwies, der gegenüber ich doch Verpflichtungen hätte, beruhigte mich Hofmann damit, dass ich in den nächsten Stunden schon volle Genugthuung erhalten werde, und zwar, wie er mit einer gewissen ironischen Betonung hinzufügte, von einer Seite, deren Autorität gewiss auch die »Deutsche Allgemeine Zeitung« anerkennen werde.

Auf mein weiteres Andrängen, meine Neugierde zu befriedigen und mir die »Autorität« zu nennen, erwiderte Hofmann: »Nun denn, ist Ihnen der König Albert von Sachsen Autorität genug?«

Ich verstand nicht recht, was Hofmann damit meinte, erhielt jedoch, ohne erst viel fragen zu müssen, die Aufklärung, dass der König von Sachsen sich mit einem besonderen Schreiben an den Grafen Beust gewendet habe, dessen Inhalt vorläufig noch ein Geheimniss, in einigen Tagen bekannt werden dürfte, und der derart sei, dass ich unter Berufung darauf die Angriffe der Officiösen leicht werde zurückweisen und vollkommen werde entkräften können.

Nachdem Hofmann ausdrücklich erklärt hatte, dass das königliche Schreiben »vorläufig« geheim gehalten, aber doch »bald« werde seinem wesentlichen Inhalte nach verlautbart werden, drang ich nicht mehr in ihn, mir denselben bekanntzugeben, und das umsoweniger, als ich ja Hofmann kannte und wusste, dass er, wenn er die Absicht gehabt hätte, das »Briefgeheimniss« zu enthüllen, er es ohne alles Ersuchen von selbst gethan haben würde. Der Zufall fügte es jedoch, dass ich schon am zweitnächsten Tage von dem Inhalt des königlichen Briefes Kenntniss erhielt, und zwar von keinem Andern als vom Grafen Beust selbst, der zwar nicht mit mir direct, doch in meiner Anwesenheit mit Dr. Giskra darüber sprach. Freilich war die Auffassung, die Beust von dem Inhalt des Schreibens zum Besten gab, nicht die Richtige, eine rein willkürliche. Er hatte ihn offenbar absichtlich entstellt und demselben eine Deutung unterschoben, die eben seinem Zwecke am besten entsprach, was ich

übrigens erst bei einer späteren Gelegenheit erfuhr, einige Tage nach dem hier angedeuteten Gedankenaustausch zwischen Beust und Giskra. Beust erzählte nämlich lächelnd und scheinbar in guter Laune, dass sein geliebter König Albert die Vermittlung übernommen habe, ihn mit Bismarck zu versöhnen, und zwar vermuthe er, dass dies auf Veranlassung Bismarck's geschehen sei. Sein (Beust's) entschiedenes Auftreten in der Frage der Bildung des Süddeutschen Bundes, sein energisches Veto, das er den Leitern jener Staaten zugerufen, die nicht übel Lust gezeigt hatten, selbstständig dem Norddeutschen Bunde beizutreten, durchkreuze die Pläne seines Berliner Collegen, und der möchte wohl gerne eine scheinbare Aussöhnung herbeiführen, um dann unbehindert seine Politik machen zu können. Dazu werde man ihn aber niemals bewegen können, weder Bismarck noch sein guter König Albert, dem er bereits in einem unterthänigsten Handschreiben die nöthigen Aufklärungen gegeben habe.

Das war nun freilich Wasser auf meine Mühle. Nun konnte ich mit vollster Ignorirung der Angriffe wie der lächerlichen Ausführungen der Officiösen mich auf einen klassischen Zeugen — auf Herrn von Beust und auf die Correspondenz — berufen, die zwischen ihm und dem König von Sachsen stattgefunden, und mit Bezug darauf hinweisen, dass ich aus guter und lauterer Quelle geschöpft habe, als ich über die Absichten des Herrn von Beust berichtete. Meine Mittheilungen über den Inhalt des königlichen Schreibens, die gleichbedeutend waren mit den Angaben Beust's, riefen jedoch wieder energische Dementis hervor. Diesmal waren sie wohl berechtigt. Besagtes Schreiben lautete eben wirklich ganz anders. Im Gegensatz zu der Beust'schen Auffassung wurde nämlich in ganz officieller Form dementirt, dass Bismarck irgend Jemanden, am allerwenigsten den König von Sachsen, angegangen hätte, eine Vermittlung zwischen ihm und Beust zu übernehmen; schon ganz ausgeschlossen sei dies durch die Stellung Bismarck's, die Stellung eines Ministers zu einem regierenden Fürsten. Ganz abgesehen von der Unschicklichkeit des ganzen Vorfalles, dass ein Privatschreiben eines Königs an seinen früheren Minister von diesem der Oeffentlichkeit preisgegeben werde, beweise

dieser unqualificirbare Vorgang nun wieder, dass — wie es fast wörtlich in dem scharfen Dementi weiters hiess — der Kaiser von Oesterreich einem Staatsmanne sein Vertrauen zugewendet, der sich dessen bei jedem Anlasse als ganz unwürdig zeige.

Dieser Hieb sass fest. Man kann sich kaum eine Vorstellung von der gereizten Stimmung machen, in welche jenes Dementi Beust versetzt hat, und hätte ich in Giskra nicht einen Zeugen gehabt, der bestätigen konnte und musste, dass ich mir erstens keinen Vertrauensmissbrauch habe zu Schulden kommen lassen, indem ich das verlautbarte, was Beust über den Inhalt des königlichen Schreibens mitgetheilt habe, und dass ich zweitens mich fast wörtlich an die Mittheilungen des Empfängers des Schreibens gehalten, ich hätte ganz gewiss nicht nur die herbsten Vorwürfe über mich ergehen lassen müssen, Beust hätte zweifelsohne wieder seinen ganzen Pressapparat gegen mich aufgeboten, und der Inhalt meiner diesbezüglichen Correspondenz wäre »als ganz aus der Luft gegriffen«, für eine »Erfindung« erklärt worden.

Das Klügste, was Beust diesmal thun konnte, war zu — schweigen. . . . . . .

Nach Wochen erst hatte ich wieder einmal das Vergnügen, vom Grafen Beust angesprochen zu werden. Es war dies auf dem Concordia-Ball, auf dem Balle, welchen die Journalisten und Schriftsteller Wiens zu Gunsten des von ihnen gegründeten Pensionsfondes alljährlich veranstalten.

Unter den sogenannten Elite-Bällen zählte zu jener Zeit (1869) der Ball der Concordia unstreitig zu den vornehmsten und glänzendsten. Hier versammelte sich in den früheren Jahren in der That die Elite der Wiener Gesellschaft, hier gaben sich ein Rendezvous: die Minister, die Vertreter der fremden Mächte, die Spitzen der Civil- und Militärbehörden, die Männer der Wissenschaft, die Vertreter der Kunst auf allen Gebieten, unter diesen selbstverständlich die Koryphäen der Theater, der Hoftheater sowohl wie der Vorstadtbühnen; kurz Alles, was nur einen Namen hatte, erschien alljährlich bei dieser Veranstaltung der Concordia. Die Einen kamen um zu sehen, die Andern um gesehen zu werden. Die Einen übten acte

de présence aus zu Ehren der Vertreter der Presse, die Anderen zur Befriedigung ihrer eigenen Eitelkeit; die Einen glaubten durch ihr Erscheinen einen Theil der Dankesschuld abtragen zu müssen für im Laufe des Jahres ihnen gegenüber bewiesenes Wohlwollen, die Anderen wieder hofften, persönliche Beziehungen anknüpfen zu können, von denen sie sich — wenn es auch nicht immer zutraf — einen gewissen Vortheil versprachen, einen Anspruch auf grössere Beachtung oder minder strenge Beurtheilung ihrer künstlerischen Leistungen. Vielfach waren es auch die Damen vom Theater, die ihren Stolz darein setzten, durch die Pracht ihrer Toiletten und durch kostbaren Schmuck zu glänzen. Für diese war der Concordia-Ball schon Wochen vorher ein Ereigniss, welches jedes Andere in den Hintergrund drängte. In den Kleidersalons fanden förmliche vertrauliche Besprechungen und Verschwörungen statt. Da Eine in der Originalität ihrer Robe die Andere überbieten wollte, wurde der Kleiderkünstlerin zuweilen volle Verschwiegenheit zur Pflicht gemacht, und ein nimmer zu sühnender Verrath wäre es gewesen, eine zweite ähnliche Toilette anzufertigen. Die Stoffe wurden aus Paris geholt und mit schwerem Gelde bezahlt. Der Preis für eine solche Toilette war Nebensache, die Hauptsache die Originalität, der Chic. Eine jede Ballbesucherin für sich wollte Bewunderung erregen. So war der Concordia-Ball viele Jahre hindurch das glänzendste Fest der Residenz und gestaltete sich zu einer wahren Augenweide. Die Pracht dieses Festes wurde noch erhöht durch die bunten Uniformen der hohen Staatswürdenträger, die, zumal galt dies bei den Spitzen der Militärs, en pleine parade erschienen waren, die Brust geschmückt mit den höchsten Ordenszeichen.

Graf Beust war gleich im ersten Jahre seiner Amtswirksamkeit in Wien ein Protector des Concordia-Balles. Auf seine warme Fürsprache hin, spendete der Kaiser einen hohen Betrag der »Concordia«, und dem Beispiele des Monarchen folgten dann die Mitglieder der Aristokratie, die Vertreter der fremden Mächte, die Finanziers und die Matadoren an der Börse. In dem ersten Jahre nach dem Ausgleich mit Ungarn stand Beust im Mittelpunkt des Interesses. Unter all den vielen Würdenträgern, die da erschienen waren, war er Derjenige, der zumeist die Aufmerksamkeit der Gäste auf sich

lenkte und dessen Bekanntschaft zu machen sich Alle drängten, denen diese Ehre noch nicht zu Theil geworden war. Man beobachtete sein Thun und Treiben, man verfolgte ihn mit den Augen, man schätzte sich glücklich, von ihm angesprochen worden zu sein; alles an ihm erschien den Leuten interessant: sein freundlicher, kluger Blick, sein gemüthlicher sächsischer Dialect, sein liebliches Lächeln, sein sympathisches Wesen, ja selbst seine Füsse erregten Bewunderung, zum Theile auch sogar den Neid so mancher Dame, denn er hatte in der That so kleine Füsschen, wie sie bei Männern zu den grössten Seltenheiten gehören. Seine Beschuhung zeigte, dass er sich dieses Vorzugs sehr gut bewusst war; er verwendete nämlich, wie man auf den ersten Blick sehen konnte, eine ganz besondere Sorgfalt auf die Chaussure. Bei jedem festlichen Anlasse erschien er in so glänzenden Stiefletten, dass man sich darin hätte spiegeln können.

Der Concordia-Ball im Jahre 1869 war unstreitig einer der glänzendsten unter allen ähnlichen Veranstaltungen der Journalisten und Schriftsteller Wiens. War es schon an und für sich interessant, die Bürgerminister zum erstenmale öffentlich mit ihrem Ordensschmuck zu sehen, so war noch mehr ein anderes Ereigniss geeignet, diesem Balle einen ganz besonderen Glanz zu verleihen. Gleichfalls zum erstenmale waren nämlich diesmal Mitglieder des kaiserlichen Hauses, die Erzherzoge Albrecht und Wilhelm mit ihrem ganzen Gefolge, auf dem Balle erschienen. Diese Ehrung der Concordia verdankten die Journalisten wieder nur dem Grafen Beust, seiner Intervention bei dem Kaiser. Es hatte dies kein geringes Aufsehen gemacht; Beust selbst war nicht wenig stolz auf diesen Erfolg. Als er meiner ansichtig wurde, drängte er sich durch die Menge hindurch, schritt direct auf mich los und begrüsste mich in fast ostentativ freundlicher Weise. Er hatte offenbar die Empfindung, dass er mir eine gewisse Genugthuung schuldig sei für die unberechtigten Angriffe, die ich durch die Officiösen zu erdulden hatte. Er deutete dies auch im Laufe des Gespräches an. Lächelnd bemerkte er unter Anderem: »Unsere Haut ist noch ganz wund von den Nadelstichen, die man uns in den letzten Wochen beigebracht, aber ich hoffe,

dass Sie ebensowenig empfindlich sein werden als ich es bin. Ein bischen Kampf erhöht den Reiz des Lebens.« Nebenher versicherte er mir, dass sein Pressbureau für die »unzarte« Behandlung nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er habe sich durch eingeholte Informationen die volle Ueberzeugung verschafft, dass andere »gute Freunde« die ganze Polemik auf eigene Faust geführt hätten, was ich wohl um so eher glauben werde, da ich ja wissen müsse, dass die leitenden Persönlichkeiten des Pressbureaus mir sehr zugethan seien*) und also schon aus persönlichen Rücksichten nicht Informationen und Instructionen ertheilen würden, die gegen mich gerichtet wären. Ich versicherte den Minister, dass die »Nadelstiche« keine weitere Verletzung zurückgelassen hätten, konnte aber doch nicht unerwähnt lassen, dass ich bei dem sonst guten Einvernehmen, das zwischen den leitenden Männern des Pressbureaus und mir, dem unabhängigen Journalisten, seit Jahren bestehe, voraussetzen durfte, dass man unberechtigte Angriffe in officiöser Form zurückweisen werde. Damit war die ganze persönliche Angelegenheit erledigt. Beust lobte hierauf die Herrlichkeit des Festes und bemerkte dabei anscheinend nur so nebenher, dass, obschon das Erscheinen der Mitglieder des kaiserlichen Hauses sein Werk sei, er es doch nicht für angezeigt hielte, dies in dem Berichte besonders hervorzuheben; gleichzeitig fügte er jedoch hinzu, dass er es gleichwohl dem bewährten Tacte der Journalisten anheimstelle, ob nicht denn doch und in welcher Weise davon Erwähnung geschehen sollte.

Als ich mit Beust den Saal durchschritt, gesellte sich zu uns ein junger Cavalier, den Herr v. Beust als Attaché der russischen Botschaft, Herrn v. T. . . . . ., vorstellte. Ich hatte diesen jungen Diplomaten vorher schon öfter in einer Loge des Carl-Theaters und wiederholt in Gesellschaft einer damals allgemein gefeierten Operetten-Sängerin gesehen. Officiell war ich ihm bisher noch nicht vorgestellt worden. Die Gelegenheit, seine Bekanntschaft machen zu können,

*) Eine Anspielung auf eine Anregung des Herrn von Falke, des eigentlichen Chefs des Pressbureaus, die den Zweck hatte, mir eine besondere Anerkennung zu verschaffen.

kam mir sehr erwünscht. T .... genoss in der Wiener Diplomatie einen ausgezeichneten Ruf. Man rühmte ihm allgemeine Bildung, ausserordentliches Talent für seinen Beruf und vortreffliche gesellschaftliche Formen nach. Allgemein hiess es, er stehe dem Czaren sehr nahe, man sprach sogar von sehr nahen verwandtschaftlichen Beziehungen T.'s zu demselben. Dass er ein Liebling des russischen Hofes sei, stand ausser allem Zweifel. Die Thatsache allein sprach schon dafür, dass es ihm, obschon in bescheidener Stellung, gestattet war, dem Czaren persönlich, und zwar über den Kopf des Botschafters hinweg, geheime Berichte zuzusenden, Etwas, was anfänglich nur gerüchtweise verlautete, später aber als vollkommen richtig, nicht einmal mehr, wie vorher, von seinem Chef bestritten wurde. T .... war, bezüglich seines Verhältnisses zur Presse und seines Umganges mit deren Vertretern, ein kleiner Beust. Auch er bediente sich ihrer in wichtigen wie minderwichtigen Angelegenheiten; er hatte im Botschafterhotel über der Wohnung des Botschafters seine Privatwohnung zu einem förmlichen Pressbureau eingerichtet, wo Journalisten, und zwar, was ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient, auch unabhängige, ein- und ausgingen, dort ihre Informationen holten, nicht blos über Vorgänge in Russland und solche, welche irgendwie diesen Staat berührten, auch über politische Verhältnisse und Strömungen im Allgemeinen. T .... zeigte sich da stets entgegenkommend; waren doch die Nachrichten, die er gab, die einzige Belohnung die er den ihm befreundeten Journalisten für Gefälligkeiten zu geben vermochte, welche er allerdings nur sehr selten für sich in Anspruch nahm. Die Vorstellung durch Beust kam mir sehr erwünscht, und ich war erfreut, dass es gelegentlich derselben nicht blos beim Austausch einiger üblichen Redensarten blieb, dass mich vielmehr T. einlud, in seiner Gesellschaft den Abend zu verbringen. Ich hatte da Gelegenheit, ihm näher zu kommen und eine für meinen Berufszweck sehr förderliche Beziehung anzuknüpfen.

Ich werde des Herrn v. T.... noch oft zu erwähnen haben.

Die obligatorische Civilehe.

Nur einem kleinen Häuflein Berufspolitiker dürfte noch in Erinnerung sein, dass sich das österreichische Parlament eine Zeit lang mit der Frage der Einführung der obligatorischen Civilehe befasst hat; — eine Zeit lang wohl, doch nicht lange Zeit. Kaum dass die Frage aufgetaucht war, verschwand sie wieder. Sie rief keine Begeisterung, ja nicht einmal ein besonders reges Interesse im Publicum wach. Die Parteien im Parlamente fanden keinen Anlass, sich über diese Frage sehr zu erhitzen, und wie dies sonst bei wichtigen Fällen geschieht, ihren Parteistandpunkt mit besonderer Wärme und Energie zu vertreten und zu verfechten, und was schliesslich die Regierung anbelangt, so wusste auch sie den ihr lästigen Ballast bald abzuschütteln. Still und in aller Ruhe wurde die Frage der Einführung der obligatorischen Civilehe aufgeworfen, und ruhig und klanglos wurde sie wieder zu Grabe getragen, ohne alle Gemüthserschütterungen und Gemüthsbewegungen.

Doctor Sturm war es, der im Hause der Gemeinen in der zweiten Hälfte des Monates Jänner 1869 einen Gesetzentwurf bezüglich der Einführung der obligatorischen Civilehe vorlegte.

Die Vorlage wurde einem besonderen Ausschuss zur Berathung zugewiesen. Der ersten Sitzung dieses Ausschusses wohnten seitens der Regierung der Cultus- und Unterrichtsminister Dr. Hasner und der Justizminister Dr. Herbst bei.

Ueber die Erklärungen, welche die beiden genannten Minister im Ausschusse abgegeben haben sollen, brachten am nächstfolgenden Tage die Journale nur kurze Berichte, da die Minister den Wunsch ausgesprochen hatten, dass ihre Mittheilungen discret behandelt werden mögen. Diese Berichte gaben kein eigentliches Bild von den Vorgängen im Ausschusse, und auch ihre Richtigkeit wurde officiöserseits bestritten. Es war nämlich mitgetheilt worden, die beiden obgenannten Minister hätten sich sofort mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung der obligatorischen Civilehe ausgesprochen, und zwar mit der Motivirung, dass ein solches Gesetz »mit dem Volksbewusstsein in Oesterreich im Widerspruch stehe«.

In meiner Mappe findet sich noch ein Schreiben des Justizministers Dr. Herbst vor, welches, auf den verlautbarten Ausschussbericht Bezug nehmend, gleichfalls die Mittheilungen desselben als unrichtig bezeichnet.

Das kurze Schreiben lautet:

»Ich lese in mehreren Journalen einen Bericht über die gestrige Ausschusssitzung, der in seinen wesentlichen Theilen im Widerspruch mit den thatsächlichen Vorkommnissen steht. Weder habe ich mich, noch hat sich mein College Dr. Hasner gegen die Einführung der obligatorischen Civilehe ausgesprochen. Im Gegentheile, ich sprach mich principiell dafür aus. Sollten Sie etwas Näheres darüber zu erfahren wünschen, so bin ich gerne bereit, Ihnen im Rahmen der Zulässigkeit einige Auskünfte zu ertheilen.«

Herbst.

Ich folgte selbstverständlich noch im Laufe desselben Tages dieser Einladung.

Dr. Herbst empfing mich in seinem Bureau im Justizministerium. Ich erhielt von ihm folgende Informationen:

Die Regierung habe, nachdem sie vorausgeschickt, dass sie principiell für den Sturm'schen Gesetzentwurf sei, sich doch gegen ein sofortiges Eingehen in die Debatte darüber aus mehrfachen Gründen aussprechen müssen. Erstens stehe das Gesetz im Widerspruche mit dem religiös-katholischen Gewissen der Bevölkerung. Ein Bedürfniss für die sofortige Einführung desselben liege weiters auch nicht vor; dagegen erscheine es aus taktischen Gründen zweckmässig.

den Agitationen der clericalen Partei, die seit Erlassung der Maigesetze fortgesetzt in heftigster Weise betrieben werden, nicht neuen Nahrungsstoff zuzuführen, dem Clerus nicht neue Verbündete zu verschaffen, ihm nicht ein neues Feld für seine rücksichtslose Kampfesweise zu eröffnen. Man müsse ferner auch, bemerkte Dr. Herbst weiter, die Bevölkerung zur Ruhe kommen lassen, ihr Zeit lassen, durch ruhige Ueberlegung zu dem Bewusstsein zu gelangen, dass alles das, was bislang geschehen ist, nicht als ein Eingriff in die Rechte der Kirche, nicht als eine Verletzung der Religion und des Glaubens betrachtet werden könne, sondern dass man nur dem Staate geben wolle, was des Staates sei, dass man nur dem Bürger zu seinen bürgerlichen Rechten verhelfen wolle. Zu diesem vollen Bewusstsein könne jedoch die Bevölkerung erst mit der Zeit gelangen; vorläufig sei man noch weit davon entfernt, und die Regierung glaube in Erwägung alles dessen von der Einführung der obligatorischen Civilehe abrathen zu sollen.

Auf meine Bemerkung, dass ja die Debatten über die interconfessionellen Gesetze eine Bewegung in der Bevölkerung zu Gunsten derselben hervorgerufen, welche laut genug gezeigt hätte, dass die Mehrheit der Bürger bereits zu dem angedeuteten politischen Bewusstsein gelangt sei, erwiderte Dr. Herbst: die Bevölkerung von Wien und der intelligentere Theil der Bürger anderer Städte sei da nicht massgebend; hier käme es mehr auf die grosse Majorität der mindergebildeten, der wenig selbstständig denkenden Menschen an, auf die, wie bekannt, die Geistlichkeit den mächtigsten Einfluss habe. Dieser grossen Masse dürfe man nicht allzuviel zumuthen, ihr katholisches Gewissen nicht belasten.

Ich fand bei dieser Auseinandersetzung Herbst in ziemlich erregter Stimmung. Er war insbesondere auf Dr. Sturm schlecht zu sprechen. Es habe dieser, wie Herbst ausdrücklich erwähnte, der Regierung offenbar nur Verlegenheiten bereiten wollen. Sonst wüsste er es sich nicht zu erklären, weshalb man an die Ausarbeitung eines so wichtigen Gesetzentwurfes gegangen sei, ohne sich früher mit der Regierung ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Dies wäre doch der einzig richtige parlamentarische Vor-

gang gewesen. Eine Regierungspartei dürfe nie selbstständig vorgehen, zumal nicht in einer wichtigen principiellen Frage. Es sei also sehr bedauerlich, dass diese parlamentarische Pflicht von Dr. Sturm gänzlich ausser Acht gelassen worden sei. Hätte man die Regierung von dem, was ein Theil ihrer Partei beabsichtigte, vorher in Kenntniss gesetzt, so wären ihr und der Partei viele Unannehmlichkeiten erspart geblieben. Der ganze Vorgang des Dr. Sturm und seines Anhanges mache deshalb auf ihn den Eindruck, dass man der Regierung absichtlich Verlegenheiten bereiten wollte. Er habe sich zwar darüber im Ausschuss nicht näher ausgesprochen, im Schosse der Regierung sei jedoch diese Ansicht die herrschende.

So liberal wie Herr Dr. Sturm, bemerkte Herbst gereizt, sei auch er und seien auch noch andere Mitglieder des Cabinets. Er für seine Person sei zwar auch für die Einführung der obligatorischen Civilehe. Er habe dies ausdrücklich im Ausschusse betont, gleichzeitig habe er aber die Gründe dargelegt, welche es der Regierung d e r z e i t als nicht räthlich erscheinen lassen, die Frage zur Verhandlung zu bringen. Heute mit neuen Gesetzen zu kommen, welche als ein Eingriff in die Rechte der katholischen Kirche gedeutet werden könnten, hiesse nur jene Agitation verstärken, welche der Regierung ohnehin schon Unannehmlichkeiten genug bereite.

Wollte man sich jedoch auch über all das hinwegsetzen, so lägen noch ganz andere Gründe für die Regierung vor, sich gegen ein derzeitiges Eingehen in die Berathungen über eine so wichtige Frage auszusprechen. Im vertraulichen Wege hätte die Regierung gern darüber die nöthigen Aufklärungen gegeben, und man hätte sie dann nicht in eine schiefe Position nach oben wie nach unten gebracht.

Auch über diese »andern Gründe« sprach sich Dr. Herbst mit aller Offenherzigkeit aus. Die Regierung habe — so theilte mir Dr. Herbst unter Discretion mit — Grund anzunehmen, dass, wenn keine weiteren Eingriffe in die Rechte der katholischen Kirche versucht werden, der Clerus seine Opposition gegen die Maigesetze aufgeben würde. Durch den Mund eines der hervorragendsten Vertreter des Clerus und der clericalen Partei seien nämlich der Regierung ähnliche Andeutungen gemacht worden, und um des lieben

Friedens willen und um endlich auch Zeit für andere wichtige Arbeiten zu gewinnen, sei es zweckmässig, dieses Entgegenkommen entsprechend zu würdigen, die dargebotene Hand der Versöhnung nicht zurückzuweisen.

Ich erlaubte mir hierauf die Bemerkung, dass eine solche Zusage doch kaum mehr als eine akademische Bedeutung habe, und dass es der Regierung ganz gleichgiltig sein könne, wie sich der Clerus fernerhin gegen die Maigesetze benehme, nachdem sie nun einmal in Gesetzeskraft erwachsen sind und als Gesetze beachtet werden müssen, wogegen es doch im Interesse des Liberalismus läge, auf dem eingeschlagenen Weg weiter fortzuschreiten und die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat nach jeglicher Richtung hin zu regeln.

Dr. Herbst erwiderte:

»Ja, glauben Sie denn, dass die Parlamente ihre Zustimmung zur Einführung der obligatorischen Civilehe geben würden? Ich sage Ihnen, es ist dies bezüglich des Abgeordnetenhauses schon zweifelhaft, die Majorität im Herrenhause aber wäre gewiss nicht dafür zu gewinnen.«

Ich erwähnte hiebei des einige Tage vorher stattgehabten Pairsschubs mit dem Beifügen, dass es doch anzunehmen sei, das Ministerium habe deshalb für das Herrenhaus zwanzig neue Pairs ernennen lassen, weil es sich für alle späteren Vorlagen auch die Majorität im Herrenhause sichern wollte.

»Da sind Sie im Irrthume«, entgegnete Dr. Herbst. Er begründete dies, soweit aus meinen Aufzeichnungen hervorgeht, in beiläufig folgender Weise:

»Ich bemerke vor Allem, dass ich kein ausgesprochener Freund dieses constitutionellen Behelfes bin; man sollte eigentlich nur in den dringendsten Fällen zur Ernennung neuer Pairs aus solchen Gründen schreiten. Was heute eine liberale Regierung thut, kann morgen von einem reactionären Cabinet geschehen, und es entsteht dann ein einfaches Spiel mit Majoritäten. Der Pairsschub, der diesmal auf Anrathen der Regierung stattgefunden, hat durchaus nicht die Bedeutung, die man ihm in der Presse beilegt; die Vermehrung der Zahl der

Herrenhausmitglieder geschah nicht, um die Majoritat im Herrenhause zu verstärken, sondern aus ganz anderen Motiven. Das zeigt ja schon die Liste der neuernannten Mitglieder. Man findet darin nicht blos liberale, auch conservative, ja sogar clericale, und am meisten Rücksicht musste man auf die Nationalitäten nehmen.«

Was nun speciell die Einführung der obligatorischen Civilehe anbelange, so sei, wie Herbst versicherte, mit grosser Bestimmtheit anzunehmen, dass das Herrenhaus darauf nie eingehen würde. Schon aus diesem Grunde, meinte er weiter, wäre es zweckmässig gewesen, vorher die Meinung der verschiedenen Parteien, sowohl des Herrenhauses, als auch jener des Abgeordnetenhauses, einzuholen, was leicht durch eine »gemischte Commission« hätte geschehen können.

Allein alle diese Bedenken und Erwägungen treten, wie Herbst weiters bemerkte, vor einer anderen weit wichtigeren Thatsache ganz in den Hintergrund.

Selbst wenn die Gesammtregierung sich einhellig für die Einführung der obligatorischen Civilehe im Sinne des Antragstellers aussprechen würde, wenn der Reichsrath und das Herrenhaus das Gesetz votiren wollten, so wäre ein Factor dafür nicht zu gewinnen — Se. Majestät der Kaiser. Die Regierung habe in dieser Richtung durch den Mund des Ministerpräsidenten-Stellvertreter, Grafen Taaffe, ganz unzweifelhafte Erklärungen und Aufklärungen erhalten. Dieser Umstand sei nun auch für jene Mitglieder des Cabinets massgebend geworden, die von Herzen gerne geneigt gewesen wären, wie es auch ihrer politischen Gesinnung entsprochen hätte, der Sturm'schen Gesetzesvorlage beizustimmen. In Kenntniss dieser schwergewichtigen Thatsache mussten sich jedoch die Männer der Regierung, welche das Vertrauen des Monarchen bislang ungeschmälert geniessen, sagen, dass es zweckmässig sei, ja als eine politische Nothwendigkeit betrachtet werden müsse, nicht neue Aufregungen zu schaffen, heftige Bewegungen in den Parlamentskörpern hervorzurufen, die Stimmungen in der Bevölkerung aufzurütteln mit dem Bewusstsein, dass der Effect, den man zu erreichen beabsichtigte, schliesslich doch nicht zu erreichen sein werde.

Dieses gewiss interessante Detail wurde noch durch eine weitere Mittheilung vermehrt, eine Mittheilung, die nach all dem, was mir Dr. Herbst zu eröffnen die Güte hatte, freilich nur mehr einen nebensächlichen Charakter hatte. Der Justizminister sagte mir nämlich noch, und zwar gleichsam als einen Beweis dafür, dass er principiell für die Einführung der obligatorischen Civilehe wäre, dass, wenn diese Frage trotz alledem, trotz der Bedenken und Erwägungen, durch welche sich die Regierung bestimmt sehe, von einem Eingehen in die Debatte abzurathen, Gegenstand einer solchen werden sollte, er für seine Person dann auch für die Untrennbarkeit einer solchen Ehe eintreten müsste. »Den Protestanten und Juden,« bemerkte er hiebei in seiner sarkastischen Art und Weise, »käme das freilich wenig erwünscht.« Und nun folgte eine interessante Begründung dieser Anschauung. Dr. Herbst gab mir ein förmliches Privatissimum über die Ehe vom kirchlichen, wie vom allgemeinen Standpunkte aus. Er besprach den religiösen, wie den socialen Charakter derselben, was die Ehe für die Kirche und was sie für den Staat bedeute. Er besprach die Verträge im Allgemeinen, wie den Charakter und die Bedeutung der Eheverträge insbesondere. Und in scharf logischer Weise entwickelte er sodann seine Grundsätze bezüglich der Untrennbarkeit der Ehe, die er als den Kernpunkt der obligatorischen Civilehe bezeichnete. Er stehe übrigens, wie er noch ausdrücklich beifügte, mit dieser Ansicht nicht allein. Auch der Cultus- und Unterrichtsminister Dr. Hasner befinde sich da auf seiner Seite, und wenn es einmal Ernst werden sollte mit der obligatorischen Civilehe, so werde die Sturm'sche Gesetzesvorlage, welche jetzt auf die Untrennbarkeit der Ehe kein Bedacht genommen, ganz bestimmt in diesem Sinne geändert werden müssen.

Aus dieser letzten Bemerkung schien hervorzugehen, dass sich die Regierung auch mit der Eventualität vertraut gemacht hatte, dass trotz ihrer positiven Erklärungen der Ausschuss vielleicht denn doch in die Berathung der Vorlage eingehen könnte, für welchen Fall die Regierung entschlossen zu sein schien, durch ihre beiden Mitglieder Dr. Herbst und Dr. Hasner Anträge zu stellen, die so eingreifende Aenderungen der Vorlage nothwendig gemacht

hätten, dass ihre Zurückweisung unbedingt nothwendig geworden wäre.

Der Feldzugsplan der Regierung war nach den Eröffnungen, die mir Dr. Herbst gemacht hatte, somit ganz klar. Zuerst sollten die Erklärungen derselben den Ausschuss veranlassen, dem Hause den Antrag zu stellen, über den Sturm'schen Gesetzesentwurf zur Tagesordnung überzugehen. Sollten jedoch die Regierungs-Erklärungen den beabsichtigten Zweck nicht erreichen, dann waren solche Anträge zu stellen, welche die Berathung des Gesetzes im Hause erst nach langer Zeit möglich machen würden. Die Regierung mochte sich dabei sagen: Zeit gewonnen, Alles gewonnen.

Als ich eine ähnliche Aeusserung Dr. Herbst gegenüber zu machen mir erlaubte, konnte ich aus einigen Bemerkungen des Justizministers entnehmen, dass ich ihn ganz richtig aufgefasst, und er hatte auch durchaus nichts dagegen, dass ich, selbstverständlich mit Hinweglassung jener mir als discret bezeichneter Details, von den mir gewordenen Informationen journalistischen Gebrauch mache; nur wolle er sich noch, wie er hinzufügte, vorher der Zustimmung seines Collegen Dr. Hasner vergewissern, der ja vereint mit ihm im Ausschusse die Regierung vertreten habe.

Nicht wenig erstaunt war ich daher, als mir noch an demselben Tage spät Abends eine Karte des Dr. Herbst zuging, welche das Ersuchen enthielt, über die stattgehabte Unterredung noch Stillschweigen zu bewahren. . . .

Zeit gewonnen, Alles gewonnen!

So war es auch. Der Sturm'sche Gesetzesentwurf kam über das Stadium der Vorberathung nicht hinaus. Er verschied bald nach seiner Geburt, und wurde still und geräuschlos zu Grabe getragen.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Wer hätte damals daran gedacht, dass 25 Jahre nachher dieselbe Frage, die Frage der Einführung der obligatorischen Civilehe wieder zur parlamentarischen Behandlung kommen und eine so mächtige und stürmische Bewegung hervorrufen werde, wie dies thatsächlich der Fall war! Wer hätte daran gedacht, dass sie

eine ganze Nation in grosse Begeisterung versetzen, und dass sich je eine Regierung finden könnte, welche sich mit dieser Frage identificiren und welche erklären werde, mit ihr »zu stehen oder zu fallen«.

Eine ganze Nation!

Jawohl — der ungarischen Nation und ihrer liberalen Regierung war es vorbehalten, allen Bedenken und Schwierigkeiten zum Trotze, die delicate Frage doch wieder aufzuwerfen und sie mit einer Energie und Zähigkeit zu vertreten, die die Aufmerksamkeit der ganzen civilisirten Welt auf sie lenkte. Wer daraus den Schluss ziehen wollte, dass Männer wie Herbst, Hasner und Giskra von minder liberaler Gesinnung waren, als die Staatsmänner der ungarischen Nation, die 25 Jahre nachher zur Führung der Staatsgeschäfte berufen wurden, der würde sich nur eines Trugschlusses schuldig machen. Fünfundzwanzig Jahre mögen im Leben eines Volkes nur eine kurze Spanne Zeit sein, in seiner Entwicklung bildet ein Vierteljahrhundert eine breite, oft sehr bedeutsame Periode. Der Liberalismus vor 25 Jahren glich einer jungen Baumpflanze, die vor jedem, auch minder heftigem Gewittersturme geschützt und gestützt werden musste. Seither ist dieses schwache Bäumchen, trotz aller Versuche es zu beseitigen, widerstandsfähiger geworden, seine Wurzeln haben sich tief in die Erde vergraben, seine Zweige sich weithin ausgedehnt und sein Stamm ist stark und kräftig geworden; ein mächtiger Sturm kann für eine Zeit lang blos das Laub von den Zweigen schütteln, dem Stamm selbst vermag er nichts anzuhaben. Ja, 25 Jahre bedeuten oft sehr viel in der Entwicklung einer Nation!

Persönliche Conflicte — sachliche Differenzen.

Vor Jahren bereits wurde mir von befreundeter Seite ein mit Bleistift beschriebener, aus kleinen, zerissenen Papierschnitzelchen wieder zusammengefügter halber Bogen mit der ausdrücklichen Ermächtigung zur Verfügung gestellt, von dem Inhalte desselben eine Abschrift nehmen zu dürfen. Als ich dies that, dachte ich freilich nicht daran, dass ich jemals von dieser Copie irgend welchen Gebrauch werde machen können, dass sie als verwendbares Material bei einer ernsten Arbeit werde zur Verwendung kommen können. Es ist aber so. Die, wenn auch nur flüchtig hingeworfenen Gedankensplitter, Momentbildern vergleichbar, sind von symptomatischer Bedeutung, insbesondere wenn man die Person kennt, von der sie herrühren, und die Zeitverhältnisse berücksichtigt, unter welchen sie niedergeschrieben worden sind. Sie gewähren uns in ihrer zwanglosen Form und gerade deshalb, weil sie nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, einen interessanten Blick hinter die Coulissen und dienen mit zur Aufklärung ernster Vorkommnisse, die sich später öffentlich abspielten.

Zum näheren Verständnisse jener aphoristischen Sätze muss jedoch folgendes vorausgeschickt werden:

Der Minister des Innern, Dr. Giskra, erhielt (Jänner 1869) vom König von Italien das Grosskreuz des italienischen Kronen-Ordens — »als Vertreter des österreichischen Liberalismus« — wie es im Ordens-Decrete ausdrücklich hiess.

Diese Auszeichnung brachte dem Decorirten viel Verdruss. Seine politischen Gesinnungsgenossen, seine engeren Collegen im Amte

und die Vertreter der liberalen und unabhängigen Presse äusserten sich gleichzeitig und übereinstimmend abfällig darüber, dass der »demokratische« Minister nicht rechtzeitig die ihm zugedachte Auszeichnung abgelehnt habe. Insbesondere sahen sich die Minister-Collegen Giskra's durch die eigenthümliche Motivirung der Ordensverleihung gekränkt und verletzt. Die Einen, die ihren Liberalismus gleichwerthig hielten mit dem ihres Collegen Dr. Giskra, machten ihm den Vorwurf, dass er sich als der alleinige Repräsentant des österreichischen Liberalismus auszeichnen liess, der er doch nicht sei. Die Anderen im Cabinete sahen in dieser Ordensverleihung eine Verletzung der Etikette, indem sie die Ansicht vertraten, dass, wenn schon der König von Italien dem liberalen Princip in Oesterreich seine Anerkennung zollen wollte, er den Cabinetschef hätte auszeichnen müssen, welcher damals Graf Taaffe war.

Alle insgesammt, sowohl die politischen Parteigenossen Giskra's als seine Collegen im Cabinete, wie auch die Vertreter der öffentlichen Meinung, gingen dabei von der Voraussetzung aus, dass Dr. Giskra von der Auszeichnung, die ihm verliehen worden, lange vorher Kenntniss gehabt haben müsse, und dass es ihm somit möglich gewesen wäre, rechtzeitig das zu thun, was er unterlassen hat. Sämmtliche drei Factoren waren auch von der Ueberzeugung durchdrungen, dass der Minister des Aeussern, Herr v. Beust, wenn nicht gar die Sache eingeleitet, so doch gewiss in hervorragender Weise dabei sich betheiligt haben musste; es richtete sich demnach auch gegen ihn ein grosser Theil der Missstimmung.

Diese Missstimmung kam nun in verschiedener Weise zum Ausdruck: Einige der Parteigenossen, die auch sonst in ihrer Form nicht gerade sehr rücksichtsvoll waren, klagten Giskra direct des Treubruches an; sie beschuldigten ihn, dass er seine demokratischen Principien, seitdem er sich auf dem glatten Boden des Hofes bewegt, aufgegeben, und dass er, indem er die Auszeichnung angenommen, aufgehört habe, der Vertreter oder auch nur ein Angehöriger des liberalen Principes zu sein. Bei anderen Parteigenossen kam die Missstimmung darüber in milderer Form zum Ausdruck; am herbsten und entschiedensten sprachen sich die unabhängigen Blätter aus,

allen voran das »Neue Wiener Tagblatt«. Die Redacteure dieses Blattes standen insgesammt in freundschaftlicher Beziehung zum Minister Dr. Giskra, und dass er gerade von dieser Seite energisch angegriffen wurde, traf ihn am empfindlichsten. Wie er sich darüber äusserte, darüber berichte ich noch ausführlich; das bis jetzt Mitgetheilte diene nur zum Verständniss der aphoristischen Sätze, die auf eingangs erwähntem Bogen mit Bleistift hingeworfen erscheinen.

Besagtes Blatt Papier befand sich ursprünglich zur Aufnahme etwaiger Notizen auf dem Tisch im Sitzungssaal des Ministerraths. Ein wichtiger Gegenstand lag zur Berathung vor; es handelte sich um die Frage der Einführung directer Wahlen.

Dr. Giskra hatte das Wort. Während seines Vortrages beschäftigte sich nun ein ministerieller Collega mit der Abfassung einer Reihe satirischer Bemerkungen gegen den Sprecher, die ganz abseits lagen von dem eigentlichen wichtigen Gegenstande der Berathung.

Nicht Alles, was dieser Bogen verzeichnet, lässt sich wiedergeben. Da das Geschriebene, wie erwähnt, nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, wurde auf Form und Inhalt nicht besonders Bedacht genommen; die Gedankensplitter wurden einfach ohne Selbstcensur zu Papier gebracht, und das Geschriebene war in Folge dessen zumeist geeignet, empfindlich zu verletzen.

Nur einige dieser Eindrücke des Moments mögen hier wiedergegeben werden, weil sie, wie bereits erwähnt, symptomatisch sind, charakteristisch für die Stimmung, welche wenigstens bei einem Theile des Cabinets gegen Dr. Giskra herrschte, angeblich weil er sich »als der Vertreter des liberalen Principes« habe auszeichnen lassen:

.... Nun spricht auch der königlich italienische Hofdemokrat für die Wahlreform ...: Seine (wenigen) Haare stehen ihm zu Berge, seine Stirne ist in Falten gelegt, seine Augen leuchten wie funkelnde Sterne, seine Wangen glühen wie brennende Kohlen und von seiner Zunge fliessen die Worte wie ein mächtiger Wasserfall. »Wahrlich ein temperamentvoller Volkstribun, wie er im Buche steht, ein Demokrat — leider in Frack und Ordensband.« ..

* * *

Vom eigenen Herrn gelobt zu sein —
Was ist das?
Doch stellt ein fremder Herr sich ein —
Das ist was.

* * *

Es plant der Brestel jetzt
Den Plan, den ungeheuren,
Ob's nicht von Vortheil wär',
Die Orden zu besteuern.

* * *

Ein schönes, breites Ordensband
Bedeckt am allerbesten
Die Hemden, die nicht rein,
Und angetrenzte Westen.

* * *

Wie dieses Blatt mit all dem, was es noch beleidigenderes und kränkenderes für Dr. Giskra enthielt, zu dessen Kenntniss gelangt war — auch das mitzutheilen, wäre nicht uninteressant.

Ich gehe dieser Versuchung aus dem Wege, weil es ja nicht Aufgabe dieses Buches ist, Pikanterien zu erzählen, für welche sich überdies jetzt nach ungefähr 25 Jahren kaum der Wahrheitsbeweis erbringen liesse. Genug daran, dass Dr. Giskra von diesen beleidigenden und kränkenden Aeusserungen eines seiner Collegen, der ihm politisch am nächsten stand, wenn er auch nie zu seinen ausgesprochen persönlichen Freunden gehörte, Notiz zu nehmen in die Lage kam.

Heftige persönliche Auseinandersetzungen sollen darauf gefolgt, förmliche Untersuchungen eingeleitet worden sein, wieso dieses Blatt Papier abhanden gekommen. Diese Untersuchung soll auch den gewünschten Erfolg gehabt haben — so wurde wenigstens damals in eingeweihten Kreisen erzählt; was wahr daran, auch das lässt sich nicht mit Bestimmtheit angeben.

Ich persönlich hatte seiner Zeit Gelegenheit, mit Dr. Giskra über diesen Vorfall zu sprechen. Seine Stimmung war begreiflicherweise eine überaus gereizte und er gab der Kränkung, die ihm »allseits«, wie er behauptete, widerfahre, den unverhohlensten Ausdruck.

Ich erachte es vor Allem als eine Ehrenpflicht dem Manne gegenüber, der sich Zeit seines Lebens als ein ausgesprochener Freund der Presse bewährte und dem insbesonders ich für vielfache Beweise seines Wohlwollens zum Dank verpflichtet bin, vorauszuschicken, dass die Annahme, Dr. Giskra habe vorher gewusst, welche Auszeichnung seitens des Königs von Italien ihm zugedacht sei, eine ganz irrige war. Nicht nur, dass eine diesbezügliche bestimmte, die falsche Behauptung widerlegende Erklärung Giskra's darüber vorlag, auch diejenigen Factoren, welche die Auszeichnung eingeleitet und dabei mitgewirkt hatten, bestätigen dies in glaubwürdigster Form. Damit allein schon erscheinen die Angriffe, welche Dr. Giskra wegen dieser Ordensverleihung erdulden musste, stark entkräftet. Ihm selbst genügte das jedoch nicht; er ging mit seiner Widerlegung jenen Angriffen noch ernster an den Leib.

Es sei ihm — so äusserte er sich mir gegenüber damals im Salon der Frau Adele — geradezu unfassbar, wie vernünftige Menschen ihm aus der Annahme einer Auszeichnung überhaupt einen Vorwurf machen können. Halte man es denn für möglich, ja für denkbar, dass ein Minister Seiner Majestät des Kaisers eine ihm von einer befreundeten Regierung zugedachte Auszeichnung zurückweisen könnte, ohne dadurch nicht nur jene, sondern auch seinen Kaiser zu verletzen? Eine solche Zurückweisung würde unmittelbar seine Entlassung zur Folge haben müssen. Auch das politische Moment, das in der Ordensverleihung gelegen sei, habe man — nach Giskra's Ansicht — in der Leidenschaftlichkeit, mit der diese Angelegenheit behandelt wurde, ganz übersehen. Der König von Italien habe unverkennbar die Absicht gehabt, seine freundschaftlichen Beziehungen zur österreichischen Monarchie durch einen äusserlichen Act zu bethätigen und zu bekräftigen. — Dass er allein ausgezeichnet worden, sei nicht seine Schuld; ebensowenig wie er davon Kenntniss gehabt, dass man ihn decoriren wolle, ebensowenig habe er eine Ahnung davon gehabt, dass nicht auch andere Persönlichkeiten für eine gleiche Auszeichnung in Vorschlag gebracht worden seien. Wenn Jemanden ein Vorwurf treffe, so müsste man denselben nur gegen Beust erheben, der hier gewiss ein massgebendes Wort gesprochen.

Am schwersten schien Giskra jedoch der Vorwurf zu treffen, dass man ihm zumuthe, er habe sich als der alleinige Vertreter des Liberalismus in Oesterreich gerirt und als solcher decoriren lassen. Das sei ihm nie in den Sinn gekommen und es könne kein Mensch auftreten, mit der Behauptung, dass er jemals eine Aeusserung gethan, die jenen Vorwurf rechtfertigen könnte. Wohl aber freue er sich darüber, dass ein Souverain, ein regierender Fürst eines grossen Staates sich bestimmt gesehen, dem Liberalismus in Oesterreich seine Anerkennurg zu zollen; das käme doch nicht alle Tage vor, und aus diesem Grunde schon hätte man das persönliche Moment gänzlich unbeachtet lassen und dem nicht eine solche Bedeutung beimessen sollen. Er sehe in der Ordensverleihung nicht eine Auszeichnung für seine Person, er erblicke darin eine Anerkennung, wie es im Decrete heisst, des österreichischen Liberalismus und das erfülle ihn mit Stolz.

Man habe auch auf das Benehmen Deák's hingewiesen. (Es war dies das »Tagblatt«, welches in einem Leitartikel den Unterschied zwischen jenem ungarischen Staatsmanne und dem österreichischen Minister in drastischer Weise kennzeichnete.) Hiebei habe man jedoch ganz übersehen, dass Deák nie Minister war, keine amtliche Stellung bekleidete, sich also ganz frei benehmen konnte, keine Rücksichten zu beobachten hatte, dass er von vorneherein auf jede amtliche Function, sowie auf jede Auszeichnung seiner Person Verzicht geleistet habe. Der Vergleich mit Deák, so schmeichelhaft er für ihn sonst sei, erschiene daher ganz und gar unpassend, ja einfach »lächerlich«.

Mit diesen und ähnlichen Argumenten suchte Giskra die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Er hatte dabei noch einen Wunsch: Seine journalistischen Freunde, so meinte er, hätten die Verpflichtung, den Fehler, den sie begangen, indem sie ihn für die Auszeichnung verantwortlich machten, dadurch zu repariren, dass sie seinen Argumentationen Raum geben. Er wollte ihnen die Sache sogar sehr leicht machen, ihnen eine »Arbeit« ersparen, zu welchem Behufe er eigenhändig einen längeren Aufsatz verfasste. Eine ihm befreundete Persönlichkeit war ausersehen, ihren

Einfluss einzusetzen, dass der Artikel in dem von Giskra bezeichneten Blatte erscheine. Auch die Form, unter welcher dieses hätte geschehen sollen, war ausdrücklich angegeben. Herr v. Schmerling, dem Giskra den Artikel zur Ueberprüfung vorgelesen, zerriss jedoch die Blätter mit der kurzen Bemerkung: wer eine so hohe Auszeichnung bekömmt, kann stolz darauf sein, wer sich deshalb vertheidigt mache sich der Auszeichnung unwürdig.

Die Missstimmung, welche sich des Dr. Giskra in Folge dieser Vorfälle bemächtigt hatte, hielt übrigens noch lange an. Auch die satyrischen Angriffe eines seiner Collegen, deren oben Erwähnung geschah, konnte er nicht mehr verwinden, trotzdem die Sache durch loyal abgegebene Erklärungen eigentlich als abgethan hätte betrachtet werden können.

Wie nachhaltig diese Missstimmung war, ging aus verschiedenen Aeusserungen, die lange nachher noch Dr. Giskra gethan, deutlich genug hervor. Wiederholt erklärte er rückhaltslos, dass er »regierungsmüde« geworden, dass er nicht mehr lange im Amte bleiben wolle, und hätten ihn Beust und Schmerling nicht zu beruhigen versucht, er hätte in einem leidenschaftlichen Momente gewiss seine Entlassung erbeten.

Der Entschluss, aus dem Ministerium zu scheiden, war jedoch bei Giskra nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Im Gegentheil; die in der Folge eingetretenen Ereignisse befestigten sogar diesen Entschluss immer mehr und mehr.

Es ist bereits erwähnt worden, dass sich der Ministerrath zur Zeit mit der Revision der Verfassung, hauptsächlich mit der Frage der Einführung der directen Reichsrathswahl beschäftigte. Die Vorgänge bei diesen Berathungen nun waren, insoferne es sich vornehmlich um die Person des Dr. Giskra handelte, wahrlich nicht darnach angethan, diesem sein ferneres Verbleiben im Amte räthlich und zweckdienlich erscheinen zu lassen. Giskra sah sich nämlich mit seinen Anschauungen über den fraglichen Gegenstand in eine fast isolirte Position gedrängt. Alle Collegen nahmen Stellung gegen ihn; selbst Dr. Herbst nicht ganz ausgenommen.

Dr. Giskra schlug in Bezug auf den Wahlmodus eine radicale Aenderung vor.

Die Zahl der Mitglieder für den Reichsrath sollte, wie er beantragte, um das Doppelte vermehrt, die Functionsdauer derselben jedoch um die Hälfte der Zeit, also auf 3 Jahre herabgemindert werden. Der Antragsteller verwies dabei auf die jenseitige Reichshälfte, auf den Wahlmodus, wie er dort festgesetzt wurde, der der Zahl der Gesammtbevölkerung mehr entspreche als in den Ländern der diesseitigen Reichshälfte; er verwies auch auf die anderen Staaten, die verfassungsmässig regiert werden, und welche bei der Zusammensetzung des Vertretungskörpers auf die Bevölkerungszahl noch weit mehr Rücksicht nahmen, als dies selbst in Ungarn der Fall ist. Seine weitere Anschauung, dass die Functionsdauer der Volksvertreter nur für drei Jahre bestimmt werde, begründete Dr. Giskra damit, dass man bemüht sein müsse, dem Reichsrathe stets neue und junge Kräfte zuzuführen, wodurch ihm ein erhöhtes Ansehen in der Bevölkerung gegeben würde.

Alle diese Erwägungen fanden jedoch bei seinen Collegen nicht die entsprechende Würdigung. Fast alle opponirten ihm, wenn auch nicht mit den gleichen Argumentationen, aber er sah sich allein und verlassen von Allen, auch von Jenen, von denen er mit Rücksicht auf ihre stets eingenommene liberale Haltung voraussetzte, dass sie seine Anträge vollinhaltlich unterstützen würden.

Nun wäre ja das immerhin noch kein Grund, um deshalb, weil man mit seiner Ansicht durchfällt, ein Amt niederzulegen. Im parlamentarischen Leben entscheidet ja immer die Majorität, und die Minorität hat sich zu unterwerfen. Allein die Verhältnisse lagen hier ganz anders. Es war nicht blos eine sachliche Gegnerschaft, die bei den Berathungen zum Ausdrucke kam, sie nahm vielmehr im Laufe der Debatte einen persönlichen Charakter an, richtete ihre Spitze direct gegen die Person Giskra's, und das war es, was in Verbindung mit noch ganz anderen Thatsachen eine nachhaltige Verstimmung bei dem Minister des Innern hervorrief.

Dr. Berger zeigte sich als der entschiedenste Gegner jener »zu weit gehenden Anträge« Giskra's. Sein Hauptargument dagegen war,

dass eine so namhafte Vermehrung der Volksvertreter in Oesterreich schon deshalb nicht zulässig sei, weil — man höre und staune — die Grossgrundbesitzer in Verlegenheit gerathen würden, da sie so viele würdige Vertreter aus ihrer Mitte nicht aufzutreiben vermöchten; und was die Verminderung der Functionsdauer betrifft, war Dr. Berger wieder der Ansicht, dass diese nur dem Geschäftsgang des Parlamentes hinderlich wäre, weil jeder Deputirte erst seine Studien machen, seine Erfahrungen sammeln müsse, wozu oft Jahre erforderlich seien.

Die beiden Grafen im Cabinet, Taaffe und Potocky, standen entschieden auf der Seite des Dr. Berger. Letzterer, indem er darauf hinwies, dass die ohnehin eng begrenzte Thätigkeit der Landtage sowie ihre Autorität darunter leiden würde, falls im Abgeordnetenhause so viele Vertreter sässen, und er gab noch weiters die Erklärung ab, dass falls die Majorität des Cabinets einer solchen namhaften Vermehrung der Deputirten zustimmen sollte, er seine Entlassung nehmen würde.

Die Drohung war nach der Sachlage ganz überflüssig. Das Schicksal der Wahlreform war durch die Haltung der Majorität des Abgeordnetenhauses besiegelt, bevor die Regierung darüber einig geworden, was damit zu geschehen habe. Ein grosser Theil der Abgeordneten aus der Verfassungspartei verhielt sich nämlich zur geplanten Verfassungsrevision genau so wie Graf Taaffe und Potocki, d. h. entschieden ablehnend, nur aus anderen Gründen. So manchem Deputirten wurde um seinen Sitz im Hause bange. Aus der Mitte des Landtages heraus, so sagten sie sich im Stillen, ist es beiweitem leichter in den Reichsrath zu kommen als durch directe Volkswahl; das kleine Häuflein der Collegen im Landtage lässt sich eher gewinnen und zu einer Wahl bestimmen, als die vielen tausend Wähler. Und in Betreff der kürzeren Functionsdauer, da waren die meisten Abgeordneten, auch die unbestritten liberalen, darüber einig, dass man darauf nicht eingehen könne. Offen bekannte man sich bezüglich dieses Punktes zu den von Dr. Berger geltend gemachten Gründen, dass den Deputirten Zeit gelassen werden müsse, sich über alle wichtigen laufenden Geschäftsangelegenheiten entsprechend informiren zu können. Hauptsächlich sei dies dringend

geboten für jene Mitglieder des Hauses, welche in den Ausschüssen ihre Thätigkeit zu entfalten haben und mit der Zeit, wenn sie sich einmal in grössere Materien hineingearbeitet, schätzenswerthe Mitarbeiter werden, die man dann nicht leicht entbehren könne. Nebenbei waren jedoch auch bei so Manchen Gründe finanzieller Natur mit bestimmend, gegen eine Herabsetzung der Functionsdauer zu votiren, da ja bekanntlich jede Neuwahl viele Geldopfer erfordert, zu welchen man nicht nach jedem dritten Jahre schon sich gezwungen sehen wollte.

Bei einer derartigen Stimmung im Hause, selbst unter den liberalen Abgeordneten, hatten es die Mitglieder der Regierung wahrlich nicht nöthig, sich so zu erhitzen und hätte das mit ruhig kaltem Blute geschehen können, was ja nach wenigen Wochen ohnehin geschah. Der Verfassungsrevision wurde nämlich dasselbe Schicksal bereitet, wie der Vorlage, betreffend die Einführung der obligatorischen Civilehe — sie wurde auf eine spätere Zeit hinausgeschoben.

Die wiederholt ausgesprochene Vermuthung Giskra's, sein College Berger habe »mit Behagen« die Gelegenheit ergriffen, um gegen ihn aufzutreten, ihn zu reizen und zu verletzen, entstand bei Giskra durch die Art und Weise, wie dieser sein College gegen ihn auftrat.

Dr. Berger liess es nämlich an caustisch ironischen Bemerkungen gegen Giskra nicht fehlen, Bemerkungen die weit über das Mass sachlicher Einwendungen hinausgingen, und sich geradezu zu persönlichen Ausfällen gegen Giskra zuspitzten. Und das geschah nicht etwa blos einmal, nicht vielleicht im Eifer der Discussion, die so gearteten Angriffe wiederholten sich auch bei späteren Berathungen, und selbst die Anwesenheit des Kaisers, unter dessen Vorsitz einmal über diesen Gegenstand berathen wurde, soll Dr. Berger nicht zu der Zurückhaltung veranlasst haben, zu welcher er sich durch die Anwesenheit des Monarchen hätte bestimmen lassen sollen. Dabei soll es nun auch einmal vorgekommen sein, dass Giskra, aufs äusserste gereizt, von seiner Leidenschaftlichkeit hingerissen, seiner Stimmung in solcher Weise Ausdruck gab, dass sich der Kaiser ver-

anlasst gesehen, die Sitzung für einige Augenblicke zu unterbrechen, um seinen Räthen Zeit zu lassen, sich »wieder zu beruhigen«.

Die persönliche Gegnerschaft zwischen den beiden ministeriellen Collegen Dr. Berger und Dr. Giskra kam aber noch in einer anderen Weise zum Ausdruck.

Dr. Berger war zwar Minister ohne Portefeuille, es waren ihm jedoch zwei wichtige Ressorts zugewiesen: er war der Sprech- und wenn die Bezeichnung erlaubt ist, Schreibminister im Cabinete, der Sprechminister im Parlament und der Schreib- recte Pressminister selbstverständlich ausserhalb desselben.

Um sich entsprechend informiren zu können, war nämlich zwischen ihm und dem Grafen Beust vereinbart worden, dass er bei der »Lecture«, die alltäglich im Ministerhotel auf dem Ballplatze stattfindet, anwesend sei. Dieser »Lecture« wohnen stets alle jene Beamten des Ministeriums des Aeussern bei, die dem Pressbureau angehören, und Alles was in den in- und ausländischen Blättern irgendwie bemerkenswerthes erscheint, kommt da zur Verlesung und Besprechung. Zu diesen Sitzungen kam nun auch Dr. Berger als Pressminister, wenn ihn nicht eben gerade andere wichtige Amtsgeschäfte daran hinderten, und er gelangte so täglich zur Kenntniss alles dessen, was und wie im In- und im Auslande über die österreichischen Verhältnisse gesprochen wurde.

Dagegen hätte sich natürlich nichts sagen lassen. Im Gegentheil, es war für das cisleithanische Cabinet, wie am Ende für jede Regierung, sehr wünschenswerth, über alle Aeusserungen der Presse gut unterrichtet zu sein; es hat sich der Vortheil dieser Einrichtung auch in vielen Fällen bewährt. Allein Dr. Berger soll nach der Anschauung Dr. Giskra's seine Amtswirksamkeit in einer Weise ausgenützt haben, die ihn (Dr. Giskra) zu kränken und zu verletzen vollends geeignet war. Es ist zwar nie erwiesen worden, aber Dr. Giskra war von der vorgefassten Meinung nicht abzubringen, dass manche Angriffe gegen ihn, hauptsächlich in der auswärtigen Presse, auf die Person seines Collegen Berger zurückzuführen seien. Und er mag nicht immer so ganz unrecht gehabt haben, wenigstens liessen einige kleine Notizen die Feder des Pressministers errathen, vermöge ihrer spöttelnden, aga-

cirenden Form und weil sie hie und da mancherlei enthielten, was innerhalb der vier Mauern des Sitzungssaales der Minister geheim besprochen worden war.

So eigenthümlich gestalteten sich die Dinge im cisleithanischen Cabinete zu Anfang des Jahres 1869, also während der zweitjährigen Amtsperiode des Bürgerministeriums. Die Zersetzung zeigte bereits deutlich ihre Spuren. Was Jedermann bei der Bildung des Cabinetes vorausgesehen, es hat sich sehr bald als richtig prophezeit erwiesen. Die heterogenen Elemente, die da an einem Berathungstische zu einer gemeinsamen Arbeit Platz genommen, konnten für die Dauer nicht erfolgreich zusammenwirken. Das sah, wie erwähnt, Jeder voraus. Dass aber der Antagonismus solche Formen und Gestaltungen annehmen würde, wie dies thatsächlich nach relativ wenigen Monaten bereits der Fall war, das musste doch überraschen. Es war dies sehr bedauerlich, um so bedauerlicher, als die Verfassungspartei im Parlamente, wenn sie einen offenen Blick auf die Verhältnisse geworfen hätte, wie sie sich im Lande entwickelten, hauptsächlich bei den Gegnern der Verfassung, und wenn sie die Dinge richtig beurtheilt hätte, die sich in gewissen politischen Kreisen jenseits der Reichshälfte abspielten, hätte bestimmt werden müssen, gemeinsam wie ein Mann das Bürgerministerium zu unterstützen und den Zwiespalt im Schosse desselben durch versöhnliches Einschreiten zu beseitigen oder wenigstens einzudämmen. Was geschah aber in Wirklichkeit? Das ganz Entgegengesetzte. Auch die Verfassungspartei zerfiel. Auch in ihrer Mitte zeigten sich bedenkliche Spalten und Risse. Sie verkannte so ihre Aufgabe und übersah die nahegerückte Gefahr.

Unter Führung Dr. Rechbauer's fanden sich zwar gleichgesinnte Männer zusammen, bestrebt im liberalen Sinne zu wirken. Sie stützten aber nicht das Bürgerministerium, sie trugen vielmehr mit zu seinem Falle bei.

Wie Graf Taaffe Ministerpräsident wurde.

Die Nothwendigkeit der Besetzung des Postens des Ministerpräsidenten, der durch den unter so eigenthümlichen Umständen geschehenen Austritt des Fürsten Carlos Auersperg erledigt war, wurde mit jedem Tage acuter. Die Besetzung musste erfolgen aus geschäftlichen Rücksichten, mit Rücksicht auf Ungarn und um gewissen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, die, insolange jener Posten vacant war, die strenge Einhaltung der Hofetiquette behinderten.

Ich habe seinerzeit von sonst gut unterrichteter Seite eine Reihe von Informationen über die Vorgänge im Schosse des Cabinetes gelegentlich dieser Besetzungsfrage erhalten, die zur Veröffentlichung gelangt waren, sich später jedoch als den thatsächlichen Verhältnissen nicht ganz entsprechend darstellten. Da sie nie dementirt wurden, erachte ich es an dieser Stelle für meine Pflicht, um den Anlass zu einer falschen Auffassung nicht fortbestehen zu lassen, die bei der Benützung jener Information leicht entstehen könnte, nunmehr die wahren Thatsachen mitzutheilen. Ich möchte hier auch gleichzeitig die Gelegenheit ergreifen, einige allgemeine Bemerkungen über den Informationsdienst bei der Presse einzuschalten.

Es kommt zuweilen vor, dass Nachrichten, die oft sensationell wirken, schon am nächsten Tage oder auch später dementirt werden, oder sich durch die mittlerweile eingetretenen Verhältnisse von selbst als falsch darstellen. Das grosse Publicum, schnell fertig mit seinem Urtheil, ist da gerne bereit, sich über die »Leichtfertigkeit, mit der wichtige Sachen in der Presse behandelt werden«, über die »Sensations-

sucht der Vertreter der Oeffentlichkeit« in abfälligen und ironischen Bemerkungen zu ergehen. Es ist dies auch begreiflich und erklärlich. Entzieht sich doch dem allgemeinen Urtheil die Feststellung der Thatsachen, von wem diese falschen Mittheilungen herrühren, wie sie entstanden und welche Umstände dabei mitgewirkt haben mögen. Ich darf nun kühn die Behauptung aufstellen, dass in den meisten Fällen die Verantwortung für unrichtige Mittheilungen nicht den Verbreiter derselben, sondern dessen Gewährsmann trifft. Der gewissenhafte Journalist, der es mit seiner Aufgabe ernst nimmt, übt bei seinem Nachrichtendienst die nöthige Vorsicht. Er wendet sich dabei immer an jene Personen, die in der Lage sind, Auskünfte zu geben, schont weder Zeit noch Mühe und er geht erst dann ruhig an seine Arbeit, wenn er Alles gethan zu haben glaubt, was zur Feststellung einer Sache nöthig war. Mehr noch als das lesende Publicum ist man jedoch überrascht, plötzlich zu hören oder sich zu überzeugen, dass das Mitgetheilte den Thatsachen nicht entspricht, trotz der sorgfältigen Information, dass das Gegentheil davon wahr und richtig ist. Die Ueberraschung ist dann eine um so grössere, wenn die verlautbarten Nachrichten sogar von jener Seite dementirt werden, von der man sie erhalten hat — was auch nicht selten der Fall ist, und mir während meiner journalistischen Laufbahn in einzelnen Fällen geschehen ist.

Wie oft hat das nicht Herr von Beust gethan? — hat sich der Presse zu bedienen gesucht unter Ertheilung falscher Informationen mit Hinblick auf einen gewissen geheimen Zweck. Bei passenden Anlässen griff er sodann entweder selbst zur Feder oder benützte seine Organe, um die von ihm ausgegangenen Informationen dementiren zu lassen. Was lässt sich dagegen thun? Sagt man die Wahrheit, stellt man den Gewährsmann bloss, kennzeichnet man sein Vorgehen, so läuft man Gefahr, für indiscret erklärt zu werden, versperrt sich dann alle Quellen, die dem Nachrichtendienst doch zumeist sehr nützlich sind, und lockert sich selbst die Beziehungen, die einem in der Ausübung des Berufes so werthvoll sind. Der Journalist muss wie der Beichtvater sein — verschwiegen unter allen Fällen.

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle ein drastisches Beispiel dafür zu geben, mit welcher Absichtlichkeit man zuweilen vom »sicheren Gewährsmann« mystificirt wird.

Gleich in der ersten Periode meiner journalistischen Thätigkeit liess mich eines Tages der mit der Leitung des Sicherheitswesens in der Residenz betraute, zu jener Zeit sehr bekannte Polizist Regierungsrath Felsenthal zu sich bitten, um mir, wie er sagte, gefällig zu sein, mir eine hochinteressante Polizeinachricht zu geben. Ein sensationeller Mord war geschehen und Herr v. Felsenthal machte mir die Mittheilung, dass man des Mörders habhaft geworden und seine Verhaftung erfolgt sei. Er nannte mir den Namen des Verbrechers und bezeichnete mir das Haus, wo die Verhaftung vorgenommen wurde, die Umstände, unter welchen sie stattgefunden und er fügte noch bei, dass es ihm gelungen sei, den Verbrecher zu einem aufrichtigen, umfassenden und reumüthigen Geständniss zu bewegen. Diese Mittheilungen machten selbstverständlich, als sie veröffentlicht wurden, grosse Sensation. Wenige Tage darauf brachte jedoch der Polizeirapport Mittheilungen über denselben Mord, die in allen Punkten ganz anders lauteten als der mir gegebene Bericht des Herrn v. Felsenthal. Ich verfügte mich sofort zu ihm, und wer misst mein Erstaunen, als Herr v. Felsenthal lächelnd bemerkte: »Die von mir veröffentlichten Nachrichten seien in der That falsch, und er hätte mich nur deshalb falsch informirt, um den wirklichen Mörder, dem er bereits auf der Spur gewesen, durch jene falschen Mittheilungen »sicher« zu machen, was ihm auch gelungen sei«: und er bemerkte noch weiters lächelnd und nicht ohne Ironie: »Er müsse mir besonders danken, denn ich hätte durch meine Mitwirkung zur Eruirung des Thäters wesentlich beigetragen.«

Es ist dies, wie erwähnt, nur ein Beispiel. Es haben sich ähnliche Fälle während meiner journalistischen Laufbahn wiederholt, und zumeist waren es Staatsmänner, hohe Würdenträger, die sich kein Gewissen daraus machten, durch Mittheilung ganz falscher Thatsachen die Presse in unqualificirbarer Weise auszunützen. Als Entschuldigung diente dann der Hinweis auf das »höhere Staatsinteresse« oder auf die Nothwendigkeit »Stimmung zu machen«,

»einen Fühler auszustrecken« oder über »die Wahrheit hinwegzutäuschen«. . . . . . .

Auch die Mittheilungen über die Vorgänge im Schosse des Cabinetes gelegentlich der Frage der Besetzung des Ministerpräsidentenpostens, die ich seinerzeit erhielt, rührten von einer Persönlichkeit her, welche als best unterrichtet gelten konnte; sie wurden mir mit aller apodiktischen Sicherheit gegeben, so zwar, dass an ihrer Richtigkeit nicht gezweifelt werden konnte. Und doch waren sie in ihren wesentlichen Theilen — wie sich später herausstellte — falsch und gaben zu einer unrichtigen Beurtheilung der Sachlage Anlass. Da ich aus einer jüngst erschienenen historischen Arbeit entnommen, dass theilweise jene Mittheilungen von damals benützt wurden und, wie leicht begreiflich, zu unrichtigen Schlussfolgerungen verleiteten, erachte ich es als meine Pflicht, die passende Gelegenheit zu benützen, um hier an Stelle des Falschen das Richtige zu setzen.

Es ist seinerzeit erzählt worden, man hätte den Mitgliedern des Bürgerministeriums von massgebendster Stelle nahe gelegt, dass für den Fall die Herren sich zu der Ernennung des Grafen Taaffe zum definitiven Ministerpräsidenten ablehnend verhalten sollten, dieser trotzdem doch ernannt und gleichzeitig mit der Reconstruction des Cabinets betraut werden würde. So stand aber die Sache nicht. Zu einem solchen kategorischen Imperativ lag gar kein Grund vor; die Majorität der Mitglieder des Bürgerministeriums hatte damals gar keine Veranlassung, sich gegen die Ernennung des Grafen Taaffe auszusprechen. Die Gründe, welche bei seiner ursprünglichen Berufung zum Minister massgebend waren, bestanden fort und liessen es wünschenswerth erscheinen, dass Graf Taaffe im Amte verbleibe. Graf Taaffe war persona gratissima bei Hofe, und die Bürgerminister fühlten es als eine Nothwendigkeit, eine solche Persönlichkeit in ihrer Mitte zu haben, welche die Eignung besitzt, aufgetauchte Differenzen und Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, und in gewissen Fällen ihren Einfluss geltend machen zu können. Es wurde seinerzeit mitgetheilt, dass Graf Taaffe blos ein »farbloses« Mitglied des Cabinets sei, weshalb gegen seine Ernennung zum Ministerpräsidenten Stellung genommen werden musste,

da ein solcher doch durch seine politischen Anschauungen dem Cabinete ein besonderes Gepräge geben müsse. Graf Taaffe war aber nichts weniger als farblos. Es hat sich dies am deutlichsten gezeigt bei der Frage der Auflassung des über Prag verfügten Ausnahmszustandes; da stand der Ministerpräsident entschieden auf der Seite seines nationalgesinnten Collegen Grafen Potocki. Wenn also einzelne Mitglieder des Bürgerministeriums gegen die Ernennung des Grafen Taaffe zum Ministerpräsidenten aufzutreten Veranlassung hätten nehmen wollen, so hätte sie gewiss dazu nur die ausgesprochene politische Färbung des Grafen Taaffe bestimmen können.

Dagegen entsprach eine andere Meldung vollkommen der damaligen Situation. Sie lautete, dass mit Rücksicht auf Ungarn, auf die Entwicklung der Verhältnisse in der jenseitigen Reichshälfte die Ernennung eines definitiven Ministerpräsidenten überhaupt und speciell die Ernennung des Grafen Taaffe für diesen Posten sich als eine politische Nothwendigkeit herausstelle.

Die politisch massgebenden Männer in Pest zeigten sich nämlich, wie dies schon an anderer Stelle erwähnt wurde, unzufrieden mit dem, was Ungarn erreicht hatte. Anlass zu dieser Unzufriedenheit gab der geringe Einfluss, der der ungarischen Regierung in den Fragen der äusseren Politik eingeräumt worden war. Die Missstimmung, die darüber zum Ausdrucke kam, entsprach theilweise der politischen Ueberzeugung, theilweise wurde sie künstlich hervorgerufen.

Ich habe schon bei einem früheren Anlass darauf hingewiesen, dass Graf Andrássy nach dem Ballplatz in Wien hinüberschielte und sich als der berufenste Nachfolger des Herrn v. Beust betrachtete. Der Weg nach Wien musste nun vorbereitet werden und alle Anzeichen sprachen dafür, dass man im Geheimen die Vorarbeiten zur Ebnung dieses Weges eifrigst betrieb. Man musste also vor Allem in der diesseitigen Reichshälfte darauf bedacht sein, das Cabinet zu consolidiren und einen Mann an die Spitze desselben zu stellen, von dem man voraussetzen konnte, er werde durch seinen Einfluss allen zu weit gehenden Forderungen der Ungarn den richtigsten Widerstand entgegenzusetzen bemüht sein. Die Ernennung des Grafen Taaffe wurde auch von Beust eifrigst befürwortet. Graf Taaffe stand

damals noch in freundschaftlichen Beziehungen zu Herrn v. Beust und dieser sah daher in der Ernennung seines Freundes zum Ministerpräsidenten eine Kräftigung seiner eigenen Position.

Allein auch noch andere Umstände liessen es zu jener Zeit räthlich erscheinen, die Frage der Berufung eines Ministerpräsidenten rasch aus der Welt zu schaffen und in der angedeuteten Weise zur Erledigung zu bringen. Es drängten sich nämlich damals viele Persönlichkeiten, die sich zu diesem Posten für berufen hielten, heran und suchten hier Einfluss für sich geltend zu machen. Die Namen, die da genannt wurden, konnten nur wenig Sympathien bei den Mitgliedern der liberalen Regierung erwecken. Wieder tauchte die Candidatur des Fürsten Adolf Auersperg auf. Sein Bruder Carlos war es, der diese Candidatur eifrigst unterstützte und es gar nicht begreifen wollte, dass man der Berufung seines Bruders einen so hartnäckigen Widerstand entgegensetze. Seiner Missstimmung darüber gab er — wie es so seine Art war — in ganz rücksichtsloser Weise Ausdruck, indem er Herrn v. Hofmann gegenüber die Meinung aussprach, die betreffende Regierung werde bald »abgewirthschaftet« haben, wenn sie sich nicht in der von ihm gewünschten Weise durch die Berufung seines Bruders Adolf completiren würde. Auch Dr. Berger wurde als der geeignetste Ministerpräsident genannt und diese Candidatur hätte vielleicht die meiste Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn nicht damals bereits bei dem Genannten sich der Keim jener Krankheit gezeigt hätte, der er später erlag. Es hiess nach alldem sehr auf der Hut sein, sich rasch entscheiden, um nicht von unangenehmen Ereignissen überrascht zu werden.

Und noch ein anderes Motiv lag zu Gunsten der Ernennung des Grafen Taaffe vor, von dem zwar nicht officiell gesprochen wurde, das den hier massgebenden Personen jedoch weit dringlicher und berücksichtigungswerther erschienen sein mochte, als alle anderen angeführten Gründe.

Hofwürdenträger waren es, die sich für den Vollzug jener Ernennung einsetzten. Bei den starren Forderungen und strengen Satzungen der Hofetiquette bereitete die Existenz bürgerlich geborener Minister Tag für Tag die äussersten Verlegenheiten. So oft ein Kammerball im

Zuge war, hat die Frage, ob man die Bürgerminister beachten könne oder gänzlich ignoriren solle, zwischen den berufenen Wahrern der Hofetiquette zu Erörterungen geführt, deren Bedeutung und Umfang von einem gewöhnlichen Menschenkinde gar nicht ermessen werden kann. So bereitete es beispielsweise einem hohen Hofwürdenträger damals zwar gar keine Verlegenheit, bei Festen, die er selbst veranstaltete, die bürgerlichen Minister gänzlich zu ignoriren, dagegen mochte es aber für ihn, dessen Aufgabe es doch ist, strenge darüber zu wachen, dass die vorgeschriebene Hofetiquette eingehalten werde, sehr peinlich gewesen sein, bei Hoffesten das Richtige zu finden, zu welchen nach der Etiquette alle hohen Staatsbeamten zuzuziehen sind, dagegen jedes bürgerliche Element ferne gehalten werden muss. So empfahl sich auch deshalb schon die Ernennung des Grafen Taaffe zum Ministerpräsidenten, der, an und für sich hoffähig, als Repräsentant des Gesammtministeriums geladen werden konnte.

Die Ernennung Taaffe's zum Ministerpräsidenten erfolgte demnach am 17. April 1869.

Wenige Tage darauf wurde der über Prag verhängte Ausnahmszustand aufgehoben.

Ministerdämmerung.

Sechs Monate waren seit der Verhängung des Ausnahmszustandes über Prag verstrichen. Die Erwartungen, die allenthalben daran geknüpft worden, hatten sich jedoch nicht erfüllt. Im Gegentheile; der Widerstand gegen die Verfassung hatte durch geheim betriebene Minirarbeit der fanatischen Czechenführer sogar an Heftigkeit zugenommen. Das zeigte sich gar bald in den öffentlichen Versammlungen, insbesondere aber in der Haltung der nationalen Presse. Die czechischen Journale schlugen sofort wieder den alten heftigen Ton an und ihre Aeusserungen gaben vielfach Anlass zu Einleitungen von Pressprocessen, die jedoch ausnahmslos, da die Geschwornenbank zumeist aus gleichgesinnten Vertretern der nationalen Idee zusammengesetzt war, mit einer Freisprechung der Beschuldigten endigten. Es war nicht klar, was die Regierung eigentlich wollte. Die spontane Aufhebung des Ausnahmszustandes liess auf eine versöhnliche Stimmung schliessen, die Verfolgungen der czechischen Presse wieder darauf, dass man Nachsicht und Rücksicht zu üben nicht gewillt sei.

Ich ging nach Prag zur Einholung von Informationen.

Freiherr v. Koller, bei dem ich zuerst vorsprach, war in seinen Aeusserungen wohl sehr vorsichtig; allein es leuchtete aus denselben doch eine durch die unerwartete Situation hervorgerufene gewisse Missstimmung hervor. Zwar musste er selbst zugestehen, dass der Ausnahmszustand bislang den Erfolg nicht gehabt, den er sich davon versprochen hatte, dass sich die Verhältnisse in Prag vielmehr ganz gleich geblieben seien. Er schien aber der Meinung zu sein, dass doch etwas Erspriessliches zu erzielen gewesen wäre, wenn sich die Regie-

rung nicht so rasch entschlossen hätte, den Czechen die Bahn wieder freizugeben. Gewiss habe die Regierung, wie er unter Anderem bemerkte, nur nach reiflicher Ueberlegung und in Würdigung von Verhältnissen, die ihm unbekannt geblieben seien, sich bestimmt gesehen, die Massregel zu beseitigen. Da er sich nun für seine Person immer nur als ein Executivorgan der Regierung betrachte und er seine Aufgabe immer nur darin gesehen habe, der Vollstrecker des kaiserlichen Willens zu sein, so denke er nicht weiter darüber nach, was die Zukunft hätte bringen können. Er werde nun auch nach den neuerlichen Instructionen mit derselben Gewissenhaftigkeit vorgehen, wie vorher. Die Wahrnehmungen, die er während der letzten sechs Monate, während des Bestandes des Ausnahmszustandes gemacht, bemerkte er weiter, habe er in ausführlichen Berichten an seine Regierung wahrheitsgetreu geschildert und dabei stets der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es ihm »mit der Zeit« schon gelingen werde, den nationalen Widerstand zu brechen, die Opposition gefügiger zu stimmen. Wenn sich trotzdem die Regierung veranlasst gesehen, andere Wege einzuschlagen, so habe sie dafür gewiss ihre guten Gründe gehabt, ihm stehe, wie erwähnt, ein Urtheil darüber nicht zu, er müsse sich deshalb auch jeder weiteren Meinungsäusserung enthalten.

Es war dies nach dem Vorgebrachten auch ganz überflüssig. Die nicht ausgesprochenen Gedanken des Generals waren, nach dem w a s er ausgesprochen und w i e er es ausgesprochen, unschwer zu errathen.

Dr. Schmeykal, der gleichfalls in seinen Aeusserungen stets eine gewisse diplomatische Zurückhaltung zu beobachten pflegte, fand diesmal doch, als ich nach der Audienz beim General Koller ihm meinen Besuch machte, für das Vorgehen der Regierung nur warme Worte der Anerkennung. Er sei — er konnte sich da ganz gut auf unsere zuletzt gehabte Unterredung berufen — wie ich wisse, nie ein Freund von Gewaltmassregeln gewesen. Eine nationale Begeisterung, ja ein Fanatismus, wie er die czechische Nation beherrsche, gleichviel, ob er nun Alle in gleicher Weise erfasst, oder künstlich erzeugt werde, lasse sich für die Dauer durch noch so strenge Aus-

nahmsbestimmungen nicht im Zaume halten. Im Gegentheil, er werde nur bestärkt und gekräftigt, je mehr man ihn einzudämmen suche. Bei der Verhängung des Ausnahmszustandes über Prag habe man übrigens ganz übersehen, dass auch die deutsche Bevölkerung sehr darunter zu leiden haben werde, durch ihn sei nämlich auch die Thätigkeit der verfassungstreuen Deutschen stark beeinträchtigt worden. Vielleicht wäre es gut gewesen, so meinte der Führer der Deutschböhmen weiter, da nun einmal die Ausnahmsverfügungen getroffen worden waren, wenn sie nicht so rasch wieder aufgehoben worden wären, allein das sei nicht zu ändern gewesen, — die Regierung habe, wie ihm scheine, eine »gebundene Marschroute« gehabt.

Der dunkle Sinn dieser letzten Aeusserung wurde mir erst klar, als ich einige Tage nachher Gelegenheit hatte, im Salon der Frau Adele den Minister des Innern, Dr. Giskra, zu sprechen, der — minder zurückhaltend als sein Freund und Parteigenosse in Prag — mir rund heraussagte, dass die Regierung, als sie sich entschloss, den Ausnahmszustand wieder aufzuheben, unter dem Drucke des kaiserlichen Willens gestanden sei, der in unzweideutiger Weise sich dafür ausgesprochen, dass noch ein neuerlicher Ausgleichsversuch mit den Czechen angebahnt werden solle.

Dies konnte, wie Dr. Giskra weiter ganz richtig bemerkte, nur dann geschehen, wenn den Czechen vorher durch eine bestimmte Thatsache der Beweis gegeben worden, dass die Regierung versöhnlich und ausgleichsfreundlich gestimmt sei, und das glaubte man durch die vorherige Beseitigung des Ausnahmszustandes am besten darthun zu können. Am entschiedensten sei dafür, wie Dr. Giskra nebenher bemerkte, der Ministerpräsident und mit ihm auch Graf Potocki eingetreten. Er, Giskra, hätte sich nicht so leicht hiezu entschliessen können. Er sei unter dem Eindrucke der Berichte des Statthalters, des Generals von Koller, gestanden, der, obschon er während des sechsmonatlichen Zeitraumes seit der Verhängung des Ausnahmszustandes noch keinerlei Erfolge erzielt hatte, doch deshalb nicht ohne Zuversicht gewesen sei, im Gegentheil immer und immer wieder in allen seinen Berichten der Hoffnung Ausdruck gegeben

habe, dass die Massregeln von Erfolg begleitet sein werden. Giskra erwähnte ferner, er wäre schon deshalb nicht für die Auflassung der Massregel gewesen, weil ihm auch von anderer Seite Mittheilungen zugegangen seien, wonach die der Verfassung entgegenstehende feindlich gesinnte Partei in Böhmen im Geheimen zwar, aber mit nicht eingeschränkter Entschiedenheit ihre Unterminirarbeit weiter fortbetrieb. Allein trotz alledem habe er sich doch der Majorität seiner Collegen anschliessen und der Auflassung des Ausnahmszustandes mit beistimmen müssen.

Dr. Giskra machte hiebei kein Hehl daraus, dass er hinter der ganzen neuen Wendung der Dinge den Einfluss Beust's vermuthe, der, trotzdem er immer versichere, dass er sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten enthalte, doch fortwährend im Geheimen gegen die verfassungstreue liberale Regierung agitire und intriguire, und der diesmal für seinen Lieblingsgedanken, dass man die Czechen unter allen Umständen versöhnen müsse, auch den Kaiser zu gewinnen gewusst hätte.

So wurde denn in der That bald nach der Aufhebung des Ausnahmszustandes ein neuerlicher Ausgleichsversuch angebahnt.

Vom Sectionschef Dr. Banhans eingeladen, erschien der Führer der Jungczechen, Herr Sladkowsky, in Wien.

Was man nun gleich bei der ersten Unterredung von ihm erfuhr, war keineswegs geeignet, die Grundlage für einen Ausgleich zu bilden.

Herr Sladkowsky stellte die Forderung, die »Krone des heiligen Wenzel« müsse jener des »heiligen Stephan« gleichgestellt werden.

Deutlicher gesagt: Die Czechen seien unter keiner Bedingung geneigt, den Reichsrath zu beschicken, sie verlangen vielmehr die Bildung eines czechischen Königreiches, aus Böhmen, Mähren und Schlesien bestehend, mit einem besonderen selbstständigen Parlament, welchem das Steuer- und Recrutenbewilligungsrecht zugestanden werden müsste, selbstverständlich auch ein eigenes Ministerium, genau so wie in Ungarn, kurz, die Forderungen des Herrn Sladkowsky waren von der Art, dass sie nur ad referendum genommen werden konnten; die Basis zu weiteren Unterhandlungen war damit nicht gegeben.

Mit Recht erläuterte Giskra diese Forderung in folgender drastischer Weise: Aus der österreichisch-ungarischen Monarchie würde, wollte man den Czechen nachgeben, eine österreichisch-ungarisch-böhmische Monarchie entstehen, und da Galizien in einem solchen Falle auch eine Sonderstellung für sich in Anspruch nehmen würde, so bekäme man eine österreichisch-ungarisch-böhmisch-galizische Monarchie mit vier Parlamenten, vier Ministerien, vier Budgets und mindestens drei Delegationen zusammen; es wäre dieses Oesterreich sodann ein loser »Staatenbund«, in welchem sich die widersprechendsten Interessen kreuzen und schliesslich auch bekämpfen würden.

Selbst die ausgleichsfreundlichen Minister im Cabinete sahen ein, dass diese Forderungen, welche Herr Sladkowsky gestellt, viel zu weit gingen. Den Ausgleichsgedanken glaubten sie jedoch trotz alledem nicht aufgeben zu sollen, weil es erstlich nicht erwiesen sei, dass Herr Sladkowsky im Namen seiner Partei zu sprechen die Autorisation gehabt habe und weil, wenn man den Ausgleich ernst wolle, man mit den Führern der Czechen aller Parteischattirungen in Unterhandlung treten müsste, wobei es sich nach ihrer Ansicht gar bald herausstellen würde, dass es mit der Angelegenheit nicht so schlimm stünde. Eine Basis für den Ausgleich würde dann — so meinten sie — gewiss gefunden werden.

Das Ministerium war demnach, wie es sich aus Vorstehendem ergibt, in zwei Lager gespalten. Dem einen Lager gehörten an die Minister: Giskra, Herbst, Hasner und Plener; in dem Lager der Anderen standen die Grafen Taaffe und Potocki und Dr. Berger.

Die Ersteren wollten vorläufig von der Anbahnung eines Ausgleiches nichts wissen; die Zeit dazu sei, ihrer Ansicht nach, noch nicht gekommen, von Ausgleichsunterhandlungen könne nur dann die Rede sein, wenn die Czechen sich vorerst auf den Boden der Verfassung stellten, die Wirksamkeit derselben anerkennen würden. So weit sei man eben noch nicht.

Die Minorität im Cabinete meinte dagegen, man müsse den principiellen Standpunkt nicht allzustark betonen, im Wege der Unterhandlung werde man später schon auch zur allgemeinen Anerkennung der Verfassung gelangen.

Beide Fractionen des Ministeriums gaben also zu, dass es wünschenswerth wäre, zu einer Verständigung mit jenen Parteien und Nationalitäten zu gelangen, welche bisher ausserhalb der Verfassung standen. Zwischen beiden Fractionen bestand jedoch ein wesentlicher Unterschied.

Die Partei Taaffe verlangte, dass der folgende Reichsrath das Budget und die Recruten votire, dass er dann aufgelöst und ein neuer Reichsrath »ad hoc« ausschliesslich zu dem Zwecke einberufen werde, um die Verfassung zu ändern.

Das wäre also eine förmliche Constituante gewesen. Dieser Constituante sollte nach der weiteren Anschauung der drei Minister, Taaffe, Potocky und Berger, eine Conferenz der hervorragendsten Führer der verschiedenen Parteien vorangehen, um eine Verständigung zu erzielen. Die Genannten versicherten, auf Grund welcher Weiterverhandlungen werde nicht gesagt, dass die Czechen den Reichsrath »ad hoc« beschicken würden.

Die Partei Giskra oder die Partei der Fünf entwickelte ihre Anschauungen in folgender Weise: Wenn Verfassungsänderungen nothwendig sein sollten, wären diese durch den gewöhnlichen Reichsrath, und nicht durch eine Constituante zu vollziehen, und dass jedenfalls, bevor die Verfassungsfragen in Berathung gezogen werden, ein neues Wahlgesetz geschaffen werden müsste.

Das waren die Hauptgegensätze. Die Partei der Fünf hatte sich aber unter einander auch bezüglich einer Reihe weiterer Forderungen geeinigt, deren Spitze gegen den Reichskanzler gerichtet war. Die Forderungen, wie sie mir Giskra mitgetheilt, lauteten:

Erstens: Vollständige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Ministeriums gegenüber jeglicher Einmischung, oder auch nur Einflussnahme von Seite des Reichskanzlers. Mit anderen Worten, die gleiche Unabhängigkeit, wie sie das Ministerium Andrássy geniesst.

Zweitens: Uebergabe des Dispositions- oder Pressfonds zur alleinigen Verwaltung und Verwendung des diesseitigen Ministeriums und Aufhebung des bisherigen diesbezüglichen Verhältnisses, welches dem Grafen Beust den massgebenden Einfluss auf die Verwendung des Dispositionsfonds sicherte.

Drittens: Uebernahme der Staatspolizei, die jetzt dem Reichskanzler untersteht, durch das diesseitige Ministerium.

Dagegen soll nun Graf Beust seinerseits das Verlangen gestellt haben, dass das Ministerium sich in keiner Weise in die Leitung der auswärtigen Geschäfte einmischen dürfe, und er soll daran noch die weitere Bemerkung geknüpft haben, es falle ihm die Erfüllung seiner Aufgabe als Minister des Aeussern insolange sehr schwer, als in Westösterreich kein geordneter und Dauer versprechender Verfassungszustand hergestellt sei, indem bei jeder diplomatischen Action ihm jetzt die Schwäche und Zerfahrenheit Oesterreichs vorgehalten werde.

So standen die Dinge bereits im Herbst 1869. Die Krisis dauerte fort. Das Haus wurde vertagt, ohne dass eine Entscheidung erfolgt wäre. Die Kaiserreisen nach Croatien und nach dem Orient zur Eröffnung des Suez-Canales fanden statt, die Situation im Innern blieb unverändert die gleiche. Ja selbst nach der Rückkunft des Monarchen vom Orient, als die Wiedereröffnung des Reichsrathes vor der Thüre stand und die Thronrede zur Eröffnung desselben festgestellt werden musste, war noch immer von massgebender Seite zur Beseitigung der Krisis nichts geschehen, in der Voraussetzung und Hoffnung freilich, dass die Gegensätze im Cabinete vielleicht doch noch auszugleichen sein werden.

Ein Zwischenfall, der sich bei der Rückkunft des Monarchen aus dem Orient ereignete, war auch geeignet, wenigstens für die nächsten 24 Stunden, die Ministerkrisis noch mehr zu verstärken, sie noch acuter zu gestalten.

Zum Empfange des seit Wochen abwesend gewesenen Monarchen hatten sich pflichtschuldigst alle Minister im Belvedere eingefunden. Der Kaiser schien zwar von der Reise sehr fatiguirt, er war aber, so weit man bemerken konnte, bei guter Laune. Er sprach alle versammelten Staatswürdenträger in freundlichster Weise an, mit Ausnahme von — Dr. Giskra, an dem vorbei er sich rasch aus dem Empfangssalon entfernte, ohne ihm wie den anderen Ministern auch nur die Hand gereicht zu haben.

Das blieb natürlich nicht unbemerkt und machte grosses Aufsehen. Diese Nichtbeachtung des Ministers des Innern wurde nun

vielseitig dahin gedeutet, dass der Monarch ein Zeichen seines Unmuthes darüber zu erkennen geben wollte, dass die erhoffte Ausgleichung unter den Cabinetsmitgliedern nicht vor sich gegangen sei, und dass gerade Dr. Giskra für diesen Beweis der Ungnade deshalb ausersehen war, weil er allgemein als der entschiedenste Gegner des Ausgleiches galt.

Indessen suchte man dieser ernsten Sache schon in den nächsten 24 Stunden eine heitere Auslegung, ihr eine Deutung zu geben, durch welche sie ganz harmlos und jeder persönlichen Spitze entledigt erschien.

Es hiess, der Kaiser sei von einem momentanen Unwohlsein befallen worden und habe trachten müssen, so rasch als möglich in die Hofburg zu kommen.

So lautete die officielle Auslegung. Ich selbst erhielt von Herrn v. Hofmann die gleiche »Aufklärung« mit dem Bedeuten, ja ausdrücklichem Ersuchen, ihr die möglichste Verbreitung zu geben.

Thatsächlich zeichnete der Monarch Dr. Giskra bei der nächsten Zusammenkunft in fast demonstrativ freundlicher Weise aus, und hiemit war die persönliche Kränkung des Ministers beseitigt.

Die Ministerkrisis war selbstverständlich damit nicht behoben. Sie bestand, wie erwähnt, fort. Der Text der Thronrede konnte nur festgestellt werden, indem man ihm einen mehr allgemeinen Charakter gab, die wichtigsten Fragen ganz unberührt liess, unter dem gegenseitigen Versprechen der Minister, dass in der Frage des czechischen Ausgleiches vorläufig von keiner Seite etwas unternommen werden dürfe, insolange nicht, bis nicht der Reichsrath versammelt sei und sich darüber ausgesprochen haben werde.

Noch ehe dies in öffentlicher Sitzung geschehen konnte, gestaltete sich jedoch durch einen Vorfall die Krisis zu einer noch acuteren und drängte zu einer Entscheidung.

Die Majorität der Mitglieder des Cabinets hatte nämlich kurz vor Jahresschluss durch den Grafen Taaffe dem Kaiser eine Denkschrift überreichen lassen, eine Art Memorandum, in welchem sie ihre politischen Anschauungen niederlegte, und die Frage der Wahlreform, den czechischen Ausgleich in eingehendster Weise erörterte.

Es war dies eine Art Regierungsprogramm, welches diese eine Gruppe im Cabinete dem Monarchen zur Kenntniss zu bringen sich bemüssigt sah, um darüber klar zu werden, wie der Monarch über jene Fragen denke, und ob die Genehmigung zur Durchführung derselben ertheilt oder verweigert werde.

Die Spaltung war eine solche, dass eine Ausgleichung der Meinungen kaum mehr zu erhoffen war.

Es geschah dies am 18. December. Schon am nächsten Tage brachte das »Neue Wiener Tagblatt« und, wenn ich nicht irre, auch die »Neue Freie Presse« die Mittheilung, dass die Majorität der Mitglieder des Cabinets dem Kaiser ein Memorandum überreicht hätte, und sogar der Inhalt desselben, wenn auch nur in gedrängter Kürze, wurde von den Blättern skizzirt, und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass mit der Ueberreichung jenes Memorandums die Ministerkrisis so acut geworden sei, dass man in den nächsten Stunden schon die kaiserliche Entscheidung erwarten dürfe.

Diese kurzen Zeitungsberichte riefen in massgebenden Kreisen eine arge Verstimmung hervor. Man beschuldigte die Minister, die die Denkschrift unterzeichnet hatten, dass sie die Veröffentlichung veranlasst und dadurch die Krone in eine gewisse Zwangslage versetzt hätten. Die gegnerischen ministeriellen Genossen sahen in diesem Vorgang wieder eine Ausserachtlassung des Uebereinkommens, wornach, wie es gelegentlich bei der Berathung der Thronrede beschlossen war, keine der beiden Parteien einen einseitigen Schritt unternehmen durfte.

Die Minister erklärten, der Veröffentlichung gänzlich ferne gestanden zu sein, ja sie seien selber auf's äusserste unangenehm davon überrascht worden. Nun wurde eine förmliche Untersuchung eingeleitet, mit einem Eifer, als handelte es sich um ein Staatsverbrechen. Da die Redactionen selbstverständlich volles Stillschweigen beobachteten, auf directem Wege also nichts zu erfahren war, suchte man durch Anwendung von allerlei Mitteln hinter das Geheimniss zu kommen. So wurde mir von einem journalistischen Collegen, der damals im Dienste des Pressbureaus stand, eine hohe Auszeichnung in Aussicht gestellt, wenn ich den Gewährsmann des

Tagblattes nennen würde, wobei man mir noch volle Discretion zusichern wollte. Dass ich diese Zumuthung energisch zurückwies, brauche ich wohl nicht ausdrücklich zu betonen. Als ich gelegentlich Herrn v. Hoffmann Mittheilung davon machte, zeigte sich auch er entrüstet über diese unqualificirbare Frechheit. Er wusste übrigens genau, von wem die Zeitungsberichte herrührten, er theilte mir auch mit, dass man ebenso an massgebender Stelle die Quelle kenne, nur wolle man sich darüber noch eine grössere Gewissheit verschaffen, um Persönlichkeiten, welche ihre Verdächtigungen geschäftsmässig betreiben, das Handwerk zu legen. Es kam aber nichts heraus, und die ganze Untersuchung, mit welcher, nebstbei erwähnt, Herr v. Hoffmann betraut war, verlief im Sande.

Die schon für die nächsten Tage erwartete kaiserliche Entscheidung blieb aus. Dagegen hörte man, dass der Kaiser entsprechend dem Grundsatze: Audiatur et altera pars das Memorandum der Majorität seiner Räthe den anderen Mitgliedern des Cabinets zur Gegenäusserung zugewiesen habe.

Die drei Minister, die Grafen Taaffe und Potocki und Dr. Berger, willfahrten dem kaiserlichen Auftrage und überreichten nach wenigen Tagen ein von Dr. Berger verfasstes Memorandum. Diese hochinteressante Denkschrift rief, als sie bald darauf gleichzeitig mit dem Memorandum der Majorität in der »Wiener Zeitung« veröffentlicht worden, sowohl durch ihre Form wie durch ihren Inhalt eine allgemeine Bewunderung hervor. Es war dies eine advocatische Streitschrift von seltener Geistesschärfe. Indem der Verfasser daran ging, die Behauptungen und Anschauungen der Gegenpartei zu entkräften, liess er sich die Gelegenheit nicht entgehen, hie und da auch scharf zugespitzte ironische Bemerkungen einfliessen zu lassen, wie sie ein redegewandter Vertheidiger dem öffentlichen Ankläger gegenüber anzuwenden pflegt. Wie ein tüchtiger Chirurg kalten Blutes mit der Sonde die wunden Stellen untersucht, so rücksichtslos führte Dr. Berger in seiner Denkschrift die Feder gegen die Majorität seiner Collegen und gegen die in ihrer Denkschrift niedergelegten Anschauungen. Von massgebendster Stelle aus soll Herrn Dr. Berger unzweideutigste Anerkennung für seine ausgezeichnete

Arbeit ausgedrückt worden sein. Als diese Thatsache bekannt wurde, glaubte man daraus den Schluss ziehen zu können, der Kaiser werde sich für das Minoritätsmemorandum aussprechen, das seiner Anschauung am meisten entsprach, und es werde also die Entscheidung dahin ausfallen, dass die Majorität der Mitglieder des Cabinets ihre Entlassung erhalten und Graf Taaffe mit der Bildung eines neuen Cabinets werde beauftragt werden. Die Entscheidung liess aber immer noch auf sich warten, das Jahr ging zu Ende, ohne dass sie erflossen wäre.

Die Entscheidung.

1870! Die Cabinetskrisis besteht fort. Es hat auch gar nicht den Anschein, als wenn sie so bald ihre Erledigung finden sollte. Vorläufig wurden Ausgleichsversuche gemacht. Beust übernahm die Vermittlerrolle. In dem Bewusstsein, dass ja nicht alle Mitglieder des Cabinets ihm das Vertrauen entgegenbringen, das zu dem Erfolge einer solchen Mission vor Allem gehört, stützte er sich auf die Autorität der Krone. Des Kaisers Wunsch sei es, dass sich die Minister unter einander verständigen mögen. Da ihm eine solche Mission nicht officiell übertragen wurde, er also davon auch nicht geradeaus sprechen konnte, liess er die Presse für sich reden; diese wurde in gedachtem Sinne inspirirt und sie musste ihn wieder einmal nach Kräften unterstützen. Sie that es auch sehr redlich, sie konnte ihm in diesem Falle leicht den Wunsch erfüllen, weil das, was von ihr verlangt wurde, den thatsächlichen Verhältnissen vollkommen entsprach. Der Kaiser wollte wirklich eine Aussöhnung der beiden Parteien im Cabinete, Beust wusste das und er handelte nur im Sinne des Monarchen, wenn er auch einen officiellen Auftrag zur Uebernahme der Versöhner-Rolle nicht erhalten hatte. Schon der erste Schritt, den Beust in der bezeichneten Richtung gethan, konnte ihm die Ueberzeugung verschaffen, dass ihm diese Rolle keine Lorbeeren eintragen werde. Dr. Berger, den er zuerst versöhnlich zu stimmen versuchte, antwortete ihm mit einem »Schlager«.

»Wie können Sie nur daran denken, dass wir für einander einstehen sollen, wenn wir uns nicht ausstehen können,«

damit lehnte er für seine Person die Aussöhnung ab. Beust theilt dies auch in seinen Memoiren in der gleichen Weise mit.

Ebenso unversöhnlich zeigten sich auch Giskra und Herbst und er musste schliesslich den Versuch aufgeben.

Da trat ein mächtigerer Factor an seine Stelle — der Kaiser selbst rieth zu einer Verständigung.

Der Commentar, den mir Giskra dazu gab, entsprach vollständig der Situation. Er sagte: Es könne nach all dem was man sieht und hört wohl ein Zweifel darüber nicht bestehen, dass der Monarch mehr den Anschauungen, wie sie in der Denkschrift der Minorität niedergelegt sind, als jenen der Majorität zugethan sei. Der Kaiser wünsche den Ausgleich mit den Czechen, er theile nicht die Bedenken der Majorität, welche in der Art, wie dieser Ausgleich nach der Anschauung der Minorität angebahnt und durchgeführt werden sollte, einen Verfassungsbruch erblicke. Der Monarch sei der Ansicht, dass ein Modus vivendi schon gefunden werden könnte, wenn beide Parteien nur ernstlich einen solchen finden wollten. Der Kaiser wolle auch als streng constitutioneller Regent nicht gegen die Majorität entscheiden, andererseits aber ihren schroffen Standpunkt nicht billigen, und sei deshalb bemüht, eine Aussöhnung zu Stande zu bringen. Auf mein Befragen, welchen Ausgang nun die Krisis nehmen werde, falls die Aussöhnung nicht käme, zuckte Giskra mit den Achseln und meinte, es sei nicht ausgeschlossen, dass das Gesammtministerium entlassen und Graf Taaffe mit der Bildung eines neuen Cabinets betraut werden könnte. Giskra war also, wie man sieht, ganz pessimistisch gestimmt, fügte jedoch bei, er für seine Person würde sogar einen solchen Ausgang wünschen, denn er sei in Folge der vielfachen Hetzereien »über alle Massen regierungsmüde«.

Die Journale hatten einen schweren Standpunkt. Die Aufregung in den politischen Kreisen der Bevölkerung nahm mit jedem Tage zu. Die Entscheidung in der Ministerkrisis liess nun schon zu lange auf sich warten. Man wollte endlich Gewissheit haben oder doch unterrichtet sein, wie die Angelegenheiten stünden. Es liess sich aber nichts Bestimmtes melden. Selbst die Minister wussten nichts zu sagen, auch für sie blieb die Situation durchaus ungeklärt. Die Stimmung wechselte

von Tag zu Tag. So mussten sich denn die Journale darauf beschränken, dieser wenigstens Rechnung zu tragen und es erschienen förmliche Bulletins wie über das Befinden eines schwer Erkrankten. Man suchte dem Ernst der Situation eine heitere Seite abzugewinnen, und berichtete beispielweise: »In dem Befinden des Patienten ist keine Veränderung eingetreten, alle Organe functioniren regelmässig weiter, Puls gleichmässig, Stimmung gut, es scheint, dass sich ein chronisches Leiden entwickelt....«

Zu diesen »Bulletins« gab übrigens eine bereits bekannt gewordene Thatsache — ein Diner Veranlassung, zu welchem Graf Taaffe seine ministeriellen Collegen geladen hatte.

Die fünf Minister, welche die Majorität im Cabinete bildeten, versicherten zwar, es war das ein »ganz gewöhnliches« und kein politisches Diner gewesen, namentlich aber nicht ein »Versöhnungsdiner«. Graf Taaffe habe einfach als zur Zeit noch fungirender Ministerpräsident nach gutem alten Brauche in der Neujahrswoche seine Collegen zu einem Mahle eingeladen, und die Artigkeit habe seine Collegen bestimmt, bei dem Diner zu erscheinen.

Die Thatsache selbst war aber doch geeignet, die Meinung zu verbreiten, dass die Aussöhnung durch die Allerhöchste Intervention wenigstens insoweit gelungen sei, dass sich die Minister entschlossen hätten, gewissenhaft die Geschäfte fortzuführen und nicht weiter auf eine radicale Entscheidung zu dringen. Bestärkt wurde auch diese Voraussetzung durch den Umstand, dass die Adressdebatte vor der Thüre stand, und dass es der Krone wohl erwünscht sein müsse, vor Beendigung dieser Debatte keine Aenderung im Cabinete eintreten zu lassen. In Verbindung damit wurde auch das Gerücht colpotirt und vielfach geglaubt, dass sich die Minister bereit erklärt hätten, die »laufenden Geschäfte« fortzuführen, im Uebrigen aber sich jeder öffentlichen Discussion zu enthalten, also auch in die Adressdebatte nicht einzugreifen.

Nur in dem Wirrwarr der politischen Verhältnisse konnte ein solches Gerücht entstehen und seine Gläubigen finden.

Eine Adressdebatte soll der Regierung die Richtung angeben, welche Wege sie einzuschlagen hat, und soll andererseits

wieder der Regierung den Anlass bieten, ihr Programm zu entwickeln.

Einer nur provisorischen Regierung gegenüber erscheint aber die ganze Adressdebatte als etwas zweckloses.

Die liberale Partei im Abgeordnetenhause sah dies auch ein. Die deutschen Abgeordneten, die Mitglieder des Clubs der Linken und der neuen Linken (Rechbauer) traten daher zu einer vertraulichen Besprechung zusammen und die Minister wurden eingeladen, derselben beizuwohnen. Es erschienen blos die fünf geeinigten Minister. Fast alle ergriffen das Wort. Die Informationen, die ich seinerzeit über den Verlauf dieser geheimen Sitzung, gleich nachdem sie beendet war, erhielt, lautete wie folgt:

Die gegenwärtige Ministerkrisis sei beiläufig schon ein Jahr alt und sei während der Orientreise des Kaisers acut geworden. Seit einem Jahre bereits kämpfen die Minister gegen fremde Einmischungen, gegen Einmischungen, die sie allerdings in der ersten Zeit ermöglicht hätten durch allzu grosse Vertrauensseligkeit. Da die Regierung dagegen Einsprache erhob, sei die abhängige Presse benützt worden, um gegen sie zu agitiren und Misstrauen gegen sie zu erwecken. Die Differenzen bezüglich des Ausgleiches mit den Czechen berührend, erklärten die Minister, dass sie zu Verfassungsänderungen, insoferne sie auf verfassungsmässigem Wege vorgenommen würden, bereit wären; das Wichtigste aber sei die Durchführung der Verfassung, und diese werde eben durch fremde und unberufene Einmischungen, welche auch die Autorität der Regierung erschüttern, erschwert. Kurz, die Informationen, die ich damals erhielt, spitzten sich zu einer förmlichen Anklage gegen Beust zu, der unaufhörlich bemüht sei, die Stellung des Cabinets in der Position der fünf liberalen Minister zu erschüttern, wobei mir noch ausdrücklich betont wurde, man habe sichere Anzeichen dafür, dass Beust auch auf der Seite des Dreiercollegiums im Cabinete stehe und die Anschauungen, welche dieses in seiner Denkschrift niedergelegt habe, an massgebender Stelle wärmstens befürworte.

Einige Tage nach Veröffentlichung dieser Mittheilung erhob sich ein wahrer Sturm von Dementis, nicht gegen den Bericht an

und für sich, doch gegen die Behauptungen und Anschuldigungen der Cabinetsmitglieder. Beust, so hiess es in den officiösen Blättern, habe nie einen »unerlaubten« oder »unberechtigten« Einfluss auf die inneren Angelegenheiten genommen. Allein man möchte doch nicht übersehen, dass es ihm als Minister des Aeussern nicht gleichgiltig sein könne, von ausländischen Vertretern immer hören zu müssen, mit diesem Oesterreich, das in seinem Innern so zerklüftet ist, sei nichts anzufangen, und es sei wahr, ein Staat, in welchem so viele Nationen und Völker unzufrieden seien, könne sich nicht auf seine Stärke berufen und nicht erwarten, dass man ihm mit dem nöthigen Vertrauen entgegenkomme. Dass er, Beust, also mit voller Sympathie auf der Seite derjenigen stehe, die einen Ausgleich anstreben, könne man ihm nicht verübeln, dass auch er den Ausgleich gerne beschleunigt zu Stande gebracht wüsste, sei ja unter den gegebenen Verhältnissen leicht erklärlich, doch mehr als Sympathien habe er nicht zum Ausdruck gebracht, eine Action auf eigene Faust habe er nicht eingeleitet, sich also in die inneren Angelegenheiten nie eingemengt.

Diese Dementis erhielten jedoch bald wieder Gegendementis; die Behauptung, dass auswärtige Vertreter Vorstellungen über unsere inneren Verhältnisse erhoben hätten, erregte unerwartetes Aufsehen und einen Sturm von Angriffen gegen Beust, der sich solche Dinge ohne entsprechende Erwiderung sagen lasse.

Dass die Vorwürfe, die sich die Mitglieder des Cabinets untereinander machten, die Beschuldigungen, die ein Theil derselben gegen Beust erhoben, dass dessen Vertheidigung und Doppelspiel, dass all das, verstärkt durch persönliche Gegnerschaften geeignet war, die Krisis zu verschärfen, ist selbstverständlich, und ebenso selbstverständlich ist es, dass unter sothanen Umständen eine Versöhnung der Parteien im Cabinete nicht zu Stande kommen konnte. Im Gegentheil, die Krisis wurde nur noch verschärft, sie wurde es dadurch, dass die Majoritätsminister sich gegen die Vereinbarung mit ihrer Partei in Verbindung gesetzt, was die Minorität veranlasste, mit allem Nachdruck ihre Entlassung zu erbitten, und sie wurde es auch durch die abgegebenen Erklärungen und vorgebrachten An-

klagen der Majoritätsminister gegen den Reichskanzler, woraus sich sogar eine Reichskanzlerkrisis entwickelte. Freilich nicht in dem Sinne, dass Beust um seine Entlassung nachgesucht hätte, nein, er war nicht der Mann, der so leicht aus dem Sattel stieg; es hatte aber den Anschein, dass die fünf vereinigten Mitglieder des Cabinets sich mit dem Gedanken trugen, für den Fall, als die kaiserliche Entschliessung zu ihren Gunsten ausfallen sollte, dem Kaiser überhaupt Vorstellungen darüber zu machen, dass insolange Beust am Ballplatze regiere, die Durchführung ihres Programms unmöglich sei, und dass sie somit nicht in der Lage wären, die Staatsgeschäfte wieder zu übernehmen.*)

Während all dieser internen Vorgänge tagte die Adresscommission. Ein etwas föderalistisch angehauchter Entwurf des Grafen Spiegl wurde verworfen, dagegen der vom Freiherrn von Tinti abgefasste Entwurf, welcher das Festhalten an der bestehenden Verfassung betonte, mit grosser Majorität angenommen. Dadurch ward wenigstens theilweise die Situation etwas geklärter. Die Minister-Majorität erhielt durch die Beschlüsse der Adresscommission eine kräftige Verstärkung, und wollte man nicht an eine Auflösung des Vertretungskörpers denken, schien es zweifellos, dass die kaiserliche Entscheidung zu Gunsten der fünf Minister ausfallen werde.

Vielleicht hatten diese schon sichere Anzeichen für diesen Ausgang, es muss das angenommen werden, da es sonst unerklärlich

*) In seinen Memoiren behauptet der Reichskanzler, dass er dem Kaiser angerathen hätte, sich für die Majorität der Cabinetsmitglieder zu entscheiden, und die drei in der Minorität befindlichen Minister Taaffe, Potocki und Dr. Berger zu entlassen. Möglich; dann riet er aber zu Etwas, das im Widerspruch mit seiner Ueberzeugung, mit seinem öffentlichen Auftreten im Parlamente und mit seinen Aeusserungen ausserhalb desselben stand. Es ist jedoch auch noch etwas anderes möglich, dass nämlich Beust, wenn er ernstlich die Entscheidung zu Gunsten der Majorität beeinflusst haben sollte, dies in der Voraussetzung, vielleicht sogar in der gewissen Ueberzeugung gethan haben mochte, dass die Ausgleichspartei ohnehin bald zur Regierung kommen müsse, und er konnte dies wohl um so gewisser voraussetzen, als er sich diesmal auf seinen Einfluss ganz gut verlassen konnte. Aus Zuneigung zu den Majoritätsmitgliedern oder gar aus innerer Ueberzeugung hat er diesen gewiss nicht das Wort geredet.

wäre, wie man plötzlich wieder an den Fürsten Carlos Auersperg herantreten und ihm für den Fall des Ausscheidens des Grafen Taaffe die Ministerpräsidentschaft antragen, d. h. bei ihm anfragen konnte, ob er eventuell geneigt wäre, wieder an die Spitze des Cabinets zu treten.

Als in politischen Kreisen dieses Gerücht auftauchte, fiel mir die Aufgabe zu, den Fürsten zu interviewen.

Es war dies nicht so leicht. Der Fürst war sehr wechselnden Launen unterworfen und man konnte nie wissen, welchen Empfang er einem bereitet. Kam man ihm gelegen und erwünscht, konnte er von fascinirender Liebenswürdigkeit sein, war er in übler Laune, konnte er sie einen in wenig angenehmer Weise fühlen lassen. Ich für meine Person hatte mich nicht zu beklagen, er zeichnete mich stets mit seinem Wohlwollen aus. Diesmal wurde ich, offen gestanden, etwas entmuthigt durch Giskra, der, als ich ihm davon Mittheilung machte, dass ich den Fürsten Carlos Auersperg besuchen wolle, die Bemerkung fallen lies: »Nun, bei dem werden Sie gut ankommen, der ist geladen wie eine Kanone.«

Ich erfüllte trotzdem meine Aufgabe. Seine Durchlaucht war in der That schlechter Laune. Ich schien aber doch nicht ganz ungelegen gekommen zu sein. Ich konnte dies aus seinen nachfolgenden Aeusserungen entnehmen.

Ins Ministerium wieder einzutreten, so bemerkte er unter Anderem, wäre er principiell nicht abgeneigt, doch müssten erst die »faulen Balken« beseitigt werden, die jeden Schritt der Regierung hemmen. Insolange der fremde Eindringling der »sächsische Protestant« auf dem Ballplatze sein »Unwesen« treibe, müsse man auf seine Mitwirkung verzichten. Ein wahres Glück für Oesterreich wäre es, wenn man ihm das Schicksal der Barbara Ubryk bereiten und ihn für Lebenszeit in ein Kloster sperren und dort einmauern könnte, dann könnte man die schwierigste Verantwortung mit Aussicht auf Erfolg übernehmen.*) Unter den gegebenen Umständen sei dies

*) Damals machte gerade die Entdeckung grosses Aufsehen, dass in einem Kloster in Krakau eine Nonne, Namens Barbara Ubryk, durch 21 Jahre in einer finsteren, cloakenähnlichen Zelle eingesperrt war. Als man unter geistlicher Assistenz

unmöglich. Jede Regierung müsse mit ihren Bestrebungen Fiasco machen, insolange jener . . . . . das Ohr des Kaisers habe. Er denke also gar nicht an einen Wiedereintritt, und sollte in officieller Form das Ansinnen an ihn gestellt werden, den Ministerposten wieder anzunehmen, würde er das Gleiche thun, was er seinerzeit in Prag gethan, er würde dann Wien sofort den Rücken kehren und nicht zu finden sein. Eine zeitlang hätte er daran gedacht, dass sein Bruder Adolf ins Cabinet treten sollte, der hätte vielleicht die Eignung, sich unangenehme Personen vom Halse zu schaffen. Sein Vorschlag sei jedoch zurückgewiesen worden, wahrscheinlich wieder nur durch den Einfluss des Reichskanzlers. Indess könne sich sein Bruder »nur gratuliren«, dass ihm diese schwere Bürde zu tragen so erspart geblieben. Die Verhältnisse seien zu verworren, Intriguen werden allseits gesponnen, jede sachliche Erwägung werde durch persönliche Feindseligkeiten erstickt, und wo im eigenen Lager eine solche Zerfahrenheit herrsche, lasse sich absolut nichts Erspriessliches leisten.

Der Fürst that damals noch eine interessante Aeusserung: Sollte die kaiserliche Entscheidung, so bemerkte er, zu Gunsten der Fünf ausfallen, dann sind ihre Lebenstage doch gezählte. Er für seine Person würde ihnen den Rath ertheilen, unter allen Umständen auf die Portefeuilles Verzicht zu leisten, »denn besser sei es, eine Schlacht nicht zu schlagen, als sich eine grosse Niederlage zu holen«.

Die gleiche Empfindung hatten übrigens auch fast alle Majoritätsmitglieder des Cabinets, insbesondere die Minister Giskra und Herbst. Letzterer, der schon längst regierungsmüde war, sprach sich mir gegenüber sogar ganz offen darüber aus. Es wäre ein wahres Glück

---

ins Kloster drang, fand man die Genannte in einem erbärmlichen Zustand. Sie sah verwildert aus, war halb nackt und schon dem Wahnsinn nahe. Allüberall herrschte geradezu Empörung über diese unmenschliche Behandlung. Die Bevölkerung von Krakau wollte gewaltsam ins Kloster dringen, das durch Militär geschützt werden musste. Gegen die Oberin des Klosters wurde eine strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet, doch später wieder eingestellt, was gleichfalls viel böses Blut gemacht hat.

für uns, bemerkte er, wenn unser Demissionsgesuch vom Kaiser angenommen würde; er meinte, nicht nur ein Glück für den Minister, auch für die Partei, da man auf massgebender Seite dem Memorandum der Minorität mehr Sympathien entgegenbrachte und gerne bereit wäre, die Vorschläge der Unterzeichner desselben zu acceptiren und darnach vorzugehen. Was nicht jetzt geschehe, werde doch später gewiss in Angriff genommen.

Es kam jedoch nicht so — die Entscheidung fiel zu Gunsten der Majorität aus. Noch ehe die Adressdebatte im Abgeordnetenhause stattgefunden, wurde die Demission der Minister Taaffe, Potocki und Berger angenommen, und Herr von Plener wurde beauftragt, Vorschläge behufs Ergänzung des Ministeriums zu machen.

Wenige Tage darauf brachte die Wiener Zeitung die Handschreiben an die neuen Minister. Das Präsidium im Ministerrath übernahm Dr. Hasner, die anderen Portefeuills wurden in folgender Weise vertheilt: General Wagner, Landesvertheidigung; Dr. Banhans, Ackerbau; Stremayer, Cultus und Unterricht; Giskra, Herbst, Brestl und Plener behielten ihre Portefeuilles. Gleichzeitig wurde eine interessante Neuigkeit gemeldet: das Polizeiministerium wurde in der bis dahin bestandenen Form aufgelöst, ein Theil der Agenden dem Ministerium des Innern (Dr. Giskra) zugewiesen und damit ein Vorschlag Giskra's genehmigt. Ja, noch Etwas geschah. Der Reichskanzler bequemte sich, nachdem er vorher von der cisleithanischen Regierung die Zusicherung erhalten, dass sie sich in sein Ressort nicht einmengen werde, einen Theil der Pressleitung abzutreten, und so entstanden plötzlich zwei Pressleitungen, eine, die ihren Sitz auf dem Ballplatze hatte, und eine zweite, die dem cisleithanischen Ministerium unterstellt war und im Ministerpräsidium in der Herrengasse amtirte. Als Dotation für diese neugeschaffene Section beanspruchte die Regierung vom Parlamente den Betrag von 50.000 fl. — ein relativ geringer Betrag im Verhältniss zu dem für die gleiche Section im Ministerium des Aeussern bewilligten Budgetposten! Und doch versuchte die nationale Partei im Parlamente daran zu mäkeln und zu feilschen unter Hinweis darauf, dass die Regierung in dem ersten Jahre ihrer Amtsperiode einen solchen Betrag für den gedachten

Zweck ins Budget nicht eingestellt hätte, indem sie erklärte, dass eine ehrliche Politik genugsam von der unabhängigen Presse unterstützt werde. Der verlangte Betrag wurde denn auch erst bewilligt, als der neuernannte Ministerpräsident erklärte, falls dieser Dispositionsfonds der Regierung verweigert würde, sie darin die Absicht des Hauses erblicken müsste, sie für »vogelfrei« zu erklären.

Für »vogelfrei«! Ein hartes Wort das! Nach den Verhandlungen, die vorausgegangen waren, wusste man allgemein, auf wen dieses Wort gemünzt war, wen man mit dieser Anklage treffen wollte. Es war eine öffentliche Anklage gegen das Vorgehen des unter dem Reichskanzler gestandenen Pressbureaus, das vielfach der Umtriebe gegen die Regierung beschuldigt wurde, es war eine directe Anklage gegen Herrn von Beust.

Wir werden bald sehen, in welcher Art er sich dafür Genugthuung verschaffte.

Des Bürgerministeriums Ende.

— — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — —

»Sie hoffen wohl noch lang zu leben,
Gezählt indessen ihre Tage sind;
Ja nicht die Liebe blos alleine,
Der Ehrgeiz auch macht selbst die Klügsten blind.
So sehen sie nun nicht die Särge,
Die ihre Erben schon für sie bestellt,
Und sehen nicht den Friedhofswächter,
Der schon am offenen Grabe Wache hält.«

Wenige Tage nach der Reconstruction des Cabinets erhielt ich von zierlicher Hand, fein säuberlich geschrieben, ein mit einem Geleitschreiben versehenes Gedicht zum Abdruck zugestellt. Die letzten Strophen dieses Gedichtes sind hier vorangestellt. Die Eingangszeilen bezeichneten klar und deutlich, gegen wen der Autor mit seinem Poem sich richtet, wen er damit treffen wollte. Jen Männer waren damit gemeint, zu deren Gunsten die kaiserliche Entscheidung ausgefallen war, jene fünf Männer in der Regierung, welche die Denkschrift, bekannt unter der Bezeichnung Majoritätsmemorandum, unterzeichnet hatten. Der gewünschte Abdruck erfolgte nicht; die Einsendung wanderte aber auch nicht in den Papierkorb. Form und Inhalt des Gedichtes wie des beigefügten anonymen Schreibens erregten doch einigermassen Interesse und liessen es mir räthlich scheinen nachzuforschen, von wem die Einsendung herrühre. Noch am selben Tage hatte ich im Buffet des Abgeordnetenhauses Gelegenheit, die beiden Schriftstücke dem Minister des Innern, Dr. Giskra, zu zeigen. Er las sie mit vieler Aufmerksamkeit und lachte. Man

kenne das Geschoss, meinte er, und den Schützen. Er rieth auf Dr. Berger, als den bekannten Satyriker unter den Cabinetsmitgliedern, der seine Feder schon oft genug gegen seine Collegen gespitzt habe. Diesmal aber, bemerkte Giskra, habe er sich über die Wirkung, die er von einer allfälligen Veröffentlichung wohl vorausgesetzt haben mag, sehr getäuscht. Die Satyre könne nur dann verletzen, wenn sie ein Körnchen Wahrheit enthielte, das sei aber hier nicht der Fall. Die Regierung hoffe, nicht lange zu leben, sie wisse vielmehr, dass ihre Tage gezählt seien. Was die Spatzen auf dem Dache pfeifen, sei auch ihr nicht unbekannt. Die kaiserliche Entscheidung zu ihren Gunsten bedeute nichts anderes, als eine Hinausschiebung einer peinlichen Situation, in welcher sich auch der gütige Monarch befunden haben mag, dessen constitutionelle Gesinnung über allen Zweifel erhaben steht, und der nicht gegen die Majorität entscheiden wollte. Die Regierung kenne auch ganz gut ihre Gegner und Feinde und sie wünsche selbst nichts sehnlicher, als dass die lachenden Erben bald in die Lage kämen, die heissersehnte Erbschaft anzutreten. Die Regierung werde froh aufathmen, wenn ihr die Portefeuilles wieder abgenommen werden, wenn die Mitglieder derselben wieder als Deputirte ihre Plätze im Parlamente werden einnehmen können. Nur in einer Beziehung irre sich, wie Giskra weiter bemerkte, der menschenfreundliche Autor des Spottgedichtes, indem er den im Amte befindlichen Ministern den Tod verheisse, wenn sie der verantwortungsvollen Stellung einmal enthoben sein werden, er hoffe vielmehr, dass sie dann erst Alle zu neuem Leben erwachen werden.

Der Minister war der Ansicht, das Gedicht sollte veröffentlicht und mit jenen Bemerkungen versehen werden, die er darüber gemacht habe. Es wäre dies, wie er glaubte, seiner Ansicht nach eine »ganz pikante Notiz«, wenn man auch gleichzeitig die äussere Form des Briefes bespräche. Die Zeilen standen in einem schwarzen Rahmen und linkerseits befand sich in freier Handzeichnung ein Todtenkopf. Die Veröffentlichung unterblieb jedoch aus dem einfachen Grunde, weil es ja nicht erwiesen war, ob die Voraussetzung Giskra's über die Autorschaft die richtige sei. Thatsächlich war sie es nicht. Wie es sich erst später herausstellte, war es

nicht Dr. Berger, sondern ein anderer Ministercollege — Herr v. Beust, von dem die Einsendung herrührte, — dies nur so nebenher bemerkt.

Gelegentlich dieses Gespräches theilte mir Dr. Giskra auch mit, dass an die Führer der Czechen und Jungczechen, an Rieger und Sladkowsky, Einladungen ergangen seien, behufs Vorbesprechungen über die Ausgleichsmodalitäten nach Wien zu kommen; dass die Herren jedoch bereits ablehnend geantwortet hätten. Er fügte hinzu: Die Regierung habe sich in dieser Beziehung keinerlei Täuschung hingegeben, sie habe eine andere Antwort gar nicht erwartet. Nach den Erklärungen, welche Herr Sladkowsky vor Kurzem erst dem damaligen Sectionschef Dr. Banhans abgegeben, sei gar nicht vorauszusehen gewesen, dass die genannten Führer wieder nach Wien kommen würden, da ihnen damals schon in ganz unzweideutiger Weise bekannt gegeben worden war, dass die Bedingungen, von welchen die Herren den Ausgleich abhängig machen, nicht die Grundlage für Verhandlungen bilden können.

»Wenn Sie diese Mittheilungen benützen wollen, meinte Giskra, so können Sie es immerhin thun, dann fügen Sie aber gleichzeitig hinzu, dass Herr v. Beust da wieder einmal seine Hand im Spiele gehabt.« Die Regierung habe nämlich sichere Anzeichen dafür — bemerkte der Minister nun leidenschaftlich erregt — dass Herr von Beust auf indirectem Wege den Führern der Czechen die Weisung habe zukommen lassen, der an sie ergangenen ministeriellen Einladung keine Folge zu leisten, vielmehr einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten, der bald eintreten werde.

Bei diesem Anlasse äusserte sich der Minister über das unverantwortliche Benehmen Beust's in rückhaltslosester Weise. Der Reichskanzler habe das bindende Versprechen gegeben, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht zu mischen, die Regierung fernerhin ungehindert schalten und walten zu lassen, sowie er für sich in seinem Ressort sich das Gleiche zusichern liess. Er könne jedoch das Intriguiren nicht lassen und er fahre fort, mehr denn je die Stellung der Cabinetsmitglieder zu erschüttern, ihre Wege zu durchkreuzen. Man habe schon daran gedacht, die allerhöchste Autorität gegen Beust

anzurufen, jedoch sei man wieder davon abgekommen, weil ähnliche Beschuldigungen durch Thatsachen erhärtet werden müssten, ein gerichtsordnungsmässiger Zeugenbeweis sich dermalen aber nicht herstellen lasse.

Den Eindruck, den man aus allen diesen Aeusserungen gewinnen musste, war der, dass die Regierung schon vollkommen kampfesmüde geworden sei, ja nicht nur kampfesmüde, sondern auch regierungsmüde.

Nicht nur die vorangegangenen Vorgänge im Schoose des Cabinets und nicht die systematischen Eingriffe des Herrn v. Beust, auch nicht die fortwährenden Nörgeleien der clerikalen Partei und der Opposition im Parlamente, vielmehr die Vorgänge im Schosse der eigenen Partei hatten es bewirkt, dass das gesammte reconstruirte Cabinet sehnsuchtsvoll dem Tage seiner Enthebung von seinen Aemtern entgegensah. Was seinerseits noch geschah, geschah nur im Drange der Pflicht. In ihrem Memorandum hatte die Regierung ein Programm entwickelt, nach welchem sie die Regierungsgeschäfte weiter fortführen würde. Diesem Programme musste sie getreu bleiben und darnach vorgehen, unbekümmert um den Erfolg der von vorneherein durch die Haltung der eigenen Partei im Abgeordnetenhause für sie sehr zweifelhaft geworden war.

Vor Allem beschäftigte sich also der Ministerrath mit der Frage der Wahlreform.

In einer Conferenz, welche der Minister Giskra zu dem Zwecke einberief, um sich darüber klar zu werden, ob die Regierung auf die nöthige Zweidrittel-Majorität, welche bei Verfassungsänderungen nothwendig ist, rechnen könne, zeigte es sich, dass selbst unter den Gesinnungsgenossen keine Einstimmigkeit der Meinungen für die Wahlreform herrschte. Als nun über diese Frage ein Ministerrath unter dem Vorsitze des Kaisers stattfand und der Monarch erklärte, dass er seine Zustimmung zur Einbringung einer solchen Vorlage erst dann geben könne, wenn die einzelnen Landtage ihr Votum darüber abgegeben haben werden — was unter den gegebenen Umständen nicht sofort möglich war, da nicht alle Landtage tagten — liess die Regierung die Frage in suspenso und beschloss

sich mit einem sogenannten Nothwahlgesetz zu begnügen. Dieses Nothwahlgesetz bestand darin, dass für den Fall als einer oder der andere Landtag die Beschickung des Reichsrathes verweigern sollte, es dann dem Hause freistehen solle, für jenes Land directe Wahlen auszuschreiben.

Das Parlament beschäftigte sich mittlerweile unter Anderem mit der galizischen Resolution.

Der galizische Landtag hatte nämlich einige Monate vorher eine Reihe von Beschlüssen gefasst und diese dem Reichsrathe zur Begutachtung vorgelegt. Die Beschlüsse betrafen zumeist wichtige Geschäftszweige, die der galizische Landtag für sich in Anspruch nahm. Es handelte sich hier einfach um eine erweiterte Autonomie der gedachten Landesvertretung. Diese Resolution wurde vom Hause einem besonderen Ausschuss zur Berathung zugewiesen, was an und für sich schon von einer nicht unbeträchtlichen Anzahl deutscher Deputirter als eine den Polen gegenüber bethätigte zu weit gehende Concession bezeichnet wurde. Der Inhalt der Resolution gab zu den verschiedenartigsten Meinungsäusserungen Anlass, und nach all' dem was aus den Ausschüssen darüber in die Oeffentlichkeit drang, konnte man annehmen, dass die Resolution den von den Vertretern Polens gewünschten Erfolg nicht haben werde. Die Regierung selbst verhielt sich übrigens auch ablehnend. Zu einer so ausgedehnten Erweiterung des Wirkungskreises eines Landtages konnten die Minister ihre Zustimmung nicht geben; erstens weil sie darin eine Beschränkung der Rechte des Parlamentes erblickten, und zweitens weil zu befürchten stand, dass wenn dem galizischen Landtage Sonderrechte eingeräumt würden, auch die andern in ihrer Majorität national gesinnten Landtage die gleichen Rechte für sich in Anspruch nehmen würden.

Diese ablehnende Haltung der Regierung war Wasser auf die Mühle des Herrn v. Beust. Sowie er den Czechen — nach den Mittheilungen der Regierung wenigstens — indirect bedeuten liess, sich in keinerlei Unterhandlungen wegen des Ausgleichs einzulassen, da bessere Zeiten für sie kommen würden, so trat er auch während der Berathung der gedachten Resolution mit den polnischen Depu-

tirten in Verbindung und ermunterte sie mit Beharrlichkeit auf die Erfüllung der in der Resolution enthaltenen Wünsche zu dringen, und davon ja in keinem Punkte abzugehen. Ja noch mehr. Herr v. Beust war es — es ist dies meines Wissens in so apodiktischer Form noch nirgends ausgesprochen worden — der die Polen zu bestimmen wusste, für den Fall als die Resolution von dem Ausschuss abgelehnt werden sollte, aus dem Hause auszuscheiden.

An dem Abend, an welchem die Schlussberathung des Ausschusses in der galizischen Angelegenheit stattfand, sass Herr v. Beust, ungeduldig auf den Ausgang harrend, in seinem Arbeitszimmer. In seiner Gesellschaft befand sich ein Abgeordneter aus dem Grossgrundbesitz und ein im Hause befreundeter Schriftsteller. Beust blickte immer unruhig auf die Uhr. Die Zeit wurde ihm zu lang. Endlich gegen elf Uhr erschien der erwartete Bote mit der Nachricht, dass, nachdem der Ausschuss über die galizische Resolution beschlossen habe, die Ablehnung derselben dem Hause vorzuschlagen, der Club der Polen beschlossen habe, morgen aus dem Parlamente auszutreten. Der Zettel, der diese interessante Meldung enthielt, rührte von einem polnischen Deputirten her und war mit Bleistift geschrieben, die Zeilen merklich eine gewisse Hast verrathend. Beust athmete frei auf, und auf den Zettel weisend sagte er mit dem ihm eigenthümlichen Lächeln. »Das ist der letzte Nagel zum Sarge des Bürgerministeriums.« Und so war es auch. Der Wildschütze, der so gerne im fremden Revier gejagt, hatte diesmal sicher gezielt.

Man kann sich kaum eine Vorstellung vom Eindruck machen, den der Exodus der galizischen Abgeordneten sowohl im Parlamente, als insbesondere bei den Mitgliedern des Cabinetes hervorrief. Darauf waren nicht die Einen und nicht die Andern gefasst. Die Mitglieder des Cabinetes schon gar nicht, weil kurz vorher zwischen Regierung und einzelnen polnischen Abgeordneten Besprechungen stattgefunden hatten, welche Letzteren die Ueberzeugung verschaffen konnten, dass man ernstlich gewillt sei, einen Theil der in der galizischen Resolution ausgesprochenen

Wünsche des galizischen Landtages auf administrativem Wege zu erfüllen. Wusste man also auch, dass auf die Polen kein Verlass sei, und wurde ja zumeist ihretwegen die Wahlreformvorlage seitens der Regierung fallen gelassen, weil man annehmen konnte, dass sie nicht dafür stimmen würden und die zur Verfassungsrevision nothwendige Zweidrittel-Majorität kaum zu erreichen sein werde, wusste man also, dass die Polen ihre Opposition nicht aufgeben werden, so dachte doch Niemand daran, dass sie sich zu einer passiven Politik entschliessen, dass sie plötzlich dem Hause den Rücken kehren werden. Am unangenehmsten berührt davon war also, wie erwähnt, die Regierung.

Was sollte sie nun thun?

Deshalb zu abdiciren, war die geschaffene Situation doch noch nicht bedeutsam genug. Auch konnte die Regierung schon der Krone gegenüber, welcher sie ja durch die Denkschrift verpflichtet war, nicht plötzlich die Flinte ins Korn werfen. Das wäre auch ein Zeichen allzugrosser Schwäche gewesen. Im Gegentheil, sie musste sich energisch zeigen, schon im eigenen Interesse es auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Der doch immerhin ernsten Situation gegenüber musste also ein ernster Schritt gethan werden. In einem Ministerrathe, in welchem die ganze Angelegenheit der Polen zur Sprache kam, wurde nun der Beschluss gefasst, vom Kaiser die Ermächtigung zur Auflösung aller jener Landtage zu erwirken, welche durch ihre ablehnende Haltung die Verfassung bedrohten. Der Kaiser war zur Zeit in Pest. Dr. Hasner reiste dahin ab, versehen mit dem Demissionsgesuche sämmtlicher Cabinetsmitglieder für den Fall, als der Monarch die gewünschte Ermächtigung nicht ertheilen sollte. Im Bahnhof traf — zufällig Dr. Hasner mit Herrn v. Beust zusammen, der sich ebenfalls »zum Vortrage einiger wichtiger Angelegenheiten seines Ressorts« an das kaiserliche Hoflager begab. Als die Minister davon hörten, wussten sie bereits woran sie waren, ihr Los war entschieden. Die Richtigkeit ihrer Voraussetzung ward durch die kaiserliche Antwort bestätigt; der Monarch verweigerte die Auflösung der Landtage und behielt sich die Entscheidung über die Demissionsgesuche vor.

Wenige Tage darauf kam der Kaiser nach Wien, berief den Grafen Potocki und beauftragte ihn, den Versuch zur Bildung eines neuen Cabinets zu machen.

Im Parlamente herrschte darob eine arge Verstimmung. Die Mitglieder der Verfassungspartei machten sich untereinander allerlei Vorwürfe. Die gemässigten, ruhigen und einsichtsvollen beklagten sehr, dass man die liberale Regierung nicht kräftiger unterstützte, ja dass man ihr den Boden durch kleinliche Nörgeleien unterwühlte. Ein Deputirter gebrauchte damals das bezeichnende Wort, dass die Verfassungspartei sich richtiger »Verpatzungspartei« nennen sollte. Die Einsicht kam zu spät, zur Umkehr war keine Zeit mehr. Einzelne Minister, wie Herbst und Giskra, athmeten froh auf, als sie von der Berufung Potocki's hörten. Sie waren, wie schon erwähnt, längst müde geworden.

Dr. Giskra hatte für die Situation das richtige Wort. Er sagte, das alte Sprichwort habe sich wieder einmal bewährt: »Gott behüte uns vor unseren Freunden.« Die Regierung sei nicht durch die nationale Opposition, sondern durch die Gegnerschaft der eigenen Partei gefallen. Die Verantwortung für all das, was in der Zeiten Hintergrund schläft, trage die Partei. Indem sie ihre eigene Regierung stürzte, habe sie wie Jedermann zugeben müsse, einen grossen Fehler gemacht; es werde übrigens, wie man annehmen könne, auch nicht ihr letzter sein.

Freiherr v. Hofmann kennzeichnete die Situation in noch drastischerer Weise. Als sein Chef, Herr v. Beust, Sr. Majestät die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums in Vorschlag gebracht, bemerkte er, der Reichskanzler sei dabei von zweierlei Voraussetzungen geleitet worden. Erstens sollte damit den constitutionellen Formen Genüge geleistet werden, dass nämlich ein Cabinet regiere, welches in seinen Amtsgeschäften durch eine ausreichende Majorität im Parlamente unterstützt werde, und zweitens, dass die Cabinetsmitglieder auch eine staatsmännische Befähigung haben werden. Beide Voraussetzungen hätten sich jedoch als irrig erwiesen. Die Majorität, die anfänglich die Regierung wohl hatte, zerbröckelte bald wie ein künstlich zusammengefügtes Mosaikbild. Die Mitglieder der Regierung hätten aber auch bis

auf ein Einziges (Dr. Berger) keine staatsmännische Befähigung gezeigt, sie bewährten sich blos als Politiker, nicht aber als Staatsmänner, und das sei ihr Hauptfehler gewesen; denn wenn es auch richtig sei, dass jede Regierung eine bestimmte politische Richtung zu verfolgen habe, so müsse sie doch auch das Staatsinteresse im Auge behalten, dürfe nie einseitig vorgehen, und müsse stets die Gesammtmonarchie im Auge behalten. Die Herren Giskra, Herbst u. s. w. hätten sich in der Regierung mehr als Parlamentsmitglieder denn als kaiserliche Beamte gefühlt und darnach ihre ganze Thätigkeit eingerichtet. Dieses Verhältniss konnte für die Dauer nicht fortbestehen, die Entlassung der Minister hätte seiner Ansicht nach schon längst erfolgen sollen. Er für seine Person, fügte er noch hinzu, sei gewiss ein Centralist und wolle gewiss nicht, dass das staatliche Gefüge sich in einzelne Theile auflöse; allein gewisse Rücksichten seien in einem so polyglotten Staate wie Oesterreich einer ist, dringend geboten. Eine österreichische Regierung, die sich ihrer Aufgabe voll bewusst ist, müsse zwischen Parlament und den nationalen Elementen, die sich dagegen auflehnen, stehen und die Gegensätze durch eine versöhnliche Wirksamkeit auszugleichen suchen. Das Gegentheil sei geschehen. Man habe mehr auf die Stimme des Parlamentes als auf die Stimmung des Monarchen Rücksicht genommen, und so konnten sich die Dinge nicht anders entwickeln, als sie sich entwickelt haben. Man habe seinem Chef den Vorwurf gemacht, dass er sich zu viel in die innern Angelegenheiten des Landes eingemengt habe. Ein Minister des Aeussern aber, der die Augen zudrücken und im Innern des Landes Alles geschehen lassen wollte, ohne sich darum zu kümmern, würde nur zum Theil seine Aufgabe erfüllen und sich selbst in der Vollziehung der ihm übertragenen Mission Schwierigkeiten bereiten. Der Minister des Aeussern müsse in Allem und Jedem eine freie Hand haben und dürfe sich nicht durch Einflüsse und Einmengungen beirren lassen.

Auf meinen Einwand, dass die Regierung der anderen Reichshälfte eine Einflussnahme auf die äussern Angelegenheiten anstrebe, zum Theile auch bereits erreicht habe, entgegnete Herr v. Hofmann, dass ein grosser Unterschied zwischen den Cabinetsmitgliedern der diesseitigen und der jenseitigen Reichshälfte bestünde. Im ungarischen

Cabinet befänden sich eben Männer, die nicht nur Politiker seien, sondern auch eine staatsmännische Befähigung besässen.

Mit froher Zuversicht blickte Herr v. Hofmann in die Zukunft, wenn Se. Majestät sich entschliessen sollte, vorher erst ein Beamtenministerium einzusetzen, welches nur die laufenden Staatsgeschäfte zu besorgen hätte, und wenn von diesem die nöthigen Massnahmen getroffen würden, um die aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen. Er hoffe auch, dass die kaiserliche Entschliessung in diesem Sinne ausfallen werde.

Wie sich Herr v. Hofmann die Bildung des Beamtenministeriums gedacht, darüber sprach er sich nicht des Näheren aus. Vielleicht trug er sich mit der Hoffnung, dass sein Chef unter Andern auch ihn zu einem Ministerposten dem Kaiser in Vorschlag bringen werde; der Eifer, mit dem er bei dieser Unterredung für das Vorgehen des Herrn v. Beust eintrat, liess mindestens darauf schliessen.

Die Ministerkrisis entwickelte sich jedoch nicht so, wenigstens nicht ganz so, wie sich Freiherr v. Hofmann die Sache zurechtgelegt hatte. Der Kaiser that vielmehr was allgemein erwartet wurde. Er wendete sich jenen Männern zu, die im frühern Cabinete in der Minorität geblieben waren, conferirte vor Allem, wie erwähnt, mit dem Grafen Potocki, und beauftragte ihn nach einigen Tagen mit der Bildung eines neuen Cabinets. Dass in demselben Graf Taaffe Aufnahme finden werde, galt als selbstverständlich, und auch Herr v. Berger wäre mit einem Portefeuille bedacht worden, wenn nicht mittlerweile dessen schwere Kehlkopfkrankheit bedenkliche Fortschritte gemacht hätte, weshalb man auf seine Mitwirkung Verzicht leisten musste.

Graf Potocki, ein polnischer Edelmann von adeligen Formen und bürgerlichem Wesen, stand bei seinen engern Landsleuten in gutem Ansehen. Man hoffte deshalb, dass es ihm gelingen werde, die galizischen Abgeordneten wieder versöhnlicher zu stimmen, und dass ihm auch die Verfassungspartei nicht eine allzu heftige Opposition machen werde, nicht nur deshalb, weil er ja auch dem liberalen Ministerium angehört hatte, als vielmehr auch, weil er stets auf dem verfassungsmässigen Boden stand und man diesen als unverrückbar

anerkannt hatte. Thatsächlich versuchte es auch Herr v. Potocki, in Fühlung mit der liberalen Partei zu treten, indem er vor Allem mit dem Führer der Autonomisten, mit Herrn v. Rechbauer, wegen dessen Eintritt in das Cabinet in Unterhandlung trat. Dr. Rechbauer wohnte damals in der »Stadt Frankfurt« und Herr v. Potocki begab sich eines Tages zu ihm und unterhandelte mit ihm durch mehrere Stunden. Der neue Ministercandidat zeigte sich bereit, ins Cabinet einzutreten, stellte jedoch eine Reihe von Bedingungen, die er schriftlich dem Grafen Potocki überreichte mit dem Bedeuten, dass ihm vorweg Garantien gegeben werden müssten, dass sein Programm in allen Punkten durchgeführt werde.

Dieses Verlangen nach Garantien wurde von massgebendster Seite entschieden abgelehnt.

Graf Potocki sah sich hierauf veranlasst, ohne Mitwirkung des Dr. Rechbauer das Ministerium zu bilden, und es wurde demnach Graf Taaffe zum Minister des Innern und Leiter des Landesvertheidigungsministeriums, Hofrath v. Tschabuschnigg zum Justizminister und Leiter des Cultusministeriums, ernannt; Sectionschef Distler erhielt die Leitung des Finanzministeriums und Sectionschef Depretis jene des Handelsministeriums.

Ersichtlich war das neue Ministerium nur ein Uebergangsministerium.

Die erste That Potocki's war, dass er mit den Czechen in Unterhandlung trat. Auch seine Bemühungen in dieser Richtung waren erfolglos, und ebenso erwies sich die Voraussetzung, dass ihm wenigstens ein Theil der Verfassungspartei Heeresfolge leisten werde, als eine irrige. Von dem Führer der Deutschen in Böhmen, Herrn Dr. Schmeykal, wurde eine Versammlung aller Liberalen in Wien einberufen und diese beschlossen eine Resolution, welche sich gegen das neue Ministerium richtete. So musste gar bald Graf Potocki zu der Ueberzeugung kommen, dass er auch mit seinem Cabinete nicht in der Lage sein werde, die übernommene Aufgabe entsprechend zu lösen.

Um die Verfassungspartei versöhnlicher zu stimmen, reconstruirte er sein Cabinet und berief in dasselbe Herrn v. Stremayr,

einen Mann, dessen liberale Gesinnung ausser allem Zweifel stand. Das Ackerbauministerium hatte schon vorher der Ministerpräsident dem Baron Petrino überlassen. Das Ministerium der Landesvertheidung wurde Herrn Baron Widmann zugewiesen, und anstatt des Sectionschefs Distler war Freiherr v. Holzgethan zum Leiter des Finanzministeriums ernannt.

Bei der Ernennung des Baron Widmann zeigte Graf Potocki keine glückliche Hand.

Ueber das Vorleben desselben brachte nämlich die »Grazer Tagespost« eine Reihe von unangenehmen Enthüllungen, die vollständig geeignet waren, die Autorität dieses Ministers zu erschüttern.

Das genannte Provinzblatt meldete: Oberlieutenant Baron Widmann besuchte die Theaterconditorei des Herrn Mayer, zahlte aber selten. Herr Mayer bat den Oberlieutenant, er möchte gestatten, dass die Zeche notirt werde, darauf ging aber letzterer nicht ein. Nun verbot Mayer seinem Personale, den Herrn Baron Etwas zu verabreichen. Trotzdem erschien der Oberlieutenant wiederholt in der Conditorei, verzehrte verschiedene Süssigkeiten, ohne anzusagen was er genommen und ohne zu bezahlen. Als er wegen Bezahlung gemahnt wurde, erklärte der Baron, dass er nichts schuldig sei; auf wiederholtes Mahnen warf er endlich eine Zehnguldennote auf das Pult und bedeutete hierauf den Conditor, dass er ihn ohrfeigen werde, wenn er nochmals mahnen würde. Darauf entspann sich ein heftiger Wortwechsel und Baron Widmann schickte sich an, die Drohung auszuführen, an der ihn nur ein Kamerad hinderte. Am folgenden Tage — am 17. August 1857 — kam Widmann in Begleitung des Oberlieutenants Grafen Lazansky und zweier anderer Officiere ins Local, bestellte ein Gefrornes, das ihm aber mit Hinweis auf die bereits eingetretene Sperrstunde nicht gereicht wurde. Lazansky tractirte hierauf den Zuckerbäcker mit den Worten: »Du Sch . . .! bist mir zu gemein, als dass ich mich an Dir vergreife.« Am 18. August, 6 Uhr Morgens, wollte Widmann in die Wohnung des Conditors eindringen, dieser hatte jedoch rechtzeitig die Thüren abgesperrt. Am 22. August endlich nahm Widmann volle Rache.

Am Abend erschien er vor Mayer's Local, wartete die Entfernung der Gäste ab, stürmte sodann in den Mayer'schen Salon und hieb mit dem Bleiknopfe seiner Reitpeitsche auf den Zuckerbäcker ein. Dieser erfasste die Peitsche, worauf Widmann den Säbel zog und damit dem Mayer mehrere Hiebe versetzte. Der Geschlagene musste fast ein halbes Jahr auf dem Krankenlager zubringen, einen Arm konnte er in Folge der erlittenen Verletzungen Zeit seines Lebens nicht mehr gebrauchen. — In Folge eingetretenen Siechthums starb Mayer. Das Militär-Appellationsgericht, bei dem die Sache anhängig war, fand blos, dass Baron Widmann dem Zuckerbäcker Georg Mayer den im ordentlichen Rechtswege zu liquidirenden Schaden zu bezahlen habe — sonst nichts. Ein Vertreter des Erben klagte ihn auf Schadenersatz und erst nach Verlauf von zehn Jahren (1868) wurde Widmann zur Zahlung von 5000 fl. verurtheilt.

Diese Mittheilungen riefen begreiflicherweise ungeheuere Sensation hervor. Man erwartete allgemein, dass der Minister Widmann freiwillig seine Demission geben werde. Das geschah jedoch nicht. Auch der Ministerpräsident zog daraus nicht die entsprechenden Consequenzen.

Widmann blieb im Amte. Ja noch mehr. In der halbamtlichen »Wiener Abendpost« erschien sogar eine Note, die nur geeignet war, die über diesen Vorfall in der Bevölkerung herrschende Aufregung noch mehr zu steigern. Die Note constatirte zwar die Richtigkeit des vor dreizehn Jahren stattgehabten Vorfalles, und bemerkte dazu, dass derselbe wohl den Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung gebildet, »das allein entscheidende Endergebniss habe jedoch nicht auf Entlassung Widmann's aus dem Officiersverbande gelautet« und es wurde ferner hinzugefügt: »dass Freiherr v. Widmann vom Jahre 1854 bis 1861 im activen Dienste und von 1861 bis 1868 als mit Charakter quittirter Officier der k. k. Armee angehörte«. Wie ein Faustschlag ins Gesicht, wie eine empörende Verhöhnung der öffentlichen Meinung las sich diese Note.

Wenige Tage darauf wurde im Wiener Gemeinderathe von dem Volksschriftsteller und Gemeinderath O. F. Berg folgender Antrag eingebracht:

»Der Gemeinderath der Haupt- und Residenzstadt Wien möge getreu seiner Mission, welche ihn verpflichtet, die Ehre und Würde seiner Mitbürger zu wahren, das Gemeinderathspräsidium ersuchen: Dass die Missstimmung der Bevölkerung Wiens die wahrhaft peinliche Empfindung aller rechtsbewussten Bürger der Residenzstadt, anlässlich der Berufung eines Mannes, wie Herr v. Widmann in das Ausgleichsministerium zur Kenntniss des Ministerpräsidenten gebracht werde.«

Dieser Antrag rief eine lebhafte Debatte hervor und wurde schliesslich mit nur sehr wenigen Stimmen zum Beschluss erhoben.

Dem Beispiele des Wiener Gemeinderathes folgte auch die Communalvertretung von Graz. Die Antwort darauf, die von den nüchternen Gemeinderäthen ganz richtig vorausgesehen war, lautete wenig befriedigend. Die beiden Eingaben der Communalvertretungen von Wien und Graz wurden zurückgewiesen mit der einfachen Hinweisung auf die Rechte der Krone.

Was sagte nun zu alldem Baron Widmann? Es fiel mir die Aufgabe zu, ihn diesfalls zu interviewen. Es war dies wahrlich kein leichtes Beginnen. Von allen Seiten, insbesondere aber von der liberalen Presse heftig angegriffen, konnte wohl angenommen werden, dass sich Baron Widmann in grosser Aufregung befinden würde. Ihn in einem solchen Gemüthszustand aufzusuchen, schien nicht eben erfolgverheissend. Ein Umstand ermuthigte mich jedoch dabei. Ich wusste aus Erfahrung, dass gerade in solchen Momenten der Angegriffene gerne die Gelegenheit ergreift, sich zu vertheidigen und seinen Standpunkt zu rechtfertigen. Wie oft war dies bei Herrn v. Beust der Fall, der sogar selbst Alles aufbot, um von einem Journalisten interviewt zu werden. Auch kannte ich Herrn v. Widmann von früher her, und zwar nur als einen ruhig denkenden und sehr besonnenen Mann. Er empfing mich auch thatsächlich in einer Weise, als wäre nicht der geringste Anlass zu einer Erbitterung oder auch nur zu einer Kränkung gegeben worden. Er sagte mir: »Ich will beweisen, dass man einen Jugendstreich begangen haben, und doch ein guter Minister sein könne, binnen drei Monaten will ich die cisleithanische Landwehr so weit organisirt haben, wie es

gegenwärtig schon die ungarische ist.« Von den ungestümen Angriffen der Journale gegen ihn sprechend, sagte er: »Die Herren glauben mich dadurch zu stürzen, aber sie werden sich überzeugen, dass sie nur das Gegentheil davon erreichen.« Im weiteren Verlaufe bemerkte Herr v. Widmann, es sei merkwürdig, dass gerade diejenigen am heftigsten gegen ihn wüthen, die ja doch auch früher schon von der Geschichte gewusst haben, und dennoch ganz stille blieben, so lange er unter ihnen gesessen und ihr parlamentarischer Genosse war. Wenn man von ihm erwarte, dass er dem Drängen der öffentlichen Meinung nachgeben und seine Entlassung nehmen werde, so irre man sich. Als die Geschichte gegen ihn veröffentlicht wurde, habe er den Ministerpräsidenten gebeten, sich die Acten über jenen Vorfall ausheben zu lassen. Diese seien auch Sr. Majestät dem Kaiser unterbreitet worden, und es sei daher auch ganz unrichtig, wenn die Blätter melden, dass der erzählte Vorfall ihm das Vertrauen des Monarchen entzogen hätte. Der Vorfall in Graz sei auch ganz entstellt, und mit einer ganz unverkennbar tendenziösen Absicht verlautbart worden. Hätte man sich an die Wahrheit gehalten, so hätte man in seinem damaligen Benehmen nichts Unrechtes gefunden; er sei damals in ärgster Weise provocirt worden, das Benehmen Mayer's sei ein solches gewesen, dass er es sich als Officier nicht gefallen lassen konnte, ohne seine Officiersehre einzubüssen. Seine Kameraden, die Zeugen jenes Vorfalles gewesen, hätten auch seine Handlungsweise vollkommen gebilligt und ihn in Allem und Jedem unterstützt. Das Alles sei in der gegen ihn geführten militärgerichtlichen Untersuchung in klarster Weise festgestellt worden, deshalb sei auch der Kläger sachfällig geworden und nur im Civilrechtswege sei er (Widmann) zu einigen tausend Gulden Schadenersatz verurtheilt worden.

Baron Widmann ermächtigte mich, diese seine Mittheilungen, wenn ich dies für zweckmässig erachten sollte, als von ihm direct ausgehend zu bezeichnen. Es geschah das nicht. Von den Informationen jedoch wurde der entsprechende Gebrauch gemacht.

Dass trotzdem ein solcher Mann die Eignung, ein erster Beamter des Staates zu sein, nicht besass, stand ausser allem Zweifel für Alle, nur nicht für den Ministerpräsidenten.

Indess noch andere bittere Enttäuschungen musste Graf Potocki gleich in der ersten Zeit seiner Amtsthätigkeit erleben. Auch das Herrenhaus nahm nämlich gegen ihn Stellung. Graf Anton Auersperg (Anastasius Grün), sowie Herr v. Schmerling übernahmen hier die Führerschaft der Opposition.

So von allen Seiten verlassen, sah sich schliesslich Graf Potocki nach einer kaum siebenmonatlichen ministeriellen Thätigkeit in die Lage gedrängt, in seinem und im Namen des Gesammtministeriums dem Kaiser die Demission zu überreichen.

Den Informationsdienst für das »Neue Wiener Tagblatt« hatte während dieser Epoche ein polnischer Journalist, der vom »Czas« als Correspondent nach Wien geschickt worden war und in guten Beziehungen zum Grafen Potocki stand, übernommen. Er hatte dem erwähnten Blatte, mehr aber seinem Protector gute Dienste geleistet: er wurde deshalb auch von ihm in das Pressbureau berufen und hat es seither bis zum wohlbestallten k. k. Hofrath gebracht.

Beust und die Türkenlose.

An der Wiener Börse herrschte gleich zum Beginne der Amtsperiode des Bürgerministeriums ein geradezu wüstes Treiben. Täglich wurden neue Actien auf den Effectenmarkt gebracht, sofort am Tage ihrer Einführung mit hohem Agio bezahlt, und die neue Unternehmung allseits als ausgezeichnet gepriesen. Bankinstitute entstanden über Nacht. Industrien, grosse wie kleine, bekannte und unbekannte wurden in Actienunternehmungen umgewandelt. Der früher schmale Courszettel schwoll in kurzer Zeit auf die dreifache Höhe an. Wie dieser, erweiterte sich auch der Kreis der Speculanten. Wer nicht der Börse berufsmässig angehörte, spielte ausserhalb derselben. Jeder arme Teufel träumte von Millionen, die bald seine Taschen füllen würden. Männer aus dem Kreise der Wissenschaft und der Kunst, hohe und niedere Staats- und Privatbeamte, Fabrikanten, Krämer, Hausbesorger, ja mitunter sogar Arbeiter wurden von der Spielwuth, die einer Epidemie gleich rasch um sich griff, überfallen. In alle Schichten der Bevölkerung drang sie ein. Aus allen Ständen und Classen recrutirte die Börse ihre Armee. Als eine Epoche des volkswirthschaftlichen Aufschwungs wurde diese Krankheit der Zeit allenthalben gepriesen. Wer nicht mitthat, gab sich der Lächerlichkeit preis. Der Nüchterne und Besonnene wurde als feige und als Thor bezeichnet. Aristokraten zählten zu den gesuchtesten Männern für die fetten Präsidentenstellen. Fand man solche, deren Name von reinem und gutem Klang war, die schon vermöge ihrer Geburt einen bevorzugten Rang in der Gesellschaft einnahmen, umso besser; unter ihrer Firma wurden die neuen Actien mit weit grösserem Agio auf den Markt gebracht, und es wurden

diese den Gründern trotzdem, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, förmlich aus den Händen gerissen. Unternehmungen von geringer Qualität mussten sich mit gleichgearteten Cavalieren begnügen. Wenn es nur ein adeliger Name war, so war der Zweck wenigstens für den Moment der Einführung der Actien erreicht. Man speculirte eben da auf die Leichtgläubigkeit des Publicums, das nicht nachforschen und zu ergründen suchen werde, ob der Herr Graf oder Baron, der da ausersehen war, die neue Firma als Präsident zu zeichnen, auch einen reinen und makellosen Namen habe. In Pension befindliche hohe Staatsbeamte waren ebenfalls gesuchte Männer. Auch ihnen wandte sich die Aufmerksamkeit der professionsmässigen Gründer zu, gleichviel ob sie freiwillig aus dem Amte geschieden waren, oder aus einem anderen triftigen Grunde den blauen Bogen zugeschickt erhalten hatten.

Fast zwei Jahre dauerte dieser Börsenschwindel fort. Der Volkswohlstand war thatsächlich gestiegen. Fortuna hatte ihr Füllhorn in reichlichem Masse über Wien ausgegossen. Die Reichen waren reicher geworden, die Armen wohlhabend. Allein auch die Bedürfnisse waren in hohem Masse gestiegen. In bedenklicher Weise hatte der Luxus zugenommen. Rasch erworbene Reichthümer erzeugen eben Uebermuth. Ein katholischer Priester, der als Kanzelredner eine gewisse Berühmtheit erlangt hatte, und zu dessen Predigten sich nicht blos die Frommen und Bigotten einfanden, der auch Zuhörer hatte aus den Kreisen, die sonst keine Kirche besuchen, donnerte einmal gegen diese verderbliche Spielwuth, gegen dieses Jagen nach irdischen Schätzen, gegen dieses Aufhäufen von Reichthümern, die nur die Menschen schlecht machen und die verwerflichsten Triebe erzeugen. Dieser katholische Priester wollte unter Andern die Bemerkung gemacht haben, dass seit dem famosen volkswirthschaftlichen Aufschwung »die Zahl jener Damen, die nicht arbeiten und doch in aller Pracht gekleidet herumgehen, sich in erschrecklichem Masse vermehrt habe, und schon förmlich nach Pariser Massstab die Strassen unsicher machen«. Thatsächlich war es so, dass Leute, die früher bescheiden zu Fusse gingen, plötzlich im »Unnumerirten« fuhren und dass Solche, deren kühnste Träume

sich kurz vorher noch nicht über das Niveau eines Tagesfiakers erhoben hatten, in stolzen Equipagen daher fuhren, deren Rosse den enragirtesten Sportsman mit Neid erfüllten. . . .

Die ausführliche Geschichte dieser schwindelhaften Epoche zu schreiben, ist nicht meine Sache; sie bleibe berufeneren Federn überlassen. Wenn ich ihrer hier in flüchtigen Umrissen Erwähnung gethan, so geschieht es blos, um ein damit in Verbindung gebrachtes Ereigniss zu besprechen, welches in jene Epoche fallend, seinerzeit, weil es auf das politische Gebiet hinüberspielte, viel von sich reden gemacht, viel Staub aufgewirbelt hat, ein Ereigniss, welches nicht nur die wirthschaftlichen und politischen Elemente im Innern des Landes interessirte, sondern auch im Auslande grosses Aufsehen machte. Es betrifft dies — die Cotirung der Türkenlose an der Wiener Börse.

Dieselbe fand am 27. Juni 1870 statt. Es war dies nach den Suezcanalactien das erste ausländische Papier, welches im Wiener Courszettel zur Cotirung zugelassen wurde. Bis dahin bestanden bestimmte Vorschriften, welche den Handel mit ausländischen Papieren an der Wiener Börse ausschlossen, und nun wurde gerade zu Gunsten der Türkenlose die erste Ausnahme geschaffen. Schon das allein gab zu allerlei Vermuthungen Anlass. Für die Börse war diese Angelegenheit mehr oder weniger gleichgiltig. Ob um ein Papier mehr gehandelt wurde, das hatte nicht viel auf sich, allein für die politische Welt bildete die Cotirung der Türkenlose Gegenstand eifrigster Erwägung und der heftigsten Angriffe gegen den Minister des Aeussern Herrn v. Beust, durch dessen energisches Drängen allein die cisleithanische Regierung zu dieser Ausnahmsbestimmung sich veranlasst gesehen hatte.

Es war bereits in den weitesten Kreisen lange vor Cotirung bekannt geworden, dass Herr v. Beust sich eifrigst bemühe, den Türkenlosen den Wiener Markt zu eröffnen. In diesem Sinne suchte er, als noch das Bürgerministerium im Amte war, seine Absicht zu erreichen. Er fand jedoch den heftigsten Widerstand beim Finanzminister Dr. Brestel, der ihm mit aller Entschiedenheit erklärt hatte, dass er seine Zustimmung zu Gunsten eines einzelnen ausländischen Papieres niemals geben werde. Wozu er sich im

Princip bereit erklärte, war, dass er eine Regierungsvorlage ausarbeiten lassen wolle, welche allgemeine Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Papiere an der Wiener Börse enthalten soll. Dazu war es aber nicht gekommen. Beust musste sich in Geduld ergeben, und man behauptete damals vielfach, dass jener Widerstand der Bürgerminister gegen die Cotirung der Türkenlose mit ein Grund für Herrn v. Beust gewesen war, das liberale Ministerium zu stürzen.

Auch das Ministerium Potocki trug anfänglich allerlei Bedenken, in die verlangte Cotirung zu willigen. Herr v. Beust wusste aber diese Bedenken zu beseitigen, indem er erklärte, er habe während seiner Anwesenheit in Constantinopel der türkischen Regierung bindende Zusagen bezüglich der Einführung der Türkenlose an der Wiener Börse gemacht, und er sei seither wiederholt von jener Regierung an sein Versprechen gemahnt worden, es sei also diese Cotirung zu einer politischen Angelegenheit geworden, gegen welche alle finanziellen Bedenken in den Hintergrund treten müssen. Damit glaubte man auch das Urtheil der öffentlichen Meinung, die sich dieser Angelegenheit in einer für den Grafen Beust nicht sehr schmeichelhaften Weise bemächtigt hatte, beeinflussen zu können. Die halbofficielle »Wiener Abendpost« brachte hierüber am Tage der Cotirung der Türkenlose folgendes officiöse Communique:

»In Folge wiederholter Anträge der türkischen Regierung hat das k. k. Ministerium den Beschluss gefasst, zu Gunsten des türkischen Eisenbahnanlehens die Cotirung der Prämienobligationen erster Emission an der Wiener Börse zu bewilligen. . . . Die Gestattung der Cotirung auswärtiger Staatspapiere hat vom staatlichen Standpunkte aus lediglich die Bedeutung einer Constatirung der Existenz des betreffenden Papieres. Sie ist eine Massregel im Interesse und zur Bequemlichkeit des Publicums, im vorliegenden Falle überdies eine Massregel im I n t e r e s s e d e s S t a a t e s, das bei dem Verhältniss Oesterreich-Ungarns zur benachbarten Türkei ein ausnehmend nahes, ja in die Augen springendes ist. . . . Es ist hinzuzufügen, dass auch die Staatsverwaltung Frankreichs Einleitungen trifft, den Wünschen der kaiserlich ottommanischen Regierung bezüglich der Cotirung ihrer Papiere durch eine entsprechende Vorlage an den gesetzgebenden Körper zuvorzukommen.«

Das war kein Meisterschuss! Wieder einmal hatte sich das Sprichwort bewährt: »Wer sich entschuldigt, beschuldigt sich.« Die

bösartigen Gerüchte, welche über die Motive, die bei der Cotirung der Türkenlose massgebend waren, circulirten, sollten durch jenes Communique beseitigt werden. Kein anderes als ein staatliches Interesse sei der Bewilligung zur Cotirung zu Grunde gelegen, so behauptete das Communique, und man hoffte und erwartete, dass sich die öffentliche Meinung damit zufrieden geben werde. Das Gegentheil davon trat jedoch ein. Gerade die Notiz in der »Wiener Abendpost« trug wesentlich zur Verstärkung der bösartigen Gerüchte bei. Man sagte sich: wenn die Regierung sich veranlasst sieht, über die stattgehabte Cotirung eine besondere Note zu veröffentlichen, so geschah das offenbar nur deshalb, weil sie selbst empfinde, dass sie sich zu etwas entschlossen habe, was unter gewöhnlichen Umständen nicht geschehen wäre, dass sie entgegen den Bestimmungen hier eine Ausnahme gemacht, die gerechtfertigt werden müsse; man sagte sich aber auch gleichzeitig, dass diese Rechtfertigung mehr einer Ausrede gleiche, um die öffentliche Meinung irre zu führen. Ganz ungeschickt war der Schlusspassus dieser officiösen Notiz, der Hinweis nämlich darauf, dass auch die französische Regierung in der gleichen Angelegenheit eine Vorlage für die Deputirtenkammer vorbereite. Mit Recht traf da die Regierung der Vorwurf, dass sie dann mit Umgehung des Parlamentes auf administrativem Wege eine solche Ausnahmsbestimmung getroffen habe.

Nebst verschiedenen anderen Journalen war es auch die »Deutsche allgemeine Zeitung«, welche in einem ausführlichen Brief aus Wien die seltsamen Umstände der Cotirung der Türkenlose an der Wiener Börse besprach. Der Brief brachte sehr interessante Details. Er enthielt nicht blos eine Kritik des Vorgehens der Regierung, es wurden vielmehr alle Gerüchte verzeichnet, die darüber circulirten, und es wurden die Persönlichkeiten mit Namen aufgeführt, die durch ganz andere Gründe als durch staatliche Interessen sich veranlasst gesehen, ihren Einfluss für die Cotirung einzusetzen. Ja noch mehr, es wurden sogar Summen genannt, die an bestimmte Persönlichkeiten ausbezahlt wurden, damit sie ihren Einfluss in der gedachten Weise geltend machten. In diese Pauschalanklage wurde auch Herr v. Beust einbezogen. Dieser »Wiener« Brief machte nun selbst-

verständlich ungeheures Aufsehen, obschon er eigentlich nur das reproducirte, was allgemein über die Sache gesprochen wurde.

Von der Voraussetzung ausgehend, dass ich der Verfasser dieses Wiener Briefes sei, liess mich nun Herr v. Beust zu sich bescheiden, und ich hatte diesbezüglich eine ernste Unterredung mit seinem Adlatus Herrn v. Hofmann. Ich konnte sehr leicht den Beweis erbringen, dass der Aufsatz nicht von mir war. Ganz abgesehen davon, dass die Redaction der »Deutschen allgemeinen Zeitung« dem Wiener Brief die Worte vorangestellt hatte: »Nicht von unserem gewöhnlichen Correspondenten« war ich auch in der Lage, ein Schreiben der Redaction der genannten Zeitung vorweisen zu können, das meine Angabe ausser allen Zweifel stellte. Damit war aber die Angelegenheit nicht abgethan. Herr v. Hofmann legte mir eine bereits fertig geschriebene Berichtigung vor, mit dem Wunsche, dass ich sie als spontan von mir selbst ausgehend der Redaction der »Deutschen allgemeinen Zeitung« zur Veröffentlichung zusende. Als ich dies ablehnte, wurde Tags darauf ein zweiter ähnlicher Versuch durch jene politische Dame gemacht, die, wie ich schon bei einem früheren Anlasse erzählt habe, in guten Beziehungen wie zu andern politischen Persönlichkeiten, so auch zu Herrn v. Beust stand. Mein Verhalten bezüglich jener Berichtigung war das gleiche. Ich konnte mich nur dazu verstehen, meinen Einfluss bei der genannten Zeitung aufzubieten, um sie unter Hinweis darauf zur Veröffentlichung der Berichtigung zu bestimmen, dass diese mir von competenter Stelle zugekommen sei, und dass ein Beweis für die im Umlauf befindlichen bösen Gerüchte kaum zu erbringen wäre. Man begnügte sich schliesslich auch damit. Die »Deutsche allgemeine Zeitung« hatte nun thatsächlich die Berichtigung vollinhaltlich gebracht, auch meine beigefügten Bemerkungen fanden unveränderte Aufnahme; allein die Redaction versah meinen Brief mit der Bemerkung, dass in der berüchtigten Sache ihr Gewährsmann das letzte Wort habe. In der That erschien auch nach wenigen Tagen schon eine zweite Correspondenz aus der Feder des aussergewöhnlichen Correspondenten, der nicht nur seine früheren Mittheilungen vollkommen aufrecht hielt, er fügte vielmehr neue Details hinzu,

die geeignet waren, Herrn v. Beust noch mehr zu compromittiren, indem ein ziffernmässiger Nachweis über die Verwendung der sogenannten Gründungsspesen versucht wurde.

Diese Mittheilungen, wie die vielfachen ähnlichen Gerüchte, bewirkten, was damit erreicht werden wollte. Sie schwächten das Vertrauen des Monarchen zu seinem Minister. Herr v. Beust versicherte zwar wiederholt, dass der Kaiser ihm über die ganze peinliche Angelegenheit nie ein Wort gesagt hätte. Um so schlimmer für ihn. Wäre er interpellirt worden, dann hätte er sich verantworten können; eine unerörterte Beschuldigung ist in ihrer Wirkung zuweilen empfindlicher und nachhaltiger als eine offene Anklage, gegen welche man sich vertheidigen kann. Indess wurde damals vielfach von Persönlichkeiten, die in der Lage waren, sich darüber zu informiren und sich ein Urtheil zu bilden, behauptet, es wäre Herrn v. Beust Gelegenheit gegeben worden, sich von den gegen ihn erhobenen Verdächtigungen rein zu waschen, man bezweifelte jedoch sehr, dass es ihm auch gelungen sei, alle Bedenken zu beseitigen. Als Thatsache kann wohl angenommen werden, dass von jenem Zeitpunkte an das Vertrauen des Monarchen zu Herrn v. Beust nicht mehr ein so unbedingtes wie bis dahin war, und wer da weiss, wie fein empfindlich der Kaiser Franz Josef in solchen delicaten Angelegenheiten ist und welche strenge Auffassung an höchster Stelle über eine Verquickung finanzieller Geschäfte mit den Staatsgeschäften herrscht, der wird die peinliche Situation, in welche Herr v. Beust sich da dem Kaiser gegenüber versetzt sah, leicht begreifen.

Indess ein so gewandter Diplomat wie der Reichskanzler weiss sich auch aus der schlimmsten Situation herauszudiplomatisiren. So mag es ihm denn auch diesmal, wie schon oft, gelungen sein, wieder festen Fuss zu fassen. Thatsächlich war es damals noch verfrüht, Herrn v. Beust bereits zu den Todten zu zählen und ihm deshalb mit denselben Worten zu dienen, die er in dem an anderer Stelle citirten Spottgedichte an das sterbende Bürgerministerium gerichtet hatte. Die damaligen Verse wurden ihm nämlich, von einem früheren Collegen in folgender Weise variirt, zugeschickt:

»Du trachtest wohl noch lang zu leben,
Gezählt indessen deine Tage sind;
Ja nicht die Liebe blos alleine,
Der Ehrgeiz auch macht oft die Klügsten blind.
So übersiehst du wohl die Särge,
Die deine Erben schon für dich bestellt,
Und siehst auch nicht den Friedenswächter,
Der schon an deinem Grabe Wache hält.«

1859—1866—1870.

Wenden wir uns einmal von den widerwärtigen Nationalitäts- und Verfassungskämpfen in der diesseitigen Reichshälfte der österreichischen Monarchie hinweg, äusseren Ereignissen zu, deren Wichtigkeit und Bedeutung alles Andere in den Hintergrund drängt.

Zwischen Deutschland und Frankreich war ein Conflict ausgebrochen. Grund dazu gab die von der preussischen Regierung aufgestellte Candidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern für den erledigten spanischen Thron.

Es ist noch frisch in Erinnerung aller Welt, was sich darauf begab: Einspruch Frankreichs, Verzicht des Throncandidaten, chauvinistisches Treiben in Frankreich, wo Kaiserin Eugenie »ihren Krieg« haben wollte, die Brüskirung des Königs von Preussen durch den französischen Gesandten Benedetti in Ems, und darauf die Kriegserklärung Frankreichs, die Bismarck wie etwas lange und mit Sehnsucht Erwartetes aufnahm. Er hatte damit nach dem unpopulären Kriege von 1866 endlich einen populären, den Kampf mit dem — »Erbfeind«.

Als der Krieg gewiss war, ging ich nach Berlin, um dort meine Zulassung ins Hauptquartier der operirenden deutschen Armee zu erwirken. Ich hätte den Versuch kaum gemacht, wenn ich nicht in reichlichster Weise mit Empfehlungsbriefen an massgebende Persönlichkeiten versehen gewesen wäre. Die besten, diejenigen, von denen ich mir einen gewissen Erfolg versprechen konnte, erhielt ich vom preussischen Gesandten am Wiener Hofe, Herrn v. Schweinitz. An diesen hatte ich mich gewandt, als ich den Entschluss gefasst, nach Berlin zu reisen. Herr v. Schweinitz kannte mich von früher.

Bei vielen verschiedenen Anlässen hatte mich der Gesandte mit seinem Vertrauen ausgezeichnet und ich konnte es, ohne eine Zurückweisung befürchten zu müssen, wagen, ihn unter Angabe des Zweckes meiner Reise zu ersuchen, meine Absicht nach Möglichkeit zu fördern. Ich fand auch, wie ich erwartet hatte, eine freundliche Aufnahme, ja sogar ein ermunterndes Entgegenkommen. Zwar vermochte mir der Gesandte Preussens nichts Bestimmtes zuzusagen, er dachte vielmehr sehr skeptisch über den Erfolg, hielt es aber doch für zweckmässig, wenigstens den Versuch zu machen, und er versprach mir gleichzeitig mich mit guten Empfehlungsbriefen auszurüsten. Bereits am darauffolgenden Tage erhielt ich thatsächlich solche zugeschickt, darunter ein Schreiben direct gerichtet an den Chef des Generalstabes General Moltke. Als ich hierauf Herrn v. Schweinitz meinen Besuch machte, um für die erhaltenen Empfehlungsbriefe zu danken, wurde mir daselbst auch unter Anderm die erfreuliche Mittheilung, dass seitens der Gesandtschaft in ganz officieller Form ein Bericht über die Haltung des Blattes, für welches ich meine Zulassung erwirken wolle, sowie über meine persönlichen Verhältnisse nach Berlin abgegangen sei, und dass ich somit dort eine freundliche Aufnahme und meine Zwecke förderndes Entgegenkommen finden werde. Das war schon viel, jedenfalls genug, um mein Anliegen nicht als Etwas erscheinen zu lassen, was von vornherein als aussichtslos hätte bezeichnet werden können. Ich konnte mich doch auf eine competente Persönlichkeit berufen, deren Empfehlung jedenfalls von grosser Bedeutung war.

Ich ging also nach Berlin, wenn auch nicht meines Erfolges gewiss, — doch in froher Hoffnung.

In Ausübung meines Berufes hatte ich bereits zweimal Gelegenheit gehabt, Kriegsvorbereitungen eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es war dies der Fall im Jahre 1859 im Feldzug gegen Piemont und im Jahre 1866 im österreichisch-preussischen Kriege.

Wie eine Wandeldecoration ziehen die Bilder längst vergangener Tage vor mir vorüber und rufen die Erinnerung an Ereignisse wach, die von herzerschütternder Wirkung waren!

Es war im Jahre 1859.

Ueber der Kaiserstadt lag eine schwüle, drückende Atmosphäre. Der ganzen Bevölkerung hatte sich seit dem denkwürdigen Neujahrsgruss eine ernste, trübe Stimmung bemächtigt. Handel und Industrie waren ins Stocken gerathen, der Unternehmungsgeist war getödtet, die Lust zur Arbeit Jedem benommen. Alles, was das Leben einer Bevölkerung bedeutet, war lahmgelegt, — ein Krieg, ein grosser, folgenschwerer Krieg stand in Aussicht! So lange der Federkampf der Diplomaten dauerte, hoffte man immer noch, dass das Schwert nicht aus der Scheide gezogen werden wird. Man glaubt eben gerne, was man wünscht. Eine eigentliche Kriegspartei gab es nicht. Weder die Regierung, noch das Volk wünschte ernste Conflicte herbei. Man war allseits nur für die Erhaltung des Friedens. Ja, es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, die Bevölkerung für den Kriegsfall günstig zu stimmen, und keines der zahlreichen Mittel und Mittelchen angewendet, durch die eine Kampfstimmung zu erzielen gewesen wäre.

Als nun das Unvermeidliche eingetreten war, der Krieg in naher Aussicht stand, da mochte man wohl allenthalben bedauert haben, dass man in der Bethätigung der Friedensliebe zu weit gegangen war und Alles ausser Acht gelassen hatte, was die Bevölkerung für den Krieg entsprechend präparirt hätte; es war aber zu spät. Als die Kriegserklärung erfolgte, war der Eindruck ein allgemein niederschmetternder. Er lässt sich kaum wiedergeben!

Ich war auf dem Südbahnhofe, im Begriffe, als Berichterstatter nach dem italienischen Kriegsschauplatz abzugehen. Ich sehe noch die Truppen in ungeheuren Massen heranziehen, die männlichen kräftigen Soldaten, die nichts von jener Begeisterung verriethen, die sich sonst der Vaterlandsvertheidiger bemächtigt, wenn sie zur Ausübung ihrer Berufspflicht berufen werden. Selbst die vielen Musikbanden, die ihre heitersten Weisen aufspielten, vermochten nicht den Ernst der Stimmung, in welche die Mehrheit gebannt war, zu verscheuchen. Die »Einwaggonirung« — wie der technische Ausdruck für den Truppentransport lautet — ging zwar sehr geräuschvoll vor sich, unter Trommelwirbel und Commandorufen, sonst aber klang-

und sanglos, insoferne es sich um die Mannschaft handelte. Nur hie und da hörte man Einige die üblichen Volkslieder anstimmen, allein es waren nur schwache Chöre, die auf die grosse Masse ohne Wirkung blieben.

Ich höre dagegen noch die Jammertöne der Eltern, die ihren Kindern das Geleite gaben, ich sehe noch die Thränen in ihren Augen, als sie sich von ihnen verabschiedeten, um sie vielleicht zum letztenmale an ihr Herz zu drücken, ihre Kinder, die sie unter Sorgen und Mühen gross gezogen, die Hoffnung ihres Alters. Von keiner Seite war ein Laut vernehmbar, der auf eine für die geschaffene Situation enthusiastische, ja auch nur günstige Stimmung hätte schliessen lassen können. . . .

Und gerade so wie im Jahre 1859, so war es auch im Jahre 1866 vor dem Ausbruche der Feindseligkeiten gegen Preussen. Dasselbe Bild, dieselbe Scenerie. Dem Kriege voran ging dasselbe Spiel der Diplomaten, derselbe Federkampf, derselbe Versuch, die öffentliche Meinung zu täuschen. In der österreichischen Bevölkerung herrschte dieselbe trübe, düstere Stimmung; der gleiche Mangel an Begeisterung für den Krieg war überall fühlbar.

Wie anders, wie ganz anders fand ich die Verhältnisse in Berlin, als ich im Jahre 1870, kurz vor Ausbruch des Krieges, dort war, um meine Zulassung ins Hauptquartier der operirenden deutschen Armee als Kriegsreporter zu erwirken! Wie ganz anders war da die Stimmung in der Armee und selbst in der Bevölkerung! Die Begeisterung für den Krieg hatte fast Alle in gleichem Masse erfasst — die Berufssoldaten so gut, wie ihre Angehörigen. In zahlreichen Volksversammlungen wurde diese Begeisterung noch bestärkt und erhöht. Die Journale, gleichviel welcher Parteischattirung sie angehörten, überboten sich in der Aneiferung für den Krieg. In zahlreichen Artikeln wurde immer und immer wieder darauf hingewiesen, wie, um des Friedens willen, die preussische Regierung sich in einer Weise entgegenkommend erwiesen hätte, die ihr schon als Schwäche hätte ausgelegt werden können. Es wurde allenthalben eine Erbitterung gegen Frankreich, gegen Napoleon und seine Räthe erzeugt und

genährt durch eine Unmasse von Flugschriften, die in den Strassen unter lauten Rufen feilgeboten wurden.

In den Schaufenstern sah man die militärischen und civilen Staatswürdenträger Frankreichs in den absonderlichsten Abbildungen. Alle Witzblätter bemächtigten sich der Tagesfrage. In Wort und Bild wurden die »sansculottes« verhöhnt, in ernsten und heiteren Poemen die Gefühle und Empfindungen der Patrioten angeregt und angeeifert. Der Witz, die Satire, der Humor und die Ironie wurden in den Dienst der guten Sache gestellt. Die Truppen, welche die Stadt durchzogen, wurden mit Jubel begrüsst und vor dem königlichen Palais standen Hunderte von Leuten, die ihre Blicke auf das historisch berühmt gewordene Fenster des königlichen Arbeitszimmers richteten und in hellen Jubel ausbrachen, wenn sich der greise Monarch zeigte, oder auch nur ein Schatten seine Anwesenheit verrieth. Nichts deutete auf den Ernst der Situation hin, auf die Gefahren, die ein Krieg nach sich zieht. Als wäre er schon zu Ende, als wäre der Feldzug siegreich überstanden, so herrschte allenthalben die Begeisterung vor, die sich aller Schichten der Gesellschaft in fast gleicher Weise bemächtigt hatte.

Ich wohnte im Hôtel Schmelzer, einem älteren Hôtel, dessen jovialer Wirth mit seinen Gästen, zumeist Künstlern, Journalisten und Schriftstellern, die hier immer wieder einkehrten, so oft sie in Berlin zu thun hatten, auf einem freundschaftlichen Fusse stand, ein echter Repräsentant einer alten Gasthauswirthschaft, der mit seinen Insassen gerne einen gemüthlichen Plausch hielt, mit ihnen an der gleichen Tafel zechte und bei allen ihren Allotrias bereitwilligst mitthat, ja oft sogar den Ton dazu angab. Ihm gegenüber äusserte ich mein Erstaunen über den allgemeinen Jubel der Bevölkerung, dass ich noch kein einzig betrübtes oder auch nur ernstes Gesicht gesehen; ich erwähnte, wie das in Oesterreich zur Zeit der Kriege in den Jahren 1859 und 1866 so ganz anders gewesen. Ein Tischgenosse, ein bekannter Grossindustrieller aus Wien, der nach Berlin gekommen war, um noch rechtzeitig einige geschäftliche Verhältnisse in Ordnung zu bringen, mengte sich ins Gespräch und gab die ganz richtige Erklärung für die Wahrnehmung, die ich gemacht hatte.

»Wir Oesterreicher,« sagte er, »sind nicht und waren nie kriegerisch gesinnt. Wir sind friedliebende Naturen, lassen gerne Andere in Ruhe und Frieden und sind froh, wenn wir „a Ruh'" haben. Wir sind stets wider Willen zum Kriege gedrängt worden, und die Zwangslage lässt eben keine Begeisterung aufkommen. Was man nicht gerne und willig thut, eifert nicht zum Enthusiasmus an. Daraus aber, dass bei uns in den letzten Feldzügen nicht der gleiche Jubel wie in Berlin zum Ausdruck gekommen, etwa den Schluss ziehen wollen, dass wir Oesterreicher minder patriotisch gesinnt wären, wäre ein arger Trugschluss. . . . Die patriotische Gesinnung der Oesterreicher steht ausser allem Zweifel, wie es ja auch bekannt ist, dass die Bevölkerung stets zu ihrem Kaiser hält, wie kaum eine andere. . . . Wir betrachten eben jeden Krieg, aus welchem Grunde er auch geführt wird, als ein grosses nationales Unglück!« . . .

Das Gespräch wurde durch das Erscheinen des Oberkellners unterbrochen, der, auf mich zuschreitend, mir leise ins Ohr raunte, dass ein Beamter der Polizei nach mir gefragt, sich in mein Zimmer begeben habe und mich dort erwarte. Die Mittheilung machte keinen besonderen Eindruck auf mich. Ich verabschiedete mich von meinen Tischgenossen und war nicht in Zweifel darüber, dass es sich hier gewiss nur um ein Missverständniss handeln könne. Es war nicht so. Der Polizeibeamte hatte vielmehr wirklich den Auftrag, nach mir zu forschen und mich zur Ausweisleistung aufzufordern. Ich konnte ihm damit in einer beide Theile befriedigenden Weise dienen, indem ich ihm alle meine Documente zur Einsicht vorlegte. Es waren dies: Eine Legitimation der Redaction, contrasignirt von der Wiener Polizeibehörde, die den Zweck meiner Reise nach Berlin angab, ferner ein offenes Schreiben des Vertreters Deutschlands am Wiener Hofe, des Botschafters General Schweinitz an die preussischen Behörden, zwei versiegelte Briefe, der eine gerichtet an General Moltke, der andere an einen hohen preussischen Hofstaatswürdenträger, ein Creditbrief an Bleichröder und ausser dem Allen noch eine erkleckliche Anzahl von Empfehlungsschreiben an bekannte politische Persönlichkeiten in Berlin.

Nach möglichst genauer Einsichtnahme in alle diese Documente bemerkte der Polizeibeamte in bureaukratisch trockenem Tone, dass er für seine Person nun vollständig aufgeklärt sei, dass ich ihm jedoch trotzdem aufs Bureau folgen müsse, um mich auch dort vor seinem Chef zu legitimiren. Ich möchte deshalb, wie er hinzufügte, alle Documente und Schriftstücke, welche über meine Person und über den Zweck meiner Anwesenheit in Berlin Aufschluss geben, mitnehmen, und er gab gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass es mir gelingen werde, mich von jedem Verdachte zu befreien.

Verdacht! Das Wort machte einen eigenthümlichen Eindruck auf mich. »Verdacht?« wiederholte ich. »Was hat es damit für ein Bewandtniss?« Der Beamte nahm keinen Anstand, mich darüber aufzuklären. Vorsichtiger Weise, um sich nicht selbst in Verdacht zu bringen, als würde er mir ein Geheimniss verrathen, bemerkte er noch, dass er amtlich hiezu ermächtigt sei. Ich hätte mich, theilte er mir nun mit, durch den Umgang mit einem Menschen verdächtig gemacht, gegen den die Beschuldigung vorliege, dass er ein französischer Spion sei. Ich ahnte nicht, wer damit gemeint sein könnte, und als ich mir hierüber eine Aufklärung erbat, erwiderte der Beamte, dass er mir darüber keinerlei Mittheilung machen könne, er habe diesbezüglich keine Instruction erhalten, doch werde ich wahrscheinlich im Amt darüber den entsprechenden Aufschluss erhalten. Ich war sehr gespannt darauf. So sehr ich mich auch anstrengte — ich liess alle Personen, mit denen ich in den letzten 24 Stunden während meiner Anwesenheit in Berlin verkehrt hatte, im Gedächtniss Revue passiren — ich vermochte nicht zu errathen, welche von jenen Personen sich dieses schweren Verbrechens verdächtig gemacht haben konnte. Ich erfuhr es jedoch später bei der Polizeibehörde. Nachdem nämlich der Bureauchef der Polizei, ein würdiger, alter und sehr höflicher Herr, Einsicht in meine Papiere genommen und daraus grosse Beruhigung geschöpft hatte, schob er seine Brille auf die Stirn, blickte mich gutmüthig an und bemerkte lächelnd: »Nun, Sie sehen in der That nicht wie ein Spion aus und sind es auch nicht, allein ich möchte Ihnen einen guten Rath geben: meiden Sie die Gesellschaft Ihres angeblichen Collegen N., — er nannte mir ohneweiters den Namen

— ich sage angeblichen Collegen, denn nach den Erhebungen, die wir gepflogen, steht dieser Mensch in Verbindung mit unseren Feinden.« — Der Beamte fügte noch hinzu: — »Zwar war der Herr vorläufig vorsichtig genug, nichts zu unternehmen, was uns Anlass zu seiner Verhaftung geben würde, wir wissen aber sonst Alles genau, haben ihn bereits angewiesen, sofort Berlin zu verlassen, und wir werden schon darüber wachen, dass er sich nicht länger als nöthig in Berlin aufhalte.«

Ich muss gestehen, dass mehr als die ursprüngliche Eröffnung, ich hätte mich irgendwie verdächtig benommen, mich die Mittheilung überraschte, dass mein College — nebstbei erwähnt, ein in einer Provinzhauptstadt bekannter Journalist — dass sich dieser der Spionage verdächtig gemacht haben sollte. Ich hätte auch bereitwilligst Erklärungen und Aufklärungen über ihn gegeben; doch als ich nur den Versuch machte, dies zu thun, fiel mir der amtirende Beamte ins Wort: »Sie werden in Ihrem eigenen Interesse gut thun,« bemerkte er schon in etwas mehr amtlich ernstem Tone, »für Ihre eigene Haut zu sorgen, überlassen Sie es uns das Richtige zu finden. Sie werden auch gut daran thun«, bemerkte der Beamte in gleich ernstem Tone weiter, »dem Manne auszuweichen, jede Begegnung mit ihm zu verhüten, denn sonst stehe ich für nichts, trotz Ihrer guten Ausweise.«

Es erscheint mir fast als eine Beleidigung des unschuldig Verdächtigten, erst ausdrücklich zu erklären, dass er ebensowenig ein Spion war als ich. Als ich ihm später einmal von meinem Recontre mit der Berliner Polizei erzählte, gestand er zu, dass er damals thatsächlich aus Berlin ausgewiesen worden und, so lange er dort geweilt, unter polizeilicher Aufsicht gestanden ist, und dass er absolut ausser Stande sei, auch nur annäherungsweise zu errathen, was und wer ihn damals verdächtigen konnte.

Nach diesem Zwischenfall — einen so wenig aufregenden Verlauf er auch für mich genommen hatte — fühlte ich mich sehr unbehaglich in Berlin, und ich erwartete mit um so grösserer Spannung den Bescheid auf mein Gesuch wegen Bewilligung einer Audienz bei Moltke, die mir Gewissheit verschaffen sollte, ob meine

Zutheilung zum Hauptquartier der operirenden deutschen Armee bewilligt werde oder nicht, in welch letzterem Falle ich entschlossen war, sofort Berlin wieder zu verlassen.

Die Erledigung jenes Gesuches liess zum Glück nicht lange auf sich warten. Sie traf wenige Stunden nach meiner polizeilichen Einvernehmung ein. Die Audienz bei Moltke wurde mir bewilligt, die Empfangsstunde war für den nächsten Tag Mittags 12 Uhr angeordnet worden.

Wenige Minuten vor der anberaumten Zeit befand ich mich an Ort und Stelle. Nicht ohne Befangenheit betrat ich den Vorsaal des Amtsgebäudes. Im Hofraume schon ging es wie in einem Bienenkorb geschäftig zu. Officiere, hohen und niederen Ranges, fuhren ab und zu. Ordonnanzen und Diener mit grösseren Portefeuilles kamen und gingen, Alles geschah in Eile. Derselbe Andrang wie im Hofraume war auch auf der Treppe, die zum Commandirenden führte, und erst im Vorsaale! Bis knapp an die Thüre standen die Officiere, die auf Befehle harrten, oder sonst hier etwas zu thun hatten. Mein Erscheinen machte einiges Aufsehen. Begreiflich auch; ich war der Einzige in Civilkleidung unter so vielen Militärs mit ihren schmucken Uniformen. Nur den Tagsofficieren fiel ich, wie ich sofort bemerken konnte, nicht auf. Denn Einer näherte sich mir mit vornehmer Freundlichkeit, und, mich bei meinem Namen nennend, ersuchte er, mich nur einige Augenblicke zu gedulden, Se. Excellenz werde mich sofort empfangen. Ich hatte in der That nur wenige Minuten zu warten. Fast mit dem Glockenschlag 12 Uhr wurde ich vorgelassen.... Ich stand vor dem Höchstcommandirenden der deutschen Armee!...

War es, dass eine gewisse Beklommenheit meine Zunge lähmte, oder hat der »grosse Schweiger« mich absichtlich nicht zu Worte kommen lassen — thatsächlich sprach mich der Generalissimus, indem er mir einige Schritte entgegenging, sofort an.

»Ich freue mich, Sie kennen zu lernen,« begann er beiläufig in freundlich schlichter Weise. »Sie sind mir von Wien aus bestens empfohlen; auch wurde mir Ihr Blatt als ein uns stets freundlich gesinntes bezeichnet. Ich würde daher recht gerne Ihrem Wunsche

entsprechen, es geht aber nicht, geht leider nicht. Das Hauptquartier darf nicht übermässig belastet werden und es ist das leider schon stärker als es sein sollte! Doch das ist nicht das Hinderniss. Ich darf zu Gunsten eines einzelnen Blattes keine Ausnahme machen, wenn nicht ganz besondere Gründe dafür sprechen. Ich möchte Sie aber doch nicht von Berlin ganz ohne Erfolg abreisen lassen. Ich dachte mir die Sache also so aus: Ihnen ist es doch wohl kaum darum zu thun, die Strapazen des Krieges mitzumachen. Ich setze voraus, dass Sie nur einen Werth darauf legen, dass Ihr Journal über die Ereignisse des Krieges gut unterrichtet sei. Dieser Zweck soll erreicht werden. Ueberlassen Sie es uns, für Sie einen verlässlichen Kriegsberichterstatter aufzustellen. Selbstverständlich kann es sich hier nur um kurze Depeschen handeln, ausführlich zu berichten kann ich Niemandem zumuthen. Doch auch dies wird Ihnen genügen; — mehr könnte ich bei dem besten Willen nicht versprechen.«

Mit einer Verneigung dankte ich. Ich musste mich kurz fassen, denn schon trat der greise Feldherr wieder an seinen Arbeitstisch zurück — die Audienz — sie hatte nur wenige Minuten in Anspruch genommen — war damit zu Ende.

Meine Hauptaufgabe war erfüllt, mein Hauptzweck erreicht. Ich hatte nichts mehr in Berlin zu thun. Ich gab vorher noch einige der mitgenommenen Empfehlungsbriefe ab; das war in einigen Stunden geschehen. Ich suchte dann wieder mein Hôtel auf, um die Vorbereitungen zur Abreise zu treffen, die noch am selben Abend erfolgen sollte, sah mich aber doch genöthigt, die Abfahrt auf den nächsten Morgen zu verschieben. Freund Schmelzer — der Hôtelwirth — theilte mir nämlich mit, dass mein journalistischer College, wegen dessen ich den »Anstand« mit der Polizei hatte, gleichfalls mit dem Abendzuge abzureisen gedenke. Ich änderte sofort meinen Plan, um, der Mahnung der Behörde folgend, nicht mit ihm in Gemeinschaft, was wohl nicht zu verhindern gewesen wäre, die Reise anzutreten. Um meine Absicht vor dem Wirthe nicht zu verrathen, bemerkte ich deshalb, dass ich nur noch eine behördliche Zuschrift abwarten möchte, und falls die im Laufe des Nachmittags nicht eintreffen würde, meine Abreise verschieben werde.

Während wir sprachen, kam mein College. Ich war momentan in Verlegenheit, ich wusste nicht, ob ich ihm den Zwischenfall, an dem er für seine Person keine Schuld trug und der doch durch ihn eingetreten war, erzählen sollte, oder ob es zweckmässiger wäre, darüber gänzlich zu schweigen. Er kam mir jedoch entgegen und theilte mir in Gegenwart des Wirthes mit, dass er »auf Wunsch der Behörde« noch am Abend abreisen müsse. Er wisse zwar nicht, wodurch er sich »der freundlichen Aufmerksamkeit und liebevollen Fürsorge der Berliner Polizei verdient gemacht habe«, aber da man ihm den »guten Wink« gegeben, so wolle er ihn auch unverzüglich befolgen, obschon er noch Mancherlei in Berlin zu thun hätte.

Ich erwähnte blos, dass auch ich bald abreisen werde; wann dies jedoch geschehen werde, verschwieg ich wohlweislich. Auf seine spöttische Bemerkung, ob sich die Polizei auch mir gegenüber in gleich freundschaftlicher und fürsorglicher Weise wie gegen ihn benommen habe, erwiderte ich kurz, dass ich abreise, weil alle meine Geschäfte besorgt seien.

Wie gut ich daran that, meine Abfahrt auf den nächsten Morgen zu verschieben, um nicht in Gesellschaft des polizeilich Verdächtigten Berlin zu verlassen, davon konnte ich mich kurz vor der Abreise überzeugen. Kaum dass ich mein Billet an der Cassa gelöst hatte, trat derselbe Beamte der Polizei an mich heran, der mich Tags vorher durch seinen unerwarteten Besuch überrascht hatte. Er begrüsste mich mit ganz anderem Gesichte, nicht mehr mit der ernsten Amtsmiene wie früher, er reichte mir vielmehr, wie einem guten Bekannten, die Hand und bemerkte: »Er freue sich, dass ich den Rath der Behörde befolgt und die Gemeinschaft mit einem Manne vermieden hätte, der sich durch sein Benehmen stark verdächtig gemacht hatte,« und als wollte er mir eine Neuigkeit mittheilen, fügte er hinzu, »dass jener Mann bereits gestern unter polizeilicher Aufsicht abgereist sei.« Ich schwieg dazu. Eine Unwahrheit wollte ich nicht sagen, und die Wahrheit zu sagen, hielt ich unter den gegebenen Umständen für bedenklich. Offenbar um mir eine besonders gute Meinung von der Wachsamkeit seiner Behörde bei-

zubringen, theilte er mir noch mit, dass »man« auch über meinen Empfang bei dem Höchstcommandirenden gut unterrichtet sei!

Seiner Intervention verdanke ich es, dass ich in einem Coupé in einem der für die Truppentransporte bereitgestandenen Züge gut untergebracht wurde. Er hatte mich dem Zugscommandanten vorgestellt, der so freundlich war, mir — nebstbei erwähnt, dem einzigen Menschen in Civilkleidung — einen Platz neben höheren Officieren anzuweisen.

Die Fahrt glich an diesem Tage einem lustigen Sommerausflug. Die kleine Gesellschaft war in bester, heiterster Laune. Man unterhielt sich gegenseitig mit den Chancen des Krieges. Die Einen waren voll Siegeszuversicht, besprachen den Feldzug wie ein Kriegsspiel im Frieden. Andere zeigten sich wohlunterrichtet über die Heeresstärke der französischen Armee und sprachen ihre Ansicht dahin aus, dass, wenn diese gut »geführt« werden sollte, sie viel »zu schaffen« geben werde. Einer der Stabsofficiere hatte eine ganze Sammlung von Flugschriften und illustrirten Zeitungen bei sich, aus denen er einige Witze zum Besten gab, die allgemeine Heiterkeit erregten. Man trank sich gegenseitig zu und so flogen die wenigen Stunden bis nach Dresden, wo die Truppen wieder auswaggonirt wurden, rasch dahin.

In Dresden hatte ich längeren Aufenthalt. Der Personenzug konnte erst »abgelassen« werden, nachdem die Militärtransporte abgegangen waren. Mit einer Verspätung von mehr als zehn Stunden gegen die gewöhnliche Fahrordnung traf ich endlich in Wien ein, ermüdet und ermattet nach einer schlaflosen Nacht, die ich in dem vollgestopften Coupé zugebracht hatte.

Mein erster Besuch in Wien galt dem deutschen Botschafter, dem ich für die überaus freundliche Intervention danken und über die Audienz bei dem Chef des Generalstabs berichten wollte. Ich konnte ihm nichts Neues melden, er war bereits über Alles von Berlin aus im amtlichen Wege unterrichtet worden und er fügte noch, indem er mir dies mittheilte, lächelnd hinzu, dass er nur das Eine »befürchte«, dass mein Journal über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatze besser unterrichtet sein werde als er selbst, wes-

halb er mich ersuche, ihm in die Telegramme, nachdem sie die entsprechende Verwendung gefunden, rechtzeitig Einsicht zu gestatten.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Sonntag, den 6. August, nach Mitternacht langte von dem vom Generalstabschef der deutschen Armee amtlich bestellten Kriegsberichterstatter folgendes erste Telegramm ein:

›Saarbrücken ist von der ersten Armee unter Steinmetz wieder genommen worden.«

Zwei Tage später folgte die weitere telegraphische Meldung:

›Der Verlust der Franzosen in der Schlacht bei Wörth beträgt beiläufig fünftausend Todte und Verwundete. Darunter viele Officiere, und an sechstausend Gefangene. Die Armee unter Mac Mahon floh unter Zurücklassung der ganzen Bagage, vieler Geschütze und zweier Eisenbahnzüge mit Proviant. Die verfolgende preussische Cavallerie traf viele Tausend Versprengte, welche die Waffen weggeworfen hatten. Der Verlust der preussischen Armee beträgt zwischen drei- und viertausend Todte und Verwundete.‹

Der ungenannte Berichterstatter aus dem Hauptquartier der deutschen Armee hat sich im Laufe des Feldzuges noch öfter bewährt, und so konnte ich mit dem Erfolge meiner Berliner Reise im Monate Juli 1870 wohl zufrieden sein!

Unentschiedenheit zur rechten Zeit.

Das Waffenglück der deutschen Armee war gleichzeitig ein Glück für Oesterreich und dessen Völker. Wer weiss was geschehen wäre, hätten die Franzosen die ersten Siege erfochten, oder wenn in den ersten Tagen auch nur mit wechselvollem Glück gekämpft worden wäre! Kein Zweifel! Die Sympathien der massgebenden Factoren in Oesterreich waren mehr Frankreich als dem Bruderstamme zugewendet. Haben vor dem Kriege auch keine directen Abmachungen zwischen Wien und Paris stattgefunden, so war doch aus gewissen äusseren Anzeichen zu entnehmen, dass zwischen Beust und dem Herzog von Gramont Verabredungen stattgefunden haben mochten, die Letzteren zu der Hoffnung berechtigten, dass er gegebenenfalls auf die Unterstützung der österreichischen Waffen werde rechnen können. Vor Allem wurde in Oesterreich gerüstet. Nicht derart und nicht in solcher Ausdehnung, wie es ein bevorstehender Krieg erfordert, doch aber in solchem Masse, dass man die Absicht daraus schliessen konnte, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, wenn sich die Situation darnach gestalten sollte. Vorläufig begnügte man sich damit, die Ennslinien zu befestigen, man betrieb Pferdeeinkäufe für die Cavallerie und Artillerie mit grosser Hast, und auch der Stand der Armee wurde bedeutend erhöht durch die Einberufung der Urlauber. Officiell wurde gesagt, und man konnte dies auch glauben, dass Alles nur aus Vorsicht geschehe, aus jener Vorsicht, die jedem Staate obliege, an dessen Grenzen gekämpft wird, dass also die im bescheidenen Masse angeordneten Rüstungen nur zum Schutz der eigenen Grenzen veranlasst worden seien. Indessen war

es nicht Vorsicht blos, dass man nicht sofort in umfassender Weise für ernstere Fälle Vorbereitungen getroffen; es war vielmehr eine Unentschiedenheit — zum Glück eine Unentschiedenheit zur rechten Zeit. Rascher als man voraussetzen konnte, drangen die deutschen Armeen siegreich vor. Es war gleich in den ersten Kampfeswochen soviel wie gewiss, dass die französischen Waffen kaum siegreich aus dem Kampfe hervorgehen werden, und so konnte man sich auf dem Ballplatze in Wien den Anschein geben, als hätte man von vorneherein nichts anderes beabsichtigt, als eine wohlwollende Neutralität zu beobachten, und als hätte man immer daran gedacht, nie und in keinem Falle mit in den Krieg einzutreten zu Gunsten der einen oder der anderen kriegführenden Partei.

Wenn ich von äusseren Anzeichen sprach, die darauf hindeuteten, dass die Sympathien des Herrn von Beust mehr Frankreich zugewendet waren, so meinte ich damit nicht die, wie erwähnt, mit einer gewissen Hast betriebenen Rüstungen und sonstige Vorkehrungen der Kriegsverwaltung; mehr als diese erweckten die Vermuthung, dass man gegebenenfalls aus der passiven Haltung herauszutreten beabsichtige, die Informationen, welche mit der unverkennbaren Absicht, zu Gunsten Frankreichs Stimmung zu machen, seitens des Hausherrn vom Ballplatz ausgingen.

Wenn Herr v. Hofmann Preussen als den »Erbfeind« Oesterreichs bezeichnete, von dem Oesterreich niemals etwas Gutes zu erwarten habe, so konnte diese Anschauung zum Theile mit auf Rechnung einer rein menschlichen Empfindung gesetzt werden und konnte sie als der Ausdruck einer rein persönlichen Gereiztheit gegen den Nachbarstaat gelten. Man weiss, wie arg Preussen nach dem Schleswig-Holstein'schen Kriege Herrn v. Hofmann mitgespielt hatte; wie ein Verbrecher wurde er aus dem Lande gejagt, bei Nacht und Nebel musste er die Grenze zu erreichen suchen. Die Erinnerung daran war in der That nicht geeignet, seine Sympathien für Preussen zu erwecken; sein Inneres dürstete nach Rache, und wenn sich in diesem Sinne seine Informationen bewegten, so erschien das ganz begreiflich und erklärlich.

Als ich mit ihm über die Ausdehnung der Rüstungen Oesterreichs sprach, bemerkte er beiläufig: »Wir rüsten ja gar nicht, Alles was geschieht hat doch nur den Charakter einer halben Massregel, und ich befürchte, die Unentschiedenheit und Unentschlossenheit werde sich, wie schon oft, auch diesmal rächen,» und das bekannte Wort des Marquis Posa variirend, fügte er noch bei: »Wir wissen wohl was wir wollen, nicht aber was wir könnten und was wir sollten.«

Wenn nun auch nicht in so directer Weise wie Herr v. Hofmann, äusserte sich doch auch der Reichskanzler Herr v. Beust. Ich hatte kurz vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Frankreich, und zwar als ich im Ministerium vorsprach, um mir Empfehlungsbriefe für Berlin zu erbitten, Gelegenheit, Herrn v. Beust persönlich zu sprechen. Ich theilte dem Reichskanzler meine Absicht mit, um meine Zutheilung ins Hauptquartier der deutschen Armee als Berichterstatter anzusuchen. Lächelnd fiel er mir ins Wort: »Weshalb nicht lieber ins Hauptquartier der französischen Armee?« Es war schwer, darauf etwas zu erwidern, lag doch in dieser Aeusserung schon der Gegensatz unseres beiderseitigen Standpunktes. Noch klarer trat dies zu Tage in der weiteren Frage des Reichskanzlers, ob ich denn der Ansicht sei, dass ich mehr Erfreuliches aus dem Hauptquartier der deutschen Armee, als aus jenem der französischen werde zu berichten haben. Ich erwiderte darauf mit Hinweis auf die ganze Haltung des Blattes, für welches ich die Berichterstattung übernehmen wolle, dass dieses eben mehr Gewicht auf die Vorgänge innerhalb der deutschen Armee lege, und dass ich mit Rücksicht auf jene Haltung auch voraussetzen könne, dass mein Ansuchen in Berlin von Erfolg begleitet sein werde. Darauf bemerkte der Reichskanzler, er wisse nicht, ob diese Haltung des Blattes auch die richtige sei. Die Presse sollte seiner Ansicht nach die gleich vorsichtige und zuwartende Haltung einnehmen, wie die Regierung. Man könne in dem vorliegenden Kampfe gar nicht wissen, wie sich die Dinge entwickeln, wie die Verhältnisse sich gestalten werden, es wäre also viel praktischer, nicht alle Brücken hinter sich zu verbrennen und nicht entschieden für die eine oder die andere Partei

Stimmung zu machen; es wäre das um so praktischer und viel vernünftiger, da ja auch die österreichische Bevölkerung getheilter Meinung sei. Der Reichskanzler verwies in dieser Richtung auf die Stimmung, die allenthalben in der Presse und im nichtdeutschen Theile der Bevölkerung laut werde. Die Deutschen in Oesterreich, insbesondere die Verfassungspartei mit ihrem Anhange, stehe wohl mit ihren Sympathien auf Seite Deutschlands, dagegen existire auch eine Kriegspartei, eine Partei, welche ihren ganzen Einfluss geltend zu machen suche, dass Oesterreich sich die Gelegenheit nicht entgehen lasse, für Königgrätz Rache zu nehmen. Mit der ihm eigenen Ironie bemerkte hierauf der Reichskanzler noch, dass er sich das Recht herausnehme, die Haltung eines gewissen Theiles der Presse zu tadeln, da ja auch diese wiederholt seine Politik, die Politik der Regierung öfter bekrittle.

Was Herr v. Beust über die Stimmung der Bevölkerung und über die Stellung der Blätter sagte, entsprach den thatsächlichen Verhältnissen. Die Verfassungspartei, ja die gesammte liberale deutsche Partei innerhalb der einen Hälfte der österreichischen Monarchie sprach sich laut genug zu Gunsten einer freundschaftlichen Haltung Deutschland gegenüber aus. Es war dies keine Kriegspartei, sie drängte nicht, die Sympathien Oesterreichs für Deutschland durch einen Anschluss an dasselbe, durch ein Mitthun zum Ausdruck zu bringen; sie verlangte nichts anderes, als die Beobachtung und strenge Einhaltung einer wohlwollenden Neutralität, wohlwollend dem deutschen Bruderstamme gegenüber. Allein es gab auch eine wirkliche Kriegspartei, eine solche, welche wollte, dass Oesterreich an der Seite Frankreichs kämpfe, und wie sich Hofmann ausdrückte, gegen den Erbfeind die Waffen ziehe. Es waren dies die nichtdeutschen Elemente in der Monarchie, die Czechen und Polen, und in ihrem Sinne sprach sich auch ein Theil der Bevölkerung der jenseitigen Reichshälfte aus, merkwürdig und seltsam genug, die herrschende Partei in Ungarn, die zwar nicht so entschieden zum Krieg drängte wie die Czechen und Polen, die aber eine wohlwollende Neutralität beobachtet wissen wollte, die mehr den Franzosen als den Deutschen zu Gute kommen sollte. Und so wie die

Uneinigkeit sich inmitten der Bevölkerung der diesseitigen und jenseitigen Reichshälfte zeigte, so bestand auch ein Zwiespalt der Meinungen im Schosse der beiderseitigen Regierungen.

Wenn Herr v. Beust mit seinen Gefühlen und Empfindungen, mit seinen Herzensneigungen mehr Frankreich zugeneigt war, so wusste wieder Graf Andrassy seinen Einfluss dafür geltend zu machen, dass Oesterreich in dem bevorstehenden Kampfe nur die Rolle des Zuschauers und vorsichtigen Beobachters übernehme und ja nichts thue, was die eine oder die andere der Krieg führenden Parteien irgendwie reizen könnte, dass die Rüstungen nur insoweit unternommen werden mögen, als sie zur Sicherung der eigenen Grenzen geboten seien, und dass man schon mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches den Staatssäckel nicht mehr als unbedingt nothwendig in Anspruch nehme.

Die rasch aufeinandergefolgten Siege der deutschen Waffen machten dem Widerspiel der verschiedenen Meinungen ein rasches Ende. Nach der siegreichen Schlacht von Sedan war es entschieden, was Oesterreich zu thun hatte. Schleunigst, wie man anfänglich in Wien die Rüstungen in Angriff genommen, wurde nun der Befehl zur Abrüstung ertheilt. Die Befestigungsarbeiten an der Enns wurden eingestellt. Die einberufenen Urlauber wurden nach Hause geschickt, der ganze Stand der Armee wurde wieder auf den Friedensfuss gestellt, und man konnte diese Massnahmen damit begründen, dass nach den Siegeszügen der deutschen Armee, nach dem steten Vorwärtsschreiten im feindlichen Gebiete die österreichischen Grenzen nicht mehr zu bewachen seien, dass man für die Sicherheit des eigenen Landes keinerlei Besorgnisse mehr zu hegen habe.

Diese rasche Abrüstung machte in Berlin einen guten Eindruck. Waren auch für den deutschen Reichskanzler ganz andere und weit triftigere Gründe für die Anbahnung einer Annäherung an Oesterreich massgebend, so fand er doch in jenen Abrüstungen den äusseren Anlass dazu. Herr v. Schweinitz, der Gesandte Preussens am Wiener Hofe, nahm auch alsbald Gelegenheit, Herrn v. Beust aufzusuchen, und ihm die Befriedigung seiner Regierung für die freundliche Haltung Oesterreichs auszudrücken. Damit war der erste Schritt zur An-

bahnung eines besseren Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarstaaten gegeben.

Herr v. Beust hatte sich in der veränderten von ihm kaum erwarteten Situation sofort zurechtgefunden.

In einer sehr ausführlichen Depesche, die er an den Vertreter Oesterreichs nach Berlin sandte, informirte er diesen bereits in ganz unzweideutiger Weise über die Haltung, die er nunmehr einnehmen solle, und gab seinerseits der vollen Befriedigung für die in Berlin herrschende Stimmung Ausdruck, über welche ihm Herr v. Schweinitz erfreuliche Eröffnungen gemacht habe.

Was zur Förderung dieser freundlichen Stimmung zu thun möglich war, das geschah durch den genannten preussischen Diplomaten. Er war auch die geeigneteste Persönlichkeit zur Förderung eines guten Einvernehmens beider Staaten. War auch Herr v. Schweinitz weniger geschmeidig und glatt in der Form, als sein College, der französische Botschafter Herzog von Grammont, so gewann er doch Jeden durch die Schlichtheit und Geradheit seines Wesens. Zur Zeit, als der Herzog von Grammont Beglaubigter Frankreichs am Wiener Hofe war, waren wohl die Beziehungen dieses Diplomaten zu Herrn v. Beust freundschaftlicher, man könnte fast sagen intimer, als die des Reichskanzlers zu Herrn v. Schweinitz. Es war dies auch in der Natur der Verhältnisse gelegen. Ganz abgesehen von dem Antagonismus, der zwischen dem eisernen Kanzler und dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs von langer Zeit her bestand, und der im Laufe der Jahre durch allerlei Umstände und Verhältnisse eine kräftige Nahrung erhielt — Umstände, die es dem Vertreter Deutschlands am Wiener Hofe wohl sehr räthlich erscheinen liessen, sich möglichst ferne vom Ballhausplatze zu halten, dort ein seltener Gast zu sein, — so zwar, dass der Verkehr der beiden Staatsmänner, Beust und Schweinitz, nur auf die geschäftlichen Verhältnisse beschränkt blieb und diese deshalb auch eine intimere Gestaltung nicht anzunehmen vermochten, ganz abgesehen von all dem fühlte sich Herr v. Beust überhaupt mehr zu dem Herzog von Grammont hingezogen, als zu Herrn v. Schweinitz, — es war dies rein persönlich.

Durch das Entgegenkommen für die preussische Regierung trat nun auch eine plötzliche Wendung in dem ganzen äusseren Gehaben des Herrn v. Beust zu Herrn v. Schweinitz ein. Sie sprachen sich mit einander nicht nur gut, ihre gegenseitigen Beziehungen nahmen sogar sehr bald einen ostentativ freundschaftlichen Charakter an.

Es mag hiebei nicht unerwähnt bleiben, dass Herr v. Schweinitz unter allen seinen Berufsgenossen zu den beliebtesten Diplomaten in der Wiener Gesellschaft zählte. Sein offenes Wesen, die ungekünstelte Liebenswürdigkeit, die ganze Art, wie er sich gab, war eine herzgewinnende; auch hatte er Neigung für Wien, und wo sich nur die Gelegenheit dazu bot, wusste er sie kräftig zu bethätigen. Diese seine sympathischen Eigenschaften wurden auch bei Hofe anerkannt, was seine diplomatische Mission wesentlich förderte.

Wie lauteten nun die Informationen für die journalistische Berichterstattung? Ich finde darüber sehr interessante Aufzeichnungen, freilich blos Schlagworte in meinem Tagebuche. Sie lauten: „Beust gesprochen. Hat plötzlich sein Herz für Preussen und seinen Collegen Bismarck entdeckt. Ist wieder mit der Haltung der liberalen Blätter unzufrieden, möchte mehr Anerkennung für seine vorsichtige Haltung vor Ausbruch des Krieges und einen warmen Ton bei Besprechung der neuen politischen Situation. . . . Benimmt sich so, als wenn diese aus seiner Initiative hervorgegangen wäre. Hätte ihm gerne die Worte ins Gedächtniss gerufen, die er vor Kurzem zu mir sprach. Hätte ihm gerne den Tadel in Erinnerung gebracht, den er über die Haltung der deutschfreundlichen Blätter ausgesprochen, dass es nämlich unklug sei, »alle Brücken hinter sich zu verbrennen«, wie er sich damals ausdrückte, da man nicht wissen könne, »was in der Zeiten Hintergrunde schläft«. Haben es doch diese Diplomaten und Staatsmänner gut! Wenn sie über Nacht ihre Gesinnung wechseln, so haben sie eine triftige Entschuldigung dafür, da heisst es: »Die Staatsinteressen gehen über Alles!«; wenn jedoch ein Journal über Nacht seine Anschauung so ändern würde, wie jene Herren ihre Gesinnung, welche Sturmfluth von Vorwürfen müsste es da über sich ergehen lassen. B. (Beust) erwartet »Anerkennung« für seine vorsichtige geschickte diplomatische Haltung vor dem Ausbruch der

Feindseligkeiten und für seine nunmehrige Haltung. Als wenn ich nicht wüsste, wie er früher dachte, und dass der Versuch, Preussen mit Oesterreich auszusöhnen, nicht von ihm, vielmehr von Berlin ausging. Sch. (Schweinitz) war darüber offenherzig genug, der ist doch ein ganz anders gearteter Diplomat. Wenn er aufgeknöpft sein will, dann ist er es ordentlich und ohne Rückhalt; seinen Worten kann man unbedingt vertrauen. . . .“

Herr v. Hofmann hatte sich mit den neu geschaffenen Verhältnissen ebenfalls bereits vollständig abgefunden. Es muss wahrheitsgemäss erwähnt werden, dass er nicht den Versuch machte, seine frühere Gesinnung zu bemänteln, sich den Anschein zu geben, als hätte er die neu geschaffenen Verhältnisse herbeigewünscht, als hätte seine Person etwas dazu beigetragen, oder als fiele seinem Chef ein Theil der Anerkennung zu. Mit voller Offenheit besprach vielmehr Herr v. Hofmann die politische Situation; zwar ohne besondere Begeisterung, anerkannte er jedoch die Vortheile, die sich aus einem guten Einvernehmen mit Deutschland für die österreichische Monarchie thatsächlich ergeben könnten, wenn man es in Berlin mit der Freundschaft aufrichtig meinen sollte. Jedenfalls wäre es jetzt, wie er weiters raisonnirte, Aufgabe aller Factoren, wäre es eine patriotische Pflicht, die angebahnten freundschaftlichen Beziehungen möglichst zu fördern, und er für seine Person könnte nur wünschen, dass die Journale die Regierung in ihren Bestrebungen kräftiger unterstützten. Tief beklagte Herr v. Hofmann die Haltung der nichtdeutschen Blätter, insbesondere jene der Czechen und Polen, wie die eines Theiles der ungarischen Presse, nicht deshalb, weil (wie er bemerkte) zu befürchten stehe, dass man in Berlin irgendwie darauf reagiren werde, kenne man doch dort die Verhältnisse genau; wohl aber seien diese Stimmen gegen die neu geschaffene Situation geeignet, Stimmung in einem Theile der österreichischen Bevölkerung zu machen und wenn diese auch nicht mächtig genug sein würde, die Action der Regierung zu stören, so sei das immerhin, wie die Verhältnisse bei uns liegen, geeignet, im Innern der Monarchie Verlegenheiten zu bereiten. Herr v. Hofmann fügte damals auch die bedeutsamen Worte hinzu, dass »man« sich wohl gezwungen sehen

werde, gegen die entschieden unpatriotische Haltung einiger Blätter energische Massregeln zu ergreifen.

Es bestand nach dieser letzteren Aeusserung kaum ein Zweifel darüber, dass man sich massgebenden Ortes bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, gegen diese »unpatriotischen« Blätter den Staatsanwalt anzurufen.

Es kam jedoch mittlerweile etwas Anderes, was die Regierung in die Lage versetzte, ein energisches und bedeutsames Wort in dieser Sache zu sprechen.

Einige Declaranten des böhmischen Landtages, an ihrer Spitze Palacki und Rieger, richteten im Namen der »politischen Nation der Böhmen« eine Zuschrift an den Reichskanzler, worin sie dessen auswärtige Politik heftig angriffen, ihre Abneigung gegen Deutschland, dagegen ihre Sympathien für Frankreich und für Russland in rückhaltslosester Weise zum Ausdruck brachten.

Wohl gemerkt! Das denkwürdige Actenstück, welches sie Promemoria nannten, war nicht der Ausfluss der Majorität des böhmischen Landtages oder eines anderen rechtmässigen Vertretungskörpers! Nein! Ein paar politische Persönlichkeiten der »böhmischen Nation« sahen sich berufen, im Namen dieser »politischen« Nation, ohne ein Mandat derselben, die äussere Politik anzugreifen, diese einer abfälligen Kritik zu unterziehen, und das sogar öffentlich zu thun, da sie in ihren Organen das »Promemoria« verlautbaren liessen. Noch mehr. Sie verlangten ausdrücklich, dass dasselbe Sr. Majestät dem Kaiser vorgelegt werde! Man kann sich kaum etwas Ungeheuerlicheres denken, als dieses Promemoria. Dem Reichskanzler mochte es jedoch sehr erwünscht gekommen sein. Er hätte es sich, angesichts der Situation, wohl kaum besser wünschen können.

Freilich spielte da Etwas mit hinein, was man die »Ironie des Schicksals« nennt.

Dass es gerade Herr v. Beust sein musste, gegen den sich der Zorn der Czechenführer richtete, das war entschieden das Heiterste an der Sache! Er, der ihnen immer die Stange gehalten, der stets als der Anwalt ihrer nationalen Forderungen aufgetreten war, — er musste es jetzt erleben, dass diese Undankbaren sich mit

dem schwersten Tadel und indirect mit einer schweren Anklage gegen ihn an den Kaiser wandten, um eine Aenderung der Politik herbeizuführen!

Sehr zu Herzen nahm sich Herr v. Beust diese Anklage nicht. Auch die Enttäuschung, die er als Politiker bei seinen früheren Freunden erlebte, empfand er nicht sonderlich. Den Anschein aber gab er sich doch, als wäre er von dem Promemoria aufs Peinlichste berührt worden; er stellte sich sehr gereizt, es passte ihm das so.

Die Antwort, die er seinen Anklägern (am 14. December) zu Theil werden liess, zeigt dies klar und deutlich. In einer schärferen Tonart war überhaupt nicht bald ein zweites amtliches Document gehalten und ist auch seither kein zweites in die Oeffentlichkeit gedrungen.

Um den Verfassern ihren Standpunkt klar zu machen, wurde ihnen ihre Eingabe zurückgestellt, ohne dass sie den Weg gemacht hätte, den sie für dieselbe bestimmt hatten, ohne dass sie nämlich officiell dem Kaiser vorgelegt worden wäre. Dagegen hat es sich der Reichskanzler vergönnt, auf den Inhalt des Promemoria näher einzugehen. Wen es interessirt, der kann diese Antwort des Herrn v. Beust nachlesen. Er hat sie sofort, nachdem sie für die Beschwerdeführer abgegangen war, der Oeffentlichkeit übergeben (ein Vorgang, der sonst bei ähnlichen Schriftstücken nicht geübt wird). Diesmal sah sich der Reichskanzler dazu bestimmt, weil er, wie er in der Antwort ausdrücklich betonte, die feste Ueberzeugung habe, dass das, was er darin gesagt, »zugleich die Auffassung der unendlichen Mehrheit der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns, die Auffassung aller echten Vaterlandsfreunde ist«. Der Reichskanzler erinnert in seinem Antwortschreiben daran, dass zur Zeit, als er noch Ministerpräsident und mit der Leitung der inneren Angelegenheiten betraut war, die Reise mehrerer politischer Persönlichkeiten nach Moskau stattgefunden habe. Er habe damals einen grossen Beweis von Versöhnlichkeit an den Tag gelegt. Der Regierung sei von mancher Seite der Gedanke nahegelegt worden, diesen Vorgang entsprechend zu ahnden, sie haben diesem Drängen keine Folge gegeben. Allein auch die Versöhnlichkeit habe ihre Grenzen, zumal wenn das

richtige Verständniss dafür nicht vorhanden ist. Das Promemoria bezeichnet Herr v. Beust im Verlaufe seines Antwortschreibens als — »um nicht ein härteres Wort zu gebrauchen« — Landespreisgebung«.

Man kann sich kaum einen Begriff von der Wirkung machen, die diese Abfertigung allenthalben hervorgerufen, und welches Aufsehen das so trefflich gewählte Wort: »Landespreisgebung« gemacht hatte. Als Landesverräther wollte und konnte man auch nicht gut die Ueberreicher des Promemoria bezeichnen. Man argumentirte nämlich so: Jedermann könne am Ende eine politische Ueberzeugung haben, welche nicht nach dem Geschmacke der Regierung sei, und es könne auch nichts dagegen eingewendet werden, wenn — bis zu einer gewissen Grenze selbstverständlich — ein Einzelner oder Mehrere ihrer Ueberzeugung öffentlichen Ausdruck geben. Die Declaranten wegen dessen, was sie in dem famosen Schriftstücke zu sagen sich berufen fühlten, als Landesverräther zu bezeichnen, sei wohl zu stark. Man suchte also nach einem anderen kräftigen Ausdruck, um diesen eigenthümlichen Vorgang der Führer der Czechen entsprechend zu charakterisiren. Es sollen nun — wie man sich damals erzählte — viele Redewendungen in Vorschlag gebracht und alle als zu milde wieder verworfen worden sein, bis endlich der Ausdruck »Landespreisgebung« als der geeignetste gefunden wurde. Man frug sich nun allgemein: wer war der Autor der schriftlichen Abfertigung dieses Actenstückes, das, was Entschiedenheit der Sprache, was Form und Inhalt anbelangt, wohl zu den besten zählt, das vom Ballhausplatz aus seinen Weg in die Oeffentlichkeit gemacht hat? Wer hat das famose Wort »Landespreisgebung« zuerst ausgesprochen und in Vorschlag gebracht? Hierüber circulirten zu jener Zeit verschiedene Angaben, die grosse Mehrheit wollte in dem gewandten Styl die Feder des Reichskanzlers erkennen. Herr v. Hofmann theilte dagegen Jedem unter strengster Discretion mit, dass er das ganze Schriftstück in einer Nacht fertig gearbeitet, und dass es in unveränderter Form die Anerkennung seines Chefs gefunden. Auch ein Dritter wurde als »Autor« genannt, ein hoher Beamter des Ministeriums des Aeussern, der früher einmal Journalist

gewesen und von der Redactionsstube aus seinen Weg ins Ministerium gemacht hatte, wo er eben in Folge seiner Stylgewandtheit vielfach und vorzugsweise zur Concipirung wichtiger Depeschen und Noten verwendet wurde.

Gleichviel übrigens wer das Schriftstück verfasst hat. Die Bedeutung desselben liegt doch zuvörderst darin, dass endlich einmal auch an jener Stelle echt deutsche Worte gesprochen wurden, von wo aus bis dahin die feindliche Haltung gegen alles was deutsch war genährt worden war. Dieser Umstand wurde entsprechend gewürdigt und anerkannt, anerkannt auch von der Verfassungspartei, in deren Schosse sich nun wieder eine versöhnlichere Stimmung für Herrn v. Beust bemerkbar machte.

Feldzeugmeister Freiherr v. Kuhn.

Ein Kriegsminister, der sich während seiner ganzen Amtsperiode in so uneingeschränkter Weise des Vertrauens aller Parteien erfreuen konnte, wie Freiherr v. Kuhn, gehört wohl zu den seltensten Seltenheiten in Staaten mit verfassungsmässigen Einrichtungen. Dieses allgemeine Vertrauen genoss Feldzeugmeister Freiherr v. Kuhn, und es wurzelte in der Achtung, die er sich zu erringen gewusst durch sein offenes, gerades Wesen, durch eine strenge Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Pflichten, und nicht zum geringen Theile durch seine hohen Bildungsgrad.

Sein offenes, gerades Wesen! Er war darin ein Original. Als ein Feind aller Formalität brachte er stets das, was er zu sagen hatte, in rücksichtsloser Weise zum Ausdrucke, die bei jedem Andern gewiss verletzend gewirkt hätte, ihm jedoch nicht übel genommen wurde und nicht verübelt werden konnte, weil man die volle Ueberzeugung hatte, dass eine Verletzung seinerseits nicht beabsichtigt sei. Das härteste, verletzendste Wort verlor, indem er es aussprach, seine Schärfe; die Wirkung, die er damit erzielte, war oft sogar eine heitere, die Stimmung, die es hervorrief, eine — man konnte fast sagen — gemüthlich-fröhliche. Mit seinen Kraftausdrücken, seinen drastischen Bemerkungen, mit denen er zuweilen die Redner unterbrach, könnte man ein ganzes Lexikon füllen. Manche seiner Bemerkungen wurde zum geflügelten Worte. So nannte er beispielsweise vier Delegirte der österreichischen Delegation: die Herren Rechbauer, Demel, Figuly, Sturm, die bei jedem Posten des Kriegsbudgets Abstriche beantragten, das »Streichquartett«, und es blieb

ihnen fortan diese Bezeichnung wie ein zutreffender Spitzname. Als Giskra einmal in seiner Eigenschaft als Berichterstatter über das Kriegsbudget die Bemerkung fallen liess, dass er in der Begründung eines Postens die Logik vermisse, unterbrach ihn der Kriegsminister sofort mit dem Einwand: »So ein logischer Kopf wie der Berichterstatter bin ich auch«, und der »logische Kopf« blieb Giskra wie eine Titulatur zum Namen für lange Zeit. Die Ansätze der Kriegsverwaltung für die Verpflegung der Armee wurden einmal in einer Delegationssitzung von vielen Seiten als zu hoch bezeichnet. Der Kriegsminister antwortete mit einem Schlager: »Ihre Söhne geben Sie uns als Soldaten, ihre Nahrung wollen Sie uns jedoch entziehen, wo bleibt da Ihr väterliches Herz.« Von dem Bewusstsein getragen, dass er das Beste wolle, streng constitutionell vorgehe, und stets alle mögliche Rücksicht auf die bedrängte finanzielle Lage des Reiches nehme, war Herr v. Kuhn sehr empfindlich, wenn ihm von Leuten, die »nichts davon verstehen«, Gegenvorschläge gemacht wurden. In einem solchen Momente ergriff er das vor ihm liegende Portefeuille und rief der Opposition zu: »Wenn Sie's besser verstehen als ich, werden Sie Kriegsminister, hier haben Sie das Portefeuille.«

In einer Sitzung des Militär-Ausschusses der österreichischen Delegation sprach Herr v. Kuhn über den Geist in der Armee und bemerkte unter Anderem: Es sei möglich, dass hie und da raisonnirt werde, das Raisonniren liege eben im österreichischen Charakter. Die Officiere raisonniren, auch die Soldaten, wenn sie aber vor dem Feinde stehen, da hören sie zu raisonniren auf und schlagen sich tapfer.

Diese und ähnliche Aeusserungen, deren ich noch viele aus meiner Erinnerung anführen könnte, wurden stets mit schallender Heiterkeit aufgenommen, und — wer die Lacher auf seiner Seite hat, hat bekanntlich auch gewonnenes Spiel — Freiherr v. Kuhn, der Feldzeugmeister, blieb in den meisten Redeschlachten Sieger oder erfocht wenigstens theilweise Siege; gänzliche Niederlagen gehörten zu den äussersten Seltenheiten.

Wenn hier der Ausdruck »Redeschlachten« gewählt wurde, so ist das keineswegs so gemeint, dass Herr v. Kuhn den gewandten

Parlamentsrednern gegenüber sich gewandter und stärker zu zeigen, dass er für seinen Standpunkt durch eine wohlgesetzte Rede die Hörer zu gewinnen vermocht hätte. Beileibe nicht. Herr v. Kuhn war nie ein Redner in der eigentlichen Bedeutung des Wortes. Er suchte auch gar nicht seine Stärke im Reden halten. Auch darüber liegt ein Ausspruch von ihm vor. »Reden — sagte er einmal — können die Herren besser als ich, dagegen bilde ich mir ein, es (das Militärwesen) besser zu verstehen.« Wenn es nun auch ganz richtig ist, dass es in dem Parlamentskörper, vor welchem Herr v. Kuhn sein Budget zu vertreten hatte, viel bessere Redner gab als er einer war, so würde man ihn doch falsch beurtheilen, wenn man sich etwa die Meinung bilden würde, dass ihm das öffentliche Sprechen auch nur einigermassen Verlegenheiten bereitet hätte. Gewiss nicht. Er verstand es immer recht gut, seine Posten zu vertheidigen, er fand immer das richtige Wort für seine Sache; er glich dem Naturschwimmer, der sich immer ganz sicher auf der Oberfläche zu erhalten weiss. Er sprach eben »von der Leber weg«, einfach, die Worte nicht erst suchend, ungekünstelt, gradaus und unbefangen, wenn sich auch ein hartes, gerade nicht parlamentarisches Wort von seiner Zunge löste. Mitunter fiel auch eine witzige Bemerkung. Er war, kurz gesagt, kein grosser Debatter, doch ein wirksamer Sprecher, am wirksamsten freilich in der Replik, in der Gegenrede.

Ich sprach von seiner Gewissenhaftigkeit. Er war immer gleich gewissenhaft, — als Politiker wie er es als Soldat war — er war stets in des Wortes vollster Bedeutung ein constitutioneller Minister, ein energischer Pionnier liberaler Grundsätze.

Es hat dies einmal Dr. Herbst, dieser Alles zersetzende Kritiker, in einer Sitzung der Delegation unumwunden ausgesprochen. Es handelte sich um die Bewilligung eines von der Kriegsverwaltung angesprochenen bedeutenden Postens. Die Nothwendigkeit und Unerlässlichkeit der Auslage wurde vielseitig bestritten, dennoch wurde sie zustimmend votirt, und zwar mit folgender Begründung: Dr. Herbst sagte, wie in dem betreffenden Delegationsprotokoll nachzulesen: »Wenn wir auch alle Bedenken gegen die Nothwendigkeit der geforderten Auslagen haben, so werden wir dennoch für die Einstellung

in das Budget stimmen, nicht aus sachlichen, vielmehr aus rein persönlichen Motiven, und zwar mit Rücksicht auf die Person des Kriegsministers, zu dem wir alle das gleiche Vertrauen haben, und dem wir mit der Bewilligung des geforderten Betrages unser Vertrauen votiren wollen.« Es war dies eine Anerkennung, die kaum jemals von einer Opposition in gleich uneingeschränkter und ehrenvoller Weise zum Ausdruck gebracht worden ist.

Ich sprach auch von dem hohen Bildungsgrad des Feldzeugmeisters v. Kuhn, der wesentlich die Achtung bestärkte, die man ihm allseits entgegenbrachte.

Es steht mir nicht zu, über seine Befähigung als Soldat, über sein organisatorisches Talent auf dem Gebiete des Heerwesens ein Urtheil abzugeben; das muss berufeneren Federn überlassen bleiben. Wohl aber darf es als eine Thatsache, die kaum von irgend einer Seite bestritten werden könnte, erwähnt werden, dass Freiherr v. Kuhn stets sein lebhaftes Interesse auch Gegenständen zuwandte, die weitab lagen von seinem soldatischen Berufe. So sehr ihn dieser auch beschäftigte, so viel er auch in seiner Stellung als Kriegsminister zu thun hatte, so sehr ihm auch die umfangreichen Reorganisationsarbeiten zu schaffen gaben, er fand immer noch Zeit zu anderen Studien. Mit Vorliebe las er die griechischen und römischen Classiker in der Ursprache, die ihm wie seine Muttersprache geläufig geworden, und er war kein Leser im gewöhnlichen Sinne des Wortes er vertiefte sich in die Classiker wie ein Gelehrter. Während er las, machte er seine Bemerkungen und Glossen dazu. Wie eingehend diese waren, davon geben die Blätter Zeugniss, die, von seiner Hand beschrieben, zwischen den einzelnen Seiten der Bücher eingeheftet sind.

In zahlreichen Aufsätzen, die zum grossen Theile den Weg in die Oeffentlichkeit machten, entweder in Tagesjournalen Aufnahme fanden oder selbstständig als Broschüre erschienen, nahm Herr v. Kuhn Stellung zu einschlägigen Tagesfragen. Doch bewegte er sich mit Vorliebe auf seinem Gebiete, in den Grenzen seines Berufes; hier führte er das Wort als denkender, tief gebildeter Soldat. Seine Stärke lag vorzugsweise in der Polemik. Die Eigenartigkeit seines Styls verlieh seinen Aufsätzen stets einen besonderen Reiz. Wer je etwas

aus seiner Feder gelesen, erkannte ihn sofort wieder. Seine Ausdrucksweise ist lapidarisch, sein Wort stets zutreffend und kräftig.

Wie im Sprechen, kennt er aber auch im Schreiben keinerlei Rücksicht. Seine Feder wird zum Schwerte, wenn er sie zur Kritik oder auch zu seiner Vertheidigung ergreift. Seine ganze Natur drückt sich darin aus, sein Charakter, sein impetuoses Wesen. Auf ihn angewendet gilt das Wort: »Le style c'est l'homme.«

Und noch in einer anderen Beziehung unterscheidet sich wesentlich Herr v. Kuhn von fast allen seinen Standesgenossen: Autoritäten existiren für ihn nicht. Die Person gilt ihm Nichts, die Sache ist ihm Alles.

Es ist bekannt, wie er gegen Moltke, wie er sich insbesondere gegen dessen Operationen vor Königgrätz aussprach. Diese Angriffe tragen das ganze Gepräge seiner eigengearteten Individualität. Sie enthalten in knappester Form die schärfsten Ausfälle. Sie bilden eine rücksichtslose Kritik. Und nicht nur fremden Autoritäten gegenüber kannte Herr v. Kuhn nie einen Zwang und beobachtete er keinerlei Selbstbeherrschung; auch jenen gegenüber, die zu seinen eigenen Landsleuten, zu seinen engeren Berufsgenossen gehörten, auch gegen sie — wenn sie selbst im militärischen Range höher standen als er, und er ihnen gegenüber schon durch Rücksichten der soldatischen Disciplin sich eine gewisse Reserve aufzuerlegen hatte — auch gegen diese liess er stets das freie Wort walten, in ungebundenster Form. Nicht so nachsichtsvoll wie seine Aeusserungen den Politikern gegenüber, wurde aber sein Auftreten gegen militärische Autoritäten des Inlands aufgenommen. Von dieser Seite erwuchsen ihm gefährliche Gegner, die, wenn sie auch nicht seine Schaffenskraft lähmen konnten, ihm doch viel Unangenehmes, so manche Schwierigkeit in der Durchführung seines grossen Reorganisationswerkes bereiteten. . . .

Kaum erscheint es glaublich, dass dieser Mann im privaten Verkehr oft von fascinirender Liebenswürdigkeit und herzlichster Gutmüthigkeit sein konnte. Man musste ihn eben nur zu behandeln wissen. Man durfte sich bei der ersten Begegnung durch ein lautes, zuweilen scharfes oder rauhes Wort nicht sofort einschüchtern lassen.

Man musste ihm Stand halten; nicht durch eine Entgegnung, die ihn leicht reizen konnte, man musste vorerst alles ruhig und stillschweigend hinnehmen, dann schlug er im Laufe des Gespräches schon von selbst einen milderen Ton an, und war man einmal in der Unterhaltung drin, dann konnte man sich auch zwanglos gehen lassen, sich selbst über die üblichen Formen der Etiquette hinwegsetzen. . . .

Ich bin mir wohl bewusst, im Vorstehenden kein volles Bild des Mannes geliefert zu haben, der auf so vielen Gebieten eine ausgesprochene Individualität ist. Was ich hier über Herrn v. Kuhn sagte, erschien mir für das Folgende unerlässlich. Dazu bestimmten mich die Vorgänge, die sich während der Delegationsperiode in den Jahren 1870 und 1871 abspielten, und die ich nun in den folgenden Zeilen mittheilen will.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Delegationsstürme.

Die Delegationen für das Jahr 1870 tagten in Pest. Diese Session war eine der bewegtesten seit dem Bestande der Institution. Sie war aber auch vermöge der Gegenstände, die während derselben zur Behandlung kamen, eine der interessantesten für alle Jene, die den Vorgängen in der Monarchie besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden pflegen. Die Berichterstattung war deshalb auch eine sehr mühevolle. Sie nahm nicht nur die Tageszeit in Anspruch; bis in die späte Nacht hinein musste fleissig gearbeitet werden. Wir mussten einen Specialdraht miethen, um gewiss zu sein, dass die zur Beförderung bestimmten Telegramme auch rechtzeitig in die Redaction gelangen. Der Schwerpunkt der Arbeit lag in der Berichterstattung über die Vorgänge in den Ausschüssen, deren wichtigste Berathungsgegenstände geheim behandelt wurden, und in sonstigen Vorgängen, die sich ausserhalb der öffentlichen Berathungssäle abspielten.

Das Geheimnissvolle regt stets das Interesse in hohem Masse an. Die Aufmerksamkeit der Correspondenten musste sich somit naturgemäss jenen Ausschusssitzungen zuwenden, in welchen Fragen zur Behandlung kamen, die man der öffentlichen Discussion zu entziehen für nöthig erachtete. Der journalistische Standpunkt unterscheidet sich eben in den meisten Fällen wesentlich von jenem der Berufspolitiker, insbesondere von jenem der Staatsmänner, die oft durch Rücksichten gebunden sind, die durch ihre Stellung bedingt sind. Zuweilen hegen sie jedoch selbst den geheimen Wunsch, dass ihre Geheimnisse verrathen werden, und wenn sie die Geheimhaltung beantragen, so mag dies wohl hie und da schon in der Voraus-

setzung geschehen, dass Manches von dem, was sie unter dem Siegel der Verschwiegenheit zur Kenntniss der Anwesenden gebracht haben, dennoch in die Oeffentlichkeit dringen werde. Der Berichterstatter ist an keinerlei Rücksicht gebunden; er kennt nur die eine, die ihm seine Berufspflicht vorzeichnet: den Lesern über alle nöthigen und bedeutenden Tagesfragen wahrheitsgetreue Mittheilungen zu machen, wobei er sich freilich mitunter auch eine grosse Reserve, geboten durch ein richtiges Taktgefühl, auflegen muss, ein Taktgefühl, das ihm sagen muss, wie weit er in Enthüllungen gehen darf, ohne einen berechtigten Tadel über sich heraufzubeschwören. Die Berichterstattung über sogenannte geheime Sitzungen gehört somit, wie man sich leicht denken kann, zu den schwierigsten Aufgaben eines Correspondenten.

Es läge hier der Versuch sehr nahe, und es wäre sehr verlockend, dem Leser einen Einblick in die journalistische Küche zu gewähren, hauptsächlich deshalb, um zu zeigen, dass der Vorwurf der Indiscretion oft ungerechtfertigt ist, mit dem man gerne rasch bei der Hand ist, wenn ein Journalist etwas veröffentlicht, was dem Einen oder dem Andern gegen den Strich geht. Ich gehe diesem Versuche aus dem Wege. Ich will nicht anklagen, und ich habe keinerlei Grund, mich zu vertheidigen, weil ich — Gott sei Dank — niemals der Indiscretion beschuldigt war.

Die Delegationssession im Jahre 1870 war — wie schon gesagt — reich an geheimen Ausschusssitzungen.

Eine lebhafte Discussion riefen unter Anderen in den beiderseitigen Ausschüssen und insbesonders im Ausschusse der ungarischen Delegation die Auslagen hervor, welche die vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges für nothwendig erachteten beschränkten Rüstungen erfordert, und welche die Höhe von 20 Millionen Gulden erreicht hatten. Graf Beust wurde interpellirt, auf Grund welcher Berechtigung des Ministeriums des Aeussern jene 20 Millionen verausgabt wurden.

Die Antwort erfolgte in einer vertraulichen Ausschusssitzung; sie lautete kurz dahin, dass das Ministerium des Aeussern mit dieser Geldfrage gar nichts zu thun gehabt, und dass die beschränkten

Rüstungen vielmehr nach einer eingehenden Berathung in einem zu diesem Zwecke von Sr. Majestät dem Kaiser einberufenen Kronrathe erfolgt seien. Diesem Kronrathe seien die Ministerpräsidenten der beiden Reichshälften und Erzherzog Albrecht zugezogen worden. Er, Beust, habe alle Verhältnisse und nützlichen Eventualitäten, welche der deutsch-französische Krieg für Oesterreich im Gefolge haben könne, in eingehendster Weise besprochen, die Consequenzen daraus zu ziehen, habe er den massgebenden Factoren überlassen, und diese hätten sich eben für die beschränkten Rüstungen ausgesprochen, was schliesslich auch durch einen allgemeinen Beschluss acceptirt wurde.

Mein Gewährsmann, der mich über die Vorgänge jener vertraulichen Sitzung informirte, und dessen Namen ich später noch nennen werde, ging übrigens in seinen Mittheilungen viel weiter als der Reichskanzler in den Ausschüssen. Indem er mich in vollkommenster Weise über die Situation aufklärte, rieth er mir gleichzeitig, in meinem eigenen Interesse mir bei der Wiedergabe seiner Mittheilungen möglichste Reserve aufzuerlegen; es könnten Dementis erfolgen und ich wäre dann nicht in der Lage, die Wahrheit zu beweisen. Er theilte mir nun mit, dass in jenem Kronrathe Graf Potocki der Befürchtung Ausdruck gegeben habe, dass im Falle eines siegreichen Vorrückens der französischen Armee sich Polen erheben und Russland die Gelegenheit ergreifen könnte, unter verschiedenen Vorwänden Galizien zu besetzen, was einen Krieg mit Russland zur Folge haben müsste. Dieser Anschauung habe auch der Reichskriegsminister Feldzeugmeister Kuhn beigepflichtet, und es sei hierauf die Frage entstanden, was zu geschehen habe, um durch eine solche Eventualität nicht überrascht zu werden. Seine Majestät der Kaiser habe von vornherein den Wunsch ausgesprochen, es sei Alles zu vermeiden, was seitens der einen oder der anderen kriegführenden Partei als eine Provocation angesehen werden könnte. Daraufhin habe nun der ungarische Ministerpräsident Graf Andrássy den Antrag auf jene beschränkten Rüstungen gestellt, die eben mit dem Aufwande von 20 Millionen Gulden thatsächlich stattgefunden haben. Mein Gewährsmann charakterisirte weiters noch in trefflicher Weise

einzelne Persönlichkeiten des Kronrathes, welche, hätten sie ihrer eigenen Ueberzeugung rücksichtslos folgen können, in den Rüstungen viel weiter gegangen wären, als dieselben thatsächlich gemacht worden sind. Graf Potocki und Graf Andrássy hätten sich in ihren Antipathien gegen Russland zusammengefunden, und der Kriegsminister, Feldzeugmeister Kuhn, hätte sie in ihren Voraussetzungen, dass Russland unter gewissen Eventualitäten bereit sein könnte, Oesterreich den Krieg zu machen, kräftig unterstützt. Dass dieses Trio sich schliesslich mit den beschränkten Rüstungen einverstanden erklären musste, war nur eine Folge des weisen Rathes der Krone und der ausführlichen Darlegung der politischen Situation durch den Reichskanzler Herrn v. Beust.

Diese interessanten Daten, sowohl jene über die vertraulichen Sitzungen des Ausschusses der ungarischen Delegation, als auch die über die Vorgänge in dem unter dem Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers stattgefundenen Kronrathe, die, wie ich noch ausdrücklich hinzusetzen muss, sich später als vollkommen richtig bewährten, verdankte ich dem Sectionschef des Ministeriums des Aeussern, Herrn v. Hofmann.*)

Ihre Verlautbarung selbst in der reservirtesten Form hat seinerzeit viel Aufsehen gemacht. Man war allenthalben im Kreise der ungarischen Delegation bemüht, nachzuforschen und festzustellen, wer von den Delegirten den »Vertrauensmissbrauch« verübt habe. Dass die Mittheilungen von einem Manne herrührten, der sein Wort in keiner Weise verpfändet hatte und daher, ohne einen Vertrauensmissbrauch zu begehen, mittheilsam sein konnte, darauf verfiel man nicht.

Doch weit mehr Aufsehen als der Bericht über die Vorgänge in jener geheimen Sitzung machten die ausführlichen Mittheilungen über all' das, was seitens der Kriegsverwaltung zur Rechtfertigung des hohen Kriegsbudgets vorgebracht worden war. Die Feststellung dieser zum grossen Theile sehr interessanten Eröffnungen des Herrn

*) Herr v. Beust erzählt in seinen Memoiren die damaligen Vorgänge in ähnlicher, wenn auch, wie mit Rücksicht auf seine Stellung leicht begreiflich und erklärlich ist, nicht in so ausführlicher Weise.

v. Kuhn hatte viel Mühe gekostet, viel Zeit in Anspruch genommen. Auch diese Mittheilungen rührten von keinem Delegirten her, auch sie erhielt ich von einer officiellen Persönlichkeit, die ein besonderes Interesse daran gehabt haben mochte, dass sie in ganz richtigem Sinne, unentstellt der Oeffentlichkeit übergeben werden, selbstverständlich mit Hinweglassung alles dessen, was nach aussen hin irgendwie unangenehm zu berühren geeignet gewesen wäre.

Mein Gewährsmann befand sich in der nächsten Umgebung des Kriegsministers, genoss dessen unbedingtes Vertrauen, und wurde zuweilen dazu verwendet, die Journale über die Anschauungen der Kriegsverwaltung zu informiren.

Diesem Gewährsmann verdankte ich auch folgende interessante Mittheilungen, die zur Zeit, als sie mir geworden, aus leicht begreiflichen Gründen nicht in der Ausführlichkeit wiedergegeben werden konnten, als dies heute wohl thunlich erscheint, wo sie nach keiner Seite hin mehr verletzen können.

Die allgemeine Wehrpflicht machte bekanntlich eine vollständige Reorganisation des Heerwesens der österreichisch-ungarischen Monarchie nothwendig. Diese Reorganisation stand naturgemäss der Kriegsverwaltung zu, an deren Spitze Feldzeugmeister Kuhn stand der an der Lösung dieser schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe mit aller Energie und mit pflichtbewusstem Eifer arbeitete. Nicht Alles, was er da für zweckmässig und unerlässlich erachtete, fand jedoch den Beifall einer anderen hohen militärischen Autorität, die, ganz abgesehen von ihrem persönlichen Einfluss, auch vermöge ihrer Amtsstellung mit ein gewichtiges Wort bei dieser Reorganisation der Armee drein zu reden hatte. Freiherr v. Kuhn war jedoch nicht der Mann, der sich so leicht dem Willen Anderer unterwarf, zumal in Sachen, deren volles Verständniss er sich zusprach, und wofür er überdies noch allein die Verantwortung zu tragen hatte; es kam also häufig zwischen ihm und jenem hohen militärischen Würdenträger zu Competenzconflicten, zu ernsten Auseinandersetzungen, die, wie es bei der Natur des Kriegsministers kaum anders zu erwarten stand, im Laufe der Zeit bis zu einem persönlichen Antagonismus sich steigerten.

Schon wiederholt während seiner dreijährigen Amtsperiode waren Ereignisse eingetreten, die dem Kriegsminister seine Stellung verleideten und den Gedanken in ihm reiften, den Kaiser um seine Entlassung zu bitten. Sein Pflichtgefühl bestimmte ihn jedoch auszuharren, das ihm anvertraute wichtige Werk zu vollenden, ein Pflichtgefühl, das noch gehoben und bestärkt wurde durch das persönliche Vertrauen des obersten Kriegsherrn und durch die Sympathien, die ihm die Vertretungskörper jederzeit entgegenbrachten.

Zu Ende des Jahres 1870 scheinen jedoch die Verhältnisse eine Gestaltung angenommen zu haben, die zu einer ernsten Entscheidung drängten.

Ich erfuhr darüber von meinem Gewährsmann interessante Details. Indem ich nun dieselben, wie sie mir geworden, wiedergebe, erachte ich es für meine Pflicht, ausdrücklich zu bemerken, dass damit doch nur ein einseitiger Standpunkt gekennzeichnet ist; die Gelegenheit, die Anschauungen der gegentheiligen Parteien kennen zu lernen, hatte ich nicht.

Während sich die Delegationen, wie erzählt, mit dem Kriegsbudget in eingehendster Weise beschäftigten, verbreitete sich plötzlich das Gerücht, dass Erzherzog Albrecht nach Pest berufen worden, oder aus eigener Initiative dort erschienen sei. Beide Versionen circulirten, — welche von beiden den thatsächlichen Verhältnissen mehr entsprach, das konnte nicht festgestellt werden.

Ich erachtete es selbstverständlich für meine Pflicht, Erkundigungen über den Zweck des Erscheinens des Erzherzogs in Pest einzuholen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil gleichzeitig Gerüchte circulirten, dass Freiherr v. Kuhn, trotz des unbedingten Vertrauensvotums der Delegation, ernstlich entschlossen sei, sein Portefeuille abzugeben.

Man theilte mir Folgendes mit:

Der oberste Führer der Militärpartei — es hatte sich eine solche im Laufe der Zeit gegen Herrn v. Kuhn gebildet — sei sozusagen in eigener Sache mit dem speciellen Zwecke nach Pest gekommen, um über mancherlei delicate Angelegenheiten mit Herrn

v. Kuhn persönlich Rücksprache zu halten. Anderseits wurde jedoch erzählt, die Berufung des Erzherzogs stehe in Verbindung mit einer beabsichtigten Zweitheilung des Kriegsministeriums, ein Plan, der schon früher einmal aufgetaucht war, und zwar einer Zweitheilung in der Art, dass das Militärobercommando von der eigentlichen Administration, respective Militärverwaltung getrennt werde. Das Wiederauftauchen dieses Planes sei aber — wie weiters erzählt wurde — nur eine Folge jener Meinungsverschiedenheiten über die Art der Heeresorganisation, wie sie ja zwischen dem Kriegsminister und dem Führer der Militärpartei von vornherein bestanden, und die sich im Laufe der Jahre bis zu einem persönlichen Conflict zwischen den beiden Factoren zugespitzt hatten.

Der historische Verlauf dieses Conflictes wurde mir von meinem sicheren Gewährsmann in folgender Weise dargestellt:

»Nach Beendigung des unglücklichen Feldzuges im Jahre 1866 stellte sich die Nothwendigkeit heraus, die Wehrkraft des Reiches den geänderten Verhältnissen anzupassen. Unter Leitung des Feldzeugmeisters Kuhn wurde nun ein Vorschlag zur Heeresorganisation ausgearbeitet, der nach eingehender Berathung für zweckentsprechend erkannt wurde und auch an Allerhöchster Stelle die Genehmigung gefunden hat. Nach diesem Vorschlag wurde denn auch die neue Heeresorganisation in Angriff genommen, d. h. es wurden alle jene vorbereitenden Handlungen unternommen, welche zur Durchführung der Organisation nothwendig erschienen, Vorbereitungen, welche in kurzer Zeit ein paar Millionen Gulden in Anspruch nahmen. Das Geld war ausgegeben, und schon war man daran, in der ganze Sache weiter vorwärts zu schreiten, als plötzlich von einer hohen militärischen Persönlichkeit, deren Stimme an massgebendster Stelle von mächtigem Einfluss ist, einer Persönlichkeit, die sich längere Zeit in Frankreich aufgehalten und sich dort eifrigst mit dem Studium der französischen Heeresorganisation befasst hatte, an allerhöchster Stelle ein Memorandum zur Begutachtung vorgelegt worden, das mit aller Ausführlichkeit den Nachweis zu liefern versuchte, wie schlecht die in Angriff genommene Heeresorganisation sei, wie diese den Anforderungen der Zeit ganz und gar nicht entspreche, und dass es somit

unbedingt nothwendig erscheine, die österreichisch-ungarische Armee nicht nach dem Muster der preussischen, sondern nach jenem der französischen zu organisiren. In Folge dieses Memorandums wurde abermals die Sache reiflich erwogen und das Resultat dieser Erwägung war, dass im Wege einer Verordnung die Vorschläge des Memorandums der Kriegsverwaltung »zur Darnachhandlung« empfohlen wurden.

Was nun zur Durchführung dieses neuen Systems für nothwendig befunden worden war, musste sofort in Angriff genommen werden. Mit — wie mein Gewährsmann nebenher bemerkte — anerkennenswerther Selbstverleugnung ging der Kriegsminister an die Durchführung jener Organisation, trotzdem sie keineswegs seinen Beifall haben konnte, da sie in den Grundprincipien ganz verschieden von jener Organisation war, die er in Vorschlag gebracht hatte. Schon waren neuerdings für diese zweite Art der Organisation viele Millionen Gulden verausgabt worden, als der deutsch-französische Krieg ausbrach, der in wenigen Tagen den Beweis lieferte, dass kein Grund vorhanden sei, für die französische Heeresorganisation besonders zu schwärmen, und man gelangte nunmehr auch zur Ueberzeugung, dass es besser gewesen wäre, wenn man sich bei der Organisation der österreichisch-ungarischen Armee das französische Vorbild nicht zum Muster genommen hätte. Es musste nach den Erfahrungen, die man aus jenem Feldzuge im Jahre 1871 gezogen, folgerichtig von der im Zuge befindlichen Heeresorganisation wieder Umgang genommen und es musste wieder auf jene Organisation zurückgegriffen werden, deren Plan ursprünglich von der Kriegsverwaltung ausgearbeitet worden war und wiederholt auch die Allerhöchste Zustimmung erlangt hatte.«

Indem mir mein Gewährsmann diese Daten gab, sprach er die Vermuthung aus — bestimmtes vermochte auch er nicht zu sagen — dass Erzherzog Albrecht nach Pest gekommen sein dürfte, um sich mit dem Kriegsminister persönlich auseinanderzusetzen und die Haltung zu vereinbaren, welche den Delegationen gegenüber einzunehmen sei, falls die bedeutenden Auslagen der Kriegsverwaltung zum Gegenstand von Angriffen gemacht werden sollten.

Von einer anderen, auch militärischen Seite, wurde in Ergänzung und theilweiser Richtigstellung der vorstehenden Version das Erscheinen des Erzherzogs noch in Verbindung gebracht mit dem ebenfalls bereits erwähnten Plane, wonach dem Kriegsministerium nur die Administration zuzuweisen sei, für alle anderen Agenden jedoch eine vom Kriegsministerium unabhängige Abtheilung zu errichten wäre.

Welche von den beiden Versionen die richtigere, konnte nicht festgestellt werden. Der Kriegsminister war selbst den Delegirten gegenüber verschwiegen und nur in einer Beziehung »aufgeknöpft«. Er machte nämlich kein Hehl daraus, dass er im hohen Grade regierungsmüde und fest entschlossen sei, nach Beendigung der Delegationsberathungen seine Entlassung zu nehmen. — — — —

In derselben Delegationssession machte Dr. Giskra jene bereits bekannten Mittheilungen über die Mission des Baron Herring, der, wie an früherer Stelle erwähnt, als das Hauptquartier der preussischen Armee in Brünn war, im Auftrage des Bürgermeisters Giskra mit besonders günstigen Friedensvorschlägen nach Wien geeilt war, daselbst jedoch nicht die erwartete Aufnahme gefunden hatte. Ich wiederhole die Thatsache blos als einen Beweis mehr dafür, wie interessant die Vorgänge in jener Delegationssession waren.

Waren nun schon diese hier erzählten Ereignisse geeignet, Zeit und Mühe eines mit den politischen Informationen betrauten Correspondenten vollends in Anspruch zu nehmen, so kam noch eine Thatsache hinzu, die den Umfang der Aufgabe eines solchen noch erweiterte und bei dem Vorhandensein eigenthümlicher Umstände auch bedeutend erschwerte.

Während die Delegationen noch tagten, — es war bereits das alte Jahr 1870 verstrichen und das neue bis zum Monate Februar vorgeschritten — tauchten plötzlich Gerüchte über eine im Zuge befindliche Neubildung des österreichischen Cabinets auf.

Durch eine seitens meiner Redaction an mich gelangte Depesche aus Wien wurde ich von dem auch dort im Umlauf befindlichen Gerücht in Kenntniss gesetzt, mit der speciellen Mittheilung, dass vielfach Herr v. Schmerling als derjenige bezeichnet werde, der abermals zur Bildung eines Ministeriums ausersehen sei. In Pest

wurden andere Namen genannt. Man sprach von Mitgliedern des Bürgerministeriums, die wieder Aussicht hätten in den Kronenrath berufen zu werden; als neue Männer wurden die Herren Dr. Unger und Dr. Glaser genannt.

An demselben Tage noch, an dem mir die oberwähnte Depesche aus Wien zukam, war ich in der Lage, die bestimmte Mittheilung dahin gelangen zu lassen, dass wohl auch in Pest viel von einer unmittelbar bevorstehenden Neubildung des Cabinets die Rede sei, dass jedoch Herr v. Schmerling ausser aller Combination stehe.

Ich erhielt bestimmte Mittheilungen darüber von zwei sicheren Gewährsmännern, vom Reichskanzler Herrn v. Beust und von seinem Adlatus Freiherrn v. Hofmann. Beust bestätigte, dass das Gerücht von der Bildung eines neuen Cabinets den thatsächlichen Verhältnissen entspreche, dass zwar Schmerling dem Kaiser in Vorschlag gebracht worden sei, dass jedoch nicht näher zu bezeichnende Umstände mit einer gewissen Bestimmtheit darauf hinweisen, dass eine Geneigtheit, auf diesen Vorschlag einzugehen, beim Kaiser nicht vorhanden sei. Als ich hierauf die Namen Unger und Glaser nannte, die das Gerücht als künftige Räthe der Krone bezeichne, erwiderte Beust: »Die künftigen Räthe vielleicht, sogar sehr wahrscheinlich, für den Augenblick glaube ich nicht, dass sie „dran“ kommen.«

»Und wer soll „dran“kommen?« erlaubte ich mir zu fragen. Beust antwortete mit einem Achselzucken. Wusste er in der That nichts von dem, was sich vorbereitete (wie er dies, nebenbei erwähnt, in seinen Memoiren versichert), oder *sollte* er nichts davon wissen, d. h. seine Mitwisserschaft verheimlichen, darüber kann ich keinerlei Vermuthung aussprechen. Dagegen kann ich wohl mittheilen, dass er sich über die Candidatur von Dr. Unger und Dr. Glaser — wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden konnte — sehr sympathisch äusserte. Speciell über die Persönlichkeit des Erstgenannten theilte mir Herr v. Beust mit, dass mit diesem Manne schon Giskra wegen des Eintritts ins Cabinet in Unterhandlung getreten sei, zur Zeit nämlich, als in Folge des

Majoritäts- und Minoritätsmemorandums einige Mitglieder aus dem Cabinete ausgeschieden waren. Damals habe sich — auf sein Anrathen — Giskra mit Herrn Dr. Unger ins Einvernehmen gesetzt und ihn zum Eintritt ins Cabinet zu veranlassen gesucht. Die Geneigtheit des Dr. Unger hiezu sei auch anfänglich vorhanden gewesen; woran die Sache gescheitert, das erfuhr Beust nicht. (Ich werde später auf diese Unterhandlungen Giskra's mit Dr. Unger noch zurückkommen und die Motive angeben, die letzteren bestimmten, den Giskra'schen Antrag zurückzuweisen.) Herrn Dr. Unger bezeichnete damals Herr v. Beust als ein »grosses Talent«, auch als einen »ausgezeichneten Parlamentarier«; ob er jedoch auch die gleiche »staatsmännische Befähigung, zu regieren« besitze, das werde er erst beweisen müssen; man irre sich darin häufig. Er selbst habe leider auch oft Enttäuschungen erlebt; Männer, bei denen er alle Befähigung zu regieren vorausgesetzt, hätten sich leider nicht bewährt, und er sei deshalb auch im Laufe der Zeit etwas vorsichtiger geworden und enthalte sich — ganz abgesehen davon, dass man ihm eine Einmengung in die inneren Angelegenheiten des Reiches sehr übel aufnehmen würde, — deshalb auch, dem Kaiser bezüglich der Wahl geeigneter Persönlichkeiten Vorschläge zu unterbreiten.

Herr v. Hofmann, den ich gleichfalls am selben Tage aufsuchte, gab sich zwar den Anschein, als wäre er über die Dinge, die in dem Hintergrunde der Zukunft lagen, wohl unterrichtet; eine bestimmte Auskunft war jedoch von ihm auch nicht zu bekommen.

Ich interpellirte bei dieser Gelegenheit Herrn v. Hofmann, ob vielleicht jenes Gerücht glaubwürdiger erscheine, welches im Kreise der liberalen österreichischen Delegirten circulirte und wonach Dr. Giskra wieder Aussicht hätte, ins Cabinet berufen zu werden. Er konnte es mir mit aller Bestimmtheit verneinen, und fügte noch hinzu, dass ich dieses Gerücht als jeder Grundlage entbehrend bezeichnen könne, — die späteren Ereignisse würden mich nicht Lügen strafen. Dr. Giskra hätte keine Aussicht, jemals mehr in den Rath der Krone berufen zu werden. Er habe sich als Minister zu temperamentvoll, zu »hitzig« benommen, nicht die Ruhe bewahrt, die

ein Staatsmann nie ausser Acht lassen dürfe; doch dies Alles hätte sich vielleicht noch mit der Zeit »gegeben«, wenn nicht etwas ganz Anderes, eine arge Verstimmung gegen Giskra, als er noch im Amte war, hervorgerufen hätte, die noch nachhaltig wirke.

Auf meine Frage über den Grund jener »argen Verstimmung« theilte mir Hofmann folgendes mit:

Als zur Zeit, als dem Kaiser das Memorandum der Majorität und der Minorität vorgelegt wurde, die Entscheidung zu Gunsten der Ersteren ausgefallen war, beanspruchte Dr. Giskra, wie bekannt, nebst dem Portefeuille des Ministeriums des Innern auch noch jenes des Polizeiministeriums. Wiederholt wurde dem Bürgerminister von massgebendster Seite nahegelegt, von der Zuweisung dieses Ressorts abzusehen. Man hatte seine guten Gründe dafür. Giskra waren sie wohl ganz gut bekannt, da es sehr wahrscheinlich sei, dass ihn Beust darüber nicht im Unklaren gelassen habe. Gegen den ausdrücklichen Wunsch des Monarchen musste ihm jedoch das Polizeiministerium überwiesen werden, und dieser äussere Erfolg Giskra's war schon damals mit ein Nagel zu seinem Sarge. Es kam aber noch etwas Anderes hinzu, was die Verstimmung gegen ihn erhöhte. Ein wichtiges Actenstück war plötzlich aus dem Archive der Staatspolizei verschwunden. Es war zwar trotz umfangreicher Erhebungen nicht festzustellen, wer der Schuldtragende sei; die Gegner Giskra's verstanden jedoch diese Thatsache gegen ihn auszuspielen, gegen den für Alles verantwortlichen Minister, indem man herauszufinden wusste, dass nur der Minister persönlich einen Grund haben konnte, von dem Inhalte jenes Actes Kenntniss zu nehmen. Es war das freilich nur eine Annahme, nur eine Vermuthung, wenn man will sogar eine durch Nichts erwiesene Verdächtigung; allein sie war doch unter den gegebenen Verhältnissen hinreichend, gegen Giskra einzunehmen, gegen den, wie gesagt, ohnehin von früher schon eine Verstimmung herrschte. Diese Verstimmung sei eine so nachhaltige, — bemerkte Hofmann weiters — dass mit aller Bestimmtheit angenommen werden könne, man werde bei einer Neubildung des Cabinets, selbst vorausgesetzt, dass man sich Allerhöchsten Ortes auch entschliessen sollte, wieder ein liberales verfassungstreues Ministerium

einzusetzen, — was jedoch sehr unwahrscheinlich sei — Dr. Giskra gewiss ausser aller Combination lassen. . . .

So war denn trotz eifrigster Bemühungen Nichts über den Ausgang der Ministerkrisis zu erfahren. Nur eine Andeutung darüber wurde mir gegeben, und ich verdankte sie einem der Hauptredacteure des Pester Lloyd, der gelegentlich einer Besprechung über die momentane politische Lage sich äusserte, dass man »drüben« (in der anderen Reichshälfte) sich auf eine »Ueberraschung« vorbereiten müsse. Wusste mein College bereits, von welcher Art die Ueberraschung sein werde, oder ahnte er blos, dass etwas Aehnliches bevorstünde, — ich hatte keine Gelegenheit mehr, mich darüber zu informiren; die bald eingetretenen Ereignisse gaben ihm jedenfalls Recht.

Am 4. Februar 1871 überraschte die kaiserliche Wiener Zeitung die Völker Oesterreichs mit einem neuen Ministerium. Mit Ausnahme des zum Ministerpräsidenten ernannten Grafen Hohenwarth waren sämmtliche Mitglieder des neuen Cabinets für die politische Welt ganz unbekannte Männer. Keiner von ihnen gehörte dem Reichsrathe an. Das Ministerium bestand aus dem Professor Schäffle, der früher einmal als Volkswirthschaftslehrer an der Tübinger Universität gewirkt hatte, einem Manne von ausgesprochenster socialistischer Färbung, aus zwei Czechen, Habietinek und Jiriček, und dem Generalmajor v. Scholl. Nur das Finanzportefeuille blieb nach wie vor dem früheren Leiter dieses Ressorts, blieb Herrn v. Holzgethan.

Es ist schwer zu schildern, welchen Eindruck die Veröffentlichung dieser Namen der neuen Cabinetsmitglieder, in deren Händen nun das Schicksal der österreichischen Reichshälfte gelegt wurde, allgemein hervorrief.

Aus der Aera Hohenwart.

Die liberale Presse hatte wahrlich keinen Anlass, Beziehungen mit den neuen Cabinetsmitgliedern anzuknüpfen. Es wurde dies auch gar nicht versucht. Was man von der neuen Regierung zu erwarten habe, darüber gab man sich in der verfassungstreuen Presse und im Lager der liberalen Deutschen keiner Täuschung hin. Die Namen der Männer, denen Graf Hohenwart Ministerportefeuilles zutheilen liess, bildeten an und für sich schon ein Programm, waren sie auch bis dahin politisch noch nie hervorgetreten. Wie sehr man wusste, wessen man sich von den neuen Cabinetsmitgliedern zu versehen habe, bewies schon der Umstand, dass man sofort nach dem Bekanntwerden der Männer, denen nunmehr das Schicksal des Staates anvertraut worden, das neue Ministerium nicht nach dem Namen seines Leiters, sondern spottweise das »Cabinet Jiriček-Habietinek« benannte.

In der ersten Rede, mit welcher Graf Hohenwart seine Amtscollegen dem Abgeordnetenhause vorstellte, zeigte dieser freilich noch eine etwas schüchterne Zurückhaltung. Er vermied es damals noch, in klaren Worten sein Programm darzulegen. Zu einem offenen Bekenntniss wurde er jedoch gar bald durch eine Interpellation Herbst's gelegentlich der ersten Ausschusssitzung gedrängt, und was der neue Ministerpräsident darauf erwiderte, bestätigte nur die allgemeine Befürchtung der liberalen deutschen Partei, — es war klar, dass der Curs des Staatsschiffes ein geänderter sei, dass man dem Föderalismus zusteuere. Was hierauf in den nächsten Monaten geschah, ist bekannt, ist noch in lebhafter Erinnerung Aller, die sich mit den politischen

Fragen der Zeit beschäftigen. Der Versuch, eine Aussöhnung mit den Czechen herbeizuführen, wurde sofort neuerdings unternommen. Die erste That der neuen Regierung war, dass die Führer der nationalen Partei Böhmens, die Herren Rieger und Palacky, nach Wien berufen wurden. Diesmal folgten sie bereitwilligst diesem Rufe. Sie wussten, dass nunmehr alle Aussichten zur Erlangung des von ihnen Angestrebten vorhanden seien.

Gleichzeitig mit der Anbahnung des czechischen Ausgleiches unterhandelte die Regierung, wie bekannt, auch mit den Vertretern aus Galizien, und so sehr auch die nach beiden Richtungen hin gepflogenen Besprechungen geheim gehalten wurden, verlautete darüber doch so viel, dass die Regierung volle Geneigtheit zeige, den Wünschen der Polen ebenso wie jenen der Czechen in ausgedehntestem Masse entgegenzukommen.

Als überflüssig erachte ich es, die energisch ablehnende Haltung eines grossen Theiles der Verfassungstreuen im Parlamente ausführlicher zu besprechen, welche Haltung insbesondere gelegentlich der Verhandlungen über das Budget zum allerentschiedensten Ausdruck kam. Ein grosser Theil der liberalen Deutschen war bekanntlich dafür, diesem neuen Ministerium das Budget zu verweigern, freilich nur ein grosser Theil, nicht Alle. Die Mehrheit der Grossgrundbesitzer zeigte wenig Lust zu einer so energischen Massregel, und auch einige verfassungstreue Mitglieder trennten sich bei diesem Anlasse von ihren Gesinnungsgenossen, darunter zur allgemeinen Ueberraschung seiner politischen Gesinnungsgenossen auch Herr v. Plener.

Es muss jedoch hier im Interesse der Wahrheit bemerkt werden, dass dieser Abgeordnete, vom richtigen politischen Takt geleitet, nachdem er in einer Rede seinen Standpunkt rückhaltslos ausgesprochen, sich doch der Abstimmung enthalten hat, und dass er, sobald es zu seiner Kenntniss gelangt war, dass er sich mit seinen Anschauungen im Widerspruche mit den Wählern befinde, sogar sein Mandat niederlegte.

Das Pressbureau der cisleithanischen Regierung that selbstverständlich seine Schuldigkeit. Es arbeitete, vorzugsweise unter der

Oberleitung des Handelsministers Dr. Schäffle, welcher die eigentliche Seele des neuen Cabinets war, mit verstärktem Hochdruck, ja sogar mit rücksichtsloser Leidenschaftlichkeit, die geeignet war, die Gefühle und Empfindungen der Deutschen aufs Empfindlichste zu verletzen.

Das Pressbureau am Ballhausplatz dagegen beobachtete eine angemessene vorsichtige Zurückhaltung. Dieses neue Ministerium konnte sich nicht über eine unberufene Einmischung in die inneren Angelegenheiten seitens des Reichskanzlers oder seiner Organe beklagen. Selbst gesprächsweise verrieth Herr v. Beust nicht, wie er über die neugeschaffene Situation denke, auf jede dahin abzielende directe oder indirecte Frage antwortete er immer ausweichend.

Ganz anders benahm sich dagegen Herr v. Hofmann. Zwar gab auch er keinerlei Informationen, die gegen das Ministerium gerichtet gewesen wären; in seiner Amtseigenschaft hielt auch er sich immer in einer angemessenen Reserve, allein im »Privatgespräch« mit Männern seines Vertrauens äusserte er sich ganz unverhohlen über die traurige Lage, in welche die Monarchie durch die Ernennung eines Ministeriums versetzt worden sei, welches »für die Machtstellung derselben in gefahrvoller Weise operire«.

An einem Frühlingsabend war's. Ich war bei Hofmann zu Tische geladen und selbstverständlich wurde unter Anderem auch über das neue Ministerium und über dessen Actionen gesprochen.

Kein Mensch könne — so bemerkte beiläufig Herr v. Hofmann — aus seiner Haut heraus. Er sei nun einmal ein strenger Centralist, und er für seine Person könne es gar nicht fassen, wie ein wirklich patriotischer Oesterreicher etwas anderes sein könne. Ein Staat, der sich selbst in einzelne Theile auflöse, leiste dadurch auf seine Machtstellung Verzicht. Welcher Oesterreicher könne dies anstreben? Früher möchte er sterben, als es erleben, dass sich Oesterreich in einen Staaten-»Bund« auflöse. Herr v. Hofmann sprach damals auch sein »Bedauern« darüber aus, dass sich das Bürgerministerium so regierungsunfähig erwiesen habe; bei einigermassen staatsmännischer Begabung hätten die Mitglieder jenes Cabinetes der Monarchie grosse Dienste leisten können. Seiner Ansicht nach hätte das Bürgerministerium bei einigermassen gutem Willen und bei einem rücksichtsvollen Entgegenkommen

die Aussöhnung mit den Czechen herbeiführen können. Freilich hätte man diesen Concessionen machen müssen; das Wesen eines Ausgleiches bestehe ja eben darin, dass jede Partei etwas von ihren Forderungen aufgeben müsse; und im Wege eines Vergleiches sei ein Ausgleich möglich. Er habe darüber gelegentlich mit Giskra gesprochen und ihm einen besonderen Plan vorgelegt. Danach hätte man das Abgeordnetenhaus vertagen und behufs Ausgleichsverhandlungen Vertrauensmänner aus allen Parteilagern einberufen sollen, Vertrauensmänner ad hoc, ausschliesslich zu dem Zwecke, um den Ausgleich mit allen Nationalitäten zu versuchen.

Als ich hierauf bemerkte, dass dies ja auch die Absicht Belcredi's gewesen, erläuterte Hofmann seinen Plan dahin, dass Belcredi die Verfassung »sistirte«, während er auf dem Boden der Verfassung stehe und deshalb auch nur eine Vertagung des Parlamentes hätte eintreten lassen. Giskra sei jedoch sehr leidenschaftlich geworden, habe von etwas Derartigem nichts wissen wollen, habe vielmehr im Sinne seiner Collegen darauf bestanden, dass die Czechen vorweg die bestehende Verfassung anerkennen müssten; auf einer anderen Basis sei mit ihnen nicht zu unterhandeln. Es sei ferner, nach der Ansicht des Herrn v. Hofmann, ein Fehler des Bürgerministeriums gewesen, dem Reichskanzler mit Misstrauen zu begegnen und seine Schritte als unberufene Einmengung in die inneren Angelegenheiten des Reiches zu tadeln und zurückzuweisen. Man hätte ihn als ehrlichen Vermittler gelten lassen sollen, er hätte, zwischen den Parteien stehend und nach keiner Richtung hin politisch engagirt, gewiss vorzügliche Dienste leisten können; da habe man es jedoch für zweckmässiger gefunden, sich über Competenzüberschreitungen zu beklagen und dadurch die gutgemeinte Action Beust's zu behindern und unmöglich zu machen.

Auf meine Frage, wie er sich nunmehr die zukünftige Gestaltung der Dinge denke, erwiderte mir Hofmann, er könne nicht glauben, dass der Kaiser einer föderalistischen Gestaltung der Monarchie zustimmen werde; wenn also, wie es ja den Anschein habe, die Deutschen in der Opposition verharren, so werde auch Graf Hohenwart den Ausgleich zu machen ausser Stande sein, und er

werde denn auch schliesslich »abwirthschaften«. Das zweckmässigste wäre es dann ein Beamtenministerium einzusetzen, aber nicht blos zur Fortführung der Geschäfte, sondern ein Ministerium gebildet aus Beamten mit staatsmännischer Befähigung, aus einsichts- und rücksichtsvollen Männern, die, politisch nicht engagirt, die Aussöhnung mit den nationalen Elementen in ihr Programm aufnehmen müssten. Freilich müssten diese Persönlichkeiten in vollstem Masse das Vertrauen der Krone geniessen und es müsste seitens dieser etwas geschehen, was von vorneherein den Gedanken ausschliessen würde, dass man es hier nur mit einem Uebergangsministerium zu thun habe, dessen Amtsthätigkeit eine zeitlich beschränkte sei. Auf meinen Einwurf, dass ein solches Ministerium eigentlich gar keine Partei hinter sich hätte, erwiderte Hofmann, dass für den Anfang der Action dies auch gar nicht nöthig wäre. In gewissenhafter Erfüllung seiner Berufspflicht und bei möglichster Schonung aller nationalen Gefühle, die sich das so gebildete Ministerium zur Pflicht machen müsste, würde es sich schon das Vertrauen der Parteien erringen und zur Durchführung seiner guten Absichten würde es auch bald eine Majorität finden. Hofmann fügte noch bei, dass er keine Bedenken hätte, ein solches Ministerium zu bilden, in eine ähnliche Action einzutreten; doch wisse er, dass man an ihn nicht denke, und er für seine Person verspüre gar keine Lust, durch irgend einen Schritt die Aufmerksamkeit des massgebendsten Factors auf sich zu lenken.

Auf meine fernere Bemerkung, dass seine Carrière ja vorgezeichnet sei, da es ausser Zweifel stehe, dass, wenn der etwaige Nachfolger des Grafen Beust auf die Mitwirkung eines so gewandten und in der Geschäftsführung so ausserordentlich vertrauten Beamten verzichten würde, man ihn dann auf einen Botschafterposten berufen würde, entgegnete Hofmann, daran sei nicht zu denken; ganz abgesehen davon, dass er nicht die Mittel besitze, um einen Grossstaat wie Oesterreich als Botschafter würdig vertreten zu können, hänge sein Leben auch zu sehr an der Wiener Scholle, und er glaube auch, dass man an massgebender Stelle dies jederzeit würdigen werde. Fern von Wien könnte er gar nicht leben, und er würde viel eher hier als einfacher Pensionär mit seinem bescheidenen

Einkommen leben, als in irgend einer anderen Grossstadt als höchster Beamter.

Die materiellen Verhältnisse Hofmann's waren in der That sehr bescheidene. Zwar hatte er ein kleines Vermögen von seiner Mutter geerbt, das er bei seiner einfachen und anspruchslosen Lebensweise nicht einmal in Anspruch zu nehmen gezwungen gewesen wäre, umsoweniger, als sein Einkommen als hoher Beamter für seine Bedürfnisse vollkommen ausgereicht hätte; Hofmann gab jedoch viel Geld für andere gute Zwecke aus. So verdankten ihm, wie aus den Berichten des Alpenvereins ersichtlich, die Alpinisten manches entschieden Zweckmässige und Dankenswerthe; auch hatte er sonst eine offene Hand, wenn es galt, Arme und Bedürftige zu unterstützen. In dieser Beziehung wurde er im Laufe der Zeit vielfach von Freunden und Verwandten in Anspruch genommen, die sein Vermögen von Jahr zu Jahr schmälerten; insbesondere wurde seine Herzensgüte von einem Verwandten, wenn ich nicht irre war es ein Cousin, stark aus—genützt, der durch viele verschiedenartige kostspielige Liebhabereien sein ziemlich bedeutendes Vermögen vergeudet hatte.

Wie oft beklagte sich Hofmann darüber, dass er von dieser Seite so stark in Mitleidenschaft gezogen werde; aber als ihm von aufrichtigen Freunden gerathen wurde, doch an sich und seine Zukunft zu denken, da erwiderte er, er für seine Person werde stets zu leben haben, dazu werde immer noch seine Pension ausreichen. Beobachtete man Hofmann in seiner Lebensweise, so konnte man dies nur bestätigen. Er wohnte in einem Hause, in welchem seine Mutter Jahrzehnte vorher Partei war, in einem Hause auf dem Kleppersteig. Die Wohnungseinrichtung zeigte zwar von einem bürgerlichen Wohlstand, aber es fand sich darin auch nicht ein einziges luxuriöses Möbelstück, und der Zins für diese Wohnung blieb, Hofmann bezeichnete es als besondere Seltenheit, in den 30 Jahren immer derselbe. Wie bei Lebzeiten seiner Mutter besorgte die Küche dieselbe alte Köchin, und der nämliche alte Diener versah bei ihm den persönlichen Dienst. Sein Tisch war stets bescheiden, und selten sah er eine kleine Gesellschaft bei sich. Der ganze Luxus, den sich

Hofmann erlaubte, bestand in dem Ankauf von Büchern, und in einem Glaskasten, den er in den letzten Jahren seines Lebens nach seinen eigenen Angaben anfertigen liess, um darin die zahlreichen Orden aufzubewahren, die ihm nach und nach von den verschiedenen Potentaten verliehen worden waren. Auf diese vielen Beweise der Anerkennung seiner Verdienste, auf alle die Ordensbänder, Sterne und Kreuze, die in jenem Kasten nach einem System aneinander gereiht waren, war er stolz. Wie oft sagte er selbst: »Ich weiss, dass man mich spöttisch meiner vielen Orden wegen den »Crachat-Poldl« nennt, allein diese spöttische Bezeichnung kränkt und verletzt mich durchaus nicht, ich bin vielmehr stolz darauf, so vielfach ausgezeichnet worden zu sein; alle diese Orden sind nur die Beweise für meine Verdienste, und ich habe sie mir in ehrlicher Arbeit erworben.«

Im Verlaufe des Tischgespräches besprach Hofmann auch die höchst seltsame Erscheinung, dass sein Chef, Herr v. Beust, fortwährend in so heftiger Weise angegriffen werde. Zur Zeit des Bürgerministeriums habe man ihn angefeindet, weil er sich angeblich zu viel in die inneren Angelegenheiten des Reiches eingemischt; das gegenwärtige Ministerium sehe wieder in der vollständigen Passivität des Grafen Beust eine böse Absicht. Den Einen habe er zu viel gethan, den Andern thue er zu wenig; und eigenthümlich und sonderbar sei es, dass gerade die Officiösen in ihren Angriffen gegen den Grafen Beust rücksichtsloser seien, als die unabhängigen Blätter.

»Die unabhängige Presse«, erwiderte ich scherzend, »hätte jetzt ganz andere Angriffsobjecte; das cisleithanische Ministerium gebe ihr zu viel zu schaffen.« Ich konnte da insbesondere auf die Wiener Presse, auf die zwei am meisten verbreiteten und tonangebenden Journale: auf die »Neue Freie Presse« und auf das »Neue Wr. Tagblatt« hinweisen, die täglich Artikel gegen die neue Regierung veröffentlichten und diesen »patriotischen Dienst« leisten, trotz der wiederholten Confiscationen, zu welchen sich der Staatsanwalt wieder in seinen »patriotischen Gefühlen« verpflichtet erachte.

Thatsächlich verging zu jener Zeit fast keine Woche, ohne dass nicht ein oder das andere Journal von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden wäre. Herr v. Schmeidel übertraf darin

sogar seinen strengsten Vorgänger, Herrn v. Lienbacher. Beide unterschieden sich nur dadurch, dass Letzterer, — bekanntlich der Entdecker des famosen objectiven Verfahrens, — noch lange nicht den Gebrauch davon machte, wie Ersterer. Lienbacher hatte doch zuweilen den Muth, seine Anschauungen in öffentlichen Gerichtsverhandlungen zu vertreten, Herr v. Schmeidel dagegen objectivirte darauf los und begnügte sich vollauf damit, diese seine Massregeln oder, richtiger gesagt, diese seine Massregelung der Presse durch ein Erkenntniss der im Geheimen tagenden Rathskammer bestätigt zu wissen.

Ich möchte bei diesem Anlasse übrigens nicht unerwähnt lassen, dass Herr v. Schmeidel da nicht immer seiner eigenen Ueberzeugung folgte, dass er zumeist als Organ der Regierung, im hohen Auftrage handelte. Es war kein Geheimniss, wenigstens wurde allgemein davon gesprochen, dass er von seinem Vorgesetzten, dem Justizminister Habietinek die Weisung erhalten hatte, mit aller Strenge gegen jene Journale vorzugehen, welche die Massnahmen der Regierung in einer Weise zu kritisiren sich erlauben, die geeignet sei, »Hass und Verachtung gegen sie zu erregen«, dass man in der Auslegung dieser Gesetzstelle möglichst strenge sei. Wie mir seinerzeit im Vertrauen von einem Collegen des Herrn v. Schmeidel noch weiters mitgetheilt wurde, soll jene geheime Instruction für die Staatsanwaltschaften in Wien und auch in Prag auch noch ausdrücklich die Weisung enthalten haben, dass man im Sinne derselben »jedes unnöthige Aufsehen vermeide, nicht mehr thue, als gesetzlich nothwendig sei, und dass man blos das objective Verfahren anwende, von öffentlichen Pressprocessen jedoch absehe, die nur die Gemüther noch mehr aufreizen könnten«.

Dies nur so nebenher erwähnt. Gerüchtweise verlautete auch, es sei Herrn v. Schmeidel angedeutet worden, dass er bezüglich der Angriffe gegen den Reichskanzler — wenn sie nicht »staatsgefährlicher Art seien« — eine mildere Praxis walten lassen könne. Ob jedoch in der That eine solche »Andeutung« gegeben wurde, vermag ich nicht mit Bestimmtheit zu behaupten. Thatsächlich erfolgte wegen der Angriffe gegen Herrn v. Beust niemals eine Confiscation, er erschien wie vogelfrei erklärt.

Dieses eigenthümliche Vorgehen der Regierung, diese ungleiche Praxis wurde von Herrn Hofmann gelegentlich jenes Tischgespräches noch ausdrücklich hervorgehoben, mit der weiteren Bemerkung, dass der Reichskanzler nicht einen Schritt unternehmen werde, um seine Person gegen die ungerechten Angriffe zu schützen. »Freilich — bemerkte Hofmann dazu — hat der Reichskanzler seine eigenen Waffen, mit denen er sich vertheidigen kann, er führt die Feder eben so gewandt, wie der trefflichste Journalist.«

Es war spät Abends geworden, als ich mich von meinem freundlichen Wirthe verabschiedete. Er theilte mir noch beim Weggehen mit, dass schon in den nächsten Tagen Feldmarschall-Lieutenant Gablenz im Auftrage des Kaisers nach Berlin gehen werde, um dort den Deutschen Kaiser bei seinem Siegeseinzuge in die Hauptstadt zu begrüssen. Die Thatsache war mir bekannt. Seitens der Redaction des »Tagblatt« war bereits behufs Berichterstattung über diese grossartige historische Feier einer seiner tüchtigsten Redacteure — der erste Leitartikler — nach Berlin entsendet worden. Ich suchte jedoch trotzdem den General Gablenz nach seiner Rückkehr auf, um vielleicht etwas Näheres über seine Erlebnisse in Berlin zu erfahren.

Feldmarschall-Lieutenant Gablenz zählte zu den Freunden der Presse. Zu einigen ihrer Vertreter unterhielt er gerne gute Beziehungen, und wo er nur konnte, wo er dies ohne Verletzung seiner officiellen Stellung vermochte, förderte er bereitwilligst ihre Zwecke. Es wäre zu viel gesagt, wollte ich behaupten, dass er mich allein besonders ausgezeichnet hätte; er war mir aber immer aufs Freundlichste zugethan, gab mir wiederholt Beweise seines Vertrauens und ihm verdankte ich im Laufe der Jahre viele interessante Mittheilungen. Ich besitze noch eine eigenthümlich geformte Kartätsche, die bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen in seiner Nähe gefallen war, nur die Erde aufgewühlt hatte, ohne zu »crepiren«, und die er mir als Andenken zum Geschenke gemacht hat. Dieses seltene Stück dient mir seither als Briefbeschwerer auf meinem Schreibtische. Pardon für diese kurze Abschweifung.

Als ich Gablenz, wie erwähnt, am Tage nach seiner Rückkunft aus Berlin aufsuchte, fand ich ihn an seinem Schreibtisch eben im

Begriffe, wie er mir sofort mittheilte, einen Bericht über seine Erlebnisse fertig zu stellen. Er las ihn mir bereitwilligst vor, mit dem Bemerken, dass ich an einem der nächsten Tage davon jeden beliebigen Gebrauch machen könne; er für seine Person hätte gar nichts dagegen, wenn ich die Details sofort benützte, doch könnte dies an »anderer Stelle« Anstoss erregen, er möchte daher »bitten«, die nächsten Tage abzuwarten, in 24 Stunden werde sein Bericht abgegangen sein und dann liege kein Grund mehr gegen die Verlautbarung vor. Feldmarschall-Lieutenant Gablenz ergänzte mir noch seinen schriftlichen Bericht mit Einzelnheiten, die ich zur Beurtheilung der damaligen politischen Situation hier möglichst wortgetreu wiedergeben will.

Nachdem er mir Mancherlei über die Auszeichnungen mitgetheilt, deren er sich in Berlin seitens des Deutschen Kaisers, des Fürsten Bismarck, der hohen Generalität zu erfreuen gehabt, und der vielen Complimente gedacht hatte, die er von allen Seiten über seine Erfolge im Schleswig-Holsteinischen Kriege und im 1866er Feldzuge gehabt (Gablenz hatte bekanntlich bei Trautenau die Ehre der österreichischen Waffen gerettet), berichtete er mir über eine interessante Unterredung mit dem Kronprinzen von Preussen.

Der Kronprinz — so erzählte der General — habe ihm gegenüber seine volle Sympathie für Oesterreich, für dessen weltpolitische Rolle, gleichzeitig aber auch einiges Erstaunen über dessen slavisirende innere Politik ausgedrückt. Wenn die österreichische Regierung — so beiläufig habe sich der Kronprinz geäussert — damit fortfahre, »so werde ihr Arm bald nicht mehr lang genug sein, um bis Prag und Lemberg zu reichen; man werde dann bald in Oesterreich nicht mehr regieren können«.

Freiherr von Gablenz fügte damals noch bei, dass auch er für seine Person die Verhältnisse nicht begreife. Nach Aussen hin thue man alles Mögliche, um den Gefühlen der deutschen Bevölkerung Rechnung zu tragen und im Innern treibe man eine rein slavische Politik. Dieser Widerspruch müsse doch Jedem auffallen, und es erscheine in der That höchst seltsam, dass der Reichskanzler eine so gute Miene zu diesem bösen Spiele mache, dass er nicht seinen

Einfluss aufbiete, um die Politik im Innern des Landes in einen Einklang zu bringen mit jener, die er nach Aussen hin mit so vielem Glück und Geschick inaugurirt habe, Etwas, was ihm jetzt um so leichter gelingen würde, nachdem doch auch die Delegationen ihm ein unbedingtes Vertrauensvotum gegeben hätten.

Das war thatsächlich der Fall gewesen. Dieses Vertrauensvotum kam von keinem Geringeren, als von dem Führer der Opposition, von Dr. Herbst, der in der Schlusssitzung der reichsräthlichen Delegation mit unverkennbarer Absichtlichkeit dem Reichskanzler für seine deutschfreundliche Politik die vollste Anerkennung der liberalen Partei votirt hatte.

Beust hatte jedoch nichts gegen die Regierung unternommen, nichts direct, nichts indirect; er verhielt sich vielmehr, wie schon erwähnt, ganz passiv. Hocherfreut über die Anerkennung, die ihm in der Delegation geworden, ging er zu seiner »Erholung« nach Gastein, thatsächlich, um dort mit seinem Berliner Collegen, mit dem deutschen Reichskanzler, zusammenzutreffen.

Gerüchtweise verlautete damals, dass in diesem weltberühmten Curort auch die Kaiserbegegnung, eine Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit dem Kaiser von Oesterreich, stattfinden werde. Ich wurde deshalb zur Berichterstattung nach Gastein delegirt, und hatte hier vielfach Gelegenheit, sowohl den Grafen Beust und Hofmann, als auch Herrn v. Keudell zu sprechen, an welchen ich bereits vor dem Ausbruche des deutschen Krieges von Herrn v. Schweinitz empfohlen worden war.

Ich musste jedoch plötzlich von Gastein abreisen, in Folge einer Mittheilung, die Baron Hofmann vom Wiener Pressbureau erhalten hatte und die mich persönlich berührte und interessirte. Es hiess nämlich, einige gute Freunde Hohenwart's, die über bedeutende Geldmittel verfügen, wären bereit, durch Kauf liberale Journale zu erwerben und sie dann der Regierung zur Verfügung zu stellen. Es wurde weiters auch gemeldet, dass die Sache bereits im besten Gange sei, die Abschlüsse schon nahe bevorstehend wären. Ueber die gleiche Angelegenheit erhielt ich am selben Tage von einem meiner engeren Collegen ebenfalls eine vertrauliche Zuschrift, die

noch weitergehende Details enthielt — wollte ich — was mir auch gelungen ist — da Böses verhindern, dann musste ich sofort abreisen. Vorher wurde ich aber noch vom Grafen Beust empfangen. Ich fand ihn in bester Stimmung. Er sprach mit einer wahren Begeisterung von den angenehmen Stunden, die er mit seinem Collegen Bismarck verlebe. Er versicherte mir, dass sich zwischen ihm und Bismarck ein aufrichtiges, freundschaftliches, ja herzliches Verhältniss herausgebildet habe; das Verdienst gebühre da, wie er noch hinzufügte, ganz seinem Berliner Collegen, der es wie kein Anderer verstehe, in zwanglosen Gesprächen sich als einen äusserst liebenswürdigen und amüsanten Gesellschafter zu zeigen.

»Die Pester und die Wiener Presse, fügte Herr v. Beust damals noch hinzu, zählen mich zwar schon zu den Todten; ich glaube jedoch, dass ich durch die Gasteiner Cur gesund und mit frischen Lebenskräften nach Wien zurückkehren werde.« Bei diesem Anlasse theilte mir Graf Beust auch mit, dass er »eben« an seinen Freund Giskra einige Zeilen geschrieben und ihm ein paar Verse eingeschickt hätte, gegen deren Veröffentlichung er für den Fall, als sie mir Giskra übergeben wollte, nichts einzuwenden hätte. Diese Verse gaben freilich einer anderen Stimmung Ausdruck, als ich sie, wie erwähnt, an Beust wahrgenommen. Sie zeigen, dass sich Herr v. Beust in seiner Stellung doch nicht mehr ganz so sicher fühlte.

Sie lauten:

Siebenundsechzig, achtundsechzig, Jahre hellen Glanzes*)
Liessen neunundsechzig kaum den Schein verwelkten Kranzes,
Siebzig, war das Jahr des bittern Leidens,
Einundsiebzig wird vielleicht das Jahr des Scheidens.

Manches, was ich hoffnungsvoll begonnen,
Ist in Nacht und Nebel mir zerronnen.
Manches möchte ich noch gern vollenden,
Möchte auch nicht gern so ruhmlos enden.

Wohl das Lob, es ist ja längst verklungen,
Doch was mühsam ich für Euch**) errungen
Wird erkennbar Euch nur dann erst werden,
Wenn vielleicht ich nicht mehr bin auf Erden.

*) Nachstehendes ist auch in den Memoiren Beust's enthalten.
**) Damit ist wohl das Bürgerministerium gemeint.

Hohenwart's Ende.

Das Jahr 1871 stand im Zeichen der Freundschaft zweier mächtiger Fürsten, die sich einige Jahre vorher heftig befehdet hatten. Von Berlin aus kam die Anregung hiezu. Der deutsche Reichskanzler hatte, wie seither bekannt geworden, erst manche Vorurtheile zu beseitigen, ehe man ihm in der Anschauung beipflichtete, dass eine Allianz mit dem benachbarten Bruderstaate die sicherste Gewähr für den Bestand und die Befestigung des neugebildeten Deutschen Reiches biete. Er hat dazu, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, den ersten Schritt gethan. In richtiger Erkenntniss der Situation kam man ihm vom Ballhausplatz entgegen. Die Annäherung wurde dem deutschen Reichskanzler nicht schwer gemacht. Mit richtigem Takte versuchte es vor Allem Herr von Beust, die persönlichen Beziehungen zu seinem Berliner Collegen freundlicher zu gestalten durch ein privates Schreiben, das er an diesen richtete. Und als, wie zu erwarten stand, die geeignete und entsprechende Erwiderung erfolgt war, wurde jene diplomatische Action vorbereitet, die zu einem engeren Bündniss der beiden mächtigen Staaten führte.

Fünf Jahre fast waren vergangen, seitdem Kaiser Wilhelm I. den österreichischen Boden nicht mehr betreten hatte. Vorher war er alljährlich zur Cur im weltberühmten Curort Gastein zur Pflege seiner Gesundheit. Nun sollte er wieder kommen. Die diplomatischen Verhandlungen, die diesem Schritte vorausgehen mussten, nahmen nicht viel Zeit in Anspruch und verliefen auch ganz glatt. Wo zwei Parteien von dem gleichen Bestreben erfüllt sind, dort gibt es kaum Hindernisse, und insoferne solche bestehen, werden sie leicht und

rasch beseitigt. Die Hauptfrage war, wo sich die beiden Monarchen zum ersten Male begegnen sollten. Sie fand ihre Erledigung mit voller Berücksichtigung der Gefühle und Empfindungen beider Fürstenhäuser. Kaiser Wilhelm befand sich zur Cur in Ems, und es war vereinbart worden, dass er auf dem Wege nach Gastein mit dem Kaiser Franz Joseph in Ischl zusammentreffe. Das war auch geschehen. Die Begegnung — so war es der Wille beider Monarchen — sollte vorerst äusserlich nur einen privaten Charakter haben. Demgemäss befand sich zwar in Begleitung des Deutschen Kaisers Fürst Bismarck, der Kaiser von Oesterreich dagegen war blos von seinen Flügeladjutanten begleitet. Die Begegnung der Fürsten wurde seinerzeit als recht herzlich bezeichnet, und da über alle Aeusserlichkeiten derselben die Tagesjournale in ausführlichster Weise berichteten, wüsste ich nichts Neues und Besonderes darüber zu sagen.

Nach wenigen Wochen trafen die beiden Monarchen wieder in Salzburg zusammen. Auch darüber wurde seinerzeit viel berichtet. Ich glaube aber doch, Einiges mittheilen zu können, was dieser Zusammenkunft vorausging und weniger bekannt sein dürfte, zum mindesten der grossen »Oeffentlichkeit« vorenthalten blieb oder zum Theile dem Gedächtnisse bereits entschwunden ist . . .

Die Ungarn haben bekanntlich kurz nach der Neugestaltung der Monarchie als eine bedenkliche Lücke im Ausgleichsgesetz den Umstand bezeichnet, dass ihnen kein Einfluss auf die äussere Politik zugesprochen worden sei. Was ihnen in dieser Beziehung factisch gewährleistet wurde, sahen sie stets als zu gering an. Ihnen genügte es nicht, dass auf dem Ballhausplatz in Wien ein Ungar als erster Sectionschef sass, der über alle wichtigen Vorgänge genau unterrichtet wurde, dem jedoch freilich keinerlei weitere Ingerenz zugestanden war. Immer und immer wieder, bei jedem nur denkbaren Anlass wiesen die ungarischen Politiker auf diesen »Uebelstand« hin. In dieser Richtung herrschte eine volle Uebereinstimmung unter den verschiedenen Parteien, nur vielleicht mit dem Unterschiede, dass die Opposition sich nicht wie die Regierungspartei damit begnügte, auf die Lücken im Ausgleichsgesetze hinzuweisen, sondern stets mit

besonderem Nachdrucke eine entsprechende Correctur verlangte. Je öfter und je nachdrücklicher dies geschah, desto mehr entsprach dies dem geheimen Wunsche des ungarischen Premiers, des Grafen Andrássy. der ja bekanntermassen immer mit einem Auge auf das Reichskanzleramt in Wien herüberschielte. und dessen Ehrgeiz mit der Stellung eines ungarischen Ministerspräsidenten lange nicht befriedigt war. Der Reichskanzler, dem dieser mächtige Trieb seines Collegen jenseits des Reiches selbstverständlich kein Geheimniss blieb, und dem, wie bekannt, diese Sache oft sehr viel Verdruss bereitete, war zwar bemüht, durch die Praxis die von den Ungarn als Uebelstand bezeichnete Lücke möglichst auszugleichen, allein sein guter Wille vermochte doch nicht die Frage aus der Welt zu schaffen. Indess, das Ausgleichsgesetz war nun einmal da und die Schöpfer desselben waren stets bestrebt, nicht nur diesem Gesetze alle Geltung zu verschaffen, sie wachten auch darüber, dass daran nicht gerüttelt werde. Wie eine chronische Krankheit schleppte sich diese Angelegenheit fort. Da kam endlich ein Moment, wo sich der erste ernste Anlass zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Beust und dem ungarischen Premier bot — es war dies der Fall, als es bekannt wurde, dass eine zweite Kaiserbegegnung stattfinden werde. Die erste Begegnung hatte wie erwähnt nur einen privaten Charakter. Kaiser Franz Joseph empfing seinen kaiserlichen Gast in Ischl, ohne dass Beust dahin berufen worden wäre, und auch sonst befand sich keine politische Persönlichkeit in der Umgebung des österreichischen Monarchen.

Ganz anders gestalteten sich jedoch die Dinge gelegentlich der zweiten Kaiserbegegnung. Dieser sollte schon Graf Beust beiwohnen, und es war klar. dass die Zusammenkunft in Salzburg zu einem wichtigen politischen Ereigniss sich gestalten werde.

Die ungarischen Journale, und allen voran der »Pester Lloyd«, besprachen nun dieses Ereigniss in eingehendster Weise und betonten dabei, dass es im Interesse der Würde des ungarischen Staates gelegen sei, dass bei dieser Kaiserzusammenkunft auch der ungarische Ministerpräsident zugezogen werde.

Allein nicht nur die berufenen Vertreter der öffentlichen Meinung stellten diese Forderung auf. Graf Andrássy selbst liess den Reichskanzler keinen Augenblick in Zweifel, wie er in dieser Angelegenheit denke, und der erste Sectionschef im Ministerium des Aeussern war ausersehen, seinem unmittelbaren Chef den »Wunsch« des ungarischen Premiers zur Kenntniss zu bringen. Selbstverständlich lag die Entscheidung beim Kaiser, dem die ganze Angelegenheit vorgetragen werden musste.

Beust führte nun einen schlauen Zug aus. Er befürwortete gleichzeitig auch die Berufung des österreichischen Premierministers nach Salzburg unter Hinweis auf die Parität. Graf Andrássy konnte also in seiner Berufung nicht eine besondere Auszeichnung erblicken, und auch der Frage bezüglich des erweiterten Einflusses der ungarischen Regierung in Sachen der äusseren Politik wurde nach der Art und Weise, wie dem Wunsche des Grafen Andrássy entsprochen worden ist, damit nicht präjudicirt. Indess in einer Beziehung hatte sich Graf Beust doch geirrt.

Seitens des Deutschen Kaisers und seines Reichskanzlers hatte sich Graf Andrássy, wie damals aus Salzburg allgemein gemeldet wurde, doch grösserer Aufmerksamkeiten und Auszeichnungen zu erfreuen, als sein College von der österreichischen Regierung, eine Auszeichnung, die insbesondere darin ihren Ausdruck fand, dass der ungarische Premier, angeblich auf Wunsch des Fürsten Bismarck, den Conferenzen der beiden Reichskanzler zugezogen wurde, von denen der österreichische Premier ferne gehalten wurde.

Daran wurden nun in den beiden Reichshälften, insbesondere aber in den politischen Kreisen Wiens mannigfache Combinationen geknüpft, wie ja ganz besonders über die »Abmachungen« in jenen Conferenzen den Conjectural-Politikern ein weites Feld geboten war, da Positives darüber ja nicht gemeldet werden konnte.

So wusste unter Anderem der zumeist gut unterrichtete »Pester Lloyd« zu melden, dass Bismarck in Salzburg eine Erklärung der russischen Regierung mitgetheilt habe, in dem Sinne, dieselbe betrachte mit aufrichtiger Freude die sich vollziehende Annäherung zwischen Oesterreich und Deutschland, und in einem ähnlichen Sinne lauteten

andere Journalstimmen dahin, dass bei den Conferenzen auch die Frage erörtert worden sei, welche von den beiden Grossmächten, ob Russland oder Italien, mehr zu berücksichtigen wäre.

Um nun etwas Bestimmteres über jene »Abmachungen« in Salzburg zu erfahren, sprach ich bald nach der Kaiserentrevue bei Hofmann vor. Ich traf in dessen Vorzimmer mit einigen anderen Collegen zusammen, die sich mit der gleichen Absicht wie ich daselbst eingefunden hatten.

Einer dieser Collegen — ein bekannter Correspondent auswärtiger Journale — füllte die ganze Wartezeit durch Abfassung von Correspondenzen für seine Blätter aus. Es lag die Vermuthung nahe, dass er bereits die gewünschten Informationen erhalten haben mochte und ich wandte mich an ihn, um Neues zu erfahren. Er wusste jedoch eben so wenig wie wir Alle. Vor ihm lagen aber bereits einige fertige Correspondenzen couvertirt, mit der Adresse versehen und verschlossen. Mit collegialer Offenheit theilte er mir mit, was er an seine Blätter berichtet habe. Von »guter Seite« habe er erfahren, dass in Salzburg zwischen den beiden Grossmächten ein förmliches Schutz- und Trutzbündniss geschlossen worden und Russland ausersehen sei, als dritte Macht in den Bund einzutreten. Ich äusserte meine Bedenken mit Rücksicht darauf, dass Graf Andrássy allen Conferenzen beigewohnt und von einem Manne, der die ungarischen Interessen zu vertreten habe, doch nicht gut vorausgesetzt werden könne, er werde ohne zwingenden Grund einer Annäherung an Russland beistimmen. Mein College wiederholte, dass er die Mittheilung aus bester Quelle habe.

Mir war diese Mittheilung insoferne erwünscht, als mir dadurch der Anlass geboten war, Herrn von Hofmann direct darüber zu interpelliren mit dem Bemerken, dass von einem Collegen über diese Tripelallianz bereits als über etwas Feststehendes berichtet worden sei. Hofmann nannte mir sofort den Namen des Correspondenten, der darüber berichtet haben konnte; er fügte noch bei, dass dieser Herr mit seinen Massencorrespondenzen dem Grafen Beust schon viel Verdruss bereitet hätte, leider aber doch stets empfangen werden

müsse, weil ihm ein paar Dutzend Blätter zur Verfügung stünden, die »unbegreiflicher Weise« Alles aufnehmen, was er ihnen zusende.

Die Mittheilung bezüglich der Tripelallianz dementirte Hofmann mit aller Bestimmtheit. Von einem Allianzvertrag, ja von einem Vertrag überhaupt, könne gar nicht gesprochen werden. Schriftliche Abmachungen hätten nicht stattgefunden, nur mündliche Verabredungen im Sinne der Erhaltung des Friedens; darüber nur sei eine volle Uebereinstimmung erzielt worden.

Das Alles ist bekannt, die späteren Ereignisse haben die Oeffentlichkeit darüber vollständig aufgeklärt. Neu und für den Historiker von Interesse dürfte jedoch das sein, was mir Hofmann damals noch weiters unter Discretion mitgetheilt hat.

Ich folge hier seiner Darstellung. Er sagte beiläufig: Er habe allen Grund anzunehmen, dass die Kaiserentrevue in Salzburg nicht ohne Wirkung auf die innere Politik bleiben werde. Zwar sei es ganz unrichtig, dass, wie einige Journale zu melden wissen, seitens des deutschen Reichskanzlers auch nur ein Wort gefallen sei, welches als gegen die cisleithanische Regierung gerichtet gedeutet werden konnte. Man habe es offenbar aus übrigens ganz begreiflichen Gründen vermieden, die inneren Angelegenheiten der österreichischen Monarchie zu berühren; allein was sonst über das künftige Verhältniss der beiden Staaten zu einander besprochen worden, lasse ihn (Hofmann) doch mit einer gewissen Bestimmtheit voraussetzen, dass Graf Hohenwart »einlenken und seiner Politik eine Richtung werde geben müssen, welche nicht, wie bisher, in so crassem Missverhältniss zu der äusseren Politik stehe«. Sollte er sich darin täuschen, so sei doch das Eine gewiss, dass Graf Beust aus seiner bis jetzt so streng beobachteten reservirten Haltung heraustreten werde. In welcher Weise dies geschehen werde, könne er freilich vorläufig nicht sagen. Er für seine Person habe vorläufig Etwas ausgearbeitet, von dem er sich verspreche, dass es die Genehmigung des Reichskanzlers finden werde.

Auch über dieses »Etwas« hatte Hofmann die Freundlichkeit mich zu unterrichten, wieder mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass darüber nichts verlautbart werden dürfe, wenigstens insolange

nicht, bis er die ausdrückliche Genehmigung hierzu ertheilt haben werde.

Er habe nämlich, wie er mir mittheilte, ein »Memorandum« ausgarbeitet, welches die ganze politische Situation nach aussen hin wie in Bezug auf die innere Lage des Reiches umfasse. Dieses Memorandum liege bereits dem Reichskanzler zur Würdigung und Begutachtung vor. Es sei dasselbe derart erschöpfend, dass es, wie er meine, unverändert Sr. Majestät dem Kaiser unterbreitet werden könnte und die damit beabsichtigte Wirkung kaum verfehlen würde. Vorläufig könne er mir über den meritorischen Inhalt nichts Näheres mittheilen, doch mache er mich »jetzt schon« auf eine Wiener Correspondenz aufmerksam, die »demnächst« im »Pester Lloyd« erscheinen, von einer »bedeutenden politischen Persönlichkeit« herrühren werde, und die er gerne in Wiener Blättern reproducirt sehen möchte. Er mache mich deshalb schon im Vorhinein darauf aufmerksam. In der avisirten Correspondenz würden, wie mir Herr v. Hofmann weiters mittheilte, auch die Gerüchte dementirt werden, die seit einigen Tagen mit »unverkennbarer Tendenz« von dem nahe bevorstehenden Rücktritt des Grafen Beust zu melden wissen. »So nahe« sei seiner Ansicht nach dieser Zeitpunkt doch nicht. Ein Grund, um »jetzt schon« mit einem Wechsel in der Person des Leiters der äusseren Politik vorzugehen, liege nicht vor, jetzt umsoweniger, als er sich ja mit seinem Berliner Collegen ausgesöhnt und ausgesprochen, und ein volles Einverständniss in »Allem und Jedem« zwischen diesem und dem Grafen Beust erzielt worden sei. Das hiesse nur einen kaum begonnenen Bau stören, vielleicht gar zerstören. Dagegen war auch Herr v. Hofmann der Ansicht, dass Graf Andrássy der Mann der Zukunft, der berufenste Nachfolger des Grafen Beust sei, und dass man sich wohl mit dem Gedanken vertraut machen dürfe, dass der ungarische Premier »einmal« seinen Einzug auf dem Ballhausplatz halten werde.

Auch bei dieser Unterredung sprach sich über die zukünftige Gestaltung der inneren Angelegenheiten Herr v. Hofmann dahin aus, dass nach dem Rücktritt Hohenwart's nur ein Beamtenministerium möglich sei und wieder betonte er: nicht etwa nur ein

solches, das mit der Fortführung der Geschäfte betraut würde, vielmehr müsste dasselbe ein grosses politisches Programm haben und behufs Durchführung desselben mit allen nöthigen Vollmachten ausgestattet sein.

Als ich Herrn v. Hofmann verliess, fand ich im Vorsaale meinen Collegen von der auswärtigen Presse noch immer schreibend. Er hatte vielleicht bereits mehr als ein Dutzend Correspondenzen fertig, auf die er mit einem gewissen Stolze hinwies. »Time is money«, bemerkte er. Er wusste sich die Zeit in der That zu Geld zu machen.

Den ganzen lieben Tag war er auf der Jagd nach Nachrichten. Bald sah man ihn im Pressbureau auf dem Ballhausplatz, bald in jenem in der Herrengasse. In der Zwischenzeit frequentirte er die einzelnen Botschafter-Hotels. Wenn er dann dort nicht sofort vorgelassen werden konnte, wusste er stets die Wartezeit nutzbringend auszufüllen. Da verfasste er eben schnell einige Correspondenzen. An Stoff mangelte es ihm nie. Gab es nichts Thatsächliches zu melden, so beschränkte er sich auf Gerüchte, und wenn diese fehlten, »machte« er solche, d. h. erfand er sie und behauptete, dass sie »in einigen Kreisen circuliren und allenthalben geglaubt werden«. Waren die Gerüchte von der Art, dass sie officiell oder officiös dementirt werden mussten, — um so besser, dann gaben diese Dementis wieder Anlass zu weiteren Correspondenzen: entweder sie wurden wieder dementirt, d. h. die ursprünglich gemeldeten Nachrichten wurden trotz der Dementis aufrecht erhalten, oder sie wurden kurzweg registrirt mit dem Beifügen, dass sie zur Zeit der Absendung der Correspondenz wahr gewesen, seither habe sich freilich »der Wind gedreht«, oder es wurde eine andere gebräuchliche journalistische Wendung als Entschuldigung angeführt. In Verlegenheit gerieth der Mann nie. Nicht den officiösen Stellen gegenüber, von wo aus er sich seine Informationen holte, und nicht den Blättern gegenüber, an welche er berichtete. Seltsam! Von keiner Seite wurde er ernst genommen, von keiner aber auch abgewiesen. In den Pressbureaus und in den Botschafterhotels ging er ein und aus, und auch die Journale konnten nicht anders als

seine Berichte abdrucken; ja selbst jene Journale mussten sich dazu verstehen, die sonst im Registriren von Nachrichten stets sehr rigoros sind. Dass er überall eine solche Berücksichtigung fand, lag zuvörderst in dem Umstande, dass ihm viele Journale zu Gebote standen, die, ohne die gemeldeten Nachrichten sorgfältig auf ihren wahren Werth zu prüfen, sie stets bereitwilligst abdruckten. Die anständigen Journale befanden sich demgemäss ihm gegenüber stets in einer gewissen Zwangslage; versperrten sie ihm ihre Spalten, so stand zu befürchten, dass seine von anderen Blättern veröffentlichten Mittheilungen vom grossen Publicum geglaubt werden konnten, weshalb es gerade im Interesse der Wahrheit geboten war, sie ebenfalls zu verzeichnen, zu glossiren oder zu charakterisiren. Schliesslich konnte es ja auch zuweilen vorkommen, dass die eine oder die andere seiner Mittheilungen — da er ja thatsächlich vielfach gute Beziehungen hatte — doch wahr sein konnte; es musste also auch aus diesem Grunde die Verbindung mit ihm aufrecht erhalten werden.

Die officiellen Kreise unterhielten die Beziehungen zu ihm meistens gleichfalls mit Rücksicht auf seine zahlreichen journalistischen Verbindungen, die ja zuweilen zur weitern Verbreitung gewisser Nachrichten entsprechend ausgenützt werden konnten, zuvörderst aber, weil er Nachrichten auch aus anderen Quellen schöpfte, die man durch ihn leichter controliren konnte.

Als eifriger Correspondent hat er es nämlich verstanden, nicht nur seine Beziehungen zu den Pressbureaus, den Ministerhotels und den Vertretungen der fremden Mächte zu pflegen, er hatte sich auch, wie erwähnt, noch andere Quellen eröffnet, die freilich auch Anderen zu Gebote gestanden wären, doch aus guten Gründen gemieden wurden.

So frequentirte er häufig das Haus einer Dame, die eine Zeit lang durch ihre geradezu imposante Schönheit glänzte und eine ganz besondere Anziehungskraft ausübte. Um die Gunst dieser »allgemein gefeierten Schönheit« bewarben sich junge wie alte aristokratische Lebemänner, militärische Würdenträger, hohe Staatsbeamte; zu den Besuchern daselbst gehörte bisweilen auch Graf Beust.

Mit einem ausgesprochenen Geschäftssinn begabt, hatte es diese Frau verstanden, ihre Position in ganz eigenthümlicher Weise auszunützen. Galt es, für den einen oder anderen Aristokraten irgend eine delicate Angelegenheit auszugleichen, so trat sie als »Macherin« ein, — was Anderen rundweg verweigert worden wäre, ihr gewährte man es; einer schönen Frau gegenüber zeigte sich mitunter der Stärkste schwach. Sollte irgend etwas Pikantes der Oeffentlichkeit preisgegeben werden, so fand sie stets die Mittel und Wege dazu. Einige journalistische Notizenhamster, die gleichfalls in ihrem Hause verkehrten, stellten sich ihr bei diesen eigenthümlichen »Maklergeschäften« stets bereitwilligst zur Verfügung, wobei es freilich manchmal vorgekommen sein mag, dass die aus jener Quelle geschöpften Mittheilungen nicht gerade in dem gewünschten Sinne verlautbart wurden, da sie in der betreffenden Redactionsstube vorerst einer sorgfältigen Censur unterzogen worden waren.

Allgemein heisst es: dass die tugendhafteste Frau diejenige ist, von der man am wenigsten spricht. Bei der »schönen Wienerin« — man nannte sie so in der Gesellschaft, die bei ihr verkehrte — fand dieses Wort nicht die entsprechende Würdigung, obschon sie gerne für tugendhaft gelten gewollt. Sie legte vielmehr einen grossen Werth darauf, dass viel von ihr gesprochen würde. Selbst in den Zeitungen wollte sie genannt sein. Bei jedem Eliteballe wandte sie sich deshalb an die Ballreporter mit dem Ersuchen, dass auch ihr Name genannt, ihre Toilette beschrieben werde, und sie nahm nicht selten die Vermittlung einzelner ihrer hohen Verehrer in Anspruch, um die Nennung ihres Namens in dem betreffenden Ballberichte durchzusetzen.

Nur einmal war sie sehr ungehalten, als man sie in die Zeitung »hineingesetzt«. Es war dies der Fall, als gegen einige Ordensschwindler ein Strafprocess eingeleitet wurde. Da wurde auch ihr Name genannt, da wurde auch sie als eine viel in Anspruch genommene Vermittlerin zur Erlangung von Ordenskreuzen bezeichnet. Die Thatsache war auch ganz richtig. Dies leugnete sie selbst nicht. Im Gegentheil, sie vermehrte durch Angabe interessanter Details die in Umlauf befindlichen Gerüchte, wobei sie freilich in discreter Weise die Namen der Personen verschwieg, für die sie sich, wie sie ver-

sicherte, erfolgreich eingesetzt hatte. Nur dagegen sträubte sie sich und nur dadurch zeigte sie sich aufs tiefste verletzt, dass man sie mit den »Schwindlern« in einem Athem nannte; sie bezeichnete dies als eine »Ehrenkränkung«, die sie zu ahnden wissen werde, denn nie habe sie für Etwas eine Entlohnung angenommen, wofür sie nicht factische und zwar erfolgreiche Dienste geleistet hätte.

Thatsächlich wurde sie gelegentlich jenes Processes — der sich, nebenbei bemerkt, später öffentlich abgespielt und manche interessante und pikante Details zu Tage gefördert hat — blos polizeilich einvernommen, doch in den Process selbst weiter nicht einbezogen, da sie nachzuweisen vermochte, dass dort, wo sie intervenirte, »die Leute nicht zu Schaden gekommen sind«.

Eine Zeit lang war die geschäftliche Thätigkeit dieser »schönen Wienerin« von nicht unbedeutendem materiellem Erfolge begleitet, auf den allein sie es auch nur abgesehen hatte, und gewiss hätte sie sich für ihre alten Tage und für ihre ebenfalls mitgefeierte und vielumworbene einzige Tochter ein kleines Capital zusammensparen können, wenn sie eben das Sparen gelernt und nicht einen auffallenden Luxus in Toilette und in anderen Dingen entfaltet hätte, der nicht nur ihr »Einkommen« verschlang, sondern sie auch in Schulden stürzte, von denen sie sich freilich durch geschickte finanzielle Operationen doch oft wieder zu befreien wusste. Aus dieser nicht sehr lauteren Quelle dürfte nun der ebenso geschäftige, wie viel beschäftigte Wiener Correspondent seine Mittheilungen über die Ergebnisse der Kaiserentrevue in Salzburg geschöpft haben, die nachträglich entschieden dementirt wurden, und die thatsächlich jeder Grundlage entbehrt hatten.

Von dieser Seite kam auch mir unter Angabe der Quelle, und zwar auf indirectem Wege, eine interessante Mittheilung zu, die anfänglich nicht geglaubt wurde, sich aber doch bald als wahr und richtig erwiesen hat. Die Mittheilung lautete dahin, dass sich vor Kurzem (es mag das so ungefähr gegen den Herbst gewesen sein) eine dem Ministerium nahe stehende bekannte politische Persönlichkeit nach Pest begeben habe, um vorerst die Stimmung dort zu sondiren, und wenn sie als eine für die Politik Hohenwart's nicht

ganz ungünstige erkannt werden sollte, mit massgebenden Deputirten in Fühlung zu treten um diese zu bestimmen, dass sie entweder in einer ihnen passenden Weise zu Gunsten der Politik Hohenwart's sich aussprachen oder aber zum mindesten nicht dagegen auftreten sollten, denn die ungarische Verfassung — dies sollte ausdrücklich betont werden — sei keineswegs bedroht und werde jedenfalls intact bleiben. Dieser offenbar von der Regierung Abgesandte habe nun, wie weiter mitgetheilt wurde, auch bei Deak vorgesprochen, der die Auseinandersetzungen desselben ruhig anhörte und dann ebenso ruhig folgendes erwiderte:

»Zwei Wanderer gingen einmal desselben Weges neben einander her. Einer von ihnen fand einen grossen Schatz. Der Andere verlangte einen Antheil von dem Funde, er erhielt aber nichts. »Was willst Du und was gehst Du mich an« — sagte der Finder — »ich habe den Schatz gefunden und folglich gehört er mir allein.« Die Wanderer zogen weiter. In dem Wald — ich erzähle ein Märchen, fügte noch Deak bei — wurden die Beiden von Räubern überfallen. Da rief der Finder des Schatzes seinem Begleiter zu: »Hilf mir im Kampfe, vertheidigen wir uns für eine gemeinschaftliche Sache!« Dieser aber erwiderte: »Den Schatz hast Du geglaubt für Dich allein behalten zu können, nun so vertheidige ihn auch allein.«

Mit diesem Gleichniss zeichnete der Weise der Nation das Verhältniss der beiden Verfassungsparteien in Oesterreich und Ungarn, und er fügte noch erläuternd hinzu: »Wenn die Ungarn glauben sollten, der Schatz gehöre ihnen allein, wer wird ihnen beistehen, wenn räuberische Hände einmal ihr Verfassungsgut angreifen und bedrohen sollten?« Der Abgesandte sei hierauf nach Wien zurückgekehrt, selbstverständlich ohne den erwarteten Erfolg erreicht zu haben.

Als dieses seinerzeit verlautbart wurde, bezeichnete man es blos als eine interessante Anekdote. Die Thatsache wurde mir jedoch bald darauf auch von Herrn v. Hofmann bestätigt und ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich annehme, dass es Graf Beust gewesen ist, der sich hier der obbezeichneten weiblichen Mittelsperson zur Veröffentlichung der Aeusserungen Deak's bedient

und der diesen ungewöhnlichen Weg nur deshalb eingeschlagen hatte, um die Spur des Verbreiters nicht sogleich erkennen zu lassen....

Wenige Tage nach der Unterredung mit Herrn v. Hofmann war im »Pester Lloyd« ein Leitartikel erschienen, dessen Tenor darauf schliessen liess, dass die darin enthaltenen Angaben von autoritativer Seite herrühren müssen.

War dies die verheissene Kundgebung aus Wien? Hofmann hatte nur von einer »Wiener Correspondenz« gesprochen. War aus dieser ein Leitartikel geworden, um dadurch dem Inhalte mehr Gewicht zu geben? Oder war dies eine spontane Kundgebung der Redaction? Gleichviel; der Artikel, gegen die österreichische Regierung gerichtet, machte mit seiner offenen energischen Sprache und seiner eigenthümlichen Form in allen politischen Lagern beider Reichshälften grosse Sensation.

Um nur einigermassen den Inhalt anzudeuten, sei erwähnt, dass in dem Artikel nicht nur die Massnahmen der österreichischen Regierung einer strengen Kritik unterzogen wurden, dass sogar vom ungarischen Standpunkte aus förmlich gewarnt wurde, in der Slavisirung weiter fortzuschreiten, weil dadurch leicht die Grundlagen des 1867er Ausgleiches »verschoben« werden könnten, was für die Gesammtmonarchie von »gefährlichen Folgen« begleitet sein würde. An die ungarische Regierung wurde die directe Aufforderung gerichtet, aus ihrer Reserve herauszutreten. Es sei dies hier einer jener Fälle, wo die ungarische Regierung eingreifen, im Interesse des eigenen Landes gegen eine gefährliche Politik Stellung nehmen müsse. Das Bedeutsamste in dem Artikel lag jedoch in seinen Schlusssätzen, welche mit einer gewissen Bestimmtheit ein baldiges Ende des Ministeriums Hohenwart in Aussicht stellten.

Den liberalen Wiener Blättern, die Auszüge aus jenem Artikel brachten, war es sehr schlecht ergangen, sie wurden alle sammt und sonders vom gestrengen Staatsanwalt Schmeidel mit Beschlag belegt. Er schien auch damals, wie bei manchen früheren ähnlichen Anlässen, nicht mit vollem Herzen dabei gewesen zu sein, denn als ich bei ihm vorsprach, um zu hören, ob er diesmal ausnahmsweise den Redacteuren der beanständeten Blätter den Process machen

werde, verneinte er dies nicht blos, er sprach sich auch sehr eingehend über das objective Verfahren aus und bezeichnete es bei diesem Anlasse als eine »Monstruosität«, wie sie in keinem anderen Pressgesetze eines Verfassungsstaates vorkomme, zu verwundern sei nur, dass dieses famose Gesetz mit seinem objectiven Verfahren von der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses geschaffen, und dass deren Führer, dem Dr. Herbst, sogar von der »Concordia« (Verein der Wiener Journalisten und Schriftsteller) noch eine Anerkennung dafür ausgesprochen worden sei. Ich erinnerte ihn daran, dass dies zu einer Zeit geschah, als das objective Verfahren noch nicht angewendet worden war, und dass dieses erst die eigenste »Erfindung« seines Amtsvorgängers, des Herrn v. Lienbacher, werden sollte.

War nun schon die für einen Staatsanwalt etwas sonderbare Aeusserung Schmeidels auffällig und an und für sich symptomatisch genug, so waren gewisse journalistische Kundgebungen in auswärtigen Blättern, deren Zusammenhang mit dem auswärtigen Amte kein Geheimniss war, noch bedeutsamer für die Beurtheilung der politischen Situation. Gleichwie in dem gedachten Artikel des »Pester Lloyd« sprachen sich nämlich auch andere publicistische Organe, und zwar insbesondere die hervorragendsten im Deutschen Reiche, gegen die »Regierung Hohenwart«, gegen deren »Slavisirung« Oesterreichs aus, und der gereizte Ton, mit dem in der officiösen Presse darauf geantwortet wurde, liess deutlich genug erkennen, dass die Regierung selbst den Boden unter ihren Füssen nicht mehr fest fühle, dass sich eine ernste Wandlung vorbereite, dass man unmittelbar vor einer grossen Entscheidung stehe!!

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Was thatsächlich nunmehr erfolgte, ist bekannt, ist noch — obschon Jahre darüber verflossen sind — in lebhafter Erinnerung Aller. Es genügt das Schlagwort »Fundamentalartikel« zu nennen zur Kennzeichnung der Ereignisse, die sich im Herbste des Jahres 1871 abspielten. Der böhmische Landtag hatte ohne Mitwirkung der Deutschen nach mehrwöchentlichen Unterhandlungen mit der Regierung in einer Reihe von Artikeln seine Wünsche dargelegt

und beschlossen, diese begleitet von einem Rescript der Krone zur allerhöchsten Genehmigung zu unterbreiten. Diese »Artikel« enthielten wie bekannt die »Fundamente« des Ausgleichs, denen die Regierung bereits ihre Zustimmung gegeben hatte. Der Inhalt derselben wirkte geradezu verblüffend auf Alle, die eben nicht der nationalen Opposition angehörten.

In eigenthümlich ruhiger Weise äusserte sich jedoch darüber Dr. Schmejkal in einem an mich gerichteten Antwortschreiben:

». . . Auf mich machen diese Fundamentalartikel lange nicht den Eindruck, den sie allenthalben hervorgerufen, zumal deshalb nicht, weil sie in ihrem ungeheuren, ja ungeheuerlichen Umfange von der Art sind, dass sie von der Krone unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Nach diesen Fundamentalartikeln gäbe es keine österreichische Vertretung mehr, kein Parlament, kein Herrenhaus, ja keine österreichisch-ungarische Monarchie mehr. Der Gesammtstaat zerfiele in kleine Theilchen und Oesterreich müsste auf seine Grossmachtstellung verzichten. Was da dem Kaiser von Oesterreich zugemuthet wird, ist — ich gebrauche den Ausdruck unter Discretion — geradezu absurd, und in dieser Absurdität liegt nach meiner Ansicht das Erfreuliche an der ganzen Sache, da mit Bestimmtheit angenommen werden kann, dass die Krone förmlich ausser Stande ist, diesen Wünschen und Forderungen der Czechen zu entsprechen. . . .«

Sonderlich überrascht schien auch Dr. Herbst über diese Fundamentalartikel gerade nicht.

Ich lasse unerwähnt, wie er sich über den Grafen Hohenwart ausgesprochen, der, wie er sich unter Anderem in seiner sarkastischen Weise äusserte, seltsam genug, von Dr. Giskra, als er aus dem Ministerium geschieden war, als einer der verlässlichsten Beamten bezeichnet wurde, der alles Zeug in sich habe, die Stütze eines verfassungstreuen Ministeriums zu sein. Als »mildernd« bemerkte Herbst, spreche für den Grafen Hohenwart der Umstand, dass ihm die Gegner über den Kopf gewachsen, dass er sich in diese ganze Situation von Rieger und Palacky und von dem »bösen Geist« in seinem Ministerium, von dem ausländischen Professor Schäffle, habe hineinhetzen lassen. Er erinnere sich da einer Nestroy'schen Posse, die er einmal gesehen; in der Parodie auf Judith rufe der gefangen genommene Krieger seinem Hauptmanne zu: er habe zwei Gefan-

gene gemacht, und als dieser darauf erwidert: »Bring sie her«, entgegnete er lakonisch: »Sie lassen mich nicht los«. Das sei auch die Situation Hohenwart's: er sei der Gefangene der Herren Rieger und Palacky, und diese lassen ihn nicht mehr los.

In den Fundamentalartikeln erblickte auch er ebensowenig wie sein Freund und Parteigenosse Dr. Schmejkal eine Gefahr, und er sprach mit einer grossen Zuversicht die Ueberzeugung aus, dass sie der Nagel zum Sarge Hohenwart's seien.

Man weiss, welchem Schicksal die Fundamentalartikel verfielen. In einem Kronrathe, dem auch das Reichsministerium und der ungarische Premierminister Graf Andrássy zugezogen waren, wurde nach dem Vorschlage Beust's, der diesbezüglich (wie übrigens Graf Andrassy) ein Memorandum*) ausgearbeitet und dem Kaiser vorgelegt hatte, gegen Hohenwart entschieden. — Damit war auch das Schicksal des österreichischen Gesammtministeriums besiegelt. Wenige Tage darauf erhielt das Cabinet Hohenwart seine Entlassung.

Beust triumphirte wie ein Sieger nach einer grossen Schlacht. Dass dieser Sieg in der Sache seine eigene Niederlage bedeute, das ahnte dieser gewandte Staatsmann und Diplomat nicht. Hohenwart war durch ihn gestürzt, er fiel ihm bald nach. Seine Entlassung traf ihn merkwürdiger Weise ganz unerwartet. Er glaubte gerade in der kaiserlichen Entscheidung, die im Sinne seines »unterthänigsten Vortrages« erflossen war, einen Act des befestigten Vertrauens erblicken zu können und er sah sich in seiner Position befestigt. Da erschien eines Tages Staatsrath v. Braun bei ihm und legte ihm nahe, aus »Gesundheitsrücksichten« seine Entlassung zu nehmen. Das war ein sehr bedeutsamer »Wink«, den Beust nicht unbeachtet

---

*) Ob das dasselbe Memorandum, von welchem mir, wie erwähnt, bereits Wochen vorher Hofmann gesprochen, somit dessen Elaborat war, oder ob es seinem ganzen Inhalte nach aus der Feder Beust's geflossen, vermag ich nicht anzugeben, die Wahrscheinlichkeit jedoch spricht für den ersten Fall, da sich der Inhalt des Hofmannschen Memorandums, wie ich mich nachträglich überzeugen konnte, mit jenem von Beust dem Kaiser übermittelten und nachträglich veröffentlichten Memorandum in seinen wesentlichsten Punkten deckte.

lassen konnte. Er schrieb noch am selben Tage sein Demissionsgesuch.

An seiner Stelle hielt bald darauf Graf Andrássy seinen Einzug in das Ballhaus.

Den Weg dahin hatte dieser lange vorher für sich zu ebnen gewusst. Sein Ehrgeiz war nunmehr befriedigt.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Zwei Tage nach seiner Entlassung sprach ich bei Beust vor. Ich fand ihn in der seiner Situation entsprechenden Stimmung. Sie war eine sehr ernste, fast möchte ich sagen melancholische. Das übliche Lächeln, das sonst seine Lippen umspielte, war verschwunden, der Ton seiner ohnehin nie lauten Stimme klang noch tiefer, nur sein freundliches Wesen hatte keinerlei Aenderung erfahren. Er half mir über eine gewisse Verlegenheit hinweg, die bei der ersten Begegnung mit einem verabschiedeten und unfreiwillig abtretenden Minister wohl Jedermann beschleichen kann. Sofort nach der üblichen Begrüssung und nachdem er mir in freundlichster Weise einen Platz angewiesen, sagte er beiläufig Folgendes:

»Es freut mich, dass Sie meiner Einladung Folge geleistet haben. Ich will von Ihnen Abschied nehmen und Ihnen danken für die vielfachen Gefälligkeiten, die Sie mir wiederholt geleistet haben, danken, freilich nur mit aufrichtigen Worten der Anerkennung. Da ich als »entlassener« Minister nicht mehr zu geben vermag, bitte ich Sie als Andenken diese Wenigkeit (er überreichte mir hiebei seine Photographie) entgegennehmen zu wollen. Ich habe die Stellung, in der Sie mich hier sehen, mit Absicht gewählt. So halb sitzend und halb liegend habe ich oft Stunden lang des Nachts zugebracht. Wenn Andere sich zur Ruhe begeben, müde und matt von des Tages Mühen, in einen gesunden Schlaf verfallen, da beginnt erst unsere Arbeitszeit, und es sind zumeist sorgenvolle Stunden, die wir dann durchleben. Die Welt sieht nur den grossen, einflussreichen Minister, von seiner grossen Sorge weiss sie gewöhnlich so viel wie nichts. Wenn Ihnen der Zufall nach Jahren diese kleine Photographie in die Hände spielt, so werden Sie sich der vergangenen Tage erinnern, der Zeit, in welcher ich, der Minister, mit

Ihnen, dem journalistischen Freunde, so häufig, und was meine Person anbelangt, so angenehm verkehrte. Ich würde, wenn ich die Gelegenheit dazu hätte, der gesammten Wiener Journalistik gleich Ihnen meinen Dank zollen. Sie hat mir zwar manchmal, was ich nicht verschweigen will, viel Aerger durch eine mehr subjective Beurtheilung mancher meiner Leistungen bereitet, ich bin ihr aber doch zu vielem Dank verpflichtet. Ich bewahre dieses Gefühl der Dankbarkeit der Presse hauptsächlich deshalb, weil sie mir in der ersten Zeit meiner Amtsperiode ohne Vorurtheil begegnete, zu welchem ihr vielleicht meine Vergangenheit und der Umstand, dass ich ein Ausländer war, Anlass hätten geben können. Indem man mir damals mit Vertrauen und mit Wohlwollen entgegenkam, hat man mir meine verantwortungsvolle Geschäftsführung wesentlich erleichtert und mir dadurch die Gelegenheit geboten, Manches im Interesse der Monarchie zu leisten, was unter anderen Verhältnissen, bei einer minder wohlwollenden Beurtheilung meiner Person vielleicht undurchführbar geworden wäre. Später habe ich freilich dieses Wohlwollen öfter vermisst, jedoch eine reichliche Entschädigung gefunden in dem allerhöchsten Vertrauen meines kaiserlichen Herrn, welches mir, ich kann wohl sagen bis zur letzten Stunde meiner Amtswirksamkeit, erhalten blieb. Wenn ich doch aus diesem Hause scheiden und die mir so lieb gewordene Stellung aufgeben muss, so liegt, wie ich Sie versichern kann — Sie mögen mir es glauben — der Grund nicht darin, dass ich jenes Vertrauen meines so hochherzigen Gebieters eingebüsst hätte, nein, der Grund meines Scheidens liegt in Verhältnissen, die ich nicht weiter erörtern möchte, die Geschichte wird in späteren Tagen wie über so vieles Andere auch darüber Klarheit bringen.«

In meinen Aufzeichnungen, denen ich das Vorstehende entnehme, findet sich hier unter Klammern die Bemerkung: (»mit besonderem Nachdruck und in elegischem Tone gesprochen«).

Im Verlaufe des Gespräches kam Herr v. Beust wieder auf die Presse zurück.

Dass er ein grosser Freund der Presse sei, sagte er unter Anderem, wisse man. Er betrachte sie nicht als die sechste, er

respectire sie als die erste Grossmacht der Welt! Mit ihrer Macht könnte sie auch Grosses leisten, wenn sie unbefangen und frei urtheilen würde. Das sei aber leider sehr selten der Fall. Die Presse, zumal in Oesterreich, stehe immer unter grossen Einflüssen; eine wirkliche unabhängige Presse gebe es gar nicht, sie diene immer nur einer Partei, und das sei ihr Hauptfehler. Er für seine Person habe aber trotzdem immer die Stimme der Presse beachtet, habe sich niemals so hochnasig darüber hinweggesetzt wie Mancher seiner Collegen. Grobe Vorwürfe seien ihm deshalb auch nicht erspart geblieben. Aber anderseits müsse er es mit tiefem Bedauern aussprechen, dass man ihm in der letzten Zeit arg »mitgespielt« und ihn vielfach durch grundlose und ungerechtfertigte Angriffe sehr gekränkt habe. Zumal der ungarischen Presse könne er den Vorwurf nicht ersparen, dass sie ihm gegenüber sehr undankbar sei. Was er für die Ungarn gethan, das habe noch kein anderer österreichischer Minister für sie gethan. Er habe unmittelbar nach der Uebernahme der Staatsgeschäfte es als seine erste Pflicht angesehen, den Ungarn wieder zu ihren historischen Rechten zu verhelfen, ihnen ihre Verfassung wieder zu geben; für den ungarischen Ausgleich habe er seinen ganzen Einfluss eingesetzt, bei jedem Anlass habe er gerechte Forderungen der Ungarn mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern gesucht. Von der ungarischen Presse hätte er also erwartet, dass sie ihm immer Gerechtigkeit werde widerfahren lassen, Gerechtigkeit — mehr habe er nie beansprucht, und nun müsse er die traurige Erfahrung machen, dass gerade von jener Seite die heftigsten und ungerechtfertigsten Angriffe ausgingen. Die Gründe dafür seien übrigens allbekannt, es seien dies nur solche persönlicher Natur, sein Trost sei nur, dass man sich über seine Politik nicht beklagen könne.

Herr v. Beust sprach dann weiter über den muthmasslichen Eindruck, den seine Demission im Auslande hervorrufen werde, und erwähnte noch dabei, dass sein Nachfolger eine gebundene Marschroute habe und keine andere Politik, als die von ihm eingeschlagene, werde machen können, was ihm zur inneren Befriedigung gereiche. Er gedachte auch seines »allezeit getreuen Mitarbeiters«, des Herrn

v. Hofmann, ohne dessen Unterstützung er sich bei der Uebernahme der Geschäfte in Oesterreich »schwer gearbeitet hätte«, und der ihm während seiner ganzen Amtsperiode als ein tüchtiger Beamter zur Seite gestanden sei. Auch sein Nachfolger werde der Mitwirkung Hofmann's nicht entbehren können, dessen Personalkenntnisse und Vertrautheit mit den Geschäften für jeden Minister von unschätzbarem Werthe seien. »Freilich, so angenehm wie unter mir« — fügte Beust noch bei — »wird Hofmann unter Andrássy kaum dienen, nebst vielen anderen Gründen vorzüglich schon deshalb nicht, weil Graf Andrássy ein Laie unter den Diplomaten und ...« Hier unterbrach sich Beust und ergänzte seinen Gedankengang blos mit den leicht hingeworfenen Worten: »... doch das ist Sache des Grafen Andrássy.«

Beust verabschiedete sich hierauf. In diesem Momente umspielte wieder das bekannte Lächeln seine Lippen und er bat scherzend um eine »gute Nachrede und solenne Bestattung«.

Graf Beust's Austritt — Fürst Auersperg's Antritt.

Die Fama wusste seinerzeit von einem interessanten Gespräch zu erzählen, das zwischen einem hohen Staatswürdenträger und Herrn v. Beust, der damals noch Baron Beust war, stattgefunden haben soll.

Am Tage, nachdem Beust den Eid als österreichischer Minister des Aeussern abgelegt, soll er — so erzählte man sich — im Vorzimmer des Monarchen mit einem Collegen, einem Mitgliede der cisleithanischen Regierung, zusammengetroffen sein und an diesen die Frage gerichtet haben, welchen Eindruck wohl seine (Beust's) Ernennung in der Bevölkerung machen werde?

Mit lakonischer Kürze soll die Antwort gelautet haben:

»Den allerschlechtesten.«

»Und weshalb?«

»Weil Excellenz drei Fehler haben.«

»Darf ich wissen welche?«

»Gewiss! Excellenz sind der Geburt nach Ausländer, der Gesinnung nach Deutscher und dem Gewissen nach Protestant; das sind drei Fehler, die von vorneherein Vorurtheile zu erwecken geeignet sind, gegen die Excellenz vergeblich ankämpfen werden.«

Darauf soll nun wieder Baron Beust bemerkt haben:

»Ein Ausländer bin ich nicht mehr, ich bin als österreichischer Minister auch österreichischer Staatsbürger. Meine Thaten werden beweisen, dass ich meiner Gesinnung nach nicht Deutscher, sondern ein guter österreichischer Patriot bin, und was meinen Protestantismus anbelangt, so hoffe ich mir als solcher das Vertrauen der katholi-

schen Bevölkerung, ja sogar des Clerus zu erringen, und zwar nicht trotzdem, sondern just weil ich Protestant bin, denn ich bin mir wohl bewusst, dass ich als Andersgläubiger weit mehr Rücksichten auf Rom zu nehmen habe, als der strenggläubigste Katholik.«

Wenn man nun die mehrjährige Thätigkeit des später in Folge seiner Verdienste in den Grafenstand erhobenen Beust genau untersucht und beurtheilt, so muss man zugeben, dass er thatsächlich bemüht war, die drei ihm zur Last gelegten Fehler möglichst zu verwischen.

Mit der durch seinen Eintritt in den österreichischen Staatsdienst ipso facto erfolgten Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft hat Herr v. Beust, wie er ganz richtig bemerkte, thatsächlich aufgehört, Ausländer zu sein. Was seine gerügte deutsche Gesinnung anbelangt, so hat er bekanntlich erst in den letzten Monaten seiner Amtswirksamkeit sein deutsches Herz entdeckt, und dies auch dann erst, als dessen eingeschlummerte Gesinnung durch einen kräftigen Stoss eines wirklich deutsch gesinnten Mannes wieder erweckt wurde. Zur weiteren Bekräftigung seines echt österreichischen Patriotismus hat er sogar zu wiederholtenmalen weit mehr gethan, als manchem seiner Amtscollegen lieb war. Und wie sich der protestantische Beust Rom gegenüber benommen hat, bewies, dass er es an pflichtmässiger Vorsicht nicht hat fehlen lassen, dass er vielmehr bemüht war, sich aus der peinlichen Situation, in welche ihn das liberale Bürgerministerium hineindrängte, durch gewandte diplomatische Redensarten herauszuwinden.

Waren es aber nicht trotzdem die »drei Fehler«, welche den Grafen Beust zu Falle brachten? Die nähere Untersuchung bleibt dem Geschichtsforscher vorbehalten.

Thatsächlich rief die Entlassung des Grafen Beust, da sie zur Zeit ganz unerwartet kam, eine allgemeine Ueberraschung hervor. Wäre sie früher erfolgt, sie hätte lange nicht so viel von sich reden gemacht und so sensationell gewirkt, als gerade in dem Augenblicke, wo Jedermann die Position des Reichskanzlers eher für befestigt, als für erschüttert halten musste, in einem Augenblicke nämlich, wo er factische Erfolge errungen hat.

Mit Recht sprach sich damals einer seiner entschiedensten politischen Gegner dahin aus, »dass eine ähnliche Krise im modernen Europa wohl kaum noch vorgekommen sein mag. Minister, bemerkte derselbe mir gegenüber, werden gestürzt, wenn sie grosse Fehler begangen haben; es werden Minister entfernt, wenn ihren Plänen der Erfolg gefehlt hat. Manchmal müssen Minister mit dem Verluste ihrer Stellung für das Ungeschick anderer Männer büssen. Es kommt vor, dass Minister gewissermassen als Sühnopfer für ein grosses Unglück fallen, das den Staat betroffen. In Ländern, die das parlamentarische Princip ausgebildet haben, ist eine Verschiebung der Parteiverhältnisse, eine Aenderung in der Majorität des Parlaments die Ursache von Ministerkrisen. Aber alles dies ist ja nicht der Fall gewesen und wir erleben da das ausserordentliche und ungewöhnliche Schauspiel, dass der leitende Minister gerade auf der Höhe seines Erfolges sozusagen über Nacht gestürzt ist.«

Beust selbst hatte an seinen Sturz nicht geglaubt. Er fühlte sich im Gegentheil sehr sicher, so sicher, dass er sogar wenige Tage vorher noch mit Baron Kellersperg über dessen künftiges Regierungsprogramm conferirte, als dieser mit der Mission betraut war, zu versuchen, ob er ein actionsfähiges Ministerium zu bilden in der Lage wäre.

Mehr erstaunt noch als irgend Einer war darum auch Herr v. Kellersperg, als er von der Entlassung Beust's hörte, der ihm seine Mitwirkung bei der Bildung des Ministeriums, freilich nur unter gewissen Bedingungen, zugesagt hatte, unter der Bedingung nämlich, dass auf die Wünsche des galizischen Landtages thunlichst Rücksicht genommen werde, und der thatsächlich auch mit einigen Persönlichkeiten bereits gesprochen und den Versuch gemacht hatte, sie zur Uebernahme eines Portefeuilles zu bestimmen. Indessen konnte sich Herr v. Kellersperg über den Sturz Beust's trösten, da seine Bemühungen, die geeigneten Männer für ein Cabinet zu finden, mittlerweile gescheitert waren und er die ihm übertragene Mission in die Hände des Kaisers wieder zurücklegen musste.

Ein anderer Mann trat auf den Plan! Fürst Adolf Auersperg, für den schon früher wiederholt sein Bruder Carlos eingetreten war,

erreichte endlich das heiss ersehnte Ziel. — Er wurde, nachdem der Kaiser sein Programm genehmigt hatte, endlich doch mit der Bildung eines Cabinets betraut.

Was Herrn v. Kellersperg nicht gelungen war, erreichte Fürst Auersperg in wenigen Tagen. Er fand die geeigneten Männer für sein Cabinet. Er machte vor Niemanden ein Geheimniss daraus, dass er sich sein Cabinet längst schon »zusammengestellt« habe. Seine Berufung erwartend, habe er bereits seit langer Zeit, wie er unumwunden erzählte, unter den politischen Persönlichkeiten Umschau gehalten und die geeignetsten ausgewählt, um für den Fall seiner Berufung entsprechend vorbereitet zu sein. Thatsächlich trug er eine fertige Liste dieser Persönlichkeiten bei sich, und als er bei den »Auserwählten« vorsprach, um sie zum Eintritt in sein Cabinet zu bewegen, konnte er ihnen den schriftlichen Beweis erbringen, dass er schon lange vorher an sie gedacht habe.

Aus äusseren Merkzeichen war deutlich zu entnehmen, dass die Liste wirklich schon längst fertig gestellt war. Ehe er übrigens zur Cabinetbildung schritt, berief der Fürst (am 25. November) eine Versammlung der Parteimänner ein, denen er sein Programm zur Beurtheilung vorlegte. Diese Versammlung fand im Sitzungssaale der Bodencreditanstalt unter dem Vorsitze des Freiherrn v. Hopfen statt. Es waren dazu Einladungen an fast alle liberalen Parteigenossen des Abgeordneten- wie des Herrenhauses ergangen — bis auf Einen — und sie waren auch Alle erschienen bis auf — Dr. Unger, dessen Abwesenheit einen guten Grund hatte. Er hatte keine Einladung erhalten. War sie vergessen worden oder gerieth sie in Verlust — es blieb dies unaufgeklärt, bis Fürst Auersperg eines Tages Herrn Dr. Unger in seiner Wohnung aufsuchte und auf das Bestimmteste erklärte, dass ihn ein Verstoss nicht treffe. Er konnte auch sofort den Beweis für seine Behauptung liefern, indem er die besprochene Liste aus seiner Brieftasche zog, sie enthielt unter Anderem auch den Namen Ungers als Eines unter Jenen, die Fürst Auersperg für den Eintritt in sein Cabinet in Aussicht genommen hatte.

Die Unterredung der beiden Herren war, nach den Mittheilungen, die mir geworden, von nur kurzer Dauer. Dr. Unger erklärte vor Allem, er würde nur dann acceptiren, wenn auch auf seinen Freund Dr. Glaser reflectirt würde. Fürst Auersperg bemerkte hierauf, dass er »soeben« von einem Besuche bei Dr. Glaser komme, der wieder seinen Eintritt ins Cabinet von dem Eintritt seines Freundes Dr. Unger abhängig gemacht hätte, worauf er erwidert habe, dass er sich sofort zu dem Genannten begeben werde, der auch zu seinen Candidaten zählte. Damit war also die officielle Zustimmung beider Gelehrten ausgesprochen. Dr. Unger besprach sodann in eingehendster Weise das neue Programm der Regierung und betonte bei diesem Anlasse, dass es eine der ersten Aufgaben der künftigen Regierung sein müsse, die Wahlreformfrage in liberalem Sinne zu erledigen, und als noch einige Personalfragen, und zwar die Vertheilung der Ressorts, wie sie Fürst Auersperg in Aussicht genommen, durchgesprochen wurden, bei welchem Anlasse sich freilich nicht die gleiche Uebereinstimmung zeigte wie bei allen anderen wesentlichen Punkten, erklärte sich Dr. Unger bereit, in das neu zu bildende Cabinet als Minister ohne Portefeuille einzutreten, nachdem er schon vorher die Erklärung abgegeben hatte, dass er ein bestimmtes Ressort nicht übernehmen könnte, aus Gründen, die auch dem Fürsten Auersperg einleuchten müssten.

So war denn das neue Cabinet bald gebildet. Fürst Auersperg konnte nach wenigen Tagen schon dem Kaiser die vollständige Ministerliste vorlegen. Sie fand die Zustimmung des Monarchen. Demnach waren die Portefeuilles in folgender Weise vertheilt:

Präsident: Fürst Adolf Auersperg. Inneres: Lasser, Justiz: Dr. Glaser, Unterricht: Stremayer, Handel: Banhans, Ackerbau: Chlumetzky, Landesvertheidigung: Horst, und Finanzen: Holzgethan. Dr. Unger: Minister ohne Portefeuille. Letzterer erhielt jedoch zwei der wichtigsten Functionen zugewiesen — er war der Sprech- und Pressminister des Cabinets.

Das war nun freilich ein Cabinet, zusammengesetzt aus Männern, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigten. An der Spitze ein Fürst (Auersperg) vom edelsten und ältesten Geschlechte, Bruder

des »ersten Cavaliers des Reiches«, der, wie zu erwarten stand, wieder die Führerschaft des deutsch-böhmischen Adels, in welchem er einen so grossen Einfluss besass, übernehmen werde. Zwei Cabinetsmitglieder (Dr. Unger und Glaser), die zu den hervorragendsten Rechtsgelehrten der Wiener Universität zählten, der Eine (Unger) ein ausgezeichneter Redner, wie er jedem Parlamente nur zur Zierde gereichen muss, der Andere (Glaser) eine eminente Arbeitskraft nicht nur im Gebiete der Wissenschaft, die er lehrte, eine Arbeitskraft überhaupt, wie sich ja das im Verlaufe seiner ministeriellen Thätigkeit erfolgreich genug gezeigt hat. Zwei tüchtige Beamte (Chlumetzky und Lasser), die in den vielfachen Verwendungen während ihrer bureaukratischen Laufbahn Gelegenheit genug hatten, praktische Erfahrungen zu sammeln, und von denen man voraussetzen konnte, dass sie diese Erfahrungen in ihren ihnen als Minister zugewiesenen Ressorts im Interesse der Allgemeinheit zu nützen bemüht sein werden; und was speciell Herrn v. Lasser anbelangt, so galt er als einer der tüchtigsten Verwalter, als einer der besten Kenner der Administration auf dem staatlichen Gebiete. Zwei andere Cabinetsmitglieder (Stremayer und Banhans) gehörten schon einem früheren liberalen Ministerium an. Kein Wunder also, dass dieses so gebildete Ministerium allseitig von der liberalen Bevölkerung ebenso wie von der liberalen Presse und den verfassungstreuen Politikern mit allen Sympathien begrüsst wurde.

Auch über die Art der Vertheilung der Ressorts herrschte nur ein günstiges Urtheil. Man sah die richtigen Männer auf den entsprechenden Posten. Zumal vom neuen Justizminister (Glaser) konnte man eingreifende Aenderungen auf dem Gebiete der Justizpflege, neue, dem Zeitgeist entsprechende Gesetzesvorlagen, und desgleichen vom Cultus- und Unterrichtsminister Herrn v. Stremayer weitere Massnahmen im freiheitlichen Sinne in der Unterrichtspflege und solche auf dem Gebiete der Religions- und Glaubensfreiheit erwarten. Es war dies mit einem Worte ein Cabinet aus Autoritäten, aus solchen Männern, wie sie jedem Staate zur Zierde gereichen werden. Konnte man sich einen besseren Sprechminister, einen gewandteren und geistreicheren Redner wünschen als den Minister Unger! Auch

das war gut ausgedacht, dass man gerade ihm das Pressressort zuwies. Er hatte alle Eignung dafür: allgemeine umfassende Bildung, ein vorurtheilsfreies Wesen, ein klares Darstellungsvermögen und zu dem Allen noch eine geradezu fesselnde Liebenswürdigkeit.

Es mag an dieser Stelle gleich bemerkt werden, dass zur Zeit, als Dr. Unger Pressminister war, eigentlich drei Pressbureaus bestanden, die jedes eine fast selbstständige Thätigkeit entfalteten, wodurch sich später mancherlei Unzukömmlichkeiten, ja sogar mitunter peinliche Differenzen ergaben.

Der Pressminister Dr. Unger amtirte am Minoritenplatz im Hôtel des Ministeriums für Cultus und Unterricht, der eigentliche Chef des Pressbureaus der cisleithanischen Regierung, Hofrath v. Erb, in der Herrengasse im Ministerpräsidium, und Hofrath Freiherr v. Falke als Chef des Pressbureaus für das Ministerium des Aeussern, am Ballplatz. Nebst den Genannten empfing aber auch noch der Ministerpräsident selbst einzelne Redacteure seiner »Leibblätter«; auch Herr v. Lasser unterhielt vielfache Beziehungen zu einigen Journalisten, und nach wie vor informirte neben Baron Falke auch überdies noch Herr v. Hofmann unter dem neuen Chef, freilich nicht mehr so selbstständig, so frei und unabhängig wie unter seinem Protector, dem Grafen Beust. Es mag gleich an dieser Stelle der Wahrheit gemäss gesagt sein, dass das unter die Leitung des Baron Falke gestellte Pressbureau sich stets sorgfältig ausschliesslich auf solche Informationen beschränkte, die in das Gebiet des Ministeriums des Aeussern fielen. Es ist fast nie, ja man kann sogar uneingeschränkt sagen, überhaupt niemals vorgekommen, dass von dieser Seite über jenes Gebiet hinausgegangen worden wäre. Ich kann aus meiner Erfahrung sprechen, dass man sich am Ballplatz damals immer innerhalb der Grenzen der enggezogenen Competenz bewegte, offenbar mit der bestimmten Absicht, der cisleithanischen Regierung keinen Anlass zu Recriminationen zu geben.

Um so häufiger sollen jedoch solche Recriminationen im Schosse des Cabinets selbst vorgekommen sein. Man erzählte sich darüber seinerzeit die drolligsten Geschichten. Der Ministerpräsident, von der vorgefassten Meinung ausgehend, dass eine Autorität wie der Press-

minister auch die liberalen unabhängigen Blätter sollte veranlassen können, einer liberalen Regierung unbedingte Heeresfolge zu leisten, soll, so oft in einem jener Blätter ein Angriff auf seine Person oder auf sein Cabinet erfolgte, stets versucht haben, den Pressminister dafür verantwortlich zu machen. Wer da weiss, welch »strenges Regiment« der Ministerpräsident führte, wie er mit allem Nachdruck in Ton und Geberden gleich einem pedantischen Obersten seine Meinung auszudrücken pflegte, der wird sich leicht eine Vorstellung von den Differenzen machen können, die sich nach und nach zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Pressminister herausbildeten.

Im Gegensatze zu seinem Bruder Carlos, der, selbst wenn er in seinen aristokratisch stolzen Ton verfiel, doch immer die cavaliermässige Eigenart nicht verleugnete, liess sich Fürst Adolf stets leicht von seinem Temperamente hinreissen; es kam dann in solchen Fällen sein soldatisches Wesen in einer Weise zum Ausdruck, die unter den gegebenen Umständen und mit Rücksicht auf die Persönlichkeiten, denen gegenüber er es zum Ausdrucke brachte, freilich oft genug anstatt des beabsichtigten Effectes, einen mehr — heiteren Eindruck hervorrief. Ich erinnere mich da lebhaft an eine Scene, die in den Couloirs des Abgeordnetenhauses spielte. Herr v. Lasser unterhielt sich mit einigen Journalisten, denen er eine Mittheilung über einen Vorfall machte, den er Tags vorher erlebt hatte. Zufällig trat in demselben Augenblicke der Ministerpräsident aus dem Sitzungssaale, und da unter den Journalisten sich auch der Vertreter eines Blattes befand, das öfter Massnahmen der Regierung streng getadelt hatte, rief Fürst Adolf im Vorbeigehen dem Minister des Innern mit lauter Stimme zu: »Ich wüsste mir auch eine bessere Beschäftigung, als hier müssig die Zeit zu verplaudern.« Die es hörten, waren förmlich erschrocken und frappirt durch den herrischen Ton. Lasser lächelte und bemerkte blos: »Der hat heute wieder seinen Corporaltag; da heisst's sich ordentlich untersuchen, ob alle Knöpfe am Uniformrock in Ordnung sind.«

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Ich bin hier der Zeitgeschichte um einige Monate vorausgeeilt. Nicht ganz absichtslos. Was sich seit der Uebernahme der Amtsgeschäfte durch den Fürsten Auersperg im Schosse des Cabinets zugetragen, spielte sich zumeist in einer Weise ab, die vollends der öffentlichen Controle unterzogen war. Es wurde nichts verheimlicht und es war nichts zu verheimlichen; es wurde nicht »hinter den Coulissen« gearbeitet. Ich wüsste also auch nichts Besonderes zur Ergänzung dessen zu erzählen, was seinerzeit in den Blättern mitgetheilt wurde.

Nur cursorisch und um den Faden der Geschichte nicht aus der Hand zu verlieren, sei hier flüchtig registrirt, was in den ersten Monaten unter der Regierung Auersperg geschehen ist.

Die erste That dieses Ministeriums war die Ernennung des Generals Koller zum Statthalter für Böhmen, der von der Kriegsverwaltung gleichzeitig zum Commandanten dieses Landes ernannt wurde. Mit allzugrossen Hoffnungen ging Herr v. Koller diesmal nicht nach Prag. Ich hatte noch Gelegenheit, ihn vor seiner Uebersiedlung dahin zu sprechen. Er erhoffte sich von seiner Mission weit weniger Erfolge, als er solche zu erzielen gewiss war zur Zeit seiner ersten Berufung auf denselben Posten. Jetzt, meinte er, sei die Situation für ihn eine weit schwierigere. Damals wäre das czechische Volk doch noch zu gewinnen gewesen, hätte man es vielleicht noch von seinen Führern losreissen können; jetzt lägen aber die Verhältnisse ganz anders. Die Führer hätten seither thatsächlich Erfolge erzielt, wenn auch nicht solche, wie sie erwarteten, aber immerhin vermöchten sie doch jetzt darauf hinzuweisen, dass das, was sie im Interesse der Nation wünschen und verlangen, auch, selbstverständlich unter einer dem Lande gut gesinnten Regierung, zu erreichen sei. Der Hinweis darauf sei für die Führer ein nicht zu unterschätzendes Mittel, das ganz besonders zu Agitationszwecken vortrefflich geeignet sei. Dieses Agitationsmittel, meinte General Koller, sei nicht gering zu achten, die Schwierigkeit, es zu entkräften, eine grosse. Dieses Oesterreich gleiche, wie er sich ferner äusserte, dem Zifferblatte einer Uhr, an welchem die beiden Zeiger immer wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren. Als die beiden Zeiger be-

zeichnete er die Czechen und die Polen. Die Uhr sei schwer zu reguliren und um so schwieriger, je mehr daran »herumgearbeitet« werde. Baron Koller ging — seine weiteren Aeusserungen bestärkten nur den Eindruck, den ich damals gewonnen — nur schweren Herzens nach Prag.

Gar bald zeigte es sich, wie richtig Koller die Situation beurtheilte. Die Agitation gewann in der That sehr bald an Ausdehnung und war eine solche geworden, dass sie die Anwendung ausserordentlicher Mittel nothwendig machte.

Man versuchte es anfänglich mit häufigen Confiscationen jener Blätter, welche durch Anwendung unerlaubter Mittel die nationale Bewegung zu schüren versuchten. Was an Hetzartikeln und »nationalen« Ausschreitungen geleistet wurde, war allerdings auch geeignet, jedes Anstandsgefühl aufs Empfindlichste zu verletzen.

Zur Charakterisirung der Mittel, welcher sich damals die Agitation bediente, wusste der »Tagesbote aus Böhmen« beispielsweise über das Schicksal des kaiserlichen Rescriptes, das dem böhmischen Landtage als Antwort auf die von ihm beschlossenen Fundamentalartikel zugegangen war, Folgendes zu erzählen:

> »Anfangs ein Gegenstand typographischen Wetteifers in möglichst glänzender Ausstattung, in kostbarem Goldrahmen gefasst und als Wandzierde, die weder in der Schule, noch in der Bierstube, weder im Salon, noch auch in der Bauernhütte fehlen darf, anempfohlen, spielte es (das Rescript) später in der diabolischen Adjustirung, Roth auf Schwarz, seine Rolle an den Strassenecken, wo dienstbeflissene Polizisten alle Hände voll zu thun hatten, es nur wieder herabzureissen, und ist jetzt zur Maculatur, »hundert Stück um fünf Kreuzer«, herabgesunken — und mit welcher Empfehlung! Solche Gefühle sprechen sich in dem Aufschrei aus, der durch alle Kreise der anständigen Gesellschaft ging, als die Skrejschowsky'sche Druckerei sich das Unerhörte erlaubte und hundert Stück »kaiserliche Rescripte« mit dem Beisatze anzukündigen wagte, dass sie auf »weichem Papier in Octavformat« gedruckt seien . . . .«

Es geschah dies gleich zu Beginn der Amtsperiode des Ministeriums Auersperg-Unger. Die Empörung über diese Art der Agitation, die auch noch mit anderen ähnlichen Mittelchen in Scene gesetzt wurde, kam in einer Ministerrathssitzung zum Ausdruck, in

welcher dem Justizminister von massgebender Seite nahe gelegt worden sein soll, die energischesten Massnahmen gegen solche Ausschreitungen zu ergreifen.

Da sich die Confiscationen als unzureichend erwiesen, — es folgten auf jede solche Confiscation stets neuerliche unerhörte Angriffe gegen die Regierung — musste man auf energischere Massregeln Bedacht nehmen. So wurde denn in Erwägung gezogen, ob es nicht angesichts der Thatsachen zweckmässiger wäre, anstatt das objective Verfahren anzuwenden, den Journalen den Process zu machen, respective ihre Redacteure vor Gericht zu stellen. Das bedingte nun eine Massnahme, zu welcher sich die beiden Minister Dr. Unger und Dr. Glaser nur schweren Herzens entschliessen konnten. Es erschien nämlich unbedingt nothwendig, vorher die Geschwornengerichte für Böhmen zu suspendiren. Die Erfahrung hatte ja gelehrt, dass diese Gerichte unter dem Einflusse der nationalen Bewegung und in der Majorität aus Bürgern bestehend, die diese Bewegung billigten, ja unterstützten, in vielen Fällen zu Gunsten der czechischen Angeschuldigten entschieden hatten, während die Juristen ein anderes Erkenntniss als gewiss erwarten konnten. Sollte also der öffentliche Ankläger nicht unausgesetzt Niederlagen erleben, erschien jene Massregel unerlässlich. Anderseits mussten sich doch wieder die beiden genannten Minister sagen, dass die Einschränkung dieser Institution liberalen Grundsätzen nicht entspreche, und dass damit auch ein gefährliches Präjudiz geschaffen werden könne. Sie mussten aber schliesslich doch mit der Majorität ihrer Collegen stimmen. Den Ausschlag mochten nicht blos jene unerhörten Publicationen der Skrejschowsky'schen Druckerei gegeben haben, vielmehr wurde direct der Wunsch des Kaisers dafür ins Feld geführt, der auch für den Justizminister Dr. Glaser derart entscheidend war, dass er sich wie schon oben angedeutet, entschloss, die Nothwendigkeit der Massregel vor dem Parlamente zu vertreten.

Die vorgebrachten Gründe waren auch für diesen Vertretungskörper ausreichend genug, um dafür zu stimmen.

Die durch diese Suspendirung der Geschworenengerichte stark betroffenen Journale Prags griffen, vorsichtiger zwar in Bezug auf

die Form und die Wahl des Ausdruckes, aber doch um so heftiger in der Sache die Regierung und die liberale Majorität des Abgeordnetenhauses an. Sie richteten ihre spitzen Pfeile vor Allem gegen Dr. Glaser, den »angeblich« freisinnigen Justizminister, wie insbesondere gegen Dr. Herbst, als den Urheber dieser reactionären Massregel, als Denjenigen, der die Regierung dazu »gedrängt« hätte.

Jeder Andere an Stelle Herbst's hätte vielleicht den Journalen, welche diese falschen Angaben verbreiteten, eine geharnischte Berichtigung zugeschickt, oder hätte sie durch der liberalen Partei nahestehende Blätter dementiren lassen. Dr. Herbst that nichts dergleichen. Im Gegentheil, er bemühte sich sogar, jede Berichtigung zu verhindern.

Unter meinen Papieren befindet sich ein hierauf bezügliches Schreiben Herbst's. Es lautet:

». . . . Ich bitte Sie, nichts zu berichtigen. Ich bin, wie Sie ersehen, ein Feind jeder Zeitungspolemik; durch eine Berichtigung meinerseits, und wenn diese auch von der Redaction selbstständig ausginge, würde eine solche gewiss hervorgerufen werden. Diesen Anlass, ihre Zeitungen interessanter zu gestalten, werde ich meinen Gegnern nicht geben. Wollte ich Alles, was seit Jahren über mich geschrieben wird, dementiren, ich hätte kaum Zeit, etwas Anderes zu thun.«

. . . . »Offen gestanden,« heisst es dann in diesem Schreiben weiter, »bin ich ein Gegner solcher Ausnahmsbestimmungen, weil sie, einmal angewendet, leicht missbraucht werden können. Die Regierung konnte jedoch in diesem Falle nicht anders handeln. Sie befand sich, wie mir gesagt wurde, in einer Zwangslage, genau in derselben Lage befand sich auch seinerzeit das Ministerium, als es den Ausnahmszustand über Prag verhängen musste. Solche Massregeln nützen wenig, sind aber in ihren Consequenzen meist gefährlich, zumal, wenn eine reactionäre Regierung daran kommt; doch wie bemerkt, die Regierung musste und auch das Parlament musste, beide Factoren befanden sich da in einer Zwangslage.«

Ehe die Vorlage bezüglich der zeitweiligen Suspendirung der Geschwornengerichte Gesetz geworden, hatte es die Regierung noch mit einer administrativen Massregel gegen die Presse versucht, von der sie sich (nebenbei erwähnt, ganz unbegreiflicher Weise) einen günstigen Erfolg — günstig in ihrem Sinne — versprochen hatte, eine Massregel, die eine speciell der Presse feindlich gesinnte reac-

tionäre Regierung, nicht aber ein liberales Ministerium, zumal nicht ein Ministerium anwenden durfte, welchem zwei so entschieden liberale Männer, wie Dr. Unger und Dr. Glaser, angehörten. Man hatte dem oppositionellsten unter den Prager Journalen, den »Narodny listy«, den Einzelverschleiss entzogen. Als Surrogat für den freien, öffentlichen Verkauf der Blätter an Stelle der Colportage, die in allen Ländern mit verfassungsmässigen Einrichtungen gestattet ist, wird in Oesterreich (in der österreichischen Reichshälfte) den Journalen nur erlaubt, in ihren eigenen Verschleisslocalen die Blätter zu verkaufen, während andere Verkäufer bei der (Polizei-) Behörde um eine specielle Erlaubniss (Licenz) nachsuchen müssen. In dem Belieben dieser Behörde ist es nun gelegen, ob sie überhaupt solche Licenzen, sowie welchen Personen sie diese ertheilen will; ihrem freien Ermessen ist es ebenso anheimgegeben, diese Licenzen wieder einzuziehen, ohne Angabe irgend eines Grundes. Was der Gesetzgeber mit dieser Bestimmung beabsichtigte, ist klar. In der Hand der Behörde soll es stets gelegen sein, die Verbreitung einer ihr unbequem gewordenen Zeitung zu verhindern oder zum mindesten zu beschränken. Dabei hat man freilich Eines ganz übersehen: dass durch die Entziehung solcher Verkaufslicenzen zumeist nur die armen Verschleisser betroffen werden, deren Einkommen man dadurch schmälert, zum geringeren Theile aber nur Derjenige bestraft erscheint, den man als den eigentlichen Schuldigen betrachtet, — der Eigenthümer der Zeitung, der in dem Falle, wenn die Unternehmung auf dem Einzelverschleiss nicht basirt, fast gar nicht geschädigt, also auch nicht »bestraft« erscheint. Ganz abgesehen also davon, dass man hier, wie bemerkt, mit der Massregel der Verschleissentziehung gewöhnlich nur Unschuldige bestraft, — was als etwas ganz Unmoralisches bezeichnet werden muss — ist sie ihrem Wesen nach von einem ausgesprochen reactionären Charakter, und dieser ihr widerlicher Beigeschmack wird selbst dann nicht gemildert, wenn das gemassregelte Blatt auch noch so sehr die Grenzen der erlaubten Kritik überschreitet.

Was speciell die Entziehung der Einzelverschleisslicenzen in dem gedachten Falle, die Beschränkung des Einzelverschleisses der

Blätter der »Narodny listy« betraf, so war die Regierung schon deshalb schlecht berathen, weil die geschäftliche Basis dieser Unternehmung gar nicht auf den Einzelverkauf ihrer Blätter beruhte — die Massregel glich also hier nur einem Schlag ins Wasser.

Wer dazu angerathen haben mochte?! Ganz ausgeschlossen erscheint es, dass der Statthalter General Koller hier die Initiative ergriffen haben sollte. Obschon die Licenzertheilung und -Entziehung in die Competenz der politischen Behörden fällt, ist doch nicht gut anzunehmen, dass der Statthalter eigenmächtig, d. h. ohne Auftrag seines unmittelbaren Vorgesetzten eine Massregel verfügt haben sollte, die eigentlich doch nur politischer Natur ist. Von den beiden liberalen Mitgliedern des Cabinets, den Herren Unger und Glaser, lässt sich mit Bestimmtheit sagen, dass sie nur mit Widerstreben einer solchen reactionären Massregel zugestimmt haben dürften. Die Verantwortung dafür konnte somit nur den Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg und den Minister des Innern, Herrn v. Lasser, treffen.

In der Zwischenzeit, während die Regierungsvorlage wegen zeitweiliger Aufhebung der Geschwornengerichte noch im Ausschusse berathen wurde, erfocht das Ministerium Auersperg-Unger einen Sieg, der seine Stellung nach »oben« hin vollends zu befestigen geeignet war. Es wurde nämlich das von der Regierung vorgelegte Nothwehrgesetz mit einer Mehrheit über die nothwendige Zweidrittel-Majorität hinaus vom Hause angenommen.

Ueber die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Thatsache Eingehenderes zu sagen, wäre überflüssig. Die Regierung erlangte bei der Abstimmung über dieselbe die Ueberzeugung, dass sie über weit mehr als über eine Zweidrittel-Majorität verfügt. Das gab ihr Festigkeit nach »oben« und gleichzeitig aber auch erneuten Muth zur Durchführung der in ihrem Programme vorgesehenen Verfassungsänderungen.

Der Tag der Abstimmung im Hause war einer der denkwürdigsten für die Regierung Auersperg. Von allen Seiten wurden die Mitglieder des Cabinets beglückwünscht. Das Händeschütteln der Herren untereinander wollte kein Ende nehmen. Hätte es sich um die Begrüssung eines aus dem Schosse der Majorität hervor-

gegangenen parlamentarischen Ministeriums, zusammengesetzt aus Gesinnungsgenossen und persönlichen Freunden, gehandelt, sie hätte nicht inniger und herzlicher sein können. Die Bedeutung dieses Sieges war übrigens nicht blos aus dem Ausdruck der Freude erkennbar, die die Majorität des Hauses an den Tag legte, sie zeigte sich vielmehr in der Bewegung, die er bald darauf im gegnerischen Lager hervorrief, zumal im Schosse des feudalen Grossgrundbesitzes. Das war klar: mit der Passivitätspolitik war nichts mehr auszurichten; andere Wege mussten eingeschlagen werden, um den Widerstand gegen die Verfassung bethätigen zu können; ein anderer Feldzugsplan war nothwendig geworden. Es musste etwas geschehen, um sich ein für allemal die Majorität im böhmischen Landtag zu sichern.

In der famosen Schmerling'schen Wahlordnung war bald das neue Heilmittel gefunden. Die Grossgrundbesitzer konnten Rath und Hilfe schaffen. Sie hatten nur ihre Güter zu parcelliren, sie in kleine Theile zu zerlegen, diese auf andere Namen grundbücherlich zu übertragen, um auf diese Weise eine grössere Anzahl von Wählern zu schaffen, und damit sich im Schosse ihrer Curie die Majorität zu sichern.

So entstand der seinerzeit vielbesprochene »Chabrus«. Ueber Nacht tauchten neue Grossgrundbesitzer auf, nicht durch regelrechten Verkauf der Güter, sondern nur durch Scheinverträge, auf Grund deren die Uebertragungen der einzelnen Güter stattfanden. Wirthschaftsräthe, Förster, grosse oder auch kleine Beamte wurden plötzlich Grossgrundbesitzer, wenn auch ihr Vermögen nicht ausgereicht hätte, um eine Bauernhütte zu erwerben.

Der Fiscus konnte mit diesen eigenthümlichen Manipulationen nur sehr zufrieden sein. Seinem Säckel flossen durch diese vielfachen Uebertragungen viele tausende Gulden zu. Allein die Wirkung des neu geschaffenen Nachtragsgesetzes konnte dadurch auch illusorisch gemacht werden. Um dieser Gefahr zu entgehen, sah sich der verfassungstreue Grossgrundbesitz genöthigt, das Gleiche zu thun. Was für den Einen billig, war für den Anderen recht. Es handelte sich nur um die möglichst rasche Aufbringung eines entsprechenden

»fonds perdu«. Die Opferwilligkeit Einzelner aus dem Lager der liberalen Partei zeigte sich da im schönsten Lichte. In wenigen Tagen war das Geld beisammen, um die Action beginnen zu können, war ein Comité, dem ein gewandter junger Jurist zur Abfassung der nöthigen Vertragsinstrumente und zur Durchführung der geschehenen Käufe beigegeben wurde, gebildet, ward ein ganzes Heer von Agenten in Bewegung gesetzt, um kleinere wie auch grössere verkäufliche Güter auszuforschen, — denn ganz nach dem Muster der Feudalherren wollte man ja doch nicht vorgehen: blos Scheinverträge zu machen — und nun begann eine wahre Hetzjagd nach solchen Gütern, die in wenigen Tagen, da auch die Gegenpartei sich als Käufer einstellte, in ihrem Preise bedeutend stiegen und in einzelnen Fällen um 50 Procent über ihren eigentlichen Werth veräussert wurden.

Ich war zur Zeit in Prag und als unmittelbarer Nachbar des Leiters des verfassungstreuen Comité's Zeuge aller Vorgänge.

Der Sitz des Comités war im Hotel »zum blauen Stern« in Prag. Ein Salon daselbst war in eine förmliche Kanzlei umgewandelt. An einem grossen und einigen kleinen Tischen sassen die Schreiber, den ganzen Tag und auch bis in die späte Nacht hinein vollauf beschäftigt. Die Güteragenten gingen ein und aus, Einer gab dem Anderen die Thürklinke in die Hand. Es waren dies mitunter Leute, denen man selten gerne einen zweiten Besuch gestattet. Sie kamen aber immer und immer wieder mit neuen Anboten, neuen Anträgen, sie versicherten stets, dass sie sich nicht ihres materiellen Vortheiles wegen bemühen, nicht deshalb so eifrig thätig seien, »sondern nur im Interesse der guten Sache«, um der »Partei« zu dienen. Mit dergleichen Versicherungen und Betheuerungen fanden sich dieselben Leute wohl auch bei der Gegenpartei ein, und wie sie dem Vertreter der Chabrus der Verfassungspartei »im strengsten Vertrauen« angebliche »Geheimnisse« verriethen, so thaten sie wohl — es zweifelte Niemand daran — das Gleiche auch im gegnerischen Lager, hier gewiss ebenso erkannt und richtig beurtheilt, wie von den Mitgliedern des beim »blauen Stern« tagenden Comités. Der Verkehr mit diesen Leuten wäre wohl geeignet gewesen, das Wider-

liche dieses eigenthümlichen Güterhandels noch zu erhöhen, wenn nicht anderseits auch geradezu erhebende Momente vorgekommen wären. So erinnere ich mich, dass eine alte Witwe — sie mochte schon das 70. Jahr überschritten haben — halb gelähmt, mit geschwächten Augen und wohl in Folge der übermässigen Beleibtheit kurzathmig, im Comitélocale erschien, um ihr grosses Gut der Partei unentgeltlich zur Verfügung zu stellen; ja selbst die etwaigen Kosten für die Umschreibung erklärte sie aus Eigenem bestreiten zu wollen; sie sehe sich — wie sie aufklärend bemerkte — hiezu aus Pietät für ihren verstorbenen Mann verpflichtet, der auch immer treu zur Partei gehalten, und der, wenn er noch unter den Leben wäre, gewiss Opfer gebracht hätte, um der guten Sache zu dienen. Ein armer Commis eines Prager Confectionsgeschäftes, der kurz vorher einen kleinen Treffer von wenigen hundert Gulden gemacht hatte, legte diese bereitwilligst »auf den Altar des Vaterlandes« — wie er sich gewählt auszudrücken suchte — nieder; eine bessere Verwendung könne ja das Geld doch nicht finden, als es für die »gute Sache« einzusetzen. Fälle ähnlicher Art, die von einer grossen Opferwilligkeit zeigten, wären noch viele zu verzeichnen. Dabei darf nicht ausseracht gelassen werden, dass die erwähnten Geschäfte, so weit es eben unter den gegebenen Umständen möglich war, wenn auch nicht geheim, doch mit thunlichster Vorsicht eingeleitet wurden, dass keinerlei derartige Propaganda gemacht worden ist, welche das Interesse dafür in weiteren Kreisen wachzurufen geeignet gewesen wäre.

Obschon ich damals auch nur in Ausübung meines journalistischen Berufes in Prag war, wurde mir doch von einigen czechischen Blättern die Ehre erwiesen, mit Namen als Einer von Jenen angeführt zu werden, welche die eifrigste Thätigkeit im Comité entfalten; ja sogar als einer der neuen Grossgrundbesitzer in Böhmen wurde ich genannt, während ich in Wahrheit mich von Allem, was ausserhalb meines Berufes gelegen war, vollständig ferne gehalten hatte.

Waren diese Chabrus-Geschäfte nothwendig?

Heute, nachdem so viele Jahre darüber hingegangen, würde, unbeeinflusst von der politischen Bewegung, diese Frage unschwer zu beantworten sein. Indess auch damals schon ward von liberalen Blättern gegen die Regierung der Vorwurf erhoben, dass es weit zweckmässiger gewesen wäre, wenn sie sofort eine Vorlage wegen Einführung directer Wahlen im Hause eingebracht hätte. Ein hervorragender Staatsmann, der damals mit berufen war, die Geschicke des Reiches zu leiten, versicherte mir jedoch bei einer erst vor wenigen Wochen stattgehabten Unterredung, dass zu jener Zeit noch »Umstände und Verhältnisse« vorlagen, welche es nicht räthlich erscheinen liessen, mit einer so drastischen Aenderung eines wesentlichen Theiles der Staatsgrundgesetze vorzugehen, und zwar insbesondere nicht mit Rücksicht auf das, was unter der früheren Regierung (Hohenwart) geschehen war; — es sei ein vorsichtiges Vorgehen »nach oben wie nach unten« nothwendig gewesen.

Bei diesem Anlasse mag auch ein Gerücht erwähnt werden, das seinerzeit in politischen Kreisen stark colportirt wurde und für dessen Glaubwürdigkeit äussere Umstände sprachen. Es wurde erzählt: dass bald nach dem Sturze Hohenwart's einflussreiche Persönlichkeiten — man nannte darunter keinen Geringeren als Se. Eminenz den Cardinal Rauscher — bemüht waren, Se. Majestät den Kaiser Franz Joseph zu bestimmen, sich für die Folge der Theilnahme an den Landtagswahlen zu enthalten. Thatsächlich hat sich der Monarch gelegentlich der ersten Wahlen für den böhmischen Landtag in Böhmen — der ersten unter Regierung Auersperg-Unger — der Stimmabgabe enthalten. Diese Thatsache wurde nun von dem feudalen Adel als Agitationsmittel benützt, indem colportirt wurde, dass die Enthaltung von der Stimmabgabe der deutlichste Beweis dafür sei, dass sich der Kaiser mit seinen Ministern nicht in Uebereinstimmung befinde. Diese Behauptung wurde jedoch durchaus entkräftet. Es wurde nämlich in ganz unzweideutiger Weise dem Grossgrundbesitze, Allen, die stimmberechtigt waren, nahegelegt, dass der Kaiser ganz unbedingt auf Seite seiner Minister stehe, und dass deren Bestrebungen zur Durchführung der Verfassung vom Monarchen vollkommen gebilligt werden.

Bei all dieser staatsmännischen »Vorsicht«, welche die Regierung Auersperg-Unger zu beobachten hatte, konnte ihr aber doch eine Lässigkeit in der Führung der Geschäfte, oder Mangel an Energie nicht zum Vorwurf gemacht werden. Mit sicherem Schritt ging sie auf ihr Ziel zu, war sie bemüht, sich den Weg zur Erfüllung ihres Programmes zu ebnen und alle Hindernisse hinwegzuräumen. Sie veranlasste die Auflösung zweier Landtage, die in ihrer Majorität eine oppositionelle Haltung gegen die Regierung bekundet hatten. Sie leitete mit energischer Hand die Wahlen für den böhmischen Landtag, wie für alle jene Landtage, wo sie sich erst eine Majorität schaffen musste. Sie nahm eine versöhnliche, wohlwollende, ausgleichsfreundliche Haltung den Polen gegenüber ein, deren zustimmender Mitwirkung im Parlamente sie sich vergewissern wollte und musste, um auf jene Zweidrittel-Majorität rechnen zu können, welche zu Aenderungen der Staatsgrundgesetze, wie sie beabsichtigt waren, nothwendig war. Sie suchte den niederen Clerus für sich zu gewinnen, indem sie sich einen relativ hohen Betrag zur Unterstützung desselben vom Hause votiren liess. Sie regierte thatsächlich in liberalem Sinne und verfügte deshalb auch über eine compacte Majorität. Ihre Massnahmen fanden zumeist auch die Zustimmung der liberalen Bevölkerung. Besser ist es wohl noch keiner der früheren Regierungen in der cisleithanischen Reichshälfte ergangen, als dem Ministerium Auersperg-Unger in den ersten Monaten seiner Amtswirksamkeit!

Nur in einem Falle blieb der Erfolg hinter den Erwartungen zurück und bewährte sich wieder einmal das Sprichwort: Allzu grosser Eifer schadet.

Ich will darüber in den folgenden Zeilen berichten.

Der Staat als Executor.

(Conflict des Handelsministeriums mit der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn-Verwaltung.)

Am 18. September 1872 kam aus Pest, wo zur Zeit die Delegationen tagten, eine Nachricht, die geeignet war, in den Kreisen einiger Bahnverwaltungen eine — gelinde gesagt — unbehagliche Sensation hervorzurufen. Dr. Karl Giskra — so lautete die telegraphische Meldung — der, nebstbei erwähnt, nachdem er aus dem Ministerium geschieden war, den schon früher bekleideten Posten eines Verwaltungsrathes bei der Lemberg-Czernowitzer Bahn wieder angetreten, hatte unter dem Datum vom 16. d. M. ein Schreiben an den Präsidenten der Lemberg-Czernowitzer Bahn gerichtet, mit welchem er diesem sein Ausscheiden aus der Verwaltung dieser Verkehrsanstalt zur Kenntniss brachte.

Im grossen Publicum fand diese Mittheilung nur eine geringe Beachtung. Man legte ihr höchstens nur den Werth einer gewöhnlichen Personalnachricht bei. In eingeweihten Kreisen dagegen wurde sie viel besprochen. Hier wusste man nämlich bereits, dass die Regierung ihr Augenmerk auf jene Verkehrsanstalten gerichtet habe, die sich der staatlichen Garantie erfreuten und denen gegenüber, auf Antrag des Handelsministers Dr. Banhans, die Regierung Stellung zu nehmen entschlossen sei; dass sie entschlossen sei, von ihrem Aufsichtsrechte den umfassendsten Gebrauch zu machen, und mit der Absicht umgehe, den ihr zustehenden Einfluss auf die gesammte Administration dem weitesten Umfange nach geltend zu machen. Es war auch kein Geheimniss geblieben, dass der Präsident der Lemberg-Czernowitzer Bahn eine in diesem Sinne

abgefasste Zuschrift des Handelsministers Dr. Banhans erhalten hatte, worin in klaren und deutlichen Worten auf die »nach allen Richtungen hin mangelhafte Administration« hingewiesen wurde. In einer ganzen Reihe von »Bemänglungen«, unter Hinweis auf bestimmte, der Regierung bekannt gewordene Thatsachen, verlangte der Handelsminister eine Aenderung der gesammten Administration. Dieses Verlangen wurde unter Androhung der Sequestration gestellt.

Es war nach dem ganzen Tenor der ministeriellen Zuschrift unzweifelhaft, dass die Regierung thatsächlich entschlossen sei, die Drohung zur Thatsache zu machen, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen werden sollte; es war klar, dass ein ernster Conflict zwischen dem Handelsministerium und dem Verwaltungsrathe der Lemberg-Czernowitzer Bahn bevorstehe, und aus diesem Grunde hatte Dr. Giskra, der sofort nach dem Einlangen der Zuschrift des Dr. Banhans von dem Inhalt derselben in Kenntniss gesetzt worden war, sein Ausscheiden aus der Verwaltung der genannten Verkehrsanstalt zur Kenntniss des Präsidenten gebracht und zu veranlassen gewusst, dass sein Austritt auch öffentlich angezeigt werde.

Schon Wochen vorher hatte die Regierung einige Unzukömmlichkeiten und Ungehörigkeiten bei der genannten Verkehrsanstalt beanständet, das Verlangen nach Abstellung derselben dem Verwaltungsrathe in geeigneter Form bekannt gegeben und diesen angewiesen, im Vereine mit der Generalinspection neue Instructionen auszuarbeiten. Es wurden nun wohl thatsächlich einige dieser Instructionen abgeändert, doch nicht, wie es das Handelsministerium verlangt hatte, unter Mitwirkung der dazu competenten Organe der Regierung, auch waren die Abänderungen selbst — nach Ansicht des Handelsministers — ungenügend und nicht in dem gewünschten Sinne vorgenommen worden. Aus diesem Grunde erfolgte die zweite energische Ermahnung mit der Androhung der Sequestration.

Die interessante, mit grosser Ausführlichkeit gearbeitete Zuschrift des Handelsministeriums wurde seinerzeit ihrem ganzen Umfange nach veröffentlicht, es genügt an dieser Stelle nur zu erwähnen, was in den Eingangszeilen gesagt wurde:

»Aus den Prüfungsergebnissen der Betriebsrechnungen aus dem Jahre 1871 habe ich (der Handelsminister) mit Bedauern entnommen, dass nicht nur die wiederholten Aufforderungen der Regierung zur grösstmöglichen Oekonomie in allen Ausgaben die gebührende Beachtung nicht fanden, sondern auch, dass die im Wachsen begriffenen Einnahmen in einem höchst ungünstigen Verhältnisse zu den Staatszuschüssen stehen, und diese, anstatt abzunehmen, namentlich in den letzten zwei Jahren wesentlich zugenommen haben.«

Diese allgemeinen Behauptungen wurden durch Anführung bestimmter Thatsachen erläutert und zum Schlusse hiess es in der Zuschrift des Handelsministers:

». . . . Sollte diesen Weisungen sowohl im Allgemeinen als auch in Bezug auf die gegebenen Fristen (es wurde nämlich ein Termin angegeben, innerhalb dessen den ministeriellen Anforderungen entsprochen werden müsse) nicht entsprochen werden, so würde ich ohne Weiteres im Sinne des § 12 des Eisenbahn-Concessions-Gesetzes vom 14. September 1854 zur Sequestration der Bahn schreiten.«

Zur Kenntniss dieses Actenstückes und seines Inhaltes kam ich noch bevor es der Verwaltung officiell mitgetheilt wurde. Einzelne wesentliche Punkte daraus konnte ich bereits früher veröffentlichen.

Wenige Tage darauf traf ich zufällig mit Dr. Giskra im Eisenbahncoupé des von Baden nach Wien verkehrenden Morgeneilzuges zusammen. Er lenkte sofort das Gespräch auf jene Zuschrift des Handelsministers, wollte wissen, woher ich die Information erhalten, und als ich selbstverständlich die Auskunft hierüber verweigerte, nannte er den Namen des muthmasslichen Berichterstatters (er gebrauchte hier eine andere Bezeichnung), theilte mir aber auch gleichzeitig mit, dass in der ad hoc stattgehabten Sitzung des Verwaltungsrathes der Lemberg-Czernowitzer Bahn die »famose Stylübung« des Handelsministers zur Verlesung gekommen sei, und dass Herr v. Ofenheim eine »fulminante« Ansprache an die Verwaltung gehalten hätte, deren Inhalt er mir zur Verlautbarung verschaffen wolle, falls derselben »nicht besondere Hindernisse in dem Wege stehen sollten«. Ich bat darum. Noch am selben Tage erhielt ich vom Generaldirector der Lemberg-Czernowitzer Bahn, Herrn v. Ofenheim

durch seinen Secretär für Abends eine Einladung in sein Palais am Schwarzenbergplatz.

Herr v. Ofenheim war sehr erregt und begreiflicherweise auf den Handelsminister nicht gut zu sprechen. Er theilte mir mit, Dr. Giskra hätte ihm gesagt, dass ich nicht abgeneigt wäre, von seiner Ansprache an die Verwaltung, die eine energische Zurückweisung der Behauptungen des Handelsministers sei, Kenntniss zu nehmen. Sein Secretär — nebstbei erwähnt ein früherer Kammerstenograph, der es seither zu einer hohen Stelle an einer Verkehrsanstalt gebracht hat — habe sie stenographirt und sei ermächtigt, sie mir vorzulesen; ich könne daraus die für den gedachten Zweck geeigneten Auszüge machen.

Das that ich denn auch.

Ich folge nun hier genau dem seinerzeit verlautbarten Berichte, und zwar deshalb mit möglichster Ausführlichkeit, weil ohne genaue Kenntniss der Thatsachen und der Zwischenfälle die später eingetretenen Ereignisse, welche länger als eine Woche die ganze öffentliche Meinung in ungeheure Spannung versetzten, sonst leicht zu einer falschen Auffassung und Beurtheilung führen könnten.

Herr v. Ofenheim begann seinen Vortrag damit, dass er bereits seit Monaten die Absicht gehabt habe, von seinem Posten als Generaldirector der Lemberg-Czernowitzer Bahn zurückzutreten, dass er »bis jetzt« nur ausgehalten, um der Bahn über die finanziellen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, um den Betrieb vollständig zu regeln, die nöthigen Anschlüsse herzustellen etc. etc. Jetzt, nachdem er seine Aufgabe für so ziemlich gelöst ansehe, wolle er nach einer zehnjährigen, mühevollen Arbeit freiwillig zurücktreten. Nunmehr sehe er sich aber genöthigt, zu bleiben; die Zuschrift der Regierung veranlasse ihn, sein Vorhaben aufzugeben.

»Ich bleibe Generaldirector — so sagte er ausdrücklich — weil ich keine Veranlassung sehe, einen Posten zu verlassen, den ich mit Liebe und Eifer bis jetzt innegehabt, weil es meines Erachtens nach kaum denkbar ist, meinen Dienst zu verlassen, ohne die Interessen der Gesellschaft zu schädigen.«

»Will der Handelsminister«, — so fährt Herr v. Ofenheim fort, — »einzelne Beamte aus ihren Positionen verdrängen, so mag er alle Actien aufkaufen

und dann nach Belieben schalten und walten, auf einem anderen legalen Wege ist ihm die Möglichkeit, anständige Beamte zu beseitigen, nicht geboten — freilich, illegal kann er Vieles thun, türkisch kann er handeln, wenn er will.

Es wird mir ein Vorwurf gemacht, dass ich zu viel Fiakergelder aufrechnen liess, und dass meine Diener die Tramway zu oft benützen; darauf habe ich zu bemerken, dass die ganze Summe der Auslagen für das Jahr 1871 nicht mehr beträgt als 1100 fl. Es wird mir zum Vorwurf gemacht, dass ich auf meinen Inspectionsreisen Tafeln gegeben, meine Beamten tractirt hätte; aus der vorliegenden Rechnung ist ersichtlich, dass ich für alle Inspectionsreisen — und ich mache deren viele im Jahre — nicht mehr wie 764 fl. ausgegeben habe, einen Betrag, für welchen ich meinen mich begleitenden Beamten wahrhaftig nur ein elendes Mittagmahl geboten habe. Es wird mir ferner zum Vorwurf gemacht, dass ich ganz unberechtigte Posten eingestellt hätte. Nun ist es richtig, dass wirklich zwei anfechtbare Posten im Rechenschaftsberichte enthalten sind; ich habe nämlich auf einer Station eine Wöchnerin im Bette liegend gefunden, eine arme Person mit einer zahlreichen Familie, der ich einen Napoleonsd'or schenkte. Ebenso hatte ich einmal einem Knaben, dem mein Jäger aus Versehen ein Auge ausgeschossen, zwei Gulden geschenkt. Diese kleinen Beträge sind aber nur aus Versehen eingestellt worden. Man wird mir gewiss nicht zumuthen, dass ich mich um 15 fl. 14 kr. habe bereichern wollen.

Bezüglich der Drohung der Sequestration sprach Herr v. Ofenheim seine Ansicht dahin aus, dass davon keine Rede sein könne. Durch eine solche Sequestration würden nur die Rechte der Actionäre geschmälert, und auch einer Gefährdung der Sicherheit des Eigenthums und der Person sei nicht nachgewiesen worden, im Gegentheile lasse der Bauzustand nichts zu wünschen übrig.

Nach diesem mit grossem Beifalle aufgenommenen Vortrag wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Zuschrift der Regierung sei sofort in dem Sinne zu beantworten, dass alle Vorwürfe ungerechtfertigt seien und somit auch eine Sequestration nicht verhängt werden könne.

2. Eine ausserordentliche Generalversammlung sei einzuberufen, der man die Zuschrift des Handelsministers zur Kenntniss bringe.

3. Die Ausschreibung des Termins der Generalversammlung habe zu erfolgen, sobald die Londoner und rumänischen

Verwaltungsräthe ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des hiesigen Verwaltungsrathes zu erkennen gegeben.

4. Sämmtliche auswärtigen Verwaltungsräthe seien von den gefassten Beschlüssen in Kenntniss zu setzen.

Dass der »Vortrag« und die Beschlüsse des Verwaltungsrathes nicht geeignet waren, den Handelsminister versöhnlicher zu stimmen, braucht wohl kaum ausdrücklich erwähnt zu werden. Im Gegentheil, wollte sich die Regierung ihre volle Autorität wahren, so musste sie, zumal nach der Veröffentlichung jenes Vortrages, die — man machte betreffenden Ortes gar kein Hehl daraus — auf Wunsch des Generaldirectors Ofenheim erfolgt war, die Richtung, die sie nun einmal eingeschlagen, weiter verfolgen, musste sie ihre Energie, mit der sie die ganze Sache eingeleitet, in verstärktem Masse weiter aufbieten, und musste sie, wenn ihrem Verlangen nicht entsprochen werden sollte, ernstlich daran gehen, die ausgesprochene Drohung auch zur That werden zu lassen. Sie musste es schon deshalb, weil, um gegen das Auftreten der Regierung mit allem Nachdruck zu demonstriren, die Gesammtverwaltung der Lemberg-Czernowitzer Bahn am Tage, als die Zuschrift des Handelsministers zur Verlesung kam, demissionirt, vorher jedoch den Beschluss gefasst hatte, eine ausserordentliche Generalversammlung auszuschreiben und die Entscheidung in der von der Regierung aufgeworfenen Frage den Actionären anheimzustellen.

Freilich war die Gegenschrift des angegriffenen Verwaltungsrathes in einer bedeutend milderen Tonart gehalten, lautete lange nicht mehr so schroff, als man nach dem Vortrage des Generaldirectors und nach dem demonstrativen Beifall, mit welchem derselbe in der betreffenden Sitzung aufgenommen worden war, hätte voraussetzen dürfen. Es fehlten darin bereits die ironischen Bemerkungen und die persönlichen, gegen den Handelsminister Dr. Banhans direct gerichteten Spitzen; es präsentirte sich vielmehr diese Gegenschrift bereits in der Gewandung einer sachlichen Auseinandersetzung. Allein die Kugel war durch das, was in der Sitzung des Verwaltungsrathes geschehen und von diesem gebilligt worden war, sowie durch die ganze Art und Weise, wie all das, was Herr v. Ofenheim vorgebracht,

die Zustimmung aller Anwesenden gefunden hatte, bereits ins Rollen gekommen, und was nachher geschah, konnte ihren Lauf nicht mehr hemmen.

Dass der landesfürstliche Commissär — ein Staatsbeamter — die Angriffe gegen einen Minister ruhig mit anhörte, ohne seines Amtes zu walten, ohne dagegen Einsprache zu erheben, wurde seinerzeit viel besprochen und diese »Enthaltsamkeit« des amtlichen Functionärs bildete nur ein Detail mehr in dem an — ich möchte sagen — Pikanterien so reichen Conflicte des Handelsministers mit Herrn v. Ofenheim.

Im Schosse des Ministeriums — es mag das hier ausdrücklich betont werden — herrschte keine volle Einigkeit über die Art der Behandlung dieser Angelegenheit. Ich wiederhole: nur über die Art der Behandlung; dass in der Sache selbst Etwas geschehen müsse, dass zur Wahrung der materiellen Interessen des Staates endlich einmal ein energischer Schritt gegen die Wirthschaft, wie sie bei den vom Staate garantirten Bahnen sich zum Schaden desselben schon förmlich eingebürgert hatte, gethan werden musste, darüber waren alle Mitglieder der Regierung einig. Es handelte sich blos um die Form, über welche Meinungsverschiedenheiten herrschten, und insbesondere war es ein Mitglied der Regierung, das die Meinung vertrat, dass im Wege einer ruhigen, leidenschaftslosen Auseinandersetzung der Sache mehr gedient wäre, und die Regierung auch auf diesem Wege gewiss ihr Ziel erreichen würde.

Dass die Situation der Lemberg-Czernowitzer Bahn, zuvörderst was den Bauzustand dieser Bahn anbelangt, in der That eine solche war, welche die »Vorstellungen« als berechtigt erscheinen liess, wurde durch zwei Thatsachen bestärkt, von denen die eine vor Einleitung der Action, die zweite während derselben bekannt wurde. Im ersten Falle war es ein Mitglied des kaiserlichen Hauses, das, von einer Fahrt auf der genannten Bahn zurückgekehrt, Anlass genommen hatte, sich über den schlechten Bauzustand auf der ganzen Strecke in sehr drastischer Weise dem Handelsminister gegenüber zu äussern. Später — Monate nachher — nachdem die Action gegen die Verwaltung der Lemberg-Czernowitzer Bahn bereits eingeleitet war,

erhielt der Handelsminister ein Telegramm vom Landespräsidenten in der Bukowina. worin dieser dringendst bat, die Eilzüge auf der genannten Bahn wegen Gefährdung der Sicherheit der Person einzustellen.

Zur Klärung und richtigen Beurtheilung der ganzen Affaire, die sich in ihrem späteren Verlaufe so misslich für die Regierung gestaltete, mag hier reproducirt werden, was mir von einem zuverlässigen Gewährsmanne mitgetheilt wurde.

Schon unter Leitung der früheren Handelsminister hätten die Rechenschaftsberichte der Lemberg-Czernowitzer Bahnverwaltung vielfach Bedenken erregt. Zeugniss davon sollen die in dieser Sache angehäuften Acten im Handelsministerium gegeben haben. Als Dr. Banhans die Leitung des Handelsressorts übernommen, habe er diese Acten vorgefunden, und als sich ein erneuter Anlass zu Bemängelungen der Rechenschaftsberichte gefunden, habe er — es wurde das auch seinerzeit mitgetheilt — seine Referenten um sich versammelt und ihnen die Frage vorgelegt, was zu thun wäre, um endlich Ordnung in diese den Staat schädigende Wirthschaft zu bringen. Da die Anschauungen der Referenten nicht mit der Ansicht des Ministers übereinstimmten, habe sodann Dr. Banhans eine »Commission« einberufen, bestehend aus zwei Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes, zwei Räthen aus dem Justizministerium, zwei Räthen aus dem Finanzministerium und zwei hohen Beamten aus der Finanzprocuratur.

Diesem Tribunal habe der Handelsminister die gegen die Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn-Gesellschaft angehäuften Actenstücke sowie den Vertrag vorgelegt, den diese Bahn mit der Regierung abgeschlossen hat. Von allen Juristen, die dieser Enquête angehörten, sei nun einstimmig die Erklärung abgegeben worden, dass auf Grund der vorliegenden Acten und Erhebungen die Regierung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei, das ihr vertragsmässig zustehende Recht der Sequestration auszuüben.

Nach einem so stolzen, von grossem Selbstbewusstsein Zeugniss gebenden Auftreten, nachdem Herr v. Ofenheim selbst die Initiative zur Verlautbarung seines Vortrages ergriffen hatte, in welchem er alle Beschwerden des Handelsministers als vollkommen unberechtigt

und unbegründet bezeichnet hatte, hätte man leicht in den Irrthum verfallen können, anzunehmen, dass andere als sachliche Gründe den Anlass zu den Conflicten mit der Lemberg-Czernowitz-Jassy-Bahnverwaltung gegeben haben mochten, dass das Handelsministerium wohl eine Drohung ausgesprochen habe, an die Ausführung derselben jedoch gar nicht denke. Man war also gespannt, wie sich nun Dr. Banhans aus dieser für ihn sich so peinlich gestaltenden Situation herauswinden werde. Um so grösser war die Ueberraschung, als in den ersten Tagen des Monats October — nachdem die entsprechenden »Satzschriften« gewechselt worden waren — sich plötzlich das Gerücht verbreitete, Herr v. Ofenheim habe in aller Form Rechtens seine Entlassung genommen und es sei diese Thatsache dem Handelsminister bereits zur Kenntniss gebracht worden. Das Gerücht stellte sich als vollkommen richtig dar.

Mit der Demissionirung Ofenheim's, glaubte man nun vielfach, werde auch der Streit entschieden sein, seinen Abschluss gefunden haben. Das wäre nun der Fall gewesen, wenn dem Conflicte thatsächlich nur persönliche Motive zu Grunde gelegen hätten, wie das ja vielfach angenommen wurde. Das war aber nicht der Fall. Nicht um die Person des Herrn v. Ofenheim handelte es sich in der Streitfrage, sondern um die Abstellung der Misswirthschaft, die nach der Ansicht des Handelsministeriums bei der Bahn herrschte; das Ausscheiden des Generaldirectors gab keinen genügenden Grund zu der Annahme, dass sich die beanständeten Verhältnisse ändern würden. Die Regierung zog daher aus der Sachlage die entsprechenden Consequenzen, sie schritt von der Drohung zur That und sequestrirte die Bahn. Dass ein so wichtiger und bedeutsamer Schritt nur im Einverständnisse und in Folge eines Beschlusses der Regierung geschehen sein konnte, lag auf der Hand. Doch war dieser Beschluss kein einhelliger, — besonders ein Mitglied des Cabinets vertrat die Ansicht, dass auch ohne Anwendung eines so drastischen Mittels die Angelegenheit im Sinne der Regierung und zur Wahrung ihrer Interessen Erledigung finden könnte.

Es dürfte von Interesse sein, hier die formalen Vorgänge in der letzten unter der alten Verwaltung stattgefundenen Sitzung mitzutheilen.

Die Sitzung wurde eröffnet mit der Mittheilung des Präsidenten, dass Herr v. Ofenheim seine Entlassung genommen. Hierauf richtete der Präsident der Bahnverwaltung an den Director Herrn Ziffer und den Inspector Herrn Lesskowetz die Frage, ob sie sich den von der Regierung angeordneten Gehaltsreductionen fügen wollen, welche Frage beide Herren verneinten, in Folge dessen die Verwaltung sie von ihrer ferneren Dienstleistung enthob. Nach Vollziehung dieses Actes überreichte der landesfürstliche Commissär dem Präsidenten das Decret des Handelsministeriums, mit welchem die Sequestration angeordnet wurde, nach dessen Verlesung die Gesammtverwaltung officiell demissionirte, worauf die denkwürdige Sitzung geschlossen wurde.

Der nächste Schritt der Regierung war die Einsetzung einer sogenannten Ueberwachungscommission. Sie bestand aus den Generaldirectoren der Hauptbahnen. Mit der eigentlichen Leitung der Bahn wurde ein Oberbeamter der Generalinspection — Herr Barychar — betraut. Es mag gleich hier erwähnt werden, dass die Wahl dieser Persönlichkeit, wie es sich später herausstellte, keine glückliche war. An Stelle eines — man kann ein noch so entschiedener Gegner des entlassenen Generaldirectors sein — so genial veranlagten Mannes wie es Herr v. Ofenheim thatsächlich war, hätte die Regierung eine Persönlichkeit mit der Leitung der Bahn betrauen müssen, die nebst der fachmännischen Befähigung auch das Talent besass, auf dem Gebiete der praktischen Administration Vorzügliches zu leisten. Das war nun bei der Wahl des neuen Leiters nicht in entsprechender Weise beachtet worden. Herr Barychar war unstreitig ein gewissenhafter Beamter, grundehrlich, vielleicht auch auf dem Gebiete der Eisenbahntechnik zu Hause, — allein für den Eisenbahnbetrieb mangelte ihm Vieles, vor Allem die praktischen Erfahrungen, die Kenntniss des eigentlichen verantwortungsvollen Dienstes, und insbesondere die Umsicht.

Die Wahl dieser ungeeigneten Persönlichkeit musste die Regierung später sehr büssen; ihre Action, die von allen Unbefangenen ursprünglich gutgeheissen wurde, die Anerkennung aller Unparteiischen gefunden hatte, war durch diese unglückliche Wahl wesentlich

beeinträchtigt worden und war in ihren Consequenzen von einer fast den Bestand des Gesammtministeriums gefährdenden Wirkung. So zeigte es sich wieder einmal, wie ein einziger Fehler oft eine grosse Sache vernichten kann. Aber auch eine andere Lehre konnte man aus dem Verlaufe des Conflictes des Handelsministeriums mit der Lemberg-Czernowitzer Bahnverwaltung ziehen: wie wandelbar die Gunst des grossen Publicums, wie wandelbar es in seinem Urtheile und in seiner Beurtheilung ist.

Durch sein energisches Einschreiten war anfänglich Dr. Banhans eine viel gepriesene Persönlichkeit geworden. Von allen Seiten liefen im Handelsministerium Anerkennungsschreiben und Zustimmungs-Telegramme ein. Im Parlamente wurde die That des Handelsministeriums als der Anfang einer gegen die allgemein um sich greifende Corruption gerichteten ausserordentlichen Action bezeichnet. Am Tage, als die Verhängung der Sequestration bekannt geworden, wurde Dr. Banhans allseitig beglückwünscht. Zur Ministerbank drängten sich die Vertreter der verschiedenen Parteien, um den Cabinetsmitgliedern ihre Anerkennung auszusprechen. Das Gros der unabhängigen Presse stimmte dieser Anerkennung gleichfalls unbedingt bei. Bis auf die Vertreter des grossen Capitals, bis auf einige Börsenjobber, die über Nacht zu Millionären geworden und die die Einmengung und Einmischung der Regierung in eine auf Actien gegründete Unternehmung als gefährlich für alle Unternehmungen bezeichneten, und die sich eben in ihren schwindelhaften Speculationen gestört sahen, — bis auf diese Sorte von Leuten, die ihre eigenen Begriffe von Gesetz und Recht und öffentlicher Moral haben, war Alles mit der Action der Regierung einverstanden.

Wie anders, wie ganz anders lautete das Urtheil nach wenigen Monaten . . . .

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Der weitere Verlauf dieses Conflictes, der lange Zeit hindurch das öffentliche Interesse in reger Spannung erhalten hat, ist wohl noch in lebhafter Erinnerung. Der Sieg, den die Regierung zu Anfang erfochten, nahm schliesslich für sie eine fatale Wendung.

Hätte sie sich mit den Erfolgen zufrieden gegeben, die sie nach der Einleitung der Action errungen, es wären ihr auch die Sympathien des intelligenteren Theiles der Bevölkerung ungeschmälert erhalten geblieben. Die Grösse des Feldherrn zeigt sich erst recht in der massvollen Ausnützung des Sieges, in der Selbstbeschränkung, die er sich auferlegt, einer Selbstbeschränkung auch in der Verfolgung des Besiegten. Das wurde hier gänzlich ausser Acht gelassen. Der Sieg berauschte die Regierung, die allgemeine Anerkennung, die ihre Action gefunden, machte sie kühner; sie glaubte ihre günstige Situation weiter ausnützen zu müssen. Dies war nach der unglücklichen Ersatzwahl für den entlassenen Generaldirector Ofenheim, die sie getroffen hatte, der zweite Fehler, den sie in der Sache beging, und in diesem Fehler lag der Grund der Wandlung, die sich, freilich nach vielen Monaten erst, so verhängnissvoll für die Regierung wie für einzelne Persönlichkeiten aus dem Schosse ihrer Parteigenossen gestaltete.

Es wird sich später noch die Gelegenheit ergeben, über jene Ereignisse, welche die hier angedeutete Wandlung herbeiführten, eingehender zu berichten. Nur sei an dieser Stelle bereits erwähnt, dass die Verantwortung dafür zum grossen Theile die Majorität der Mitglieder des Cabinets trifft (Einzelne stimmten der eingeleiteten Action, wie ich bereits erwähnt habe, nicht bei), nicht — wie man anzunehmen geneigt war — den Handelsminister Dr. Banhans allein; dieser war nur eben in seiner Eigenschaft als Handelsminister der Executor der Beschlüsse des Ministeriums. Es wird sich das aus der späteren Darstellung gelegentlich der Besprechung des gegen Ofenheim eingeleiteten Strafprocesses und dessen Verlaufes deutlich ergeben.

Die gerettete Wahlreform.

Wahlreform!

Dem Kaufmann gleich, der bei Eröffnung seines neuen Geschäftslocales in der Auslage einen Gegenstand zur Schau hat, der die Käufer anlocken soll; so hatten auch schon frühere Regierungen zuerst deshalb die Wahlreform in Aussicht gegeben, um eine grosse Partei für sich zu gewinnen, wenn es ihnen auch in Wirklichkeit keinen Augenblick mit dem Vollzuge dieser Reform ernst war.

Die Regierung Auersperg-Lasser konnte dieser Vorwurf nicht treffen. Ihr war es um die Einführung der Wahlreform ernst. Sie hatte auch in der That Alles vorbereitet, was zum Zustandekommen dieses ihres Hauptprogrammpunktes nothwendig und unerlässlich war. Das Nothwahlgesetz war, wie ich das bereits erwähnt habe, einer der vorbereitenden Schritte dazu. Sie hatte sich, zumal da sie durch das Uebereinkommen mit den Polen, denen man im Sinne der Resolution des galizischen Landtages vielfache Zugeständnisse gemacht hatte, die Zweidrittel-Majorität, die zur Durchführung von Verfassungsänderungen nothwendig ist, gesichert, und sie hatte ferner auch den Grossgrundbesitz für die beabsichtigte Aenderung der Wahlordnung zu gewinnen gewusst. Ein Zweifel darüber, dass sie im richtigen Zeitpunkte eine hierauf bezügliche Regierungsvorlage einbringen werde, konnte nicht bestehen.

Um der Regierung Anhaltspunkte bei der Ausarbeitung der betreffenden Vorlage zu geben und den politischen Theil der Bevölkerung für die Sache entsprechend vorzubereiten, hatte bereits im Hochsommer des Jahres 1872 Dr. Herbst den detaillirten Plan einer Wahlreform ausgearbeitet.

Als mir der Genannte seinen Entwurf zur Veröffentlichung übermittelte, bemerkte er sofort, dass derselbe nur einige wichtige Grundzüge enthalte, keine fertige Arbeit sei, dass er auch nicht als der Ausfluss der Meinungen, des Willens und des Wunsches der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses angesehen werden könne; es sei der Entwurf blos seine eigenste Arbeit, ein Substrat für Besprechungen, und er sei sich bewusst, dass Vieles an seinem Entwurfe abgeändert werden müsse. Er ersuchte mich auch ausdrücklich, gelegentlich einer Verlautbarung desselben dies besonders zu bemerken. Obschon das geschehen war, musste doch Dr. Herbst eine ganze Sturmfluth von Angriffen in der verfassungsfeindlichen Presse über sich ergehen lassen. Auch die der Regierung nahe stehenden Blätter wussten Vieles an dem Entwurfe auszusetzen, der mitunter sogar als eine müssige Fleissaufgabe ohne Werth und Bedeutung bezeichnet wurde.

Alle diese Angriffe liessen Dr. Herbst ganz kalt; er hatte kein Wort der Erwiderung gegen sie. Dagegen war er durch einen vehementen Angriff eines czechischen Blattes aufs peinlichste berührt, welches, ausgehend von jenem »famosen« Entwurfe, ihn beschuldigte und verdächtigte, dass er im Vereine mit Mitgliedern des Cabinets Berathungen zum Zwecke der Unterdrückung der czechischen Bewegung gepflogen hätte. Diese Beschuldigung, welcher sogar durch Verlautbarung einiger bestimmter Details der Schein der Wahrheit zu geben versucht worden war, erfolgte Anfangs November 1872.

Eine Zuschrift des Angegriffenen mag jedoch schon an dieser Stelle ihren Platz finden, weil jene Behauptung, wie erwähnt, im Zusammenhang mit der ganzen Thätigkeit des Dr. Herbst, hauptsächlich mit dessen Bemühungen, die Regierung in der Angelegenheit der Wahlreform zu beeinflussen, erfolgt war.

Das betreffende Schreiben lautet:

Geehrter Herr!

Ihre Mittheilung hat mich interessirt, ich kann aber Ihre Voraussetzung bestätigen, dass dieselbe von Wort zu Wort erfunden und erlogen sei. Niemals hat eine Parteiberathung aus Anlass der böhmischen Wahlen stattgefunden, bei welcher ich und mehrere Minister, insbesondere Unger, gegenwärtig gewesen

wären, und niemals habe ich aus diesem Anlasse energische Massregeln zur Niederhaltung der Czechen verlangt. Ebensowenig hat nachher je eine Parteiversammlung stattgefunden, der ich und Unger beigewohnt hätten, und niemals habe ich eine Aeusserung gethan, weder innerhalb noch ausserhalb der Versammlung, welche der mir in den Mund gelegten auch nur im mindesten ähnlich wäre. Die . . . . . Tendenz des Artikels ist mir wohl klar, über die Quelle will ich keine Vermuthung aussprechen. . . .

Nach einigen Bemerkungen persönlicher Natur schliesst Dr. Herbst die an mich gerichtete Zuschrift noch mit der Bitte: alle in jenem Artikel ausgesprochenen Verdächtigungen als »erlogen« zu bezeichnen, woraus zu entnehmen ist, dass ihm die Angriffe sehr nahe gingen, ihn aufs peinlichste berührten. Wäre dies nicht der Fall gewesen, er hätte gewiss nicht das Ersuchen gestellt, den unberechtigten Angriff in so entschiedener Form zurückzuweisen, da er, wie aus manchen anderen Zuschriften, deren Inhalt ich bereits mitgetheilt habe, hervorgeht, ein Gegner jeder Zeitungspolemik war.

Wenn es aber auch nach dem so entschieden gehaltenen Dementi und mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Dr. Herbst noch irgend eines Beweises bedürfte, dass er bei keiner der gegen die Czechen gerichteten Regierungsactionen mitgewirkt oder auch nur seinen Einfluss eingesetzt habe, so könnte dieser Beweis für die Nichtigkeit der gegen ihn vorgebrachten Anklagen der czechischen Journale noch durch andere Umstände leicht erbracht werden.

Im October — also ungefähr einen Monat bevor jener hier reproducirte Brief des Dr. Herbst geschrieben war — tagten die Delegationen in Pest. Eine grosse, wichtige Angelegenheit war zu erledigen. Der Kriegsminister beanspruchte für den Militärdienst eine Erhöhung des Präsenzstandes durch obligatorische Verlängerung der Präsenzzeit auf drei Jahre. Die cisleithanische Regierung setzte sich mit aller Kraft dafür ein. Man erzählte sich, Fürst Adolf Auersperg habe sein Wort verpfändet, dass er die Majorität für diese Regierungsvorlage erlangen werde, und er habe gleichzeitig an höchster Stelle seine Absicht kundgegeben, dass, falls jene Vorlage in der österreichischen Delegation zurückgewiesen werden sollte, er sofort seine Entlassung nehmen würde, das heisst dass er über diese seine Absicht

die etwaige Opposition keinen Augenblick im Unklaren lassen werde. Thatsächlich war auch Fürst Auersperg vor der Entscheidung in Pest erschienen, um seinen persönlichen Einfluss zu Gunsten der Militärvorlage geltend zu machen und er that dies wirklich unter Stellung der Cabinetsfrage. Die Führer der Opposition Dr. Herbst und Dr. Giskra liessen sich jedoch dadurch nicht einschüchtern. Sie beharrten auf ihrer Anschauung unter Hinweisung auf die bedrängte Finanzlage des Reiches, welche eine solche bedeutende Mehrbelastung des Staatssäckels nicht vertrage. Auch wurde die von der Kriegsverwaltung behauptete Nothwendigkeit dieser Aenderung oder Reorganisation im Heere von beiden Delegirten heftig bestritten. Der Ministerpräsident befand sich deshalb vor der Entscheidung in fast noch grösserer Aufregung als der Kriegsminister; — auch dieser hatte indessen bereits seinen festen Entschluss, zurückzutreten, bekannt gegeben, falls seine Vorlage von der Delegation nicht angenommen werden sollte.

Zum ersten Male seit seinem Eintritt ins Cabinet hatte ich damals die Ehre, vom Fürsten Adolf Auersperg angesprochen zu werden. Die oppositionellen Journalisten hatten keine Gnade vor den Augen des strengen Herrn Ministerpräsidenten gefunden, der — wie ich dies schon an anderer Stelle bemerkt habe — in jeder Kritik einer Regierungsmassnahme eine persönliche Kränkung, und in jedem Angriff gleich die Tendenz erblickte, die Regierung zu stürzen.

Ich gerieth deshalb auch in eine gewisse Verlegenheit, als der Fürst mich spontan ansprach. Es geschah dies unter der Einfahrt im Hôtel »Europa«. Ich kam eben aus der Sitzung der österreichischen Delegation, der Fürst von einem Besuche eines aristokratischen Delegirten, eines Mitgliedes des Herrenhauses, das sich bereits seit einigen Tagen, wie es hiess, schwer leidend zu Bette befand. Ohne meinen Gruss zu erwidern, ohne einleitende Worte »stellte« mich der Fürst ungefähr in der Manier eines strengen Obersten, der an einem Untergebenen Etwas zu beanständen hat.

»Ihr Blatt ist ja auch gegen die Erhöhung des Präsenzstandes,« herrschte er mich an, als wäre Etwas gegen seinen Befehl geschehen.

Ich erlaubte mir auf die letzte Nummer des beanständeten Blattes hinzuweisen, in welcher ein Leitartikel enthalten sei, der den Vorwurf als »nicht ganz gerechtfertigt« darstelle.

»So,« — bemerkte hierauf Se. Durchlaucht — »diesen Artikel habe ich noch nicht gelesen; es würde mich freuen, wenn die Herren doch endlich einmal zu einer besseren Ueberzeugung gekommen sein sollten. Zeit wäre es schon, dass die Journale zur Einsicht kämen, dass sie mit ihren ewigen Nörgeleien nur die liberale Sache schädigen. Auch die Herren von der Verfassungspartei haben keine Ahnung davon. Zumal die Herren Giskra und Herbst wissen schon gar nicht wohin sie steuern, wie sie mit ihrer ewigen Negation ihren eigenen Boden unterwühlen«; und ohne mir Zeit zu einer Erwiderung zu lassen, setzte der Ministerpräsident mit lauter Stimme fort: »Das können Sie den beiden Herren, mit denen Sie ja gut stehen, ohne weiteres sagen, wenn sie nicht nachgeben, werden sie es bald bereuen. Die Herren reden immer nur zum Fenster hinaus, reden immer nur zu ihren Wählern und in ihrem eigenen Interesse, um sich ihre Wiederwahl zu sichern; sie reden nie als Staatsmänner, nie als Abgeordnete, welche in erster Linie berufen sind, das Staatsinteresse zu wahren. Der Capitain, der immer nur auf sein eigenes Leben Bedacht nimmt, der taugt nichts, wird abgesetzt . . .«

»Ich bitte, Durchlaucht, bemerken zu wollen,« erlaubte ich mir zu entgegnen, »dass die Herren auf die Finanzlage des Reiches . . . .«

Der Minister unterbrach mich sofort.

»Ja, meinen denn die Herren, dass sie allein die Finanzlage des Reiches kennen! Ich glaube wir kennen sie mindestens ebenso gut wie die Herren Giskra und Herbst. Ich glaube der Finanzminister wird darüber ebenso gut Bescheid wissen, wie sie.« Und mit womöglich noch lauterer Stimme rief der Fürst mir zu, als hätte ich in dieser Frage ein gewichtiges Wort mit dreinzureden:

»Das Staatsinteresse geht voran, das merken Sie sich und das sagen Sie auch den beiden Herren!«

Die letzten Worte sprach der Ministerpräsident mit besonderer Betonung, ja in einer unverkennbaren Gereiztheit und entfernte sich hierauf ohne Abschiedsgruss.

Ich that wie mir »befohlen« war. Ich theilte die Unterredung den beiden Oppositionsmännern mit. Dr. Herbst nahm den Bericht lächelnd entgegen; Dr. Giskra, temperamentvoll wie immer, schrie mich förmlich an.

»Sagen Sie dem Fürsten, dass wir schon wissen, was wir wollen und sollen, und was unseres Amtes ist; wir brauchen von ihm keine weise Belehrung! So mein Lieber, das sagen Sie ihm und damit basta! . .«

Ich erwiderte hierauf:

»Excellenz belieben sich in einem Irrthum zu befinden; ich glaube kaum, dass ich der richtige Mann wäre, um solches dem strengen Herrn Ministerpräsidenten melden zu können.«

Giskra erwiderte bereits wieder beruhigt:

»Da haben Sie wohl Recht.«

Die nächsten Tage zeigten schon klar und deutlich, dass die Ermahnungen des Fürsten Auersperg auf die genannten Oppositionsmänner ganz ohne Wirkung geblieben waren. In den öffentlichen Sitzungen der österreichischen Delegation bekämpften Herbst und Giskra die Ansätze des Kriegsministers mit dem ganzen Aufgebote ihrer oratorischen Kraft. Freilich ohne Erfolg. Die Majorität entschied zu Gunsten der Kriegsverwaltung. Es war zwar nur eine geringe Majorität, aber die Sache war »gerettet«.

Als ich den Berathungssaal verliess, traf ich mit Gablenz zusammen, der entschieden für Kuhn eingetreten war. Er zeigte eine sehr frohe Miene über den Erfolg und flüsterte mir ins Ohr:

»Sie können berichten, dass wir das Opfer nur gebracht haben, um die Wahlreform zu retten. Hätten wir anders entschieden, nicht nur der Kriegsminister allein, mit ihm wäre auch die Regierung und das ganze liberale Regime gefallen. Für uns galt es zu retten, was zu retten ist.«

Aus dem Vorstehenden geht nun mit aller Evidenz hervor, dass die Angriffe der czechischen oppositionellen Blätter gegen

Herbst, dass deren Behauptungen, derselbe hätte gemeinschaftlich mit der Regierung die Wahlreformvorlage berathen und mit Unger Massregeln zur Niederhaltung der nationalen Bewegung vereinbart, jeder Grundlage entbehrten. Sein Auftreten in der Delegation, ganz abgesehen von seiner allgemeinen Haltung dem Ministerium Auersperg gegenüber, war wirklich nicht darnach angethan, dass man von seinem »mächtigen« Einfluss auf diese Regierung reden konnte, ja auch die persönlichen Beziehungen zu den einzelnen Mitgliedern derselben waren keineswegs derart, wie sie die oppositionelle Presse in Prag voraussetzte und die ihr den Anlass zu den vehementen Angriffen gegen Herbst gegeben hatten.

Doch nicht blos zur Constatirung eines im grossen Parteikampfe eigentlich nur nebensächlichen Umstandes, nicht zur Bekräftigung des an und für sich schon in ganz ungewöhnlich kategorischer Form gehaltenen Dementis des Dr. Herbst, eine Bekräftigung, deren es für Jene, die diesen Parteimann näher kannten, eigentlich gar nicht mehr bedurfte, habe ich Vorstehendes mitzutheilen für nöthig befunden, — ein anderer, viel wichtigerer Grund bestimmte mich dazu.

Einer hohen militärischen Persönlichkeit, die dem Hofe sehr nahe stand und sich sonst jeder Meinungsäusserung in politischen Dingen stets sorgfältig enthielt, verdankte ich damals eine Information, die ich freilich in der Art, wie sie mir gegeben wurde, journalistisch zu verwenden nicht in der Lage war, die jedoch deshalb schon für mich höchst werthvoll war, weil ich dadurch zur Kenntniss der Anschauungen gelangte, die über die Wichtigkeit und Bedeutung der Abstimmung in der österreichischen Delegation in Angelegenheit der durch Auflassung der bisher gebräuchlichen Beurlaubung nach zwei Dienstjahren verlängerten Präsenzzeit in hohen massgebenden Kreisen herrschte.

Auf meine Aeusserung, dass der Sieg, den die Kriegsverwaltung mit Hilfe des energischen Auftretens des Fürsten Adolf Auersperg nunmehr erfochten habe, an massgebender Stelle wohl sehr befriedigt haben müsse, bemerkte der Fürst in wenn auch vorsichtiger, so doch sehr durchsichtiger Weise: dass just das gegenwärtige Ministerium Grund habe, sich des errungenen Erfolges zu freuen, möchte

er nicht so unbedingt zugeben; man sei vielmehr, wie ihm scheine, eher geneigt anzunehmen, dass die Regierung nur ihren Gegnern für den Erfolg zu Dank verflichtet sei. Die Abstimmung habe ja doch gezeigt, dass ohne die staatsmännische Einsicht dieser ihrer Gegner die Forderung der Kriegsverwaltung unerfüllt geblieben wäre; und mein Gewährsmann fügte dem noch bei: eine Stärkung der Position der liberalen Regierung habe sich aus der Abstimmung der Delegation gewiss nicht ergeben; ja eher noch eine Schwächung, denn man habe nun die Ueberzeugung gewonnen, dass sie nicht immer auf die Unterstützung ihrer Partei rechnen könne, und keine festgegliederte Majorität habe.

Der gleichen Ansicht war auch Herr v. Hofmann. Auch er betrachtete die Abstimmung als einen Sieg der Verfassungsgegner und als eine Schwächung der Position der liberalen Regierung. Die liberale Partei, meinte er, habe »wieder einmal« einen grossen taktischen Fehler begangen. Er »befürchte sogar Schlimmes für die Zukunft«. Die Herren, welche »den Steuerträgern das Geld retten wollten«, hätten eben nicht bedacht, dass sie durch ihr Vorgehen das System gefährden konnten. »Vorläufig« sei dies erhalten; für wie lange Zeit lasse sich jedoch nicht sagen, jedenfalls habe die Abstimmung eine Verstimmung gegen die Partei hervorgerufen, die nicht leicht mehr zu beseitigen sein werde.

Als ich Tags darauf Herrn Dr. Herbst sprach und ihm, ohne einen Namen zu nennen, den Eindruck schilderte, welchen das Verhalten der liberalen Partei nach oben hin gemacht haben soll, bemerkte er lakonisch, es sei ja ganz richtig, dass man eben nur mit Rücksicht auf die bedrängte finanzielle Lage des Reiches gegen die Bewilligung der hohen Ansätze der Kriegsverwaltung gestimmt hätte, andere Motive seien nicht vorgelegen; die Frage sei blos vom finanziellen und nicht vom politischen Standpunkte aus in Erwägung gezogen worden. Er könne auch für seine Person die ausgesprochene Befürchtung, dass durch jene Abstimmung das liberale System gefährdet worden, nicht theilen; wäre dies aber der Fall, so würde dies nur beweisen, dass das System auf sehr schwachen Füssen stehe. Ein System, — so äusserte sich damals der Führer der

Partei — das jeden Augenblick anderer Stützen bedarf, um nicht zusammenzubrechen, sei überhaupt für die Dauer nicht haltbar; entweder man habe die Ueberzeugung, dass das liberale System eine Staatsnothwendigkeit sei, dann dürfe man nicht jeden Augenblick gleich mit der Drohung bei der Hand sein, dass wenn dies oder das nicht geschähe, man das ganze System fallen lassen werde; oder, man betrachte dieses blos als ein Experiment, dann sei es eben für die Dauer ohnehin unhaltbar, und dann hätte die Opposition erst Recht gehabt, sich zu bemühen, das zu retten, was noch zu retten sei, und dem Steuerträger nicht für alle Zukunft schwere Lasten aufzubürden, die ihn bedrücken und die finanzielle Nothlage des Reiches noch zu vergrössern geeignet seien.

Bei diesem Anlasse theilte mir auch Dr. Herbst ein interessantes Gerücht mit, das, wie er bemerkte, mit einer unverkennbar tendenziösen Absichtlichkeit unter den Delegirten vor der Abstimmung colportirt worden sei. Man habe sich nämlich erzählt, dass die verlängerte Präsenzzeit für den Soldatendienst Gegenstand einer Berathung zwischen den beiden Monarchen, dem Kaiser Franz Joseph und dem Kaiser Wilhelm I., gelegentlich der letzten persönlichen Begegnung beider Monarchen gebildet hätte, und dass förmlich vereinbart worden sei, den gesetzgebenden Factoren diesbezügliche Vorlagen zu unterbreiten. Auf diese Weise, meinte Dr. Herbst, habe man die »Wankelmüthigen« zu Gunsten der Vorlage der Kriegsverwaltung zu bestimmen gesucht. Man habe die Sache so hingestellt, als wäre der Kaiser in der Sache bereits engagirt. Graf Andrássy, den er über diese Angelegenheit persönlich interpellirte, habe zwar weder zustimmend, noch verneinend geantwortet, jedoch die Bemerkung fallen lassen: »Könnte schon sein.« Er (Herbst) für seine Person habe sich durch jenes Gerücht nicht beirren lassen; auch viele seiner Parteigenossen nicht, denen es ebenso gut wie allen Anderen zu Ohren gekommen und deren Abstimmung man dadurch beeinflussen wollte. Sollte das Gerücht, fügte er noch bei, eine thatsächliche Grundlage haben, so wäre das nur sehr bedauerlich; es sei dann zu befürchten, dass auch noch andere Abmachungen stattgefunden haben, die für die Zukunft die Steuerträger noch mehr belasten könnten;

die neu gewonnene Freundschaft mit dem Nachbarstaate wäre unter solchen Verhältnissen um einen theuren Preis erkauft, ja diese Freundschaft könnte dann kaum einen Bestand haben, da ein Staat, dessen finanzielle Lage erschüttert sei, auch kein gesuchter und verlässlicher Alliirter sei. . . .

Viel bezeichnender für die damalige Situation waren jedoch folgende Aeusserungen des Ministers Lasser. Er sagte beiläufig: die Verfassungspartei hätte die gute Absicht gehabt, das Ministerium zu stürzen; es sei ihr das nicht gelungen, und es werde ihr auch fürder nicht gelingen. Die Regierung werde beweisen, dass sie auch ohne ihre Mitwirkung fortbestehen könne; sie werde sich schon darnach einzurichten wissen, sie werde sich eben auf die conservativen Elemente stützen, die verlässlicher seien als die sogenannten Liberalen.

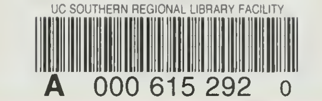
Auf meine Frage, ob er glaube, dass auch dann noch die Minister Unger und Glaser im Cabinete verbleiben würden, erwiderte Lasser: darüber könne er nichts sagen, das werde dann Sache der beiden genannten Herren sein, doch glaube er schon, dass sie so lange mitthun werden, bis die Regierung ihr Programm in allen Punkten erledigt haben werde.

Und nun mag zum Schlusse noch — und zwar zur Vervollständigung und Klärung des Bildes der damaligen wichtigen Delegationssession — ein anderes, ebenso bedeutungsvolles als interessantes Detail erzählt werden.

Fürst Carlos Auersperg erhielt am Tage nach der Abstimmung über die verlängerte Präsenzzeit nach langer Zeit wieder eine Einladung zu Hof.

Man weiss, wie er als Ministerpräsident im Bürgerministerium, durch die unberufene Einmischung des Grafen Beust in die innere Angelegenheit gereizt, plötzlich Prag den Rücken gekehrt und die Einladung zum Hofdiner einfach ignorirt hatte. Die Verstimmung darüber war eine so nachhaltige, dass er eine Zeit lang keine Einladung mehr zu Hofe erhielt. Sein Bemühen zu Gunsten der Militärvorlage gab den Anlass zur Aussöhnung; der »erste Cavalier des Reiches« zeigte sich hocherfreut darüber. . . .

Fehler: S. 1, Z. 17 lies statt: Federnkampf »Federkampf«, S. 16, Z. 18 statt: seiner Statt seiner »statt«, S. 55, Z. 5 fehlt das Wort »auftrat«, S. 63, vorletzte Zeile statt kann »könne«, S. 111, drittletzte Zeile statt die Richtige »richtige«, S. 193, Z. 27 anstatt männlichen »herrlichen«, S. 234, Z. 21 statt Jiriček »Jirecek«, S. 260, Z. 3 statt Monstruosität »Monstrosität«, S. 262 statt Schmejkal »Schmaykal«, S. 267 statt von Beust »Graf Beust«, S. 272, Z. 3 statt werde »würde«, S. 279, Z. 4 statt Narodny »Narodni«, S. 293, Z. 26 statt Vertrag »Urkunde«, S. 295, Z. 15 statt Generalinspection »Inspector«.


UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 615 292 0